

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL
=====

9. BUNDESPARTEITAG
=====

der

Österreichischen Volkspartei

am 19. und 20. September 1963

in Klagenfurt, Messehalle

Karl v. Vogelsang Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

Inhalt

Seite

2. Begrüßungsansprachen (Fortsetzung)

Prof. Gunnar Heckscher (Schweden)	87
Regierungsrat Dr. Jeger (Schweiz)	90
Assessor Dr. Brugger (Südtirol)	94

9. Diskussion über den politischen und organisatorischen Rechenschaftsbericht

LH-Stv. Ing. Thomas Truppe	98
LAbg. Fritz Hahn	105
LAbg. Martha Weiser	110
Ing. Kurt Fröhlich	114
LAbg. Johann Schmidinger	118 ✓
LAbg. Dr. Richard Kean	123
Dr. Walter Hönel	126 ✓
Dr. Kurt Burger-Scheidlin	130 ✓
Staatssekretär Dr. Ludwig Steiner	136
LAbg. Josef Erber	144
NR Dr. Walther Weißmann	147
Ing. Friedrich Bodner	151 ✓
LAbg. Dr. Ferdinand Habl	154 ✓
BR Otto Hofmann-Wellenhof	157
Ing. A. Andergassen	160
LAbg. Karl Baurecht	161 ✓
BR Dr. Leopold Goess	167
Gottfried Zach	171
LAbg. Markus Bittner	172 ✓
Dkfm. Gorton	174
LAbg. Dr. Josef Pittermann	178

<u>10. Bericht der Rechnungsprüfer</u>	
Berichterstatter VP Josef Otto Krammer	179
<u>11. Bericht der Mandatsprüfungskommission</u>	
Berichterstatter BR Fritz Eckert	181
<u>12. Beschlußfassung über den politischen,</u>	
<u>organisatorischen und finanziellen Rechen-</u>	
<u>schaftsbericht</u>	181
Unterbrechung der Beratungen	199

I n h a l t

	Seite
<u>2. Begrüßungsansprachen (Fortsetzung)</u>	
Lady Muriel Gammans (Konservat. Partei)	200
Präsident Hans Krüger (CDU)	201
<u>13. Bericht der Antragsprüfungskommission</u>	
Berichterstatter NR Karl Glaser	204
<u>14. Bericht der Ausschüsse</u>	
<u>a) des Finanzausschusses</u>	
Berichterstatter BM Ferdinand Graf	209
<u>b) des Statutenausschusses</u>	
Berichterstatter BR Ing. Rudolf Harrnath ...	212
<u>c) des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit</u>	
Berichterstatter LH Dr. Heinrich Gleißner ...	219
<u>d) des Wirtschafts- und sozialpolitischen Ausschusses</u>	
Berichterstatter LH Josef Krainer	230
<u>e) des Politischen Ausschusses</u>	
Berichterstatter BM Dipl.-Ing.	
Dr. Karl Schleinzer	238
<u>15. Diskussion über die Berichte der Ausschüsse und Beschlussfassung</u>	
BR Direktor Georg Schreiner	259
NR Josef Wallner	261
NR Dipl.-Ing. Dr. Ludwig Weiß	266
Hans Maukner	272
LAbg. Stefan Sodat	276

	Seite	
Labg. Dr. Wolfgang Mayrhofer	283	
NR Franz Prinke	286	
NR Roland Minkowitsch	291	
NR Otto Mitterer	296	
Labg. Nora Hiltl	299	
NR Leopold Kern	302	
NR Dr. Georg Frader	307	
NR Herbert Stohs	313	
Beschlussfassung	258, 261, 312	
 <u>16. Erstattung des Wahlvorschlages und Durch-</u> <u>führung der Wahl</u>		
BM Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer	316	
Neubestellung der Finanzprüfer sowie der Mitglieder des Bundesschiedsgerichts und des Parteilehrengerichtes	347	
 <u>17. Programmrede Minister Dr. Heinrich Drimmel</u> <u>und Beschlussfassung über die Programmarbeit</u>		322
 <u>18. Bekanntgabe des Wahlergebnisses</u>		
IH Dr. h.c. Leopold Figl	348	
IH Dr. Heinrich Gleißner	349	
 <u>19. Annahme der Wahl durch die neugewählten</u> <u>Funktionäre</u>		352
 <u>20. Vorlage der Parteitage-resolution</u>		
Generalsekretär Dr. Hermann Withalm	353	
 <u>21. Beschlussfassung über die Parteitage-</u> <u>resolution und Ansprache des neugewählten</u> <u>Bundesparteiobmannes</u>		
Bundesparteiobmann Dr. Josef Klaus	359	

Der 9. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei wurde am 19. und 20. September 1963 in Klagenfurt abgehalten. Zur Eröffnung am Donnerstag, den 19. September 1963, fanden sich kurz nach zehn Uhr die 420 ordentlichen Delegierten, von denen die meisten zuvor die Heilige Messe besucht hatten, in festlich geschmückten Tagungssaal in der Messehalle ein. Es konzertierte die Postkapelle unter Leitung von Kapellmeister Rudolf Herget, die sodann mit dem Kärntner Liedermarsch und einer Festfanfare den Parteitag musikalisch einleitete.

Beginn der Beratungen: 10 Uhr 25 Minuten

Punkt 1 der Tagesordnung:

Eröffnung durch den Bundesparteilebmann

Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Alfons G o r b a c h :

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hiermit erkläre ich den
9. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei für eröffnet.

Es gereicht mir zur großen Ehre, die Delegierten zum
höchsten Organ unserer Partei im Namen der Bundesparteileitung
sowie im eigenen Namen auf das herzlichste begrüßen zu dürfen.

Im besonderen möchte ich die Vertreter unserer ausländi-
schen Bruderparteien begrüßen, die unserer Einladung gefolgt
sind und als unsere Gäste an diesem Bundesparteitag teilnehmen.
(Beifall.) Wir freuen uns aufrichtig, daß eine so große Anzahl
von ausländischen Parteien unserer Einladung gefolgt ist. Wie
dies bei ausländischen Gastdelegierten leider meistens der
Fall ist, werden einige wegen Anreiseschwierigkeiten erst im
Laufe des Parteitags bei uns eintreffen.

Ich begrüße zuerst als Vertreter der Christlich-Sozialen
Union in Bayern Herrn Landtagsabgeordneten Direktor Dr. Elsen
(Beifall); als Vertreter der Christlich-historischen Union
der Niederlande Herrn Pfarrer Gerssen (Beifall); als Vertreter
der Konservativen-christlichen Volkspartei in der Schweiz
Herrn Regierungsrat Dr. Jeger (Beifall); als Vertreter der
Christlich-demokratischen Parteien aus dem Osten Herrn General-
sekretär Sieniewicz und Herrn Bohumir Bansa. (Beifall.) Außerdem
begrüße ich herzlich unsere jungen Freunde aus Südamerika, die
wir als Gäste zu uns hergebeten haben. (Beifall.)

Weiters begrüße ich alle die hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in unserer Mitte weilen. Ihre Zahl ist so groß, daß ich bitte, mir zu verzeihen, wenn ich sie nicht namentlich nenne. Ich möchte mich darauf beschränken, den Ehrenobmann der Österreichischen Volkspartei, Altbundeskanzler Ing. Julius Raab, zu begrüßen. (Lang anhaltender Beifall.)

Mein Gruß gilt auch den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung Folge geleistet haben, unsere Beratungen zu verfolgen. Ich begrüße die Vertreter der in- und ausländischen Presse, der Wochenschau, des Rundfunks und des Fernsehens, die in diesen zwei Tagen Gelegenheit haben werden, unsere Beratungen mitzuerleben.

Ich kann diese Begrüßung nicht abschließen, ohne auch derer zu gedenken, die heute nicht mehr in unserer Mitte sind. (Die Delegierten erheben sich von den Sitzen.)

Seit dem letzten außerordentlichen Parteitag 1960 in Wien hat der Tod wieder eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten aus unserer Mitte gerissen. Die Österreichische Volkspartei und ich persönlich haben den Verlust von Freunden zu verzeichnen, die jahrelang mit uns für unsere gemeinsame Sache in vorbildlicher Pflichterfüllung gearbeitet haben. Ich kann nicht alle namentlich anführen, doch möchte ich besonders gedenken

des Landeshauptmannes von Niederösterreich Johann Steinböck,

des Landeshauptmannes von Tirol Dr. Hans Tschiggfrey,

des Finanzreferenten der Österreichischen Volkspartei

Generaldirektor Dr. Carl Habich,

des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Rudolf Reisetbauer,

des ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat Professor

Dr. Leopold Schönbauer,

des Vizekanzlers a. D. Vinzenz Schumy und

des Mannes, der in dieser Stadt, in der wir heute weilen,

so verdienstvoll gewirkt hat, des Vizebürgermeisters von Klagenfurt Blasius Scheucher.

Wir verneigen uns vor den Toten, die der geheime Ratschluß Gottes von uns in ein besseres Jenseits abberufen hat. Unsere Aufgabe wird es sein, ihr Werk fortzusetzen und in ihrem Geiste zu wirken.

Sie haben sich zum Zeichen der Anteilnahme und Trauer von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen dafür. Diese Kundgebung wird in das Parteitageprotokoll aufgenommen werden. (Die Delegierten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Bevor ich dem Landesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei Kärntens, Minister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer, das Wort erteile, möchte ich der besonderen Freude Ausdruck geben, mit der die Bundesparteileitung die Einladung, den 9. Bundesparteitag in Kärnten abzuhalten, angenommen hat. Wir alle haben mit Freude und Genugtuung das erfolgreiche Wirken unserer Kärntner Parteifreunde verfolgt und sind stolz auf die Erfolge, die sie auf diesem so schweren Boden erringen konnten.

Nunmehr darf ich Dich bitten, Herr Landesparteiobmann Minister Dr. Schleinzer, zu uns zu sprechen.

2. Begrüßungsansprachen

Landesparteiobmann Minister Dipl.-Ing. Dr. Karl

S c h l e i n z e r (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag!
Meine lieben Parteiliebe! Es ist für mich als Landesparteiobmann von Kärnten eine besondere Freude, daß ich die Delegierten und

die Gäste des 9. Bundesparteitages auf dem Boden unserer Kärntner Heimat begrüßen darf. Es ist der erste Bundesparteitag, der in unserem Bundesland zusammentritt, und wir betrachten es als eine große Auszeichnung, daß dieser Parteitag in Kärnten stattfindet. Wir wissen, daß wir Gastgeber einer Zusammenkunft sind, von der für die Zukunft der Österreichischen Volkspartei und damit auch für die Zukunft Österreichs viel abhängen wird.

Die Augen Österreichs sind heute auf diese Halle gerichtet. Dieser Parteitag steht im Zeichen der freien Meinungsbildung und der demokratischen Entscheidung in einem Ausmaß, wie es seit 1945 noch kaum einmal der Fall war. Vor diesem Parteitag wurde sehr viel diskutiert, und die Freiheit des Wortes bestimmte seine Vorgeschichte in ungleich höherem Maße, als dies bei früheren Parteitagen der Fall war. Von manchen wird diese Tatsache als ein Risiko betrachtet. Ich bin jedoch, meine lieben Parteifreunde, davon überzeugt, daß wir den Beweis dafür erbringen werden, daß unsere Partei das freie Wort und die freie Entscheidung nicht zu fürchten braucht. (Beifall.)

Jeder einzelne von uns ist mit dem Willen hierhergekommen, das Seine dazu beizutragen, damit von diesem Bundesparteitag neue Impulse der Kraft, der Einheit und der Entschlossenheit der Partei ausgehen. (Beifall.) Die letzten Wochen und Monate zeugen davon, daß bei uns nicht müde Gleichgültigkeit herrscht, sondern daß in unserer Partei Einsatzbereitschaft, Begeisterung und Wille zum Erfolg leben. Das ist ein gutes Zeichen und gleichzeitig auch ein Beweis, daß sich die Österreichische Volkspartei

kraftvoll genug erweisen wird, um mit der innenpolitischen Situation fertig zu werden, und daß sie darüber hinaus aber auch stark genug ist, jenes innerparteiliche Maß zu finden, das wir zur erfolgreichen Bewältigung der vor uns liegenden Probleme brauchen.

Ich habe, meine lieben Parteifreunde, den Wunsch, daß Kärnten ein guter Boden für diesen Parteitag sein möge.

Heimatliebe, Gemeinschaftsgeist und Treue zu Österreich ließen die Kärntner mit harten Prüfungen fertigwerden. In der gefahrvollsten Zeit ihres Landes vor mehr als vierzig Jahren gaben die Kärntner ein leuchtendes Beispiel der Bewährung. Möge der Geist, der die Geschicke dieses Bundeslandes in entscheidenden Stunden bestimmte, uns alle erfüllen, wenn wir jetzt an unsere Arbeit gehen.

In diesem Sinne gilt Ihnen mein Gruß im Namen der Kärntner Volkspartei. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. G o r b a c h : Ich danke dem Herrn Bundesminister Dr. Schleinzer für die herzlichen, aber auch besinnlichen Worte der Begrüßung. Darüber hinaus möchte ich ihm auch Dank sagen für seine Arbeit, für seine Bemühungen für die Vorbereitung dieses Parteitages.

Das Wort hat der Stadtparteiobmann von Klagenfurt, Vizebürgermeister Kommerzialrat Novak.

Vizebürgermeister Kommerzialrat Rudolf Novak

(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Als Vizebürgermeister der Landeshauptstadt Klagenfurt ist es mir eine besondere Ehre und Freude, diesen hohen Bundesparteitag mit allen seinen Delegierten und Gästen in diesen Räumen begrüßen zu dürfen.

Ich überbringe Ihnen aber auch als Stadtparteiobmann unserer Österreichischen Volkspartei die herzlichsten Grüße aller Parteifreunde dieser Stadt, die es als eine besondere Auszeichnung empfinden, daß gerade Klagenfurt die Würdigung erhielt, den Bundesparteitag, das höchste und gewichtigste Gremium unserer Partei, zu dieser so bedeutungsvollen Tagung zu beherbergen.

Die nun beginnende Klagenfurter Tagung ist berufen, eine machtvolle Kundgebung über die Standortbestimmung und des Willens unserer Partei zu sein.

Unser Staatswesen, unsere Freiheit beruhen auf der seit 1945 mit aller Aufopferung geleisteten Arbeit unserer Volkspartei, die in gemeinsamer Anstrengung mit allen Gutgesinnten dieses Landes nach dem Schrecken eines furchtbaren Krieges ein blühendes Gemeinwesen aufgebaut hat.

Noch aber ist nicht alles getan. Große Aufgaben stehen vor uns, im Lande selbst und in einer in gewaltigem Umbruch befindlichen Welt, in die wir gestellt sind und die von uns verlangt, daß wir unsere besten und fähigsten Männer dem Vaterlande zur Verfügung stellen.

Mögen daher die Entscheidungen und Beschlüsse dieses hohen Bundesparteitages dieser großen Anforderung gerecht werden.

Auf jedem Platz, auf den wir gestellt sind, haben wir ^{und} vor Gott/unserem Gewissen die Verantwortung zu tragen, mit allen unseren Kräften unserem Österreich und seinen Menschen zu dienen.

Es darf keine Periode geben, in der die Österreichische Volkspartei nicht ihrer geschichtlichen Aufgabe nachkommt, diesen Staat durch alle Pährnisse und Schwierigkeiten zu lenken, es soll aber auch unsere Aufgabe sein, dafür mit aller Hingabe zu arbeiten, daß unsere Bürger in freier Gesinnung und wirtschaftlich fundiert, selbst unsere unermüdlichsten Mitarbeiter für ein freies und glückliches Österreich werden.

In diesem Sinne wünsche ich dem 9. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei gutes und erfolgreiches Gelingen! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. G o r b a c h : Ich danke dem Stadtparteiobmann für die Wohlgesinnung, die aus seinen Worten spricht und auch für die gastliche Aufnahme, die der Bundesparteitag in Klagenfurt gefunden hat.

Ich erteile das Wort dem Vertreter unserer ausländischen Bruderpartei und bitte den Vertreter der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Landtagsabgeordneten Direktor Dr. Elsen, zu uns zu sprechen.

Landtagsabgeordneter Direktor Dr. Franz E l s e n
(Christlich-Soziale Union, Bayern) (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Herren Bundesminister und Staatssekretäre! Sehr verehrte Herren Präsidenten, Nationalrats- und Bundesratsmitglieder! Meine lieben Freunde von der Österreichischen Volkspartei! Die Christlich-Soziale Union in Bayern und ihr Vorsitzender Dr. Franz Josef Strauß haben mich beauftragt, Ihnen für die lebensw-ürdige Einladung zu Ihrem 9. Bundesparteitag hier in Klagenfurt zu danken und Ihnen die Grüße und Wünsche der Christlich-Sozialen Union zu überbringen.

Es ist hier der Ort und die Stunde, unseren besonderen Dank zu sagen für die viele Jahre währende freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Christlich-Sozialen Union. Diesen Dank möchte ich auch ausgedehnt wissen auf den Wirtschaftsbeirat der Union, der seit über einem Jahrzehnt freundschaftlich mit dem Österreichischen Wirtschaftsbund zusammenarbeitet, und hier gebührt ein besonderer Dank dem Herrn Altbundeskanzler Dr. Julius Raab und seinen engsten Mitarbeitern. (Lebhafter Beifall.)

Manche Sorgen und manche Probleme beschäftigen uns gemeinsam, und der Gedankenaustausch hat sich immer fruchtbringend ausgewirkt. Unsere Hauptziele, die Erhaltung der religiösen, der geistigen und der politischen Freiheit, sind zu keiner Stunde aktueller gewesen als heute.

Die ÖVP und CSU haben in fortschrittlichem Geiste mit Leistung und Erfolg in ihren Bereichen gewirkt. Das Ideengut christlich-sozialer Tradition, verbunden mit den Erfahrungen des Jahres 1945, hat gezeigt, wie modern dieses Gedankengut ist, da es nicht die traditionellen Belastungen besitzt, die andere Parteien heute noch mit sich schleppen. Wir dürfen uns nicht - und das lassen Sie mich auf österreichisch sagen - in eine Travnicek-Situation künstlich hineinmanövrieren lassen und "Qualtingerei" mit fruchtbarer Selbstkritik verwechseln. Die letzten Landtagswahlen in Bayern haben gezeigt: Wenn Ziel und Leistung entsprechend klargestellt werden, dann haben die christlichen Demokraten in Europa nichts zu fürchten! (Beifall.)

Sie haben von einem ihrer großen österreichischen Dichter, von Anton Wildgans, zu Beginn der dreissiger Jahre eine der schönsten Analysen des österreichischen Volkes in seiner Rede an Österreich bekommen. Mein Wunsch ist, daß über Ihren Beratungen der Geist dieser großartigen Analyse und Zielsetzung immer sein möge.

Und so nehmen Sie meine guten Wünsche hin zu diesen Ihren wichtigen Beratungen, damit das Wort, das Friedrich Hebbel einst geschrieben hat, Gültigkeit behält: Dies Österreich ist eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält! (Lebhaf-ter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. G o r b a c h : Ich danke dem Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Elsen für seine Ausführungen. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Österreich haben sich frei von Hypotheken der Vergangenheit entwickelt. Wenn ich sage, daß daran die christlich-demokratischen Parteien beider Staaten den maßgeblichsten Anteil haben, so bedeutet das auch die Feststellung der Tatsache, daß es in beiden Ländern christliche Demokraten waren, welche Staat und Wirtschaft aus den Trümmern des zweiten Weltkrieges wieder aufgebaut haben. (Beifall.)

Ich habe inzwischen das Vergnügen, von den ausländischen Gästen den Deputierten zum chilenischen Parlament, Dr. Tomas Reyes Vecuna, den Generalsekretär der christlich-demokratischen Union von Amerika, auf das herzlichste zu begrüßen. (Beifall.)

Ich bitte nunmehr den Vertreter der christlich-historischen Union der Niederlande, Herrn Pfarrer Gerssen, um das Wort.

Pfarrer G e r s s e n (Holland - mit Beifall begrüßt):
Meine lieben Freunde der Österreichischen Volkspartei! Es freut mich sehr, dieser Tagung der Österreichischen Volkspartei als Mitglied der Parteileitung der Christlich-historischen Union in Holland und als Abgesandter unserer Partei beiwohnen zu dürfen. Ich spreche nicht von dieser Freude, weil es sich so geniert. Wir haben in unserer Parteileitung Ihre Einladung ohne Bedenken angenommen, und ich möchte hierfür fünf Gründe anführen:

Erstens waren Sie so freundlich, uns in diesem Jahr, als wir bei den Wahlen für ein neues Parlament mit einem günstigen Resultat herauskamen, Ihre Glückwünsche zu übermitteln. Diese Bestätigung unserer Verbundenheit über die Landesgrenzen hinaus hat uns mit Dankbarkeit erfüllt, und es freut mich, das hier bei Ihrer Tagung aussprechen zu können.

Zweitens bekommt die Politik allerorts mehr und mehr ein internationales Gepräge. Als am Dienstag dieser Woche unsere Königin die Sitzungen der Volksvertretung eröffnete, war fast ein Drittel ihrer Rede den Fragen des Zusammenlebens der Völker gewidmet. Und das mußte auch so sein. Kein Volk kann es sich mehr leisten, für sich allein zu leben. Deshalb ist es von besonderer Wichtigkeit, an dieser Tagung, bei der Sie sich gründlich mit Ihren Problemen beschäftigen, teilnehmen zu können.

Drittens verbringen immer mehr Holländer ihre Ferien in Ihrem herzerquickenden Land. Das wird auch für Ihre Ökonomie

1050 2

von besonderer Wichtigkeit sein. Aber noch wichtiger ist es, wenn immer mehr Leute sich die Mühe machen, für das besondere Gepräge des Staates und der Kirche, die sie in ihren Ferien begegnen, aufgeschlossen zu sein. Eine Begegnung wie diese Tagung ermöglicht meines Erachtens für den Austausch der Gedanken eine weitere Bereicherung.

Viertens führen Sie das Wort "österreichisch" in Ihren Namen und wir das Wort "historisch". Das enthält trotz der großen Verschiedenheit im Kontext doch ein übereinstimmendes Ziel. Sie wollen Politik treiben in engster Verbundenheit mit der Geschichte und der Eigenart Ihres Volkes. Bei uns heißt "historisch" so etwas wie reformatorisch, um nicht zu sagen reformiert. Bei Ihnen heißt "österreichisch" etwas anderes. Aber beide suchen wir doch so im internationalen Leben zu stehen, daß die besonderen Merkmale unserer Kultur nicht verwischt werden. Das ist kein Partikularismus, sondern ein sehr wesentlicher Beitrag zur Bereicherung der zukünftigen Welt. Besonders verbindet uns, daß das "österreichisch" bei Ihnen und das "Historisch" bei uns den wesentlichen Inhalt durch die Tatsache bekommt, daß es nicht verstanden werden kann, ohne auf das Christentum Rücksicht zu nehmen, das unsere beiden Völker geprägt hat.

Fünftens las ich auf der Reise nach Klagenfurt in den Zeitungen von der inneren Diskussion Ihrer Partei, der diese Tagung hauptsächlich gewidmet ist. Es dünkt mich, daß es fast dieselben Fragen wie jene sind, die uns in Holland zwei

Monate lang beschäftigt haben, bevor eine neue Regierung mit der Arbeit beginnen konnte. Das soll nochmals unterstreichen, daß wir näher zueinanderstehen, als es, oberflächlich betrachtet, der Fall zu sein scheint. Hinter verschiedenen Antworten liegen doch immer dieselben Fragen.

Mit diesen fünf Punkten hoffe ich, deutlich genug gesagt zu haben, warum mich die Christlich-historische Union nach Klagenfurt geschickt hat: Ich soll Sie grüßen und unsere allerbesten Wünsche aussprechen für Ihre Arbeit. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Gerlach:

Ich danke Herrn Pfarrer Gersen für seine Ausführungen. Mit Freude und Genugtuung haben wir den Ausgang der letzten Wahlen in Holland zur Kenntnis genommen. Es ist Ihnen in Ihrem Land gelungen, eine deutliche Führung durch christliche Politiker sicherzustellen. Wir beglückwünschen Sie dazu. (Beifall.)

Inzwischen sind die Vertreter von Südtirol eingetroffen. Ich begrüße sie auf das herzlichste. (Lebhafter lang anhaltender Beifall.)

Im Einvernehmen mit den ausländischen Delegierten werden wir die weiteren Begrüßungsansprachen an die Spitze der nachmittägigen Beratungen stellen, damit wir mit den beiden Rechenschaftsberichten bis ein Uhr zu Rande kommen. Ich bin der Meinung, daß Sie das auch für genehm halten.

1050 4

Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zu Punkt 3:

Beschlußfassung über die Geschäftsordnung
des Bundesparteitages

Es obliegt uns nun, die Geschäftsordnung des Bundesparteitages zu beschließen. Sie finden in der Tagungsmappe die altbewährte Geschäftsordnung der früheren Parteitage. Ich beantrage, sie auch für diesen Parteitag zu beschließen. Wünscht jemand dazu das Wort? - Das ist nicht der Fall. Die Geschäftsordnung erscheint somit formell genehmigt.

Damit gelangen wir bereits zum Tagesordnungspunkt 4:

Genehmigung der Tagesordnung

Die gedruckte Tagesordnung für den Bundesparteitag ist Ihnen zugegangen und befindet sich in Ihren Händen. Sie bedarf Ihrer Genehmigung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Somit ist die Tagesordnung genehmigt.

Wir kommen damit zum Punkt 5 der Tagesordnung:

Wahl des Parteitagepräsidiums und der Schriftprüfer

Es ist üblich, bei unseren Parteitag ein Bundespartei-
tagspräsidium aus den Reihen der Delegierten zum Bundespartei-
tag zu wählen und ihm die Führung des Vorsitzes zu überlassen.
Es soll aus den Landesparteiobmännern, der Bundesleiterin der
Österreichischen Frauenbewegung und dem Bundesjugendführer
bestehen.

Ich schlage daher für das Bundespartei-tagspräsidium vor:

für Wien Herrn Nationalrat H a r t l ,

für Niederösterreich Herrn Landeshauptmann DDr. h. c.

Ingenieur F i g l ,

für Oberösterreich Herrn Landeshauptmann G l e i s n e r ,

für Salzburg Herrn Minister Dr. K l a u s (Beifall),

für Tirol Herrn Landeshauptmann W a l l n ö f e r (Beifall),

für Vorarlberg Herr Landeshauptmann I l g ,

für Steiermark Herrn Nationalrat Dr. P i f f l ,

für Kärnten Herrn Bundesminister Dr. S c h l e i n z e r (Bei-
fall),

für Burgenland Herrn Präsidenten Dr. K a r a l l ,

für die Österreichische Frauenbewegung Frau Nationalrat

S o l a r (Beifall) und

für die Österreichische Jugendbewegung Herrn DDr. K ö n i g
(Beifall.)

Außerdem sind drei Schriftprüfer zu wählen. Hierzu schlage ich vor:

Herrn Landtagsabgeordneten **N a u m a n n**,
Herrn Landessekretär **P e l z e l m a y e r** und
Herrn Landesrat **P r i t s c h**.

Erfolgt ein Gegenvorschlag? - Das ist nicht der Fall. Erfolgt sonst ein Einwand? - Das ist auch nicht der Fall, somit gelten das Bundesparteitagspräsidium und die Schriftprüfer als gewählt.

Ich bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums, die Tribüne zu betreten, und bitte den Landesparteiobmann von Niederösterreich, Herrn Landeshauptmann Dr. Figl, als erster den Vorsitz zu übernehmen. (Die Mitglieder des Tagungspräsidiums nehmen unter lebhaftem Beifall ihre Plätze auf der Tribüne ein.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann DDR. h. c.
Ing. Leopold F i g l : Herr Bundesparteiobmann! Meine sehr geehrten Frauen und Männer! Ich übernehme den Vorsitz und versichere im Namen aller Mitglieder des Bundesparteitagspräsidiums, daß wir die Geschäftsordnung loyal handhaben und den Vorsitz objektiv führen werden.

Wir gehen in der Tagesordnung weiter und kommen zu Punkt 6:

Bestätigung der Zusammensetzung

a) der Mandatsprüfungskommission

b) der Antragsprüfungskommission

c) der Wahlkommission

d) der Ausschüsse

Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Antragsprüfungskommission und der Wahlkommission

liegt in Ihren Mappen. Wird deren Verlesung verlangt? - Das ist nicht der Fall. Werden Abänderungsanträge gemacht? - Das ist auch nicht der Fall. Somit erscheinen die Antragsprüfungskommission, die Mandatsprüfungskommission und die Wahlkommission als gewählt.

Der Bundesparteileitung steht nach der Geschäftsordnung das Recht zu, für die Vorbereitung des Bundesparteitages Ausschüsse einzusetzen. Sie hat von diesem Recht Gebrauch gemacht, und es wurden sechs Ausschüsse eingesetzt:

Ein Ausschuß für Fragen des Parteiprogramms unter Vorsitz von Bundesminister Dr. Drimmel,

ein Ausschuß zur Behandlung der Finanzfragen der Partei unter Vorsitz von Minister Graf,

ein Ausschuß für Statutenfragen unter Vorsitz von Generalsekretär Bundesrat Harramach,

ein Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit unter Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Gleißner,

ein Wirtschafts- und Sozialpolitischer Ausschuß unter Vorsitz von Landeshauptmann Krainer und

ein Politischer Ausschuß unter Vorsitz von Bundesminister Dr. Schleinzer.

Ich beantrage, diese vorbereitenden Ausschüsse zu Ausschüssen dieses Bundesparteitages zu erklären. Ihre Zusammensetzung ist aus den in Ihren Tagungsmappen befindlichen Unterlagen ersichtlich. Erhebt sich ein Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Somit gelten diese Ausschüsse als Ausschüsse dieses Bundesparteitages.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission und die Mitglieder der Antragsprüfungskommission treten zu Beginn der Nachmittagsitzung zusammen, und zwar die Mandatsprüfungskommission im Beratungszimmer 3, die Antragsprüfungskommission im Beratungszimmer 4.

Wir schreiten in der Tagesordnung weiter und kommen zum politischen Rechenschaftsbericht des Bundesparteiobmannes. Ich erteile Herrn Bundeskanzler Gorbach das Wort.

7. Politischer Rechenschaftsbericht des Bundesparteiobmannes,Bundeskanzler Dr. Alfons GorbachBerichterstatter Bundesparteiobmann BundeskanzlerDr. Alfons G o r b a c h (mit anhaltendem Beifall begrüßt):

Hoher Bundesparteitag! Ich darf nun zum politischen Rechenschaftsbericht des Bundesparteiobmannes das Wort ergreifen. Die Österreichische Volkspartei ist eine demokratische Partei, und es liegt im Wesen der Demokratie, daß die Wähler vom Gewählten Rechenschaft verlangen können. Ich weiß, daß ich Ihnen, den Delegierten des Bundesparteitages 1963, heute ebenso Rechenschaft schuldig bin, wie denen, die mich am 12. Februar 1960 gewählt und so oft in schweren Zeiten unterstützt haben. Ich möchte an diesem Tage für ihr Vertrauen danken.

Es hat in letzter Zeit nicht an Kritik, und es hat, was mich betrifft, auch nicht an Geduld gegenüber den Kritikern gefehlt. Wenn aber dieser Rechenschaftsbericht seinen Zweck erfüllen soll, dann muß er ein Beitrag dazu sein, die objektiven Maßstäbe zu finden. Nicht um meinetwillen, aber um der Partei willen gebe ich zu erwägen, ob es sinnvoll ist, wenn eine staatstragende Partei ihre führenden Männer abwechselnd mit Vorschußlorbeeren überschütten und dann wieder in Grund und Boden kritisieren läßt.

Ich möchte, um den weiteren Verlauf des Parteitages nicht mit Emotionen zu belasten, gleich am Anfang zu dieser Kritik grundsätzlich Stellung nehmen.

Man hat der Parteiführung vorgeworfen, daß sie zu nachgiebig gewesen wäre und daß sie aus dem Wahlsieg vom November 1962 bei der anschließenden Regierungsbildung nicht genug herausgeholt hätte. Ich habe dazu bis heute geschwiegen. Vor dem Parteitag aber, der über die zurückliegende Zeit beschließen soll, muß der Bundesparteiobmann, der sich entschlossen hat, sein Amt in jüngere Hände zu legen, ein offenes Wort dazu sagen.

Ich will die an der Parteiführung geübte Kritik auf niemand anderen abwälzen, aber eine Feststellung ist im Interesse der Wahrheit notwendig: Wenn man mir einen Vorwurf machen kann, dann vielleicht den, zuviel auf andere gehört zu haben. Keinesfalls aber verdiene ich den Vorwurf einsamer Entschlüsse, die die Partei vor vollendete Tatsachen stellten. Der letzte Bundesparteitag in der Wiener Hofburg hat mich nicht zum Parteiführer mit diktatorischen Vollmachten bestellt, sondern hat mir ein Kollegium von Mitarbeitern durch freie Wahl zur Seite gestellt. Die zuständigen Gremien der Partei hatten in allen Phasen der innenpolitischen und innerparteilichen Entwicklung Gelegenheit, mitzureden und mitzuentcheiden. Das gilt für die Bundesparteileitung, für den Bundesparteivorstand, aber auch für den Klub der Abgeordneten. In diesen Gremien sind alle statutenmäßigen Organisationen der Gesamtpartei vertreten.

Mein Rechenschaftsbericht soll Ihnen aufzeigen, unter welchen Umständen ich zu handeln hatte, welche Mittel mir zur Verfügung standen und was ich schließlich erreichen konnte. Die Österreichische Volkspartei hat keine kollektive Führung, die es angeblich in

anderen Parteien geben soll. Sie haben aber Anspruch darauf, zu erfahren, daß sich meine Amtsführung als Bundesparteiobmann und als Bundeskanzler ausnahmslos auf Beschlüsse der zuständigen Parteinstanzen stützte.

Der Zeitraum, über den ich Ihnen zu berichten habe, erstreckt sich vom 12. Februar des Jahres 1960 bis zum heutigen Tage, wobei ich Ihnen bis zum 11. April 1961 nur als Bundesparteiobmann, seither aber auch als Bundeskanzler Rechenschaft lege.

2 1110

Die Ausgangssituation des Jahres 1960 war für den Obmann der am stärksten mit der Staatsverantwortung belasteten Partei keineswegs leicht und unproblematisch.

Außenpolitisch sah sich die Zweite Republik, die mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages und der Verabschiedung des Neutralitätsgesetzes im Jahre 1955 scheinbar aller außenpolitischen Probleme ledig wurde, durch das Wirksamwerden der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft seit 1958 erneut mit einem existenziellen Thema konfrontiert. Als neutraler, aber auch in hohem Grad exportabhängiger Staat, war Österreich erneut verpflichtet, seine außenpolitische Haltung klarzustellen, wobei die Führung des Außenministeriums bereits 1959 auf Grund des damaligen Wahlergebnisses in sozialistische Hände übergegangen war.

Innenpolitisch geriet die als Not- und Kampfgemeinschaft bewährte Koalition der beiden großen Parteien in eine immer krisenreichere Entwicklung. Nach dem Abzug der Besatzungstruppen führten wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen im Mai 1956 zu vorzeitigen Nationalratswahlen, aus denen die Österreichische Volkspartei siegreich hervorging. Ein Jahr später aber ging der sozialistische Kandidat aus den Bundespräsidentenwahlen siegreich hervor, und die Sozialistische Partei stellte ungeachtet des Unterschiedes von acht Mandaten zwischen ÖVP und SPÖ die These vom Gleichgewicht der beiden großen Parteien auf. Wieder führten ungelöste Probleme innerhalb der Koalition zu vorzeitigen Nationalratswahlen im Mai 1959. Die SPÖ wurde damals zur stimmenstärksten Partei, und die ÖVP erzielte nur dank der Wahlarithmetik den Vorsprung eines einzigen Mandates.

2 1111

Parteilpolitisch war schon 1958 durch die Erkrankung meines Vorgängers Altbundeskanzler Ing. Julius Raab die Frage einer Verjüngung der Parteiführung aufgeworfen worden. Auch die Verhandlungen über die Regierungsbildung auf Grund der Wahlen des Jahres 1959 hatten in der Zwischenphase, in der die Überlassung des Finanzministeriums an die SPÖ erwogen wurde, eine parteipolitisch heikle Situation zur Folge.

Zusammenfassend darf ich wohl behaupten, daß ich die Führung der Partei keineswegs in einem Zeitpunkt übernahm, in dem die Position der ÖVP übermäßig stark und die Stellung einer Regierungspartei völlig unproblematisch war. Ich habe kurz nach Übernahme meines Amtes in der Partei mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß wir dem österreichischen Volk keinen zweiten Staatsvertrag, keine zweite Vollbeschäftigung und keine zweite Hochkonjunktur zu bieten haben. Nach den mageren Nachkriegsjahren, die in unserem Volk ein bewundernswertes Ausmaß an Opferbereitschaft und Selbstbehauptungswillen mobilisierten, drohte uns in den fetten Jahren nach dem Staatsvertrag eine ethische Demobilisierung. Immer mehr sehen wir an Stelle einigender Bereitschaft zum Verzicht das trennende Bestehen auf der hundertprozentigen Erfüllung eigener Forderungen. Immer mehr greift die Meinung um sich, der Staat könne sich mehr um seine Bürger kümmern, ohne daß sich die Bürger mehr um den Staat kümmern.

Trotzdem würde ich mich einer bewußten Verfälschung der Tatsachen schuldig machen, würde ich hier den Eindruck erwecken, als sei in den letzten Jahren nichts mehr geleistet worden.

2 1112

Nicht nur Millionen Menschen unseres Volkes haben in diesen letzten Jahren ihre Arbeit getan, auch Regierung und Gesetzgebung haben konkrete Ergebnisse ihrer Arbeit aufzuweisen.

Ich möchte daher in meinem Bericht ebenso die unbewältigten oder gar größer gewordenen Probleme hervorheben ebenso wie die tatsächlich von uns erbrachten Leistungen.

In der Außenpolitik trat, wie ich besonders hervorheben möchte, durch den Wechsel in der Parteiführung keine Änderung ein. Die Österreichische Volkspartei hat seit 1945 eine konsequente außenpolitische Linie verfolgt, die auf die Freiheit und Unabhängigkeit unseres österreichischen Vaterlandes gerichtet war. Das Neutralitätsgesetz wurde zu einem Zeitpunkt beschlossen, in dem führende Männer unserer Partei, nämlich Altbundeskanzler Ing. Julius Raab als Regierungschef und Altbundeskanzler Ing. Figl als Außenminister, den außenpolitischen Kurs Österreichs bestimmten. Als Bundesparteiobmann und später als Bundeskanzler habe ich meine Aufgaben in erster Linie darin gesehen, die Kontinuität der österreichischen Außenpolitik zu demonstrieren. Diesem Zweck dienten auch die Staatsbesuche, die mich im Jahre 1962 nach Bern, London, Washington, Paris und Moskau führten. Seitdem im September 1961 die Sowjetunion Österreich um die Erläuterung des österreichischen Standpunktes in der Integrationsfrage ersucht hatte, sah ich die besondere Notwendigkeit, die Vertrauensbasis zwischen Österreich und den Signatarstaaten des Staatsvertrages weiter zu festigen und für unser Bestreben, mit der EWG zu einem Arrangement zu kommen, Verständnis

zu wecken. Ich habe dieses Verständnis sowohl in meinen Gesprächen mit Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow, insbesondere aber auch in meinen Gesprächen mit Präsident de Gaulle gefunden. Ende Juli 1962 konnte Österreich in Brüssel vor dem EWG-Rat seine Eröffnungserklärung abgeben. Nachdem wir zuerst die Verhandlungen zwischen Großbritannien und den EWG-Staaten abgewartet hatten, bekundeten wir erneut unser Interesse an der Fortsetzung unserer Gespräche mit der EWG. Mitte Juli dieses Jahres fanden solche Gespräche zwischen der österreichischen Mission bei der EWG und Vertretern der europäischen Kommission statt, die voraussichtlich im Oktober ihre Fortsetzung finden werden.

Bevor ich Ihnen über die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten drei Jahre berichte, möchte ich kurz die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Zeitraum skizzieren. Dem Konjunkturaufschwung der Jahre 1959 und 1960 folgte eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Unser Bruttonationalprodukt, das im Jahre 1960 real noch um 8,4 Prozent zugenommen hat, nahm 1961 nur noch um 4,7 Prozent und 1962 um 2,3 Prozent zu. Wir haben nach wie vor eine vollbeschäftigte Wirtschaft, die im Jahre 1961 40.000 und im Jahre 1962 18.000 zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigte. Im ersten Halbjahr 1963 ging allerdings im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der Beschäftigten um 6.000 zurück. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums steht in engem Zusammenhang mit einer rückläufigen Investitionstätigkeit. 1960 nahmen die Investitionen noch um 13,9 Prozent und 1961 um 8,1 Prozent zu, während sie 1962 um 2,1 Prozent zurückgingen.

1120 1

Diese Zahlen sind für uns eine ernste Mahnung. Wir dürfen nie vergessen, daß jeder soziale Fortschritt ein kräftiges Wachstum der Wirtschaft zur Voraussetzung hat. Wir dürfen aber nicht nur davon reden, welche Wünsche noch offen sind, sondern wir müssen auch davon reden, welche Wünsche schon in Erfüllung gegangen sind.

Österreich hat in den letzten drei Jahren eine beachtliche Steigerung der Einkommen und der Sozialleistungen erlebt. Die Nettomasseneinkommen nahmen 1960 um 8,1 Prozent, 1961 um 10,4 Prozent und 1962 um 8,9 Prozent zu und eilten damit dem Wirtschaftswachstum voraus. Das Nettomasseneinkommen war 1962 um 26 Milliarden Schilling höher als im Jahre 1960. An Pensionen und Renten wurden 1962 um rund 4 Milliarden Schilling mehr ausgezahlt als 1960. Der private Konsum war 1962 um rund 20 Milliarden höher als 1960, während die Spareinlagen in diesem Zeitraum um rund 11 Milliarden Schilling zunahmen.

Besonders stark expandierte in den letzten Jahren der Fremdenverkehr, dessen valutarische Eingänge sich zwischen 1960 und 1962 um 3,2 Milliarden erhöhten. Damit erreichte die Expansion des Ausländerfremdenverkehrs nahezu jene der Ausfuhr, die zwischen 1960 und 1962 um 3,7 Milliarden zunahm. Dank der Ausweitung unserer Ausfuhr und insbesondere unseres Fremdenverkehrs war die österreichische Zahlungsbilanz in den beiden letzten Jahren aktiv.

1120 2

Ich erwähne alle diese Zahlen - das mag vielleicht sehr trocken scheinen - in meinem Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag deshalb, weil sie der Ausdruck wirtschaftlicher Lebensfähigkeit sind. Sie beinhalten allerdings auch die Mahnung, die Grundlagen dieser Lebensfähigkeit - die Stabilität unserer Währung und das Wachstum unserer Wirtschaft - zu verteidigen und zu festigen.

Wenn ich mich nun der gesetzgeberischen Tätigkeit der letzten drei Jahre zuwende, so möchte ich vorausschicken, daß sie keineswegs nur ein Produkt des Zufalls oder der Nötigung durch Zwangslagen war. Hinter den einzelnen gesetzgeberischen Akten zeichnen sich die Grundlinien einer Politik ab, die sich die höhere Bildung, die Förderung des Sparens, die Investitionstätigkeit und die Festigung der kleinen selbständigen Existenzen angelegen sein ließ. Besonders möchte ich hervorheben, daß nicht gegen den Willen, sondern durch die Initiative der Österreichischen Volkspartei eine soziale und eine familienfreundliche Politik betrieben wurde.

Auf dem Weg zur höheren Bildung haben wir mit den Schul- und Erziehungsgesetzen einen Fortschritt von weitreichender Bedeutung erzielt. Jahrzehntelang ist um diese Fragen gestritten und gerungen worden, ohne daß infolge der Haltung der Sozialistischen Partei eine Einigung möglich war. Wenn auch mit diesen Gesetzen - ich will es zugeben - viele soziale Verpflichtungen und Lasten verbunden sind, so haben wir doch damit ein Fundament gelegt, auf dem die Erziehung und Bildung kommender Generationen aufbauen kann.

Die Frage der Subventionierung der Privatschulen, an der die Katholiken Österreichs besonders interessiert waren, konnte in diesem Zusammenhang sichergestellt werden. Ebenso kam es zur Regelung der mit dem Schulwesen zusammenhängenden Fragen in einem Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich. (Beifall.) Nicht nur mit der katholischen Kirche wurde ein voller Akkord hergestellt. Zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs wurde auch den evangelischen Christen die Anerkennung ihrer kirchenpolitischen Wünsche zuteil. (Beifall.) Die - nicht ohne anfängliches Mißtrauen - schließlich restlos verwirklichte kulturpolitische Zielsetzung der Partei, eine freie Kirche in einem freien Staat, wurde kirchlicherseits voll anerkannt und gewürdigt. Bei all dem verfolgt die Partei nicht die Konfessionalisierung der Politik, sondern den Auftrag, in Zeiten der um sich greifenden Religionslosigkeit der Menschen die sichere Basis religiösen Lebens unter allen Umständen sichern zu helfen.

Zu erwähnen ist auf dem Gebiete der Kultur und Schule die Schaffung der Linzer Sozialhochschule, der Salzburger Universität und der Grazer Akademie für Musik und darstellende Kunst.

Intensive Beratungen waren in letzter Zeit den Hilfsmaßnahmen für die Hochschulen gewidmet, für die auch ERP-Mittel herangezogen werden. Nachdem sich die Stipendiensummen zwischen 1959 und 1960 versechsfacht und die Mittel

1120 4

für den Bau und Betrieb von Studentenheimen rund ver-
facht haben, sollen diese Förderungsmaßnahmen in einem ge-
setzlich fundierten Studienförderungswerk ihre Krönung
finden. (Beifall.)

In der Familienpolitik kam es 1961 zur Einführung der
14. Kinder- und Familienbeihilfe, einer Säuglingsbeihilfe
und einer Mutterbeihilfe für alle Familien ab drei Kindern.
Die Beträge für die Säuglinge- und Mutterbeihilfen wurden
1962 und 1963 erhöht. Seit 1962 wird die Mutterbeihilfe auch
für alle Familien ab zwei Kindern gewährt. Der Karenzurlaub
ist auf zwölf Monate verlängert worden.

Ich habe bereits erwähnt, daß die Ausgaben in der
Pensionsversicherung der Unselbständigen und Selbständigen
zwischen 1960 und 1962 um rund 4 Milliarden zugenommen haben.
Die Zahl der aus der Sozialversicherung gezahlten Pensionen
ist von 937.000 im Jahre 1959 auf 1,124.000 im Mai dieses
Jahres gestiegen. Beginnend mit 1. Jänner 1961 wurde eine
Rentenreform in drei Jahresstappen durchgeführt. Sie brachte
im Jahre 1961 die halbe 14. Rente und im Jahre 1962 die ganze
14. Rente, die Erhöhung der Mindestrenten, die Anpassung
des Invaliditätsbegriffes der Arbeiter an den der Ange-
stellten, höhere Hinterbliebenenrenten und eine Erhöhung
des Hilflosenausschusses. Die gesetzliche Durchführung dieser
Maßnahmen erfolgte in der 9., in der 10. und in der
11. ASVG-Novelle, in Novellen zum gewerblichen Selbständigen-
pensionsversicherungsgesetz und zum landwirtschaftlichen
Zuschußrentenversicherungsgesetz. Auf dem Gebiete der Sozial-

gesetzgebung sind ferner die 13. und 14. Opferfürsorge-gesetzesnovelle und das Auslandsrentenübernahmegesetz zu er-wähnen sowie die Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, verschiedene Verbesserungen der Mutterschutzvorschriften, die Verbesserung der Kriegsoffer- und Kleinrentnerver-sicherung und das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz.

Ich langweile Sie vielleicht mit dieser Aufzählung. Ich fühle mich aber verpflichtet, doch sachlich, nüchtern und kurz davon zu reden, weil allgemein die Meinung ver-breitet wurde, daß die Koalition, die Regierungstätigkeit, in der Vergangenheit steril und nicht fruchtbringend war, daß mit einem Wort nichts, gar nichts geschehen ist.

Aber auch auf dem Gebiet des Finanzwesens möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß wir mit 1. Juli 1962 eine Lohn- und Einkommensteuersenkung durchgeführt haben, durch die die Einkommen unter 50.000 S jährlich mit insgesamt 760 Millionen Schilling entlastet wurden und die Einkommen der Verheira-teten mit Kindern im Ausmaß von insgesamt 490 Millionen Schilling. Diese Steuersenkung hat den Finanzminister eine Milliarde Schilling gekostet. Der politische oder soziale Effekt war aber scheinbar gleich Null. Zuerst wurde die Steuersenkung stürmisch gefordert, dann jedoch sehr rasch vergessen. Der Verzicht des Staates auf sehr wesentliche Steuereinnahmen hatte keineswegs einen Verzicht bei Forde-rungen nach neuen Staatsausgaben zur Folge.

Eine ebenso im Interesse der Sparförderung wie im Interesse der Jugend liegende Initiative unserer Partei wurde mit dem Prämiensparförderungsgesetz verwirklicht. Auf dem Gebiet des Finanzwesens wurden heuer außerdem das Bewertungsfreiheitsgesetz 1963 und ein Investmentfondsgesetz verabschiedet. Auf dem Gebiet der Kriegs- und Nachkriegsschädengesetzgebung erwähne ich den Finanz- und Ausgleichsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland als Folge des Bad Kreuzbacher Abkommens und im Zusammenhang damit die Erweiterung des Besatzungsschäden- und Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, das Umsiedler- und Vertriebenenentschädigungsgesetz, die Hilfsfondsgesetznovelle und das erste Staatsvertragsdurchführungsgesetz für die Jugoslawienbeschädigten.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist in erster Linie das ERP-Gesetz zu nennen, ferner das Antidumpinggesetz und das Raten-gesetz sowie die im Zusammenhang mit dem Raab-Olah-Abkommen beschlossene Preisregelungsgesetznovelle.

Im Dienstrecht der öffentlich Bediensteten kam es zur Verbesserung der Bezugsregelung der öffentlich Bediensteten durch Novellierung des Gehaltsgesetzes und des Vertragsbediensteten-gesetzes, zur Neuordnung der Bundesbahnbesoldungsordnung, zur Verabschiedung des Richterdienstgesetzes und des Hochschul-assistentengesetzes. Auf dem Gebiet der Verfassung sind die Neuordnung des Geschäftsordnungsrechtes des Nationalrates, die Gemeindeverfassungsnovelle, die Schulverfassungsnovelle, die Verbesserung des Budgetbewilligungsrechtes des Nationalrates und das Volksbegehrensgesetz zu erwähnen.

Im Bereich der Landesverteidigung kam es zu einer Novellierung des Wehrgesetzes und des Heeresgebührengesetzes. Hervorzuheben wäre hier besonders die Neugruppierung des Bundesheeres und die Aufstellung des Grenzschatzes.

Eine besondere Sorge war für uns in den letzten Jahren die Existenzsicherung der Familienbetriebe in der Landwirtschaft. Nach jahrelangen Bemühungen konnte 1960 das Landwirtschaftsgesetz verabschiedet werden. Seither werden vom Landwirtschaftsministerium alljährlich im Rahmen des Grünen Planes dem Parlament Maßnahmen für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen, der Verkehrslage, der Agrarstruktur und der Betriebswirtschaft vorgeschlagen. Der Grüne Plan wurde 1961 mit 200 Millionen Schilling und 1962 mit 500 Millionen Schilling dotiert. Darüber hinaus wurden der Landwirtschaft in den Jahren 1960 bis 1962 Agrarinvestitionskredite in der Höhe von 2,3 Milliarden Schilling gewährt.

Ich darf hier einfügen, daß den ebenso förderungswürdigen Klein- und Mittelbetrieben der gewerblichen Wirtschaft vom Handelsministerium durch eine Reihe von Kreditaktionen im Ausmaß von 2,5 Milliarden Schilling geholfen wurde. Davon entfielen 300 Millionen auf ERP-Klein und Kleinstkredite und 500 Millionen auf Bürgeskredite.

Auf jene agrarpolitischen Maßnahmen, wie die Erhöhung des Milcherzeugerpreises, die Treibstoffverbilligung und Kompetenzverschiebungen zugunsten des Landwirtschaftsministeriums, möchte ich im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Regierungsbildung noch zurückkommen.

Soweit, meine Damen und Herren, mein Bericht über die Fortschritte, die wir erzielt haben. Ich habe diesen Bericht bewusst sehr nüchtern gehalten und mich begnügt, stichwortartig auf die einzelnen Maßnahmen hinzuweisen. Ich habe aber, wie schon eingangs gesagt, bei Gott nicht die Absicht, zu verschweigen, daß es unbewältigte und sogar noch kritischer gewordene Probleme gibt. Das Lohn- und Preis-Problem zum Beispiel und die Erstellung eines währungsgerechten Staatshaushaltes waren für uns in den letzten Jahren eine Quelle ständiger Sorge. Darüber hinaus ist aber auch das Fundament unserer Republik, der Rechtsstaat, durch Übergriffe bei einzelnen Streiks und durch die Polemik gegen höchstgerichtliche Urteile in ein gefährliches Zwielicht geraten. Der lange Schatten, den diese Ereignisse vorausgeworfen haben, aber ist die Krise in der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien, für die die Habsburgfrage viel weniger Ursache als Vorwand war. (Zustimmung.)

Lassen Sie mich aber zuerst einige Worte zum Lohn- und Preis-Problem sagen. Wir haben dieses Problem - ich muß es hier sagen - nicht gelöst. Es ist ja in allen Staaten ein ständiges Problem, aber das heißt nicht, daß wir der Entwicklung der Dinge tatenlos zugesehen haben. Ich erinnere an die Zolllenkung zu Beginn des Jahres 1962, an die erhöhte Liberalisierung, den Abbau von Einfuhrbeschränkungen und die Verwendung einer begrenzten Zahl ausländischer Arbeitskräfte. Ich erinnere an das Stillhalteabkommen, über das im Sommer 1962 in der Paritätischen Kommission ein Einvernehmen erzielt wurde. Ich erinnere daran, daß der Staat einschließlich der gezielten Zolllenkungen im Herbst 1962 auf Zolleinnahmen in der Höhe von 180 Millionen verzichtete und daß im

Herbst 1962 die budget- und handelspolitischen Maßnahmen auch noch durch kreditpolitische Maßnahmen unterstützt wurden.

Ich leugne aber nicht, daß den Maßnahmen zur Dämpfung des Preisauftriebes andere Entwicklungen wieder entgegenwirkten. Bei den Verhandlungen über das Budget 1961 konnten wir die Wünsche der Rentner, der Familien, der jungen Beamten und der kleinen Bauern berücksichtigen, das Versicherungsprinzip bei der Sozialversicherung wahren und leistungsfeindliche und produktionsfeindliche Steuererhöhungen vermeiden. Es waren aber doch angesichts der angespannten Lage des Staatshaushaltes einige Abgaben-, Tarif- und Preiserhöhungen im Bereich des Bundes notwendig, die im Endeffekt auf die Lebenshaltung verteuernd wirkten. Dem Raab-Olah-Abkommen, auf das man zuerst große Hoffnungen setzte, folgten bald neue Lohnforderungen, die, wie bei den Metallarbeitern, im Jahre 1962 auch durch Streiks durchgesetzt wurden. Auch gegen den Arbeitgeber Staat wurden Forderungen erhoben, die, wie im Falle der Postler und der Exekutive, durch Streikandrohung und Streiks unterstützt wurden.

Das Stillhalteabkommen vom Sommer 1962 wurde alsbald im Bereiche der Zuckerindustrie durchlöchert. Überhaupt haben Lohn-erhöhungen in der Lebensmittelindustrie, zum Teil in Form von Zeitzählern, Verteuerungen von Grundnahrungsmitteln ausgelöst, die dann wieder Abgeltungen an Rentner und an Familien, also an sozial Bedürftige, notwendig machten. Wir befinden uns hier in der Tat in einem verhängnisvollen Kreislauf.

Bei den dramatischen Verhandlungen über das Budget für 1962, die zum Rücktritt des Präsidenten Olah führten, konnte ein

volkswirtschaftlich ausgeglichenes und währungsgerechtes Budget ohne Steuer- und Tarifierhöhungen erzielt werden. Aber die vorhin erwähnten Ereignisse des Jahres 1962 erschütterten bereits wieder die Grundlagen dieses Budgets. Als wir mit der durch die Wahlen bedingten Verspätung an die Erstellung des Staatshaushaltes für 1963 gingen, mußten wir uns im Zusammenhang mit den höheren Bezügen der öffentlich Bediensteten und der Milchpreiserhöhung erneut zu Bedeckungsmaßnahmen entschließen.

2 1140

Ich kann hier nur wiederholen, was der Generalrat der Nationalbank Karl Aussch, ein Sozialist, im April 1963 in Linz sagte: Wir alle seien schuld an der kritischen Lage der Staatsfinanzen, weil wir alle den Staat und damit das Sozialprodukt überfordert hätten. Man solle daher nicht immer den Finanzminister zum Sündenbock machen.

Meine lieben Parteifreunde. Man spricht mehr in der letzten Zeit als sonst von der Versachlichung der Wirtschaftspolitik und der Notwendigkeit unbestreitbarer statistischer Unterlagen. Nun ich, für meine Person, bin gerne bereit, dem Wirtschaftsforschungsinstitut zu glauben, daß das österreichische Sozialprodukt im ersten Quartal nur mehr um 1 Prozent gewachsen ist. Aber, so frage ich Sie, welches Regierungsressort, welche Interessenvertretung, welche Bevölkerungsgruppe ist bereit, alle ihre Wünsche und Forderungen auf dieses eine Prozent zu reduzieren? Die Wurzel allen Übels liegt doch darin, daß jeder erklärt, er sei ein fanatischer Anhänger der Sparsamkeit, sofern nicht bei ihm damit begonnen wird. (Beifall.) Ja das geht sogar so weit, daß gewisse Kreise sogar die Mentalreservation haben, von der Sparsamkeit der anderen noch ein Extrageschenk für sich beiseite schaffen zu können.

Aber ich will hier keinen Pessimismus predigen. Wir werden auch heuer wieder versuchen, mit dem Budget zwischen der Szylla der Forderung, keine Steuern zu erhöhen, und der Charybdis der Forderung nach höheren Ausgaben hindurchzusteuern. Vorläufig klafft zwischen diesen beiden Forderungen noch eine Lücke von 6 Milliarden, ^{ja} und der Finanzminister sagt mit vorgehaltener Hand es seien schon 7 Milliarden.

Nun aber zu dem nicht weniger bedeutsamen Thema des Rechtsstaates. Es reicht von der "stundenweisen Staatslosigkeit" während des Exekutivstreiks im Sommer 1962 bis zu der Drohung im Sommer 1963, im Falle einer Rückkehr Otto von Habsburgs die Straße zu mobilisieren. Es hat hier auf der Linken schon immer etwas seltsame Auffassungen gegeben. Als im Sommer die Exekutive

Q 1141

streikte, hat der damalige Gewerkschaftsbund für den Fall von Disziplinarmaßnahmen Gegenmaßnahmen von besonderer Wirksamkeit angedroht. Als aber im Spätsommer die Ärzte streikten, kam es zu gewerkschaftlichen Demonstrationen gegen die Ärzte, wobei der Ruf laut wurde: "Gorbach tu deine Pflicht, stell den Daume vor Gericht!"

Das alles sind doch Symptome, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden können. Sie entspringen jener Geisteshaltung, die geneigt ist, bereits gefällte Richtereprüche durch das sogenannte gesunde Volksempfinden zu korrigieren. (Beifall.) Hier scheiden sich die Geister, meine sehr Verehrten.

Ich habe hier nicht die Absicht, die Habsburgerfrage zu einem Politikum zu machen. Dafür hat die Sozialistische Partei bereits zur Genüge gesorgt. Für uns ist diese Frage eine reine Rechtsfrage. (Beifall.) Ich möchte hier aber doch mit aller Deutlichkeit feststellen:

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur demokratischen Republik. Für uns ist die republikanische Staatsform kein Gegenstand einer Diskussion. (Beifall.) Wir leiden allerdings auch an keinem monarchischen Verfolgungswahn, meine lieben Freunde! (Beifall.) Wir schätzen die Zweite Republik viel zu hoch ein, um zu glauben, sie könnte durch die Rückkehr eines Mannes, sei er auch aus historischen Gründen noch so interessant, irgendwie erschüttert werden.

Man verdrehe uns aber nicht deshalb wieder gleich das Wort im Munde und behaupte, wir seien Interessenten dieser Rückkehr. Wer die politische Geographie dieses Landes einigermaßen beherrscht, wird wohl nicht behaupten können, daß eine monarchistische Bewegung - die, nebstbei bemerkt, seit Jahren unter der Schirmherrschaft eines sozialistischen Innenministers existiert - zuerst in die Weidegründe der marxistischen Parteien eindringen würde.

Die sozialistischen Drehbuchautoren, die diese, sehr trockene Rechtsfrage, zu einem "Bürgerkriegs-Drusical" umge-

§ 1142

schrieben haben, hatten freilich ein ganz anderes Ende des Stückes im Auge. Durch den Theaterdonner in der Habsburgerfrage sollten die Leute von einem Szenenwechsel auf offener Bühne abgelenkt werden. Durch einen Zwischenvorhang mit der Jahressahl 1918 wollte man vergessen machen, daß man mit einer ganz anderen Tradition zu brechen versuchte, nämlich mit der seit 1945 bestehenden Zusammenarbeit der beiden großen politischen Parteien. (Zustimmung.)

Damit aber bin ich bei dem besonders aktuellen Thema der Krise der Zusammenarbeit. Die Anfänge dieser Krise reichen, wie ich bereits erwähnte, weiter zurück als der Beginn meiner Amtszeit als Bundesparteiobmann. Als einen möglichen Ausweg sahen ich und meine Mitarbeiter in der Partei die Klarstellung des Kräfteverhältnisse der beiden großen Parteien durch die Nationalratswahlen.

Wir sind im Wahlkampf zu den Nationalratswahlen 1962 gegen die Gleichgewichtstheorie aufgetreten. Es ist nicht gut in einem Lande, wenn es zu keinen klaren Mehrheitsbildungen kommen kann. Das Gleichgewicht, meine sehr Verehrten, wird von mir in der Politik abgelehnt. Es führt zur Erstarrung und verhindert saubere, einwandfreie Entschlüsse, und deshalb wendete ich mich und meine Freunde im Wahlkampf gegen das im Bewußtsein unserer Bevölkerung so stark verankerte Gleichgewichtdenken. Sie erinnern sich doch noch an das Schiffsplakat 1959 mit der Parole 79 : 78. Das hat uns damals reichlich viel zu schaffen gemacht und uns auch Stimmenverluste eingetragen.

Wir haben mit unserer Kampagne Erfolg gehabt. Wir haben zwei Mandate gewonnen und die Sozialistische Partei hat zwei verloren, sodaß sich der Mandatsvorsprung von 1 auf 5 vergrößerte. Wir dürfen aber dabei nicht vergessen, daß er sich 1959 gegenüber 1956 von 8 auf 1 verringerte. Man kann eben Wahlergebnisse nicht nur in die zwei Kategorien "Sieg" und "Niederlage" einteilen, man muß sich auch über den Grad des Erfolges im klaren sein.

Natürlich haben wir bei den Regierungsverhandlungen darauf hingewiesen, daß nun der Vorsprung der ÖVP mit 5 Mandaten eindeutig klargestellt sei. Mit demselben Recht konnte uns aber die SPÖ entgegenhalten, daß der Mandatsgewinn der ÖVP als solcher nicht mehr als 2 beträgt.

Angesichts der Dauer der Verhandlungen über die Regierungsbildung erübrigt es sich wohl, besonders zu betonen, daß wir diese Verhandlungen mit ebenso großer Geduld wie Hartnäckigkeit geführt haben. Das Ergebnis ist Ihnen ja bekannt und ich kann mich deshalb auf die Hauptpunkte beschränken.

Zum erstenmal in der Geschichte der Koalitionsübereinkommen ist es zu einer Vereinbarung über einen koalitionsfreien Raum gekommen. Wir alle haben ja vor den Wahlen von der Auflockerung der Koalition gesprochen, wenngleich sich nicht alle davon gleich viel versprochen haben. Wenn heute in diesem koalitionsfreien Raum nicht immer Dinge geschehen, die uns Freude machen, so sollten wir daraus die Lehre ziehen, daß eine Partei nicht nur Stürmer und Dränger braucht, sondern auch solche, die zur Vorsicht mahnen. (Beifall.) Auf jeden Fall wäre es zu begrüßen, wenn es auf diesem Wege zu einer Aufwertung des Parlaments käme. Mögliche Mehrheitsentscheidungen sollten dabei aber nicht einseitig einer Regierungspartei zu Siegen über die andere verhelfen, sondern auch ein Ansporn sein, innerhalb der Regierung, innerhalb der Parteien zu einem tragbaren Kompromiß, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

1150 1

Im Zuge einer neuen Kompetenzabgrenzung kam es zu einer Verstärkung des ÖVP-Einflusses auf die Integrationspolitik durch den Handelsminister. Gleichzeitig wurde durch einen ÖVP-Staatssekretär im Handelsministerium die Betreuung der Bauagenden verstärkt. Im Justizministerium erhielt die ÖVP zum ersten Mal einen Staatssekretär. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß nicht zuletzt in diesem Ressort ein Mitspracherecht der stärksten Regierungspartei sehr zweckmäßig ist.

Eine Reihe von Kompetenzen gingen vom Innenministerium auf das von einem ÖVP-Minister geführte Landwirtschaftsministerium über. An agrarpolitischen Forderungen wurden uns überdies im Zuge der Verhandlungen über die Regierungsbildung die Erhöhung des Milcherzeugerpreises und die Verlängerung des Marktordnungsgesetzes und des Landwirtschaftsgesetzes zugestanden.

Über die Themen der verstaatlichten Industrie, des Wohnungswesens und des Rundfunks kam es zu Vereinbarungen, die die Klärung von Grundsatzfragen eigenen Ausschüssen übertragen. Für einvernehmliche Vorschläge wurde bei der verstaatlichten Industrie und beim Rundfunk der 30. Juni und für die Neuregelung der Wohnungsfrage der 31. Dezember 1964 als letzter Termin festgelegt. Ein Teil der bisherigen Kompetenzen der Sektion IV des Bundeskanzleramtes - Verstaatlichte Industrie wurde einem von je zwei Vertretern beider Regierungsparteien beschickten Beirat übertragen.

1150 2

Ich wage nach wie vor zu behaupten, daß dieses Ergebnis, wenn man es nicht mit Wunschvorstellungen, sondern einzig und allein mit dem Wahlergebnis vergleicht, durchaus akzeptabel erscheint. Wenn es abgesehen von den langwierigen Verhandlungen mit dem politischen Gegner auch noch in unseren eigenen Reihen mehr als notwendig Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, so nicht zuletzt deshalb, weil man verschiedentlich mehr vom Echo einer Forderung in einem Teil der Öffentlichkeit als von den politischen Realitäten ausgegangen ist. Dabei ging man oft nur Schlagworten nach, ohne selbst konkrete und konstruktive Vorschläge zu machen. Hätten wir, meine lieben Freunde, die Aufforderung, die letzten Konsequenzen zu ziehen, befolgt, dann hätten wir - das können wir heute schon besser beurteilen - letzten Endes nur das getan, worauf einflußreiche Kreise der SPÖ schon damals warteten. Wenn man mich heute fragen sollte, warum die ÖVP in der Regierung auf Grund des Wahlergebnisses vom 18. November 1962 nicht noch stärker vertreten ist, dann kann ich darauf nur antworten, daß anderen heute vielleicht die Frage gestellt hätte werden können, weshalb die ÖVP überhaupt nicht mehr in der Regierung vertreten ist.

Die Entwicklung der jüngsten Zeit beweist, daß wir in eine völlig neue Phase der inneren Entwicklung getreten sind. Würde die ÖVP, wie es unsere politischen Gegner schon seit dem Vorjahr geplant hatten, in die Opposition geraten sein - was durch ein Hinwerfen aller Verantwortung bei den Regierungsverhandlungen geschehen wäre -, dann könnten wir heute

1150 3

von außen zusehen, wie diese politischen Gegner Österreich nach ihrem Willen einrichten. In einer solchen Konstellation würde die SPÖ mit ihren heute 76 Mandaten das Gesicht dieses Staates in ungleich stärkerem Maße prägen, als ihr dies vor unserem Wahlerfolg am 18. November 1962 mit ihren 78 Mandaten möglich war.

Noch in der letzten Phase der Regierungsverhandlungen hatten wir uns zu entscheiden, ob und mit wem wir die Bundespräsidentenwahlen schlagen wollen. Ich erwähne das "ob", weil auch die Meinung vertreten wurde, man brauche zu dieser Wahl überhaupt nicht anzutreten. Es ist aber in einer Demokratie doch nicht möglich, daß sich eine Partei nur jene Wahlen aussucht, zu denen sie mit Aussicht auf den größten Erfolg antreten kann. Außerdem hätten wir in einem solchen Fall auch den treuesten unserer Wähler die Wahl eines anderen Kandidaten oder die Befolgung der Weißen-Stimmzettel-Parole zumuten müssen.

Wir haben uns also entschlossen, zu diesem Wahlgang anzutreten, und wir haben dafür den Mann nominiert, von dem wir auch heute noch glauben, daß ihn die österreichische Bevölkerung respektiert und Dank für seine Leistungen schuldig ist. (Lebhafter Beifall.) Julius Raab hat das für ihn persönlich sehr schwere Opfer des Wahlkampfes auf sich genommen, wofür ich ihm auch hier vor dem Parteitag meinen Dank aussprechen möchte. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Schon während der Bundespräsidentenwahl hat die Freiheitliche Partei Österreichs durch die Parole, weiße Stimmzettel abzugeben, das zu erkennen gegeben, was während der Habsburgabstimmung im Parlament und durch den Wahlrechtsreformvorschlag der Sozialistischen Partei offenbar wurde: eine Linkswendung der Führung dieser Partei, die heute von denen, die 1945 das "Nazi nach Sibirien"-Plakat affichierten, eine "Entnazifizierung" erwartet, die gar nicht notwendig wäre, wenn die SPÖ die FPÖ nicht jahrelang in dieser Richtung verleumdete hätte.

Ich habe immer Verständnis dafür gehabt, daß die FPÖ aus der unfruchtbaren Oppositionsrolle, zu der sie die starre Koalition verurteilt hat, herauswollte. Es war auch die ÖVP und nicht die SPÖ, die durch eine Auflockerung der Koalition zuerst den Ausweg aus dieser Rolle zeigte. Wir von der Österreichischen Volkspartei waren der Meinung, daß der Koalitionswagen, der in manchen wichtigen Punkten einfach nicht anspringen will, mit einem oppositionellen Anlasser gar nicht schlecht fahren würde.

An der Spitze der Sozialistischen Partei haben das jedoch einige Herren ganz anders verstanden. Nach ihren Plänen sollte der 81 PS-Motor der ÖVP aus dem Wagen ausgebaut und durch den Hilfsmotor der FPÖ mit seinen 8 PS ersetzt werden. Daraufhin wollte sich die SPÖ an das Steuer dieses Wagens setzen. Weil er aber bei der geringsten parlamentarischen Steigung stehen

bliebe, gab man eine Wahlrechtsreform in Auftrag, die unter Vermehrung der Mandatszahl einige zusätzliche Nenn-PS bringen soll. Das war das Spiel, das in dieser Frage getrieben wurde.

Meine lieben Parteifreunde! Es mag sein, daß ich hier als der Parteiobmann der ÖVP stehe, der sich ehrlich zur Zusammenarbeit der beiden großen Parteien bekannte, was aber die SPÖ nicht daran hinderte, hinter unserem Rücken das zu tun, was sie uns in ihrer Bürgerblock-Propaganda zu Unrecht vorgeworfen hat. (Beifall.) Trotzdem glaube ich, daß die ÖVP in der Öffentlichkeit als ehrliche, aber hintergangene Partei besser dasteht als wäre sie eine Partei, die selbst einen ehrlichen Partner zu hintergehen versuchte. Ich müßte mich sehr irren, würde ich annehmen, daß die Sozialistische Partei im Augenblick große Lust verspürt, vor das österreichische Volk hinzutreten und ihm ihre Handlungsweise in den letzten zehn Monaten zu erklären.

Die Sozialisten, die im Frühsommer ihre Stude für gekommen hielten, sind heute moralisch bereits in der Defensive. Aber nicht nur das intellektuelle Gewissen der SPÖ rebelliert, auch in den Gewerkschaften und in den Bundesländern wird Protest laut. Nicht alle Sozialisten haben nämlich die Augenbinde um, die der Mann auf dem sozialistischen Wahlplakat hatte. Sie haben gelesen, daß die sozialistische Wahlparole lautete: "Für Zusammenarbeit - gegen Alleinherrschaft".

In der sozialistischen "Zukunft" konnte man Ende August die Worte von Fritz Klenner lesen: "Unter solchen Perspektiven betrachtet wäre eine rot-blaue Koalition voll der Verlegenheiten für die Zukunft .. Das österreichische Volk würde uns die Rechnung bei den nächsten Wahlen präsentieren."

Es wird mit eine Aufgabe dieses Parteitages und der von ihm gewählten Parteiführung sein, sich den Weg in die Zukunft sehr gut zu überlegen. Mit den Tatsachen, mit denen die alte Parteiführung konfrontiert wurde, wird sich auch die neue Parteiführung auseinandersetzen haben.

Die Österreichische Volkspartei ist mit 81 Mandaten unbestritten die parlamentarisch stärkste Partei, aber sie besitzt nicht die für die Verabschiedung einfacher Bundesgesetze notwendige absolute Mehrheit.

Die SPÖ ist mit 76 Mandaten die parlamentarisch schwächere Partei, aber mit Hilfe der FPÖ ist die einfache Mehrheit ebenso in ihrer Reichweite wie in unserer.

Außerhalb des Parlaments und über dem Parlament aber verfügt die SPÖ über nicht zu unterschätzende Machtpositionen und Schlüsselstellungen.

Das sind die nüchternen Tatsachen. In ihrem Kräftemessen mit der SPÖ hat die Österreichische Volkspartei dieser im wesentlichen nur ihre Einigkeit und die durch eine bessere Politik zu gewinnende öffentliche Meinung entgegenzusetzen. Dieses Kräftemessen zwischen zwei großen Parteien liegt im ureigensten Wesen der Demokratie. Ich persönlich halte es aber nicht für zweckmäßig, daß dieses Kräftemessen zwischen einer großen

Regierungspartei und einer großen Oppositionspartei erfolgt.

Auf keinen Fall soll die eine oder andere große Gruppe der österreichischen Bevölkerung das Gefühl haben, es werde gegen sie regiert und sie sei jeder Verantwortung für diesen Staat ledig. Zu groß sind die Aufgaben, die vor uns liegen, zu heikel ist unsere geographische Lage, und zu jung ist unser Staatsbewußtsein, ^{daß} als wir in dieses Risiko eintreten könnten.

Ich darf zum Schluß meines Berichtes noch einmal zusammenfassen: Wer nicht Schwarzweißmalerei betreibt, wird zugeben müssen, daß in den letzten drei Jahren nicht nur Probleme ungelöst blieben, sondern auch Fortschritte erzielt wurden.

Ich habe diese Partei im Jahre 1959 als stimmenschwächere Partei mit einem Mandat Vorsprung übernommen und übergebe sie als stimmenstärkere Partei mit fünf Mandaten Vorsprung. (Lebhafter Beifall.)

Ich übergebe diese Partei, die in den letzten Monaten mehr als einmal Gefahr lief, durch übereilte Entschlüsse in die Opposition gedrängt zu werden, als Regierungspartei. (Beifall.)

Ich übergebe schließlich die Führung der Partei, weil ich nach Vollendung meines 65. Lebensjahres und bei gleichzeitiger Führung der Amtsgeschäfte eines Bundeskanzlers selbst zu dem Entschluß gekommen bin, daß diese Aufgabe nun in jüngere Hände gelegt werden soll.

Ich war auch einmal jung wie ihr, ich habe in den gleichen Kategorien wie ihr gedacht - ich werde noch darauf zurückkommen. Ich kann es mir nicht versagen, euch zu sagen, daß ich euch sehr wohl verstehe und daß ihr nicht besser und nicht schlechter seid, als wir es damals gewesen sind.

Nun zurück nach dieser Interpolierung. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, Ihnen als den Delegierten dieses Parteitages Rechenschaft zu geben. Ich weiß aber als Christ, daß dies nicht die einzige Instanz ist, der ich Rechenschaft schuldig bin. Hier kann man sich in dieser Welt nur den Spiegel des eigenen Gewissens vorhalten, und entscheidend ist, ob man sich, wie Kant sagte, "nicht vor sich selbst zu schämen und den inneren Anblick der Selbstprüfung zu scheuen Ursache hat." (Beifall.)

Ich scheidet ohne Groll und ohne jedes Ressentiment aus meiner Funktion. Ich trage die körperlichen Narben des ersten Weltkrieges und die seelischen Narben politischer Verfolgung, und es werden auch jene Stellen, an denen man mich in jüngerer Zeit zu treffen und zu verwunden glaubte, vernarben. Ich billige meinen Kritikern den besten Willen zu, und ich begleite sie, auch wenn ich nicht mehr die Verantwortung trage, mit den besten und ehrlichsten Wünschen. Das ist keine formale Feststellung, das entspricht dem Diktat meines Herzens. (Anhaltender Beifall.)

Ich wünsche aber auch eines im Interesse der Partei: Man möge die Einheit dieser Partei erhalten! (Beifall.) Man kann und wird immer wieder über Fragen der Methoden verschiedener Meinung sein, aber das darf niemals Anlaß zu persönlichen Differenzen werden. Was die Partei braucht, ist echte politische und menschliche Kameradschaft der Männer, die sie führen. (Beifall.)

Die Österreichische Volkspartei ist eine große und starke Partei, und sie hat die Chance, noch größer und stärker zu werden. Aber sie ist nicht groß und stark genug, um sich die

Schwäche der Zwietracht leisten zu können. Machen wir alle Front zum politischen Gegner und geben wir uns gegenseitig die Gewißheit, daß wir den Rücken im eigenen Lager frei haben. Sammeln wir uns hinter der Führung, die das Vertrauen dieses Parteitages zu hoher Verantwortung beruft, vergessen wir aber auch nicht, daß die Vertrauenspyramide unserer Partei, an deren Spitze der Bundesparteiobmann steht und die in ihrer Basis aus zwei Millionen Wählern besteht, in den Bünden und Landesorganisationen der Partei von vielen Frauen und Männern getragen sein muß.

Mein Leben in den letzten 45 Jahren war das eines Österreicherers, der im Kampfe um Österreich getan hat, was mir die Ideale meiner Jugend aufgetragen haben. Als Gymnasiast hat mich Schillers Don Carlos gelehrt, für diese Ideale Achtung zu tragen, wenn ich Mann sein werde.

In dieser Gesinnung habe ich die Felduniform des Kärntner Infanterie-Regiments Nr. 7 der alten Armee getragen; jetzt in dieser Zeit, da die Österreicher dieser letzten großen Epoche Alt-Österreichs langsam verabschiedet werden, grüße ich über Zeiten und Räume hinweg meine alten Kameraden. (Beifall.) Wir dürfen uns bei Gott sagen: Kein Opfer war umsonst, wenn die Jungen aus unseren bitteren Erfahrungen einen Nutzen ziehen wollen.

Als junger Mensch kam ich Ende der zwanziger Jahre in die Politik. Weil ich die Ideale der eigenen Jugend so hoch schätze, verstehe ich die unserer heutigen Jugend, wie ich früher angedeutet habe, sehr wohl, und ich wünsche ihr ein herzliches Glückauf zu ihrem Beginnen im Dienste an Österreich.

Wer lange genug in der Politik gewesen ist, weiß, daß
bestes Wissen und Gewissen nicht jedes Tun in der Geschichte
nachträglich rechtfertigt. Der Politiker handelt in der Zeit
und nicht in der Schreibstube der späteren Geschichtsschreiber.

Der Weg, den ich 1933/34 eingeschlagen habe, hat mich ins KZ geführt. Ich habe von dort nicht den Haß und die Starrköpfigkeit heimgebracht, sondern eine Einsicht, die mir als jungem Mann natürlich fehlen mußte: die Einsicht, das Verstehen, daß nicht alle das Gleiche denken können und wollen.

Bei der Auflösung der alten Christlich-sozialen Partei, in der ich noch Stadtschulrat von Graz war, habe ich deren letztem Obmann, Minister Dr. Czermak, in der Grazer Burg gesagt, daß es mit den Parteien vorbei sei; die heutige Zeit verlange neue Methoden und neue Formen. Ich war davon nicht weniger überzeugt, wie es heute meine jungen Freunde sind, die es mir ehrlich ins Gesicht gesagt haben, daß sie jetzt ähnlich denken.

Aber ich erinnere mich auch der Worte Czermaks: Merk dir das: die Demokratie ist nicht tot!—Das war damals ebenso wahr wie heute, nur nicht populär.

Die Wahrhaftigkeit, liebe Freunde, ist wohl die ernsteste Pflicht bei jedem verantwortungsvollen Handeln. Diese Wahrhaftigkeit ist der Kern unserer Freundschaft und unserer Gesinnungsgemeinschaft.

Vielleicht hat es daran in unseren Reihen zuletzt ein wenig gefehlt. Aber ich möchte am Schluß keine Anklage, sondern eine Bitte aussprechen: Halten wir uns eine ehrliche Freundschaft; wir werden sie in den schweren Zeiten, die vor uns liegen, brauchen!

Zum Schluß zwei Sätze zum Abschied; der Dichter Ernst Wiechert hat sie verfaßt; sie sprechen manches aus, was mich jetzt bewegt. Er sagte:

"Vielleicht ist es die ernsteste Stunde im Leben des einzelnen, weil sie viel Erkenntnis verlangt, viel Verzicht und sehr viel Güte. In solch einer Stunde des Lebens, wo der Bogen sich senkt, wo das Schwert abgegeben wird an junge Hände, sieht man mit klarem, ja vielleicht mit prophetischem Auge auf den Weg des jungen Geschlechts, wie es sich aufhebt von unserer vereinsamten Schwelle und hinausführt in ein Land der neuen Morgenröte, das auch uns verheißen war, aber das wir nicht mehr betreten werden." (Starker anhaltender Beifall. Die Delegierten erheben sich von ihren Sitzen und bereiten Bundeskanzler Dr. Gorbach, der den Mitgliedern des Präsidiums die Hand schüttelt, lebhaft Ovationen.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dipl.-Ing. Dr. F i g l :

Hoher Parteitag! Ich darf unserem Bundeskanzler Parteibeamten Alfons Gorbach für seinen politischen Rechenschaftsbericht aufrichtig und herzlichst Dank sagen. Ich glaube, im Namen aller zu sprechen, wenn ich sage, daß wir tief beeindruckt sind von dem umfassenden Bericht, den er uns über die letzten drei Jahre erstattet hat.

Verehrter Herr Bundeskanzler! Du hast recht: Wenn man vorne steht, gibt es viel Kritik. Aber ein Politiker muß eines können: ertragen. Und im Ertragen warst Du groß und im Ertragen hast du viel gearbeitet, und vieles ist in diesen letzten drei Jahren unter deiner Führung geschehen. Dafür dankt dir der Bundesparteitag aus ganzem Herzen. (Erneuter starker Beifall.)

Wenn du heute den Rücktritt bekundest und dich als Bundesparteiobermann verabschiedest, dann hast du dich als der österreichische Volksparteiler verabschiedet; aber nicht von der Partei, sondern nur von deiner Funktion. Im Herzen aber bleibst du der österreichische Volksparteiler. Du kannst ja nicht anders, denn dein Leben war wirklich das Leben eines aufrechten Kämpfers für unser Österreich. (Beifall.) Deine Opfer waren aber auch nicht umsonst, und darüber kannst du dich freuen. Es war ein harter Weg, auf und ab, immer dem Grundsatz getreu. Wir leben heute in einem freien wohlgeordneten Vaterland Österreich, und dafür mitgearbeitet zu haben, ist eines deiner wesentlichsten Verdienste. Du hast seit 1945 nur das Ziel gekannt: Alles für Österreich! In diesem Sinne herzlichen Dank für deinen politischen Rechenschaftsbericht. (Lebhafter Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Ich habe jetzt ein Telegramm bekanntzugeben:

"Wegen Krankheit meiner Frau leider nicht in der Lage nach Klagenfurt zu kommen. Wünsche Ihrem Bundesparteitag besten Erfolg. Van den Luis, Generalsekretär A.R.P., den Haag, Holland."

Ich darf nun den Vorsitz der Frau Abgeordneten Solar übergeben.

Vorsitzende Nationalrat Lola Solar: Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Herrn Generalsekretär, Nationalrat Dr. Withalm, seinen organisatorischen Rechenschaftsbericht zu erstatten.

8. Organisatorischer Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs

Berichterstatter Generalsekretär Nationalrat Dr. Hermann

W i t h a l m (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! Meine lieben Parteifreunde! Gleich Ihnen stehe auch ich noch unter dem Eindruck der Worte, die Bundeskanzler Dr. Gorbach zum Schluß gesprochen hat. Wir alle respektieren seinen Entschluß, seine Funktion als Bundesparteiobmann in jüngere Hände zu legen. Wir respektieren den Kanzler in dieser Stunde aber auch als Menschen, als einen, der immer zu unserer Gesinnungsgemeinschaft gezählt hat und zählen wird.

Hoher Parteitag! Vielleicht ist so manchem, der außerhalb des Parteilebens steht, in dieser Stunde so richtig klar geworden, daß Politik ein hartes Brot ist. Sie bringt beileibe nicht nur äußere Ehren, sondern auch manchen inneren Verzicht mit sich. Der Politiker darf zwar mitreden, aber er muß auch ertragen, daß über ihn geredet und geurteilt wird.

In diesem großen Saal, in dem nicht nur die Delegierten mit beschließender und beratender Stimme, die Vertreter anderer christlich-demokratischer Parteien, hohe Ehrengäste, treue Mitarbeiter aus dem Lande Kärnten und Journalisten des In- und Auslandes Platz genommen haben, möchte ich eines klarstellen: Wir sind eine demokratische Partei und unterscheiden uns als solche in unserem Verantwortungs- und Vertrauensgefüge nur in der Nomenklatur von der Demokratie unseres Staates. Die Parteiführung ist die Regierung, der Parteitag das Parlament und damit die Volksvertretung des Parteivolkes. Von den Delegierten des Parteitages erhalten die auf dem Parteitag gewählten Funktionäre das Ver-

trauen ausgesprochen, und nur diesen Delegierten des Parteitages sind sie daher letzte Rechenschaft schuldig. Das hat in der Vergangenheit gegolten, das gilt heute so und wird wohl auch in der Zukunft gelten.

Der Bericht, den ich Ihnen zu geben habe, ist ein organisatorischer Rechenschaftsbericht. Christlich-demokratische Parteien sind Parteien, in deren Idee der Mensch mit seinen ungeahnten Möglichkeiten, aber auch mit seinen Fehlern im Mittelpunkt steht. Das Wort "Organisation" wird dadurch oft an die Peripherie unseres Denkens gerückt. Aber wenn wir auch nicht an das Perpetuum mobile einer Parteimaschinerie glauben, die gleichsam von selber läuft, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß für eine moderne Partei mehr als je zuvor die Formel gilt: Der Mensch und die Organisation ergeben erst so richtig die Partei. Und diese Formel gilt auch in der Steigerung: Besser qualifizierte Menschen und eine bessere Organisation, das ergibt erst die bessere Partei. (Beifall.)

Wir alle zusammen haben schon bessere und schlechtere Zeiten für unsere Partei erlebt. Gerade in schlechteren Zeiten aber haben wir es dankbar erlebt und empfunden, daß unsere Organisation steht und ungeachtet der Rückschläge, die wir in der Politik erlitten haben, unerschüttert und für die nächsten Wahlentscheidungen einsatzfähig geblieben ist.

Deshalb möchte ich an die Spitze meines organisatorischen Rechenschaftsberichtes den Dank an den treuen Mitarbeiter, an den ungenannten Funktionär und Sekretär stellen, der mit uns nicht nur den Erfolg von 1962 oder 1956 miterrungen hat, sondern der auch 1959 oder 1963 zur Stelle war und auf den wir uns auch morgen werden verlassen können und verlassen müssen, wenn die Partei zu einer neuen Entscheidung aufgerufen wird.

(Beifall.) Der unverdrossene Arbeitseifer, aber auch der Kampfgeist dieser zehntausenden treuen Mitarbeiter ist ein Ansporn, der in unserer Partei von unten nach oben gegeben wird. Wenn wir oben sogenannte große Politik machen, dürfen wir nie darauf vergessen, daß diese Politik in einer Demokratie nicht nur "gemacht", sondern auch unten verstanden und an den kleinen Mann gebracht werden muß. (Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Wenn ich nun zu meinem eigentlichen Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Generalsekretariates von meiner Wahl am 8. außerordentlichen Bundesparteitag am 12. Februar 1960 bis zum heutigen Tag komme, bitte ich, mir zugute zu halten, daß Rechenschaftsberichten leider die fatale Eigenschaft der Nüchternheit und Trockenheit anhaftet, noch dazu, wenn diesen Bericht ein Jurist gibt.

Die Aufgaben des Generalsekretärs und des Generalsekretariates sind in den §§ 32 und 34 unseres Bundesparteiorganisationsstatutes festgelegt. Wenn wir die nüchternen Worte der statutarischen Bestimmungen auf die Praxis der täglichen Arbeit übertragen, dann zeigt sich, daß dem Generalsekretär eine dreifache Koordinationsaufgabe obliegt:

- die politische Koordination,
- die organisatorische Koordination und
- die publizistisch-propagandistische Koordination.

Über die politische Koordination sagt das Bundesparteiorganisationsstatut aus, daß der Generalsekretär den Bundesparteiobmann insbesondere in Fragen der politischen Willensbildung der Partei zu beraten, daß er die Beschlüsse der Bundesparteioorgane vorzubereiten und daß er die Koordinierung der politischen Interessen der Bünde im Einvernehmen

mit dem Bundesparteiobmann durchzuführen hat. Das heißt mit anderen Worten: Die Koordinationstätigkeit des Generalsekretärs hat darin zu bestehen, daß er einerseits an der politischen Willensbildung innerhalb der Partei und andererseits an der Vermittlung dieser im Schoße der Partei erarbeiteten Auffassungen an die Vertreter der Partei in Regierungsfraktion und in der Parlamentsfraktion mitwirkt.

Die organisatorische Koordinationsaufgabe des Generalsekretärs ist im Bundesparteiorganisationsstatut außer mit dem Hinweis, daß er in allen Angelegenheiten der Partei die Beschlüsse der Bundesparteiorgane vorzubereiten hat, vor allem dadurch festgelegt, daß das Generalsekretariat das einzige Büro zur Durchführung aller in den Aufgabenbereich der Bundesparteiorgane fallenden Aufgaben ist.

Was schließlich die publizistisch-propagandistische Koordinationsaufgabe betrifft, so enthält das Statut den Hinweis darauf, daß zu den Aufgaben des Generalsekretärs insbesondere die Aufsicht über die Publizistik der ÖVP und die Gestaltung der Programmatik der Partei gehört. Daß schließlich das Generalsekretariat für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen und darüber hinaus für die Propaganda der Partei schlechthin verantwortlich zeichnet, ist eine Selbstverständlichkeit.

Mein Rechenschaftsbericht an den Bundesparteitag befaßt sich mit diesen drei Koordinierungsaufgaben des Generalsekretariates. Ich komme zunächst zur Aufgabe der politischen Koordinierung.

Wenige Wochen, bevor ich am 12. Februar 1960 zum Generalsekretär gewählt wurde, ist der damalige Leiter des Politischen Büros, Bundesrat a.D. Dr. Tsöbl, aus dem Generalsekretariat ausgeschieden, um seine Tätigkeit als Referent in der Sektion IV des Bundeskanzleramtes, also in der Sektion für verstaatlichte Unternehmungen, aufzunehmen. Ein weiterer Aspekt, den wir zu berücksichtigen hatten, war der, daß mit der Wahl eines neuen Bundesparteiobmannes auf dem Bundesparteitag 1960 nach sieben Jahren zum ersten Mal wieder eine Trennung zwischen den Funktionen des Bundeskanzlers und des Bundesparteiobmannes vorgenommen wurde. Es war deshalb notwendig, auf dem Gebiet der politischen Koordinierung zum Teil neue Wege zu gehen. Im Einvernehmen mit dem neuen Bundesparteiobmann Dr. Gorbach wurde eine Reihe von Ausschüssen für wichtige fachpolitische Probleme, vor allem auf dem wirtschafts- und sozialpolitischen Sektor, geschaffen. Hand in Hand damit ging die Bestellung zusätzlicher ehrenamtlicher Referenten der Bundesparteileitung für bestimmte Sachgebiete.

Ich habe nicht die Absicht, in dem Rechenschaftsbericht, den ich dem Bundesparteitag gebe, Fehler und Kritik, die an Fehlern geübt wurde, zu verschweigen. Ich weiß, daß die Einsetzung dieser Ausschüsse auch auf Kritik gestoßen ist. Diese Kritik richtete sich weniger gegen die Arbeitsweise dieser Gremien, sondern vielmehr gegen die angeblich zu große Zahl der Ausschüsse, die da gebildet wurden. Ich möchte dazu in aller Offenheit sagen, daß diese Kritik vielleicht manchmal nicht unberechtigt war, daß man aber eines nicht übersehen darf:

Diese Ausschüsse waren ein Notbehelf. Wir mußten uns dieses Notbehelfs bedienen, weil es nicht möglich war, über Nacht im Generalsekretariat bzw. in der Bundesparteileitung jenen Stab von hauptamtlichen Referenten und Experten zu schaffen, die an und für sich notwendig gewesen wären. Wir haben allerdings nach und nach, sobald die Voraussetzungen dafür geschaffen werden konnten, auch hauptamtliche Referenten bestellt.

Ich möchte hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, keinen Meinungsstreit darüber entfachen, ob sich der Generalsekretär bei der Aufgabe der politischen Koordination in erster Linie auf hauptamtliche Referenten, ehrenamtliche Referenten oder Ausschüsse stützen soll. Hier gibt es kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-Als-auch.

Eine moderne Massenpartei in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann ihre Aufgaben ganz einfach nicht erfüllen, wenn ihr nicht ein Stab von ausgesuchten Mitarbeitern, die sich voll und ganz ihrer Aufgabe widmen können, zur Verfügung steht. Eine notwendige und sinnvolle Ergänzung werden diese hauptamtlichen Referenten durch Fachausschüsse finden, in denen erfahrene Politiker, Vertreter der Bünde und damit der einzelnen Berufsgruppen und Fachleute für bestimmte Wissensgebiete zusammenarbeiten.

Das Bindeglied zwischen diesen hauptamtlichen Referenten und den Ausschüssen stellen meiner Meinung nach die ehrenamtlichen Referenten in der Bundesparteileitung dar, die, so wie wir das bisher auch praktiziert haben, Politiker mit Spezialerfahrung auf bestimmten Gebieten sind.

Aufgabe des Generalsekretärs muß es sein, die Arbeit der Referenten und der Ausschüsse zu jenem Prozeß zu koordinieren, der die eigentliche politische Willensbildung der Partei darstellt.

Ich will mich hier nicht in Wortspiele verlieren. Aber eines möchte ich doch feststellen: Koordinieren heißt integrieren und nicht diktieren! Der Generalsekretär kann nicht, und er will auch nicht, weder in eigener Machtvollkommenheit noch als der Mitarbeiter des Bundesparteiobmannes, den einzelnen Organisationen und Bänden der Partei seinen Willen aufzwingen. Umgekehrt aber muß ich ebenso offen sagen, daß sich das Generalsekretariat nicht darauf beschränken kann, die Wünsche der einzelnen Organisationen und Bände lediglich zu addieren und die Summe der Meinungen vorzulegen. Das hieße Integrieren mit bloßem Addieren verwechseln. Das ist ja das Wesen unserer Partei, daß wir Agrarpolitik nicht allein vom Bauernbund her, Sozialpolitik nicht allein vom Arbeiter- und Angestelltenbund und Wirtschaftspolitik nicht allein vom Wirtschaftsbund her betreiben und daß wir darüber hinaus etwa die Sorge um die Kulturpolitik nicht allein unserem Unterrichtsminister und die Sorge um die Landesverteidigung nicht allein dem Verteidigungsminister überlassen wollen. Auf jedem einzelnen dieser Gebiete soll immer wieder unter Anhörung aller Bände die

Meinung der Gesamtpartei erarbeitet und sodann in Regierung und Parlament vertreten werden. (Beifall.)

Ich verhehle nicht, daß von den drei Koordinationaufgaben, die dem Generalsekretär obliegen, jene der politischen Koordination die weitaus schwierigste und damit wohl auch undankbarste ist. Der Herr Bundesparteiobmann Bundeskanzler Dr. Gorbach hat in seinem Bericht eine lange Reihe von Gesetzen, und zwar von bedeutenden Gesetzeswerken, aufgezählt, die seit dem letzten Bundesparteitag in Regierung und Parlament verabschiedet wurden. Die Verabschiedung all dieser Gesetze ging oft erst nach langwieriger Koordinierung im Schoße der Partei vor sich. Ich verweise nur auf das Schulgesetz, bei dessen Vorberatung der Kulturpolitische Ausschuß in der Bundesparteileitung eine wichtige Rolle gespielt hat.

Wir haben also auf dem Gebiete der politischen Koordination Erfolge zu verzeichnen. Ich verhehle aber nicht, daß es auch Mißerfolge und Rückschläge gegeben hat. Als Erfolg möchte ich die Budgetverhandlungen im Jahre 1961 hervorheben, bei denen die in gründlichen sachlichen Vorberatungen erzielte einheitliche Auffassung unserer Partei dazu geführt hat, daß es im sozialistischen Lager zu schweren Meinungsverschiedenheiten kam, die in dem Ausscheiden des Zweiten Präsidenten des Nationalrates Olah aus dem Koalitionsausschuß und aus dem Parlament sichtbaren Ausdruck fanden.

Als einen Mißerfolg möchte ich die Verhandlungen über die Regierungsbildung bezeichnen, in deren Verlauf es uns ganz einfach nicht gelungen ist, innerhalb unserer eigenen Partei die

notwendige Übereinstimmung in einer ganzen Reihe von Sachfragen zu finden.

Ich glaube, Hoher Bundesparteitag, daß wir aus Erfolgen und Mißerfolgen der Vergangenheit gleichermaßen lernen sollen. Ich möchte auch hier keinen Meinungsstreit entfachen. Konstruieren wir nicht künstliche Gegensätze zwischen der Meinung von Experten einerseits und den Auffassungen der politischen Praktiker andererseits. Auch hier gibt es kein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-Als-auch. Wir brauchen beides, den klugen Rat und die mutige Tat! (Beifall.)

Die Notwendigkeit und die Richtigkeit dieses Sowohl-Als-auch tritt besonders klar zutage, wenn ich mich nun dem zweiten Teil meines Rechenschaftsberichtes zuwende und über die organisatorische Koordinationstätigkeit des Generalsekretariates referiere. Es ist selbstverständlich, daß sich das Generalsekretariat bei der organisatorischen Arbeit in erster Linie auf die Landesparteiorganisationen und hier wieder auf den bewährten Mitarbeiterstab stützt.

Ich möchte die Gelegenheit dieses Parteitages benützen, um noch einmal auch vor diesem Forum des gesamten Parteivolkes jenen Mitarbeitern aus dem Stande der Landesparteisekretäre zu danken, die seit dem letzten Parteitag ausgeschieden sind, um neue wichtige Funktionen zu übernehmen.

Es ist dies zunächst der ehemalige Landesparteisekretär von Salzburg Oskar Berger, der, nachdem er vorübergehend in der Wirtschaft tätig war, nunmehr in den Österreichischen Verlag, also unseren Parteiverlag, berufen wurde und damit weiterhin für unsere Partei arbeitet. (Beifall.)

Es ist dies ferner der ehemalige Landespartei sekretär von Kärnten Walter Flucher, der vom Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund in den Gemeinderat und in den Stadtrat der Stadt Klagenfurt berufen wurde und somit einer unserer Hausherrn und Gastgeber ist. (Beifall.)

Ich danke dem ehemaligen Landespartei sekretär von Tirol Dr. Kurt Gattinger, der nunmehr seine ganze Arbeitskraft in den Dienst der Wohnungseigentums idee im Lande Tirol stellt. (Beifall.)

Ich danke ferner dem ehemaligen Landespartei sekretär des Burgenlandes Josef Lentsch, den seine Parteiorganisation zur höchsten Würde, die das Land zu vergeben hat, nämlich zur ehrenvollen Funktion des Landeshauptmannes, berufen hat. (Beifall.)

Ich danke schließlich dem ehemaligen Landespartei sekretär der Steiermark Franz Wegart (Beifall), der, nachdem er jahrelang seine Arbeitskraft nicht nur in den Dienst des Landespartei sekretariates gestellt hat, sich nunmehr ganz seiner Aufgabe als Landesrat in der Landesregierung, aber auch seinen übrigen Funktionen in der Partei widmet.

Es hat eine Zeit gegeben - sie liegt wohl schon weit zurück -, da hat man in unserer Partei und nicht nur in unserer Partei versucht, Gegensätze zwischen Funktionären und Sekretären zu konstruieren. Ich glaube, daß Ihnen die Nennung der Namen jener Männer, denen ich hier unser aller Dank abgestattet habe, genügt, um zu beweisen, daß solche Gegensätze nicht mehr länger bestehen. Gerade das Korps der Landespartei sekretäre beweist, daß wir den richtigen Mittelweg zwischen der fachlichen und oft unbedankt bleibenden Arbeit am Schreibtisch und der Vertretung und

Repräsentierung unserer Politik nach außenhin in der Öffentlichkeit gefunden haben.

Ich möchte die Gelegenheit meines organisatorischen Rechenschaftsberichtes aber auch benützen, um noch einem anderen Mann unseren Dank auszusprechen. Organisationsarbeit treiben heißt, ein steiniges Feld in mühevoller Arbeit zu bestellen. Hier kann es vorkommen, daß einer die Früchte erntet, die ein anderer lange Zeit vor ihm gesät hat. Eine solche schwierige und undankbare Aufgabe auf organisatorischen Gebiet war der weitere Aufbau und Ausbau unseres Schulungswesens. Es ist uns seit dem letzten Parteitag gelungen, in der Person des Ihnen allen bekannten Dr. Eduard Mayer einen Bundesschulungsreferenten zu bestellen. Im weiteren Verlauf sind dann in allen neun Bundesländern Landeschulungsreferenten bestellt worden. Hand in Hand mit diesem organisatorischen Aufbau ging eine wesentliche Intensivierung und ich glaube auch sagen zu dürfen Verbesserung unseres Schulungswesens. Wir sind vielfach neue Wege gegangen, wir haben uns nicht gescheut, mit neuen Methoden zu experimentieren, und wir haben damit Erfolg gehabt. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders darauf hinweisen, daß wir gerade in der Schulungsfrage eine ausgezeichnete Zusammenarbeit nicht nur mit den neun Landesparteiorganisationen, sondern vor allem auch mit den drei Bünden, aber auch mit der Frauenbewegung und mit der Jugendbewegung gehabt haben. Unser Wirken auf diesem Gebiet hat auch internationale Anerkennung gefunden. Bereits zweimal haben in Wien Tagungen der Internationalen Union Christlicher Demokraten stattgefunden, die sich mit Schulungsfragen befaßt haben.

Der Dank, den ich in diesem Zusammenhang aussprechen möchte, gilt jenem Mann, der bis zum Beginn des Jahres 1961 als Generalsekretär-Stellvertreter im Generalsekretariat tätig war, dem heutigen Generaldirektor der Österreichischen Rundfunk Ges.m.b.H. Josef Scheidl. (Beifall.)

2 1240

Er, der der erste Leiter eines Schulungsheimes der Österreichischen Volkspartei zunächst in Wallsee und später in Wartholz war, hat sich den Fragen der Schulung stets in besonderem Maße gewidmet. Die "Wallseer" und die "Wartholzer" waren gerade in den Anfängen unserer Parteiarbeit nach 1945 ein Begriff und sind es selbstverständlich heute noch.

Wir dürfen heute mit Genugtuung feststellen, daß wir uns in unserer Schulungstätigkeit nicht nur auf Wartholz stützen können, sondern daß wir nunmehr auch über das Vogelsangheim in Wien verfügen, daß wir in Kärnten das Schulungsheim "Himmelberg" haben, daß wir uns in zunehmendem Maße auf das Schulungsheim Tollet in Oberösterreich stützen können und daß schon in kurzer Zeit ein neues Schulungsheim unserer Partei am Wallersee in Salzburg eröffnet werden wird.

Ich möchte in meinem organisatorischen Rechenschaftsbericht nun auf zwei wichtige Fragen zu sprechen kommen: auf die Jugendarbeit und auf die Betreuung unserer alten Mitmenschen. Als die neue Parteiführung im Februar 1960 ihr Amt antrat, stand die Österreichische Jugendbewegung vor einer neuen Wahl ihrer Führung und einem gewissen Umbau ihrer Führungsorganisation. Um das Interesse und die Unterstützung der Gesamtpartei hinsichtlich der Jugendarbeit zu bekunden, ist bald nach unserem Amtsantritt ein eigener Jungwählerreferent in der Bundesparteileitung zunächst in der Person von Staatssekretär Grubhofer und später, nach dem Rücktritt des Herrn Staatssekretärs, in der Person des damaligen Bundesrates und heutigen Nationalrates Ing. Helbich bestellt worden.

Ich darf als bekannt voraussetzen, daß der Generalsekretär der Partei nicht auf Rosen gebettet ist, sondern manchmal eher einem Fakir auf dem Nagelbrett gleicht. Ich will auch gar nicht leugnen, daß mancher Nagel zu diesem Brett im Verlaufe unserer oft langwierigen und schwierigen Auseinandersetzungen über die Jugendarbeit beige-steuert wurde. Es war nicht leicht, die Arbeit der Österreichischen Jugendbewegung einerseits und unseres Jungwählerreferenten bzw. der Aktion Junger Österreicher, die ins Leben gerufen wurde, andererseits aufeinander abzustimmen. Es hat hier - das will ich ganz offen sagen - harte Auseinandersetzungen gegeben.

Die Österreichische Jugendbewegung, vertreten durch ihren Bundesobmann Dr. König, hat uns offen und ehrlich ihre Meinung gesagt; wir haben ihm ebenso offen und ehrlich unsere Ansicht dargelegt, und ich darf hier eines feststellen: Wir haben uns zusammengerauft. Wir haben einvernehmliche Lösungen erzielt und vor allem - der Erfolg hat uns recht gegeben.

Die Österreichische Jugendbewegung, unterstützt durch jene Mandatare unserer Partei, die sich für diese neue Form der Diskussion zur Verfügung gestellt haben, hat mit den Jugendparlamenten einen Weg beschritten, der in vieler Hinsicht vorbildlich ist. (Beifall.) Es wäre leichtfertig und überheblich, zu behaupten, wir hätten bei den letzten Nationalratswahlen schlechthin alle Jungwähler für uns gewonnen beziehungsweise die Jungwähler allein wären es gewesen, die den Ausschlag zu unseren Gunsten gegeben hätten. Aber daß wir die Jugend richtig angesprochen haben und daß viele junge Menschen auf

dieses richtige Ansprechen am 18. November 1962 die Antwort durch die Stimmenabgabe für die ÖVP gegeben haben - daran kann kein Zweifel bestehen und dafür danke ich im Namen unserer Partei der Österreichischen Jugendbewegung und ihrer Führung aus ganzem Herzen. (Lebhafter Beifall.)

Ich will aber auch noch kurz darauf hinweisen, daß das Jungwählerreferat und im weiteren Verlauf die Aktion Junger Österreicher versucht hat, ebenfalls neue Wege zu beschreiten. Der Sonnenzug, von dem im Vorjahr noch viele behauptet haben, er sei nur durch Österreich gefahren, um Stimmen zu fangen, hat vor wenigen Tagen erst seine zweite Fahrt erfolgreich abgeschlossen. (Beifall.) Mit diesem Sonnenzug, mit den Sonnenschiffen, die in die Wachau gefahren sind, und mit der sogenannten Rollstuhlaktion ist vielen Bedürftigen, Behinderten und alten Menschen geholfen worden.

Gerade in der Jugendarbeit darf und wird es für uns keinen Stillstand geben. Wir werden weiterhin mit Problemen zu ringen haben, aber wir werden diese Probleme meistern, wenn wir uns von dem Grundsatz leiten lassen, daß es kein Gegeninander und auch kein Nebeneinander, sondern immer nur ein Miteinander und füreinander geben darf. (Beifall.)

Und nun zu der Frage der Betreuung unserer alten Menschen. Ich hoffe, daß im Verlauf der heutigen Diskussion der eine oder andere der Delegierten die Gelegenheit ergreifen wird, um über das Wirken des Österreichischen Rentnerbundes in seinem Lande beziehungsweise in seinem Bezirk oder seinem Ort zu sprechen. Gerade auf dem Gebiete der Rentnerbetreuung zeigt sich, daß der

Generalsekretär der Partei nicht diktieren kann und auch gar nicht diktieren will, sondern daß er in überaus mühsamer Arbeit versuchen muß, die Wünsche der Partei und die berechtigten Wünsche der Bünde zu koordinieren. In einigen Bundesländern ist der Österreichische Rentnerbund bereits in voller Aktivität, in anderen Ländern ist er im Aufbau begriffen, aber es gibt auch eine Reihe von Ländern, die es, zumindest vorläufig, noch, vorziehen, die Rentnerbetreuung in anderer Weise vorzunehmen. Wir werden dieser Frage weiterhin das größte Augenmerk zuwenden und uns dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß es nicht darum geht, diese alten Menschen zu organisieren, sondern daß es in erster Linie darauf ankommt, ihnen zu helfen, sie vor allem zu beraten und dazu beizutragen, daß ihr Lebensabend nicht nur gesichert ist, sondern auch einen Sinn hat. (Beifall.)

Mein organisatorischer Rechenschaftsbericht wäre unvollständig, würde ich nicht abschließend auch für die große Unterstützung und das Verständnis danken, das wir bei der Österreichischen Frauenbewegung und darüber hinaus aber auch bei den Zweckverbänden unserer Partei für unsere gemeinsame Arbeit stets gefunden haben.

Ich komme nun zum dritten und letzten Teil meines Rechenschaftsberichtes, zu jener publizistisch-propagandistischen Koordinierungstätigkeit, die man als die Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei, als die Vertretung unserer Partei gegenüber der öffentlichen Meinung und der Öffentlichkeit schlechthin bezeichnen könnte.

Ich habe im politischen Teil meines Berichtes auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die wir vielfach zu meistern hatten, und ich habe im organisatorischen Teil meines Berichtes festgestellt, daß wir uns bemüht haben, nicht nur Bestehendes zu verbessern, sondern auch neue Wege zu beschreiten. Ich möchte aber damit nicht den Eindruck erwecken, daß der 12. Februar 1960, an dem die neue Parteiführung gewählt wurde, eine Stunde Null war, eine Stunde des völligen Neubeginns und vor allem des völligen Anders-als-bisher-Machens. Ich möchte an dieser Stelle vielmehr meinem Vorgänger im Generalsekretariat, dem heutigen Bundesobmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes, Präsidenten Dr. Maleta, dafür danken, daß er mir ein Generalsekretariat übergeben hat, mit dem man auch tatsächlich arbeiten konnte. (Beifall.) Auf keinem Gebiet ist dies klarer zutage getreten als gerade auf dem Sektor der Öffentlichkeitsarbeit, also der Presse- und der Propagandaarbeit im weitesten Sinn.

Dieser Dank hat aber auch dem Mann zu gelten, der mit dem Parteitag 1960 auf Grund einer Änderung unserer Partiestatuten das Amt des Hauptreferenten für Organisation und Propaganda verlassen hat, nämlich unserem Parteifreund Minister a.D. Graf. (Beifall.)

Wir haben nach der Auflösung dieses Hauptreferates für Organisation und Propaganda im Generalsekretariat je einen hauptamtlichen Referenten für Presse, für Propaganda und für Organisation bestellt. Nach dem Ausscheiden des Generalsekretär-Stellvertreters Scheidl am Beginn des Jahres 1961 wurden diese

drei Referate unter einem Hauptgeschäftsführer zusammengefaßt.

Diese interne Reorganisationsmaßnahme fiel zeitlich ungefähr mit dem Beginn der Vorbereitungen für die Nationalratswahl 1962 zusammen.

Hoher Parteitag! Ich habe nicht die Absicht, hier um den Preis von Erfolgsmeldungen aus der Schule zu plaudern und Betriebsgeheimnisse zu verraten. Ich möchte mich mit der Feststellung begnügen, daß wir diese Wahlen sehr gründlich und sehr gewissenhaft vorbereitet haben. Die Vorbereitung dieses Wahlkampfes hat zweierlei bewiesen. Sie hat zunächst bewiesen, daß in der Politik eine langfristige Planung nicht nur möglich, sondern manchmal geradezu lebensnotwendig ist. Es ist ferner bewiesen worden, daß wir in der Kärntnerstraße das, was vertraulich ist, auch als vertraulich zu behandeln wissen. (Beifall.) Vieles, was in dem siebenwöchigen Wahlkampf im Oktober und November des Jahres 1962 der Öffentlichkeit gesagt und gezeigt wurde, wurde zu einem Zeitpunkt beschlossen und fertiggestellt, als der genaue Zeitpunkt dieser Wahlen noch lange nicht feststand.

Ich versage es mir bewußt, obwohl es verlockend und sicherlich eine erfreuliche Erinnerung wäre, näher auf den Nationalratswahlkampf einzugehen. Hingegen halte ich es für meine Pflicht, kurz in aller Offenheit über die Bundespräsidentenwahlen zu sprechen, die wir im April des heurigen Jahres zu schlagen hatten. Wir im Generalsekretariat haben uns nach den Nationalratswahlen gefreut, aber wir haben nicht triumphiert; dementsprechend waren wir nach der Bundespräsidentenwahl zwar enttäuscht, aber wir waren nicht verzweifelt. Diese Wahlen haben uns gezeigt, was freilich die Propagandisten selbst als erste gerne einzuräumen bereit sind: daß nämlich den Möglichkeiten der Propaganda Grenzen gesetzt

sind. Diese Grenzen liegen dort, wo es ganz einfach nicht aus der Welt zu schaffende politische Faktoren gibt, die auch die beste und geschickteste Propaganda nicht beiseite räumen kann.

In einem anderen Zusammenhang und von anderen Voraussetzungen ausgehend muß ich aber doch noch auf die Nationalratswahlen zurückkommen. Der Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs einer Partei muß geradezu zwangsläufig auch eine Abrechnung mit dem politischen Gegner enthalten. Eine solche Abrechnung habe ich hier vorzunehmen.

Vor mir liegt das August-Heft der sozialistischen theoretischen Zeitschrift "Die Zukunft". In diesem Heft hat Justizminister Dr. Broda in einem Artikel "Sozialistische Initiative - die Junischlacht und ihre Lehren" unter anderem folgendes geschrieben: "Die Ära Withalm brachte wichtige Veränderungen in der Parteistruktur der ÖVP. Bewußt wurde ein Parteiapparat aufgebaut und entwickelt, den es bisher in dieser Form in der bürgerlichen Großpartei und ihren Bünden nicht gegeben hatte."

Und weiter heißt es bei Broda: "In der 'Kärntnerstraße' (im zentralen Presse- und Propagandaapparat der ÖVP) entstand jene Art von Wahlpropaganda - schon vor und zwischen den Wahlgängen aktiviert -, die bedenkenlos und skrupellos alles, auch allen Anstand und allen Respekt vor dem politischen Gegner, den Ergebnissen und Prognosen vermeintlicher Meinungsforschung unterordnet bzw. dem, was die 'Kärntnerstraße' für Meinungsforschung hält."

Und weiter in dieser Tonart: "Es muß einmal" - so sagt Broda weiter - "mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die Methoden der Diffamierung des politischen Gegners, wie sie die ÖVP-Propagandisten bewußt und planmäßig betreiben, nach europäischen Maßstäben vollkommen einzig dastehend sind."

Ich glaube, Hoher Parteitag, es wäre falsch, diese Auslassungen nur als das Zähneknirschen eines schlechten Verlierers, der die Niederlage bei den Nationalratswahlen 1962 noch immer nicht verwunden hat, abzutun. Es wäre auch falsch, in solchen Auslassungen bloß ein neues Glied in der Kette der Versuche zu sehen, Zwietracht in die Reihen der Österreichischen Volkspartei zu tragen, indem man unseren Mandatarern Angst und Abscheu vor ihrem eigenen Parteiapparat einzujagen versucht.

Hinter diesen Ausführungen des sozialistischen Justizministers steckt mehr. Aus ihnen spricht eine unverhüllte Drohung. Das ist der Versuch eines Diktates, wie die Zusammenarbeit in Österreich auszusehen hat. Geschieht das, was die Sozialistische Partei wünscht, steckt die Österreichische Volkspartei willenlos und mit Duldermiene alle Angriffe der Sozialisten ein, dann ist es gut. Wehe aber, wenn die Österreichische Volkspartei - dem ständigen berechtigten Mahnen und Drängen aus ihren eigenen Reihen folgend - ihrerseits zum Angriff gegen die Sozialisten antritt.

Ich habe nicht die Absicht, jetzt im einzelnen - obwohl das leicht und verlockend wäre - die Anschuldigungen Dr. Brodas zu widerlegen. Nur auf eines möchte ich hinweisen: Alle Dele-

gierten dieses Parteitages kennen die vielen Plakate, Inserate, Postwürfe, Artikel, Zeichnungen und Broschüren, die während des Nationalratswahlkampfes 1962 von der Kärntnerstraße herausgegeben wurden und in deren Impressum der Name unserer Partei und unserer Mitarbeiter aufscheint. Ich darf Ihnen nach Rücksprache mit unserem Parteianwalt folgendes mitteilen: Gegen keine einzige der Publikationen, die während des Nationalratswahlkampfes 1962 die Kärntnerstraße verlassen haben, und gegen keinen einzigen Mitarbeiter an diesen Publikationen ist von sozialistischer Seite ein Gerichtsverfahren angestrengt worden. Der sozialistische Zentralsekretär könnte in seinem Bericht über den Nationalratswahlkampf 1962 ein Gleiches von seinen Mitarbeitern und sich selbst nicht behaupten. (Beifall.) Es ist aber gar nicht so entscheidend, Hoher Parteitag, ob unsere Stralkarte rein ist; entscheidend ist, daß unser Gewissen und unser Ehrenschild rein sind. (Neuerlicher Beifall.) Ja, ich gebe zu: Wir haben einen harten Wahlkampf geführt, aber dieser Wahlkampf war sauber; wir haben eine deutliche Sprache gesprochen, aber was wir gesagt haben, war nie unfair, es war vor allem nicht unwahr.

Deshalb stelle ich den sozialistischen Drohungen und Angriffen ein Bekenntnis entgegen. Es ist das Bekenntnis zu einer sauberen und anständigen Zusammenarbeit. Was wir aber ablehnen, ist jene Art von Zusammenarbeit, in der die SPÖ diktiert, was zu geschehen hat. Jene Zusammenarbeit, die auf dem Watschenmannprinzip basiert, wonach die österreichische Volkspartei gehorsam und dulddend tagtäglich alles das

einstecken soll, was man ihr anzudichten versucht, daß sie nämlich ein Sammelsurium von Kapitalisten, Extremisten und unsicheren Kantonisten ist. Wir lehnen jene Art von Zusammenarbeit ab, in der die ÖVP-Tant' in der "Arbeiter-Zeitung" als köstlicher Scherz, eine wahrheitsgetreue Aufnahme des Herrn Vizekanzlers aber als Meuchelphoto gilt. (Beifall.)

Ich bekenne mich zugleich auch im Namen meiner Mitarbeiter zu dem Wahlkampf 1962, und ich danke ihnen für die großartige Arbeit, die sie zur Vorbereitung des Sieges vom 18. November 1962 geleistet haben, von ganzem Herzen. (Beifall.) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir würden den Wahlkampf 1962, hätten wir ihn noch einmal zu führen, genauso führen. Denn die Warnungen, die wir damals ausgesprochen haben, haben sich - das hat die Entwicklung seit dem 18. November 1962, das hat aber vor allem die sogenannte Habsburg-Krise gezeigt - leider Gottes als nur zu wahr erwiesen.

Der heurige Sommer hat leider gezeigt, daß wir es mit einem Gegner zu tun haben, der nicht davor zurückschreckt, sich über Gesetze und Regeln der Politik, die bisher als unantastbar galten, hinwegzusetzen. Das wird uns aber nicht davon abhalten, mit allen Mitteln danach zu trachten, daß der künftige Stil der österreichischen Politik doch auch einmal ein anderer sein wird. Niemand wird glücklicher sein als wir im Generalsekretariat der Österreichischen Volkspartei, wenn wir eines Tages in Österreich doch auch einen Wahlkampf führen

werden, der sich nicht fast ausschließlich mit dem Gegner, seiner Gefahr und seinen Schwächen beschäftigen muß, sondern einen Wahlkampf, der vor allem darauf beruht, daß man über die eigene Partei, ihre Arbeit und über ihre Leistungen spricht. Wir sind zu einer solchen Führung der politischen Auseinandersetzung jederzeit bereit.

Heute noch können wir damit beginnen. Aber man soll diese Bereitschaft nicht mit Schwäche verwechseln, und man soll vor allem nicht glauben, wir würden dazu bereit sein, das willenslose Opfer gegnerischer Diffamierung abzugeben. (Beifall.)

Hoher Parteitag! Gestatten Sie mir nun noch einige Bemerkungen allgemeiner Art. In der vergangenen Woche tagte in Amsterdam die Sozialistische Internationale. Dabei fielen einige sehr interessante Äußerungen. Der Vorsitzende der britischen Labour Party erklärte dort: "Wir bewegen uns aus dem Zeitalter Adenauers in die Ära Willy Brandts." Die "Arbeiter-Zeitung" hielt fest, daß es bei diesen Worten stürmischen Beifall gab. Ich frage Sie: Stürmischen Beifall wofür? Dafür, daß Konrad Adenauer 87 Jahre alt ist und deshalb sein Amt in jüngere Hände legt? Das ist doch kein Sieg des Sozialismus! Älter werden die führenden Persönlichkeiten in allen politischen Lagern. Das ist für die Völker der freien Welt noch lange kein Grund, sich dem Sozialismus zu verschreiben, denn eines stimmt auch in der Ära Erhards und Brandts: Der Sozialismus zehrt noch immer von einem Gedankengut, das durch die Denkweise und durch die Denkirrtümer des 19. Jahrhunderts geprägt ist. Der Sozialismus steht als politische Doktrin noch immer dort, wo ihm die moderne Wissenschaft längst den morschen materialistischen Boden entzogen hat. Er lebt nicht von der Richtigkeit seiner Idee, sondern vom geschickt organisierten politischen Neid. Nur weil im Zeitalter Adenauers auf Trümmern neuer Wohlstand geschaffen wurde, kann heute der Sozialismus bei der Verteilung dieses Wohlstandes mitlizitieren. (Starker Beifall.)

Deshalb ist es auch eine besondere Unverfrorenheit, wenn österreichische Sozialistenführer, die in die Geschichte bestimmt nicht als große Theoretiker des Sozialismus eingehen werden, unsere Partei als "konservative", ja als "rechtsextremistische" Partei bezeichnen. Dazu erkläre ich mit aller Entschiedenheit und allem Nachdruck: Die Österreichische Volkspartei bekennt sich als christlich-demokratische Partei! (Beifall.) Als solche bewahrt sie die ewigen Werte des Christentums, aber sie bewährt sich in einer im Wandel begriffenen Welt. Unsere Werte sind zeitloser als die der Sozialisten, die Wege aber, die wir beschreiten, sind weitaus moderner!

Diese Sozialistenführer verwenden auch gerne den Begriff "konservativ", um uns als altmodisch und überholt zu charakterisieren. Aber niemand steckt tiefer in der Vergangenheit als sie. Mit den verstaubten Phrasen eines 115jährigen Marxismus gewinnen sie die Jugend nicht mehr, aber im Streit um die Auslegung des Marxismus spalteten sich die Marxisten in Sozialisten und Kommunisten, in Links- und Rechtssozialisten und nun auch in Links- und Rechtskommunisten.

Der Standort der Österreichischen Volkspartei ist der einer Partei der Mitte. Als solche lehnt sie Rechts- und Linksextremismus in gleicher Weise ab. Die christlich-demokratischen Parteien sind 1945 in Europa nach der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und in der Begegnung mit dem Kommunismus entstanden. Nirgends war diese Erfahrung und Begegnung intensiver als bei uns in Österreich und bei den führenden Männern unserer Partei.

Es ist nicht unsere Schuld, daß in der Sozialistischen Partei Österreichs nicht alle führenden Männer die gleiche

Konsequenz zeigen. Wer hat denn in den letzten Jahren die Freiheitliche Partei als rechtsextreme, ja nazistische Partei abzustempeln versucht? Es war die sozialistische Propaganda und Presse! Seitdem aber führende Männer der Sozialistischen Partei Österreichs mit der Freiheitlichen Partei verhandeln und sogar Pakte über Wahlrechtsreformen abschließen, kann man den sozialistischen Wählern nicht mehr erzählen, daß es sich hier um Verhandlungen und Pakte mit einer rechtsextremen, ja nazistischen Partei handelt. Also muß man rasch eine andere rechtsextreme Partei erfinden, und dazu erscheint den Urhebern dieser neuen Politik die seit achtzehn Jahren vom Vertrauen der Wähler getragene und staatstragende Österreichische Volkspartei gerade gut genug. Weil aber eine derart faustdicke Lüge nicht auf Anhieb an den Mann gebracht werden kann, will die offizielle sozialistische Propaganda die Österreichische Volkspartei gleichsam auf Raten zur rechtsextremen Partei ernennen.

Die erste Rate: Man sagt nicht mehr, die ÖVP ist eine Partei der Mitte, sondern: sie war es einmal.

Die zweite Rate: Man behauptet, in der ÖVP seien rechtsextreme Kräfte an Werk.

Die dritte Rate: Man behauptet, diese rechtsextremen Kräfte hätten die Führung der Partei an sich gerissen.

Die vierte Rate: Man behauptet, durch diese rechtsextreme Führung sei aus der Österreichischen Volkspartei auch eine zur Gänze rechtsextreme Partei geworden.

Die fünfte Rate: Man behauptet, mit dieser rechtsextremen Partei sei eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich.

Schließlich die sechste und letzte Rate: Man behauptet, im Kampf gegen den Rechtsextremismus der Österreichischen Volkspartei sei sogar ein Bündnis mit der Freiheitlichen Partei gerechtfertigt.

Mit diesen sechs Raten hofften und hoffen noch immer einzelne SPÖ-Führer, innerhalb eines halben Jahres die Spuren einer achtzehnjährigen Zusammenarbeit aus dem Gedächtnis der österreichischen Bevölkerung löschen zu können.

Zur Ehre namhafter sozialistischer Publizisten, Gewerkschafter und Landespolitiker sei aber auch gesagt, daß nicht alle Sozialisten ein so weites Gewissen haben, um diese Politik mitzumachen, und sie haben sich auch nicht gescheut, in sozialistischen Publikationen und in der Öffentlichkeit mit ihrem Namen gegen diese faulen Tricks ihrer obersten Verwandlungskünstler zu polemisieren und zu protestieren.

In unserem österreichischen Volk aber soll es jeder wissen: Die Österreichische Volkspartei ist entschlossen, sich zu erneuern, sie ist aber ebenso entschlossen, die Partei der Mitte und eine christlich-demokratische Partei zu bleiben! (Lebhafter Beifall.)

Hoher Parteitag! Es fällt uns nicht ein, unseren geistigen Standort zu wechseln, nur deshalb, weil einige Sozialistenführer ihre Politik ändern wollen!

Erlauben Sie mir zum Schluß auch noch einige persönliche Worte. Ich für meine Person stehe hier beileibe nicht nur in Erwartung Ihrer Zustimmung, sondern auch in Erwartung Ihrer Kritik. Niemand ist frei von Fehlern, also bin auch ich es nicht.

Ich weiß, daß dem Generalstabschef der Partei der Vorwurf gemacht wurde, er sei, statt über seinen Plänen zu sitzen, allzu oft als Alarmkompanieführer aufgetreten. Aber, so frage ich Sie, gab es in den letzten Monaten nicht sehr viele alarmierende Situationen, bei denen es nicht mehr darum ging, Pläne zu schmieden, sondern nur noch darum, zu kämpfen?

Im übrigen wissen wir im Generalsekretariat sehr gut, daß zu unserem Metier viel mehr das Papier als das Pulver gehört. Der Wahlkampf der Nationalratswahlen wurde sehr sorgfältig auf dem Papier vorbereitet. Der Wahlerfolg vom 18. November wurde aber nur erzielt, weil das vorbereitete Konzept dann von der ganzen Partei und nicht zuletzt von Ihnen, die Sie hier versammelt sind, mit kämpferischem Elan in die Tat umgesetzt wurde.

Wir werden auch in Zukunft - ich spreche hier nicht für das Generalsekretariat, Sie werden morgen eine neue Parteiführung wählen, ich spreche für die ganze Partei, für uns alle - Konzepte erarbeiten und sie zu Papier bringen müssen. Wir werden uns dabei der erstklassigsten Fachleute bedienen. Wir werden uns so wie bei der Vorbereitung der Nationalratswahlen bemühen, junge, talentierte Menschen als Mitarbeiter zu gewinnen, und wir werden diese jungen Mitarbeiter auch eigenverantwortlich arbeiten lassen. Diesen Grundsatz müssen wir uns in der gesamten Partei zu eigen machen, wenn wir stärker werden und politischen Nachwuchs heranziehen wollen. (Beifall.)

2 1310

Konzepte ausarbeiten heißt freilich noch nicht, Politik machen. Es ist die Aufgabe der zuständigen Parteigremien, diese Konzepte gutzuheißen, zu korrigieren oder auch durch andere Konzepte zu ersetzen. Diese Verantwortung will und kann ihnen niemand abnehmen.

Nur zwei Fehler dürfen wir niemals machen! Wir dürfen nicht ganz konzeptlos sein und es darf uns nicht an kämpferischem Elan bei der Durchsetzung unserer Konzepte fehlen.

Verlieren wir nie aus den Augen, was die eigentliche Funktion einer großen staatstragenden Partei in einer demokratischen Republik ist: Transmission zu sein zwischen den Wünschen und den Fähigkeiten eines sich selbst regierenden Volkes!

In einer Diktatur hören die Regierten von den Regierenden nur immer, was sie sollen. Es wird von oben nach unten befohlen, aber es kann nicht von unten nach oben kritisiert werden.

Aber seien wir vorsichtig bei der Definition der Demokratie. Sie erschöpft sich nicht darin, daß die Regierten den Regierenden sagen, was sie sollen, und daß von unten nach oben kritisiert wird.

Der gesunde Blutkreislauf der Demokratie erfordert nicht nur Kritik von unten nach oben, sondern auch die Bekanntgabe von Zielen von oben nach unten. Nicht nur von den Regierenden, auch von den Regierten darf etwas verlangt werden.

Erfüllen wir diese doppelte Aufgabe einer staatstragenden Partei: tragen wir die Sorgen und Wünsche unseres Volkes ohne Scheu vor einer Obrigkeit nach oben, tragen wir aber auch die

2 1311

Ziele und Notwendigkeiten der Führung ohne Scheu vor der Unpopularität nach unten, zu unserem Volkssouverän. (Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Bewähren wir uns damit als Volkspartei! Garantieren wir damit die Freiheit in Österreich! Gestalten wir damit die Zukunft unseres Landes! Erfüllen wir damit die uns von der Geschichte auferlegte Pflicht als Christen, Demokraten und Österreicher! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzende Nationalrat Lola Soler: Ich danke dem Herrn Generalsekretär für seinen aufschlußreichen und mit Elan vorgetragenen Rechenschaftsbericht, der von der ungeheuren tiefen Verantwortung und auch von der beispiellosen Hingabe zu der politischen Arbeit für unsere Partei zeugt. Nochmals herzlichen Dank. (Erneuter Beifall.)

Bevor wir schließen, habe ich noch eine organisatorische Sache vorzubringen. Ich bitte, für Nachmittag die Sitzordnung genau einzuhalten. Wir haben bemerkt, daß ~~man~~ an den weißen Tischen auch Delegierte mit beratender Stimme sitzen. Für die Delegierten mit beratender Stimme sind die Tische nicht weiß gedeckt. Die Tische, die weiß gedeckt sind, sind den Delegierten mit beschließender Stimme vorbehalten. Ich bitte also diese Ordnung einzuhalten.

Ich unterbreche die Sitzung und bitte das Plenum des Bundesparteitags, in Anbetracht des späteren Schlusses der Vormittagsitzung sich um 15 Uhr zur weiteren Beratung pünktlich einzufinden. Den Vorsitz führt nachmittag Herr Bundesminister Dr. Schleinzer.

Die Vormittagsitzung ist beendet.

Unterbrechung der Beratungen 13 Uhr 15 Minuten.

Wiederaufnahme der Beratungen 15 Uhr 15 Minuten

Vorsitzender Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, möchte ich einige technische Dinge bekanntgeben. Die Mitglieder der Mandatprüfungs- und der Antragsprüfungskommission treten jetzt zusammen. Ich bitte alle Mitglieder dieser beiden Kommissionen sich zur Besprechung in den Beratungszimmern einzufinden, und zwar die Mandatsprüfungskommission im Zimmer 3 und die Antragsprüfungskommission im Zimmer 4.

Wir haben vom Vormittag noch Begrüßungsreden unserer ausländischen Gäste nachzutragen. Ich bitte zunächst den Vertreter der Konservativen Partei Schwedens, Herrn Gunnar Heckscher, um das Wort.

Prof. Gunnar Heckscher (Konservative Partei Schwedens) (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Liebe Freunde von der Österreichischen Volkspartei! Es ist, wie ich glaube, das erste Mal, daß ein Schwede die Ehre hat, bei Ihnen das Wort zu ergreifen. Das gibt mir das ganz besondere Vergnügen, Ihnen die Grüße unserer schwedischen Parteifreunde zu überbringen und Ihnen zu sagen, wie sehr wir Schweden mit Ihnen fühlen, wie sehr wir an Ihren Erfolgen mit Anteil nehmen und wie sehr wir hoffen, daß Sie Ihre Erfolge auch fortsetzen werden.

Wir haben ja etwas Gemeinsames: wir kommen alle aus kleinen Ländern, und die kleinen Länder haben in der Welt von heute auch eine Aufgabe zu erfüllen, aber nur, wenn sie es zusammen tun können. Wir kommen auch aus kleinen Ländern, in denen die Sozialisten ein bißerl zu stark sind. Bei uns sind sie ja so stark, daß sie seit mehr als 30 Jahren an der Macht geblieben sind.

Wenn wir uns heute hier in Klagenfurt begegnen und wir zwischen unseren Parteien, in Österreich und in Schweden, eine Zusammenarbeit aufnehmen können, dann deshalb, weil die Einheit Europas stärker und stärker geworden ist. Das was man früher in der Welt die Christenheit genannt hat, das kann man heute auch als Europa ansprechen. Die Länder, die zur Christenheit gehören, ob sie geographisch in Europa liegen oder nicht, haben sehr viel Gemeinsames: seien sie neutral wie Sie und wir oder paktgebunden wie die andern, sie haben zum großen Teil dieselben Ideale und dieselben Schwierigkeiten.

Diese Einigkeit der Christenheit, die Einigkeit Europas aufzubauen, ist nicht immer sehr leicht. Wir stehen vor vielen Schwierigkeiten. Einmal Schwierigkeiten praktischer Natur. Wenn man, wie ich es eben erfahren habe, versucht, vom Europarat in Straßburg nach Klagenfurt zu reisen, so bekommt man, das kann ich Ihnen versichern, eine sehr gute Vorstellung von den Schwierigkeiten des europäischen Zusammenkommens.

Es gibt auch andere Schwierigkeiten, wie etwa die Schwierigkeit, daß die Sozialisten bei Ihnen wie bei uns einigermaßen Marxisten bleiben. Sie wollen die Einigkeit Europas, die Einigkeit der Christenheit nicht gern annehmen. Entweder bleiben sie bei dem alten Isolationismus oder sie versuchen, eine Welt aufzubauen, wo die Österreicher und Schweden mit Ghana ebensoviel gemeinsam haben sollen als miteinander, was doch an sich eine völlig unrealistische Methode wäre.

Aber nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch anderswo findet man Eitelkeit, Ressentiments, Sentimentalität und unvernünftige Furcht vor der neuen Einigkeit der Christenheit von Europa. Sie wie wir haben die Aufgabe, für das Vereinigte Europa und die Einigkeit der Christenheit zu wirken durch enge Zusammenarbeit in unseren eigenen Ländern, aber auch dadurch, daß wir über die Grenzen hinweg zusammenarbeiten, ohne jedoch unsere Eigenart jemals zu verlieren.

Im Namen dieser kommenden Einigkeit Europas und der Christenheit überbringe ich Ihnen die Grüße der Konservativen Partei Schwedens. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer : Ich danke für die Begrüßungsansprache des Vertreters der Konservativen Partei Schwedens. Ich möchte nicht verabsäumen, hinzuzufügen, daß Schweden ein Land ist, dem Österreich besonderen Dank schuldet im Hinblick auf jene Hilfe, die wir nach zwei Weltkriegen von diesem Land erhalten haben.

(Beifall.) Schweden ist so wie Österreich ein neutrales Land im freien Europa, und wir freuen uns daher besonders, daß Sie heute in unserer Mitte weilen.

Ich erteile nun dem Vertreter der Konservativen-christlichen Volkspartei der Schweiz, Herrn Regierungsrat Dr. Jeger, das Wort.

Regierungsrat Dr. J e g e r (Schweiz - mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Namens der Konservativen-christlichen Volkspartei der Schweiz danke ich Ihnen für die Einladung zur Teilnahme an Ihrem imposanten Bundesparteitag. Es ist für mich ein Erlebnis, dieser Manifestation beiwohnen zu dürfen, und eine Ehre, Ihnen die Grüße Ihrer Gesinnungsfreunde aus der Schweiz überbringen zu können. Diese Grüße gelten im besonderen Ihrem verehrten Herrn Bundeskanzler und seinen beiden unmittelbaren Vorgängern in diesem hohen Amte.

In unserem Lande wird an Hand von Presse, Radio und Fernsehen stets mit größtem Interesse die Entwicklung in Österreich verfolgt, und man darf wohl sagen, daß Ihnen über den Rahmen unserer eigenen Partei hinaus für Ihre große staatspolitische Leistung Respekt und Achtung entgegengebracht wird. Ihre Gesinnungsfreunde aber auf Schweizer Boden begleiten mit herzlicher Sympathie und Bewunderung Ihre Erfolge und Ihre politische Haltung. Möge dem gegenwärtigen Parteikongreß eine starke Ausstrahlung beschieden sein.

Es kann überhaupt festgestellt werden, daß die christlichen Parteien in den Ländern Europas ein nachhaltiges Ge-

wicht besitzen. Es ist ja ein als glücklich zu bezeichnendes Charakteristikum unserer Zeit, daß sich mit dem immer mehr zunehmenden internationalen Verkehr über Grenzen und Meere hinweg auch die geistige Osmose von Land zu Land intensiver und rascher vollzieht als je zuvor. Das gilt besonders für den europäischen Raum, dem sich auch unser kleines Land und insbesondere unsere Partei zutiefst verbunden fühlen.

Dabei glaube ich, sagen zu dürfen, daß sich unser Volk seinem unmittelbaren östlichen Grenznachbarn ganz besonders verbunden weiß. Gerade in den Problemen der europäischen Zusammenarbeit finden sich für Sie und für uns viele Parallelen, wenn auch Ihre und unsere Neutralität auf verschiedenen geschichtlichen Grundlagen beruht. Es liegt mir aber doch daran, auch in Ihrem Kreis zu sagen, daß in unseren Reihen die Verbundenheit mit dem Schicksal des gemeinsamen Kontinentes, mit seinen hohen Werten und Aufgaben, tief empfunden und erlebt wird und daß wir uns darüber hinaus immer bemühen, den besonderen Schwierigkeiten und Anliegen unserer Nachbarländer auch besonderes Verständnis entgegenzubringen.

Lassen Sie mich das, was unseres Erachtens unsere beiden Landesparteien und alle christlichen Landesparteien über die Grenzen und über die Verschiedenheiten der geschichtlichen Entwicklung hinweg verbindet, heute hier bekennen: es ist das der feste Wille, die hohen Werte des christlichen Abendlandes zu verteidigen, zu erhalten und ausstrahlen, auch im

öffentlichen Leben die Grundsätze des Christentums als Basis und Richtschnur anzuerkennen und uns für ein Weltbild einzusetzen, das den außerstaatlichen Institutionen - der Familie, den Kirchen, den Berufsständen, der Gemeinde, dem Gliedstaat und auch dem Einzelmenschen - ihre eigene Sphäre, ihren Bereich und ihre Funktionen beläßt. Diese gemeinsame positive Zielsetzung verbindet uns noch mehr als nur die Abwehr des Kommunismus.

So glaube ich, daß wir in der Abwehr wie im Aufbau geistig verbunden sind und daß wir an einer gemeinsamen großen Aufgabe zu wirken haben. Es kommt mir vor, als sei unsere Arbeit so etwas wie das Leben und Wirken jener Mönche, Klosterfrauen und Handwerker, die einst in generationenlanger Arbeit einen reichen Gobelin geschaffen haben. Auch unsere Generation hat an dem großen europäischen Wandteppich zu wirken und zu weben. Wir haben ihn zu verteidigen gegen die Kräfte der Vernichtung. Wir haben ihn zu gestalten, nicht nur als Denkmal unserer Zeit, sondern auch als Grundlage für die Arbeit kommender Generationen. Wir alle arbeiten an diesem Werk: Sie an dieser, wir an jener Stelle. Unsere Hoffnung ist es, daß das ganze Werk ein Ausdruck der Harmonie, ein Abbild jenes christlichen Abendlandes sein möge, dem wir uns alle heute und morgen verpflichtet fühlen.

In diesem Sinne wünscht Ihnen unsere Partei Glück, Erfolg und Gottes Segen für die Zukunft. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schlein-
z e r : Ich danke dem Sprecher der Konservativen-christlichen
Volkspartei der Schweiz und möchte mir gestatten, die Be-
merkung hinzuzusetzen, daß uns mit unseren neutralen Nach-
barn die besten Beziehungen verbinden. Die Grenze zwischen
den beiden Ländern wurde einmal als die friedlichste der
Welt bezeichnet. Möge einmal die Zeit kommen, in welcher es
in allen Kontinenten und über die Kontinente hinaus nur mehr
solche Grenzen gibt.

Und nun darf ich noch den Vertreter der Südtiroler Volks-
partei, Herrn Dr. Brugger, bitten, zu uns zu sprechen.

Assessor Dr. Brugger (Südtirol) (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Die Leitung der Südtiroler Volkspartei und ihr Obmann Dr. Magnago haben mich beauftragt, dem Hohen Bundesparteitag die besten Glückwünsche und die kräftigsten Grüße des Südtiroler Volkes zu übermitteln.

Wir als Südtiroler Volkspartei, die das gleiche Ideengut trägt und wahrt wie die Österreichische Volkspartei, haben uns in unseren Reihen nicht mit Sozialisten auseinanderzusetzen. Unsere Südtiroler Minderheit ist im italienischen Staat auf politischer Ebene einzig und allein durch die ideengleiche Südtiroler Volkspartei vertreten.

Wie Sie wohl alle bereits erfahren haben, haben sich düstere Schatten über unsere Heimat gelegt. Wir können ja nicht mehr sagen, wir hätten ein Vaterland. Österreich ist klein^{er} geworden, als es zu der Zeit war, in der wir es noch Vaterland nennen konnten, wir haben nur mehr eine Heimat. Ich bin nicht hierhergekommen, um anzuklagen oder um zu fordern, sondern ich bin hierhergekommen, um Ihnen mitzuteilen, daß wir noch an Recht und an Gerechtigkeit glauben und daß wir jegliche Willkür und Gewalt ablehnen. Damit wir aber an Recht und Gerechtigkeit glauben können, brauchen wir sehr viel Mut. Wir erhoffen uns dieses Recht und diese Gerechtigkeit aus einer allgemeinen Völkerverständigung in Europa.

Es wurde schon viel von einer europäischen Integration auf wirtschaftlicher Ebene gesprochen, und einiges ist auch erreicht worden. Aber wenn sich die europäischen Völker nicht auch auf politischer, auf sozialer, auf menschlicher, auf eh^{er}tischer Ebene finden, dann werden wir in Europa nicht mehr imstande sein,

jenes Kulturgut zu erhalten, wozu die christlichen Parteien aufgefordert sind, daß es erhalten bleibt.

Deswegen ist es die Hauptaufgabe der christlichen Parteien, die heute noch in fast allen Staaten die Mehrheit bilden, dieser Aufgabe gerecht zu werden - leider besteht bis jetzt kein allzu großer Erfolg, weil man noch zu sehr in Staatssouveränität und in politischen Machtbegriffen denkt. Dies muß der Angehörige einer Volksgruppe feststellen, die immer noch befürchten muß, daß der Schwache durch den Mächtigeren im Laufe der Zeit erdrückt werden könnte.

Ich möchte meiner Verpflichtung nachkommen, der Österreichischen Volkspartei, allen Mandataren und Funktionären, für ihre Hilfe, die sie uns Südtirolern im Kampf um die Erhaltung unserer Heimat geleistet haben, einen recht kräftigen, aufrichtigen und herzlichen Dank zu sagen. Wir erkennen die Schwierigkeiten an, unter denen Sie uns helfen müssen, wir hoffen aber, daß von Österreich gestützt auf den Vertrag zwischen Italien und Österreich vom Jahre 1946, alles unternommen wird und alle Kräfte gesammelt werden, um das Problem Südtirol einer gerechten Lösung auf der Plattform des Rechts entgegenzuführen.

Wir wünschen dem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei zu den weiteren Arbeiten recht viel Erfolg. Wir erhoffen uns, daß die Ergebnisse dieses Parteitages dazu beitragen mögen, um Österreich noch weiter einer besseren Zukunft entgegenzuführen, damit Österreich im neuen europäischen Konzert diejenige Rolle spielen kann, die diesem Lande auf Grund der geschichtlichen Tradition und auf Grund seiner Lage zusteht. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Minister Dr. S c h l e i n z e r : Sehr geehrter Herr Dr. Brugger! Der Beifall zeigt Ihnen, mit welcher Sympathie wir die Anwesenheit der Vertreter der Südtiroler Volkspartei in unseren Reihen begrüßen. Wir haben stets mit unseren Schwestern und Brüdern gefühlt, die seit Jahrzehnten um ihr Lebensrecht kämpfen, und ich glaube, im Namen aller Delegierter zu sprechen, wenn ich sage: Österreich wird stets den Südtirolern vor aller Welt ein guter Anwalt sein, bis die Probleme des Südtiroler Volkes gelöst sind. (Beifall.)

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 9:

Diskussion über den politischen und organisatorischen
Rechenschaftsbericht.

Für die Wortmeldungen finden Sie in Ihrer Tagungsmappe die hierfür vorgesehenen Zettel, und ich bitte, die Wortmeldungen hier schriftlich abzugeben. Ich möchte außerdem betonen, daß die Sprechdauer laut Geschäftsordnung zehn Minuten beträgt und daß wir uns der technischen Perfektion dieser Halle bedienen werden, um einen ordnungsmäßigen Ablauf dieser Debatte sicherzustellen.

Bevor wir jedoch, meine Damen und Herren, in diese Diskussion über die beiden Referate eintreten, möchte ich mir als Vorsitzender selbst noch einige Bemerkungen erlauben. Dieser Parteitag hat in der Öffentlichkeit schon seit vielen Wochen ein ungewöhnliches Interesse gefunden. Ob wir es nun verdienen oder nicht, Tatsache ist, daß viele Blicke auf uns ruhen: Der Blick des Auslandes, in dem man sich fragt, ob Österreich vielleicht am Ende der seit 1945 währenden Periode politischer Stabilität

steht; der Blick der politisch interessierten Bevölkerung, die sich die Frage stellt, ob und in welcher Weise die Österreichische Volkspartei auch in Zukunft ihre Aufgaben als staatstragende Partei erfüllen wird; aber auch der Blick unserer politischen Gegner, die darauf warten, ob vielleicht die ÖVP selbst die Ausrede der Zwietracht und damit der Handlungsunfähigkeit bei künftigen Entscheidungen liefern wird; und nicht zuletzt der Blick unserer treuen Mitarbeiter, Mitglieder und Wähler, die von diesem Parteitag die Antwort auf die Frage erwarten, ob unsere Partei sich der Opfer, die sie für sie brachten, und des Vertrauens, das sie ihr geschenkt haben, würdig erweisen wird. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Es wird nicht zuletzt von der Gesinnung und vom Geist in der folgenden Diskussion abhängen, wie dieser Parteitag in die Geschichte der Österreichischen Volkspartei eingehen wird. Ich persönlich bekenne mich zur echten Diskussion. Wenn sie sachlich und verantwortungsbewußt geführt wird, werden wir uns zusammen und nicht auseinander reden. Wir müssen uns gerade in dieser Stunde bewußt sein, daß der stärkste Stützpfeiler unserer demokratischen Republik unsere Partei ist, die vom Vertrauen von mehr als zwei Millionen Wählern getragene Volkspartei. (Beifall.) Würde dieser Stützpfeiler Sprünge besitzen, wären wir keine Partei mehr, die diesen Staat tragen kann, dann wäre dieser Staat aber auch nicht mehr das freie Österreich, in dem wir heute leben.

In diesem Geiste eröffne ich die Diskussion. Als erster zum Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Truppe. Ich erteile es ihm. Ihm folgt der Herr Landtagsabgeordnete Hahn aus Wien.

Landeshauptmannstellvertreter Ing. Thomas T r u p p e

(mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundespartei-
tag! Meine lieben Parteifreunde! Gestatten Sie mir, daß ich
zunächst in meiner Eigenschaft als Landeshauptmannstellver-
treter und auch namens der Mitglieder der Kärntner Landesre-
gierung von der Österreichischen Volkspartei Sie herzlich will-
kommen heiße. Ich habe nicht die Absicht, zum Bericht des Herrn
Bundesparteiobmannes und des Herrn Generalsekretärs Stellung
zu nehmen, da noch weitere Redner von der Kärntner Volkspartei
dazu sprechen werden, aber ich möchte in einer kurzen Skizze
nur demonstrieren, wie Kärnten als Musterbeispiel sozialisti-
scher Politik hingestellt werden kann. Zunächst einige einlei-
tende Sätze zum Bundesparteitag.

Das Interesse und das Echo, daß der Klagenfurter Partei-
tag der ÖVP in der Bevölkerung und in der Presse ausgelöst hat,
mag vorweg die Bedeutung dieses Parteitages demonstrieren.

Dieses große Interesse für den Parteitag läßt auf das
Vorhandensein von rationell nicht erfaßbaren Kraftfeldern im
politischen Leben schließen, welche in kritischen Augenblicken
die tragenden politischen Komponenten der Partei und der Staats-
führung zu Entscheidungen drängen, deren Notwendigkeit wie ein
eherner Grundsatz von jedermann erkannt wird.

Kärnten ist ein Beispiel für die inzwischen im In- und
Ausland zum Allgemeingut gewordene Erkenntnis, daß eine sozia-
listische Mehrheit in Regierung und Gesetzgebung, wo sie einmal
Fuß gefaßt hat, kaum noch überwunden werden kann. Nicht echte

Erfolge machen die Sozialisten schwer Überwindlich, sondern einzig und allein die Art und Wahl ihrer Methoden und Praktiken zur Erhaltung bzw. Festigung und dem weiteren Ausbau ihrer politischen Macht. Denn solange die von der ÖVP in Österreich gelenkte Finanz- und Wirtschaftspolitik dem Lande Kärnten die Ertragsanteile und relativ stabile Währungsverhältnisse sichern, wird die sozialistische Mehrheit durch die selbständige Arbeit der erfolgreichen freien Wirtschaft vor dem wirtschaftlichen Ruin bewahrt.

Diese positive Mitarbeit der freien Wirtschaft beim Aufbau des Landes Kärnten wurde politisch von der SPÖ aber nicht nur nie entsprechend honoriert, sondern stets bewusst ignoriert. In Kärnten demonstriert die SPÖ so sichtbar deutlich und hemmungslos, was sie von Toleranz, Demokratie und Menschenwürde tatsächlich hält - nämlich wenig! Sie demonstriert ohne Hemmungen, was sie erst tun würde, wenn "ihr" Apparat die volle Macht im Staate hätte.

Ich darf hier nur folgende Beispiele sogenannter sozialistischer Toleranzakte im Lande Kärnten anführen: die Errichtung des GÖC-Amts-Warenhauses aus Steuergeldern, die willkürlichen Gemeindezusammenlegungen, die Auflösung des Kleinsiedlungshäuserfonds und nicht zuletzt die Errichtung eines sozialistischen Parteistudentenheimes in Klagenfurt aus öffentlichen Mitteln. Dieser Apparat, geführt und, wenn es notwendig ist, eingeschüchtert von politischen Ehrgeizlingen besonderer Prägung, hat hierzulande eine eigene Form von Demokratie entwickelt: die sogenannte "Ich"- und "Selbstdemokratie", wie

ich sie bezeichnen möchte. Der Beamte, wie überhaupt der sozial- und wirtschaftlich Abhängige schlechthin, würde so das erste Opfer dieser politischen Geisteshaltung der Sozialistischen Partei.

Die Ursache für die Schwierigkeit der Anfechtung einer einmal fußgefaßten sozialistischen Mehrheit liegt daher einzig und allein in der Tatsache, daß dem einzelnen der Boden der Freiheit für eine unabhängige politische Willensbildung entzogen wird. Die freie demokratische Willensbildung wird durch Methoden schamlos ausgeschaltet, welche einem Dämmerzustand zwischen dem Licht der Freiheit und dem Dunkel totalitärer Methoden marxistisch-kommunistischer Prägung gleichen. Wer diese Tatsachen als vereinzelte Übergriffe örtlicher Apparatschiks abzutun geneigt ist, muß sich durch den Ideologen der SPÖ, Abgeordneten Czernetz, eines anderen belehren lassen, der die Marschroute der SPÖ in dieser Frage in der Zeitschrift "Zukunft" festlegte. Demnach stellt den ersten Schritt der politischen Revolution des Sozialismus die Eroberung der demokratischen Mehrheit dar.

Dieser erste Schritt der Eroberung der Mehrheit im Landtag und Landesregierung wurde von den Sozialisten in Kärnten bereits gemacht. In kritischen Entscheidungen, welche im Landtag eine qualifizierte Mehrheit erfordern, sehen sich die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei jedesmal einer sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront, gegenüber der Kärntner Rotfront, wie wir sie bezeichnen, gegenüber.

Man spricht zwar in Kärnten von sozialistischer Seite ständig von Zusammenarbeit, aber es wurde in der Vergangenheit sehr selten der wirkliche und ehrliche Versuch einer echten Zusammenarbeit mit den anderen politischen Parteien unternommen. Der sozialistische Landeshauptmann Wedenig sagte zwar wörtlich: "Zusammenarbeit heißt nicht das letzte Wort", aber die gesetzten Taten der sozialistischen Mehrheit oder der Rotfront im Kärntner Landtag bestätigen hierzulande gerade das Gegenteil. Gerade in Kärnten aber hätte die Sozialistische Partei die Möglichkeit, loyale, echte und tolerante Demokratie zu üben.

Der zweite Schritt der sozialistischen Revolution, sagt der SPÖ-Ideologe Czernetz wörtlich, wird von der SPÖ planmäßig vorbereitet und entschlossen getan. Und wie er weiter sagt, soll mit dem zweiten Schritt der derzeitige Staatsapparat und die Verwaltung durch einen völlig neuen sozialistischen Apparat ersetzt werden. Nur dadurch, sagt dieser SPÖ-Ideologe, kann die sozialistische Mehrheit gesichert werden.

Auch dieser zweite Schritt/^{wird}in Kärnten zum Teil schon praktiziert. Das genaue Studium der Wahlergebnisse in den Wahlsprenkeln beweist das Ausmaß der Einschüchterung der Wähler bei den allgemeinen Wahlen.

Wie soll das weitergehen, muß man fragen?

Meine lieben Parteifreunde! Daß die denkende Bevölkerung trotzdem noch nicht aus ihrer Bequemlichkeit aufgeschreckt wurde, ist einerseits auf das auf Bundesebene bestehende

Kräfteverhältnis der Parteien, welches von den Sozialisten Kärntens noch gewisse optische Rücksichten verlangt und andererseits in nicht minderem Ausmaß - und das muß ich hier ganz offen aussprechen - auf das oft fehlende Verständnis unserer Zentralstellen in Wien für die spezifischen Belange der Kärntner Landespolitik zurückzuführen.

Ich darf hier nur an das Jahr 1949 erinnern, wo die Landtagswahlen in Kärnten eine absolute nicht-sozialistische Mehrheit ergaben und trotzdem von Wien die Weisung kam, für den Sozialisten Wedenig die Stimme abzugeben, weil man Koalitionsschwierigkeiten auf der Wiener Ebene hatte.

An den Folgen dieses Schrittes tragen wir heute noch. Es bedurfte eines jahrelangen Kampfes aller unserer braven Funktionäre und Vertrauensleute im Lande Kärnten, um bei den politischen Wahlen der Jahre 1960 und 1962 verlorenes Terrain wieder aufzuholen. (Beifall.)

Ich erachte es daher als die vornehmste Pflicht dieses Parteitages, all den ungesühlten und ungenannten Mitarbeitern und kleinen Vertrauensleuten der Kärntner Volkspartei von dieser Stelle aus den herzlichsten Dank für ihren steten und unermüdlichen Einsatz auszusprechen.

Sie, meine Damen und Herren, die Sie als Delegierte bei diesem Parteitag anwesend sind, können sich, ohne daß ich darüber noch viel Worte verliere, die schwierige Arbeit der ÖVP-Mandatäre in Kärnten auf Grund der skizzierten Gegebenheiten vorstellen. Es ist eine Aufgabe, die den ganzen Menschen, seine ganz Kraft und seinen ganzen Einsatz beansprucht. Unser Wirken, abgestellt auf das Gesamtwohl, in dem der einzelne allein geborgen ist, wird - davon bin ich überzeugt - auch seine Früchte tragen.

Ich bin ferner absolut davon überzeugt, daß im Volke keine Sehnsucht nach politischer und damit auch wirtschaftlicher Abhängigkeit von einer sinnlosen Apparatur lebt. (Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) Es ist für uns Mandatäre der Kärntner Volkspartei beglückend, festzustellen, wie sehr diese geschilderten Verhältnisse im Lande immer deutlicher wahrgenommen werden und weitesten Bevölkerungskreisen, die bisher traditionelle SPÖ-Wähler waren, zu denken geben.

Ich komme nun langsam zum Schluß. (Heiterkeit.)
Kärnten kann daher mit Recht als warnendes Beispiel dafür
hingestellt werden, wohin Österreich gehen würde, wenn je-
mals das sozialistische Regierungssystem Kärntens auf das
gesamte Bundesgebiet Anwendung finden würde. Wir sind aber
überzeugt, daß das Kärntner Volk die sozialistische Dialektik
schon erkannt hat. In Notzeiten haben die Kärntner noch
immer das Trennende beiseite gestellt. Schließlich ist
Kärntens Einheit nicht den sozialistischen Demagogen und
Managern zu verdanken, sondern dem bedingungslosen Einsatz
der Kärntner beider Zungen in den Schicksalsjahren des
Kärntner Freiheitskampfes 1918 bis 1920. (Beifall.) Wenn es
nach der damaligen roten Wiener Renner-Regierung gegangen
wäre, wäre Kärnten heute nicht frei und ungeteilt. Die
Kärntner Volkspartei respektiert voll und ganz den zweiten
Volksteil im Lande, soweit sich dieser treu zu Kärnten und
Österreich bekennt. Wir sind fest entschlossen, die rote
Mehrheit im Lande zu brechen.

Ich will nicht verabsäumen, von hier aus als Delegierter
Kärntens an unsere führenden Männer in der Partei und im Staat
den Appell zu richten, bei allen ihren Entscheidungen nach
Möglichkeit die besonderen politischen Verhältnisse unseres
Bundeslandes weitestgehend zu berücksichtigen. Ich darf aber
auch unsere Parteifreunde aus den anderen Bundesländern
bitten, Verständnis für uns und unsere besonderen Belange zu
haben.

Politisch gesehen stehen wir in Kärnten somit an der vordersten Front. Wir sind gewillt, diese politische Frontlinie nicht nur zu halten, sondern sie im Sinne der Stärkung unserer Österreichischen Volkspartei auch zu durchbrechen. Es lebe die Österreichische Volkspartei! Es lebe Österreich! (Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schlein-GER: Der erste Gong hat einen Kärntner betroffen. Ich bitte, mich nicht einer subjektiven Verhandlungsführung zu zeigen, wenn ich bei den weiteren Debattenrednern meine Verhandlungsführung straffer zu handhaben gedenke.

Als nächster ist zum Wort gemeldet Herr Landtagsabgeordneter Hahn. Ich erteile ihm das Wort.

Landtagsabgeordneter Fritz Hahn (Wien): Hoher Bundesparteitag! Zehn Monate nach einem wirklich grandiosen Wahlerfolg, der nicht zuletzt auch durch eine wunderbare moderne Propaganda erzielt wurde, stehen wir immer noch in einer Periode der Stagnation. In diesen vergangenen zehn Monaten - das halten uns sehr viele unserer Wähler vor, und die Meinung des Wählers ist manchmal etwas anders als die des Parteifunktionärs - wurde immer nur um und über Personen gestritten.

Zuerst ging es monatelang um die Person des Außenministers Dr. Kreisky, ohne daß es möglich war, ihn wegzubringen. Wir hätten ihn sicherlich alle gern nicht mehr in der Regierung gesehen, obwohl er vielleicht indirekt, ebenso wie Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, eine gewisse Propaganda

1550 4

für uns darstellt. "Unabdingbare" Forderungen zu stellen scheint uns daher nicht ratsam zu sein.

Dann ging es um die Person Dr. Otto Habsburgs, wobei sicherlich alle unsere Wähler den Standpunkt der Partei: Recht muß Recht bleiben, teilten. Zuletzt meinten aber vor allem die Wähler der jüngeren Generation doch, daß jetzt schon genug darüber geredet und gestritten worden sei.

Und nun geht es seit einigen Wochen um die Person des zukünftigen Bundesparteiobmannes, wobei die Art und Weise fast schon amerikanisch zu nennen ist.

Wenig wird aber davon gesprochen und noch weniger in der Presse geschrieben, wie man sich die Durchsetzung bzw. die Fortsetzung des am letzten Bundesparteitages beschlossenen Aktionsprogramms vorstellt. Ich weiß nicht, ob es gut ist, immer wieder mit neuen Programmen vor die Öffentlichkeit zu treten.

Persönlich möchte ich hier nur einen Punkt argieren, obwohl mir bekannt ist, daß die Verwirklichung dieser Forderung im Rahmen eines Gesamtkonzeptes geschehen muß und hoffentlich auch bald geschieht. Meiner Meinung nach läßt sich nämlich die Lösung dieser Frage vor allem für die städtischen Wähler nicht länger verschieben. Und zwar handelt es sich um den Punkt 7 des Aktionsprogramms: "Durch bessere Wohnungen zu glücklicheren Menschen". Ein wohl sehr wichtiger Teil dieses Punktes, von dem mir nicht bekannt ist, daß die ÖVP diesbezüglich eine besondere Initiative entfaltet hätte, ist der Abschnitt: "Gesetzliche Maßnahmen gegen Boden-

spekulation und Wohnungswucher". Ohne hier in Details eingehen zu wollen, glaube ich doch, feststellen zu müssen, daß vor allem bei den Bodenpreisen in den Städten moralische und gesetzliche Grenzen gesetzt werden müssen. Wir müssen dies vertreten, denn letzten Endes sind wir eine christliche Partei.

Zu der von der Öffentlichkeit als verunglückt bezeichneten Regierungsbildung möchte ich hier nur eine Kernfrage stellen, die mir bis heute noch niemand beantworten konnte oder wollte: Konnte der sogenannte koalitionsfreie Raum nur unter der Bedingung erkämpft werden, daß die ÖVP und die SPÖ die gleiche Zahl von Ausschussmitgliedern haben und die Freiheitlichen dadurch das Zünglein an der Waage darstellen? Als dieser Umstand in den breiten Funktionärschichten bekannt wurde - auch die meisten Nationalräte, zumindest die Wiener Nationalräte, erfuhren erst aus der Presse von diesem Umstand -, herrschte lähmendes Entsetzen, vor allem beim überwiegenden Teil der Wiener Mandatare, weil in Wien von den Freiheitlichen überhaupt nichts gehalten wird. Wir haben ja bei der Habsburgerfrage gesehen, was man von den Freiheitlichen halten kann. Sie werden jede Gelegenheit benützen - ich denke nur an die Rentenautomatik, wo sie sicherlich auch dasselbe tun werden wie die Sozialisten: sie werden es propagandistisch sehr geschickt herausstreichen -, um uns irgendwie hineinzulegen.

Gerade wir Wiener, die wir wohl mehr als alle anderen Vertreter der Bundesländer mit Ausnahme des Bundeslandes Kärnten - mein geschätzter Vorredner hat ja die speziellen politischen Probleme eines Bundeslandes, in dem die ÖVP in der Minderheit ist, angeschnitten - uns ständig, von der Früh bis zum Abend, ob in der Kammer, in der Gewerkschaft oder im Gemeinderat mit den Sozialisten herumraufen müssen und auch oft aus lauter Zorn einen zum Frühstück verspeisen möchten, wir halten trotz alledem in der derzeitigen Situation die sicherlich mehr als unangenehmen Sozialisten für die immer noch besseren Partner als die Freiheitlichen.

Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung. Ich denke mit Schauer an die erste Wahlkundgebung für den gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten Dr. Denk im Jahre 1958, wo Hunderte von HJ-ähnlich gekleidete Burschen mit dabei waren. Wir alle aus der mittleren Generation, die wir das Jahr 1938 und seine Folgen als junge Menschen und zuletzt auch an der Front und in den Gefangenenlagern kennenlernten, wollen mit Anhängern einer Partei, in der es heute noch Funktionäre gibt, die sich von der Vergangenheit immer noch nicht ganz frei gemacht haben, nichts zu tun haben!

Ich möchte aber auch aus ganzem Herzen einen Appell an die Delegierten der Bundesländer richten, Wien nicht immer als die rote Hydra zu sehen, von der alles Schlechte kommt, als die rote Hydra, die alles frisst. Ich möchte nur ganz sachlich feststellen, daß die ÖVP in Wien im Jahre 1959 als einziges Bundesland die Stimmen gehalten hat, und wir haben uns sehr darüber gefreut, daß die ÖVP die zwei Mandate, die auf Grund der Volkszählung nach dem Westen gewandert sind, gewonnen hat.

Wir erhoffen uns aber trotzdem ein besonderes Verständnis der Bundesparteileitung, wozu noch kommt, daß in einem Jahr in Wien die Landtagswahlen stattfinden, die eine besonders harte Bewährungsprobe sein werden, und der Ausgang dieser Landtagswahlen wird sicherlich auch auf die Bundespolitik einen Einfluß haben.

Abschließend gestatten Sie mir, noch ein Problem kurz zu streifen, von dem man offiziell im Rahmen der Österreichischen Volkspartei gar nichts hört und liest. Auch heute wurde nicht darüber gesprochen, obwohl es meiner Meinung nach schon sehr wichtig wäre. Es handelt sich um das Problem der Gemeinwirtschaft, wobei zur Gemeinwirtschaft nicht nur die verstaatlichte Industrie, sondern vor allem auch die Genossenschaften und die sehr großen städtischen Unternehmungen und Betriebe, an deren Spitze sehr oft ÖVP-Mandatare stehen, zählen. Vor wenigen Tagen hat im Wiener Rathaus Seine Eminenz der Kardinal Dr. König über die ethischen Grundlagen der Gemeinwirtschaft gesprochen. Eigentlich hätte man als ÖVP-ler, wenn man der Bundesparteileitung Folge geleistet hätte, gar nicht zu dem Vortrag gehen dürfen, weil wir angeblich mit dem nichts zu tun haben. Die Folge war, daß der Kardinal vor fast lauter Sozialisten gesprochen hat. Ich glaube also, daß sich die neue Bundesparteileitung in Kürze intensiv auch mit diesem Problem beschäftigen muß.

Möge die neue Bundesparteileitung jene politische Stärke, aber auch die Klugheit aufbringen, alle diese Probleme, die in der Zukunft unser harren, zu lösen. (Beifall.)

Vorsitzender Minister Dr. S c h l e i n z e r : Die nächste ist Frau Landtagsabgeordnete Weiser. Nach ihr Ing. Fröhlich aus Wien.

Landtagsabgeordnete Martha Weisser (Salzburg) (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Herr Altbundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die menschliche Größe der letzten Ausführungen unseres Bundesparteiobmannes hat uns am heutigen Vormittag alle ergriffen. Er zeigte auf das Schicksal der Politiker, von dem wohl jeder Politiker sein Teil mitbekommt. Mir sei es hier im Sinne der echten und offenen Diskussion erlaubt, in weniger als zehn Minuten die Situation des Wählers der ÖVP aufzuzeigen, so, wie sie sich in der politischen praktischen Kleinarbeit zeigt.

Nach dem Wahlkampf im Herbst 1962, der von allen Bündern, Organisationen, Mandataren und Funktionären mit einer echten Begeisterung geführt wurde, wie schon lange nicht mehr, erlebten unsere Wähler und wir alle die Freude eines Wahlsieges. Mit Zuversicht erwarteten unsere Wähler die Regierungsverhandlungen. Es ist hier nicht die Zeit und auch nicht mehr sinnvoll, zu untersuchen, ob mehr erreicht hätte werden können. Wir wissen auch, daß es unser Verhandlungsteam nicht leicht hatte mit dem brutalen und undemokratischen Partner. Wir glauben auch daran, daß es zum Großteil erste Verantwortung war, ernste Sorge, die gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu erhalten, die zu einem Nachgeben geführt hat. Die Gegenwart freilich zeigt dem Wähler, daß die Zusammenarbeit mit den Sozialisten durch das Nachgeben nicht gewonnen hat.

Eines aber ist unbestritten: Von ganz Österreich wurden die Ergebnisse der Regierungsverhandlungen als eine Niederlage der ÖVP erkannt, bezeichnet und erlebt. Enttäuschung, ja Verbitterung und ein eindeutiges Mißtrauen unserer Wähler ist eine realpolitische

Tatsache, meine Damen und Herren, über die wir nicht hinweggehen dürfen und die wir auch nicht wegdiskutieren dürfen. Der heutige Bundesparteitag muß sich dieser realpolitischen Tatsache stellen, aus dieser Niederlage müssen Konsequenzen gezogen werden.

Der Bundesparteitag stellt uns zur Neuwahl des Bundesparteiobmannes Mandatare vor, die charakterlich einwandfrei, integer und höchst angesehen sind, wie könnte es auch anders sein. Wir begrüßen die demokratische Wahl des neuen Bundesparteiobmannes, die jedem Delegierten die Möglichkeit gibt, nach eigenem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Aber, sehr geehrte Damen und Herren Delegierte mit beschließender Stimme, vergessen Sie nicht, daß Sie die Vertreter unserer Wähler sind, der großen Zahl von Männern und Frauen in ganz Österreich, die auf diesen Bundesparteitag warten, auf ihn schauen und ein gutes Ergebnis erhoffen. (Beifall.)

Die Partei & auch ganz Österreich - braucht so wie in der Vergangenheit einen Mann, der sich in der praktischen Parteiarbeit nicht nur in Spitzenfunktionen, sondern auch in der Kleinarbeit bewährt hat (Beifall) und außerdem das unumgänglich notwendige Vertrauen vor allem des breiten Parteivolkes besitzt (Beifall), der aber auch imstande ist, die mit uns sympathisierenden Randschichten zu interessieren und zu gewinnen. (Beifall.)

Wir sind froh und begrüßen es, daß uns unter den Kandidaten einer präsentiert wird, der, wie wir Salzburger aus nächster Nähe beobachten konnten, diese Voraussetzungen erfüllt. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Männer, die morgen zum Bundesparteiobmann bzw. zum Generalsekretär gewählt werden, sie werden es nicht leicht haben. Es stehen ihnen schwere Wochen bevor. Es

wird ein gut zusammenarbeitendes Team notwendig sein, um den Schwierigkeiten sowohl in unserer Partei als auch nach außen hin gewachsen zu sein. Sie brauchen unbedingt unsere Gefolgschaft, unsere Mitarbeit und auch, wie heute schon einmal erwähnt wurde, unsere menschliche Kameradschaft.

Für Sie und für uns alle wird es nach diesem Parteitag heißen müssen: arbeiten und arbeiten und wieder arbeiten! Jeder wird gebraucht werden. Wenig Worte, aber viele Taten sind noch ausständig. Ich darf nur erinnern an die großen Probleme der Lohn-Preis-Situation, des Wohnungsproblems, eines Wirtschaftskonzeptes.

Nicht Ehrgeiz, nicht Kampf um Positionen, nicht Intrigen, nicht Resentiments werden uns helfen und herausretten, sondern, wie heute schon mehrmals gesagt wurde, Zusammenschluß, Einheit. Ehrliche demokratische Wahl, aber dann ehrliche Einheit! (Lebhafter Beifall.)

Jeder von uns wird dem eindringlichen Appell des scheidenden Bundesparteiobmannes, der uns zur Einheit aufrief, nur aus ganzem Herzen ein Ja sagen können, und alle unter uns, die daran glauben, daß die Österreichische Volkspartei eine echte lebenswichtige Aufgabe in unserem freien Österreich zu erfüllen hat, werden auch zu dieser Einheit kommen! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer: Als nächster Redner folgt Ing. Fröhlich.

Bevor ich das Wort erteile, lassen Sie mich zur Steuerung der Diskussion noch folgendes sagen. Wir haben auf unserer Tagesordnung unter Punkt 16 die Erstattung des Wahlvorschlages und die Durchführung der Wahl. Ich würde grundsätzlich ersuchen, in der Diskussion von Ausführungen, die den Wahlvorschlag betreffen, abzusehen. (Beifall.)

Das Wort hat Ing. Fröhlich vom Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund.

Ing. Kurt Fröhlich (ÖAAB - Wien): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Es ist heute schon mehrmals gesagt worden, daß in den letzten Monaten eine Reihe berufener und noch viel mehr unberufener Persönlichkeiten über die sogenannten inneren Schwierigkeiten der Österreichische Volkspartei geschrieben und gesprochen hat. Dieses Schreiben und Reden hat aber auch ein positives Ergebnis für unsere Gesamtpartei gezeigt.

Minister Schleinzner hat in seiner Begrüßungsrede bereits gesagt: Ganz Österreich blickt auf Klagenfurt, ganz Österreich blickt auf diesen Bundesparteitag der ÖVP. Noch kein Bundesparteitag stand so sehr im Vordergrund des öffentlichen Interesses wie unser gegenwärtiger. Wer von uns würde daran zweifeln, daß die Entscheidungen, die hier in Klagenfurt getroffen werden und wurden, von größter Bedeutung für ganz Österreich sind?

Die Kritiker, die darüber schreiben und von Schwierigkeiten reden, und noch mehr die Kritikaster tun allerdings so, als ob es sich bei diesen Schwierigkeiten lediglich um personelle Fragen handeln würde, die dadurch leicht gelöst werden könnten, daß hier auf dem Parteitag der eine oder der andere Mandatar in eine führende Position gewählt wird.

Ohne nun die Wichtigkeit dieser personellen Fragen zu unterschätzen, muß ich aber doch feststellen, daß wir selbst es uns nicht so leicht machen dürfen. Sie alle, verehrte Delegierte, haben Kontakt mit unseren Mitgliedern, mit unseren Wählern; auch ich habe diesen Kontakt durch meine Funktion in der verstaatlichten Industrie und in der Sektion IV des Bundeskanzleramtes. Wiederholt mußte ich mir von unseren Mitgliedern

1612

und Wählern vorwerfen lassen, daß wir Parteifunktionäre selbst unsere Programme, unsere Forderungen sehr oft zu wenig ernst nehmen.

Sehr verehrte Delegierte! An einem Parteitag werden Programme erstellt. Sollten wir uns aber nicht auch fragen, was aus jenen Programmen geworden ist, die wir früher beschlossen haben? Wenn wir heute Bilanz ziehen zwischen dem, was wir auf dem 8. Bundesparteitag 1960 beschlossen haben, und dem, was darauf geworden ist, so ist diese Bilanz negativ. In manchen Fragen war es so, daß wir wegen unserem Partner in der Koalition nicht in der Lage waren, sie durchzusetzen. In der einen oder der anderen Frage aber mußten ich und meine Parteifreunde sehr oft auch die Initiative unserer Parteiführung missen.

Gestatten Sie mir nur einige Beispiele. Wir haben auf dem 8. Bundesparteitag den Europalohn gefordert, um die Abwanderung der Arbeitnehmer in das Ausland zu verhindern. Wir haben keinen Europalohn heute, eher könnte man sagen, wir haben Europapreise. Wir wollten die Existenzsicherung für den Mittelstand erreichen. Sehr verehrte Delegierte! Glauben Sie wirklich, daß wir diesem Ziel wesentlich näher gekommen sind? Das Problem der Wohnungen hat mein Vorredner Landtagsabgeordneter Hahn bereits angeschnitten. Wir haben Eigentumsbildung für alle und breite Eigentumsstreuung auf dem 8. Bundesparteitag verkündet. Wir wissen, daß dieser Programmpunkt eine grundsätzliche Forderung unserer christlichen Sozialreform ist.

Aber nirgendwo, weder im privaten oder öffentlichen Wirtschaftsbereich haben wir Fortschritte erzielt, die wesentlich

4 1613

wären, während in anderen Ländern der freien Welt diese unsere Gedanken, die bei uns in Österreich geboren wurden, realisiert werden. Diese Ideen heben dort das Interesse der Arbeitnehmer an ihren Betrieben; sie helfen mit, die Produktivität zu steigern und kommen dem Wachstum der Wirtschaft zugute. Es sind Ideen, denen die Zukunft gehört, es sind unsere Ideen, die Ideen der christlichen Sozialreform.

Sehr verehrte Delegierte! Was ich hier gesagt habe - und nur einige Beispiele habe ich herausgenommen -, gilt keineswegs nur für die Forderungen einer bestimmten Gruppe der Österreichischen Volkspartei, sondern in gleicher Weise gilt das für die Angehörigen des Bauernbundes, für die Angehörigen des Wirtschaftsbundes und für den Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund. Ich bin mir bewußt und möchte das unterstreichen, daß es vielfach nicht am guten Willen gefehlt hat. Sehr oft haben wir im Parlament nicht über die ausreichende Mehrheit verfügt, um in tagespolitischen Auseinandersetzungen ein großes Vorhaben durchzusetzen.

Daraus sollten wir aber für die Zukunft eine Lehre ziehen. Als einer christlich-demokratischen Partei ist uns ein bestimmtes Bild vom Menschen, ein bestimmtes Bild von der Gesellschaft vorgegeben. Es sind uns Grundsätze und Zielsetzungen vorgegeben und über diese gibt es in unserer Partei kaum eine Meinungsverschiedenheit. Unsere Partei, die als eine Partei des ganzen Volkes die verschiedensten Interessen zu vertreten und aufeinander abzustimmen hat und die allen Schwierigkeiten zum Trotz seit ~~1945~~ 18 Jahren auch tatsächlich dazu

imstande war, hat sich durch diese Treue zu den Grundsätzen, durch diese Treue zu den Zielsetzungen ununterbrochen in der Führung der Regierungsgeschäfte behaupten können.

Sehr verehrte Freunde! Uns sind sehr hohe Ziele gesetzt, aber hochgesteckte Ziele kann man nicht in einem Sprung erreichen, sondern nur in einzelnen Etappen. Es sind also Nahprogramme sogenannte Aktionsprogramme notwendig.

Diese Aktionsprogramme sollen aber - und das ist die Lehre, die wir für die Zukunft daraus ziehen sollen - nicht mehr Forderungen enthalten, als wir bei strenger Prüfung und realistischer Einschätzung der konkreten innerpolitischen Verhältnisse in der nächsten Etappe auch tatsächlich durchsetzen können. Was aber einmal von uns gefordert beziehungsweise von uns versprochen wird, dazu, meine sehr verehrten Freunde, haben wir uns alle in der Partei nicht nur durch das Wort, sondern auch durch die Tat zu bekennen. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. S c h l e i n - z e r: Als nächster Redner kommt zum Wort Herr Landtagsabgeordneter Schmidinger. Gleichzeitig bitte ich den Herrn Landeshauptmann Wallnöfer, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Landeshauptmann Eduard W a l l n ö f e r: Sehr geehrte Delegierte! Wir setzen die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 9 fort. Ich bitte den Abgeordneten Schmidinger, das Wort zu nehmen.

Landtagsabgeordneter Johann Schmidinger ✓

(Salzburg): Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Es ist nun kaum ein Jahr vergangen, seit die äußeren Vorbereitungen zur Nationalratswahl 1962 wohl in allen Gruppen unserer Partei begonnen haben. Ich sage deswegen "Äußere Vorbereitungen", weil bis dahin bereits in jahrelangen Bemühungen, durch Schulungen usw. der Funktionärskader vorbereitet wurde, diese Wahl so zu schlagen, wie wir es von ihr erwartet haben. Es ist uns allen noch in Erinnerung, daß bei diesem Wahlkampf alle Funktionäre und Mitarbeiter eine Einsatzbereitschaft und eine Einsatzfreude gezeigt haben wie kaum zuvor.

Man merkte während des Wahlkampfes keine Müdigkeit. Der Einsatz nahm, man möchte fast sagen, von Tag zu Tag zu, und immer wieder hörte man aus den Reihen der kleinen Leute in unserer Partei, aus den Reihen unserer Funktionäre: Das ist ein Wahlkampf wie nie zuvor. Ich halte das für ein Zeichen dafür, daß der Generalstabsplan für diese Wahl in Ordnung war, daß die Vorbereitungen für diese Wahl richtig getroffen waren und daß schließlich der Plan auch richtig zum Ablauf gebracht wurde. Es ist daher verständlich, daß - obwohl sich kurz vor der Nationalratswahl 26 Prozent unserer Wähler noch nicht entschieden hatten, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollen - dann der schöne Erfolg des 18. November 1962 erzielt werden konnte, mit seiner Siegesfreude in allen Gliederungen unserer Partei, mit der Erwartung neuer Wege, mit der Erwartung eines neuen Stils unserer Partei.

Und heute müssen wir uns nun fragen: Was ist daraus geworden? Ohne unser Zutun herrscht heute - das müssen wir leider feststellen - ein Mißbehagen in den Reihen unserer Funktionäre und Mitglieder. Ein teilweises Versagen der Mitarbeit und Austritte sind zu verzeichnen, und es ist fast nicht mehr möglich, schlagkräftige politische Veranstaltungen durchzuführen. Die vor uns liegenden Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner werden äußerst problematisch und geben zu großen Befürchtungen Anlaß.

Der Mißerfolg bei der Bundespräsidentenwahl soll uns ein Alarmszeichen sein. Wir sahen bei der Bundespräsidentenwahl

bei uns im Lande Salzburg, daß es im höchsten Einsatz für unseren Kandidaten, dem wir die vollste Ehrerbietung erwiesen haben und heute erweisen, und mit aller Kraft noch einmal gelang, unsere Wähler für uns zu gewinnen. Es ist daher nicht von ungefähr gekommen, daß das Land Salzburg neben Kärnten den besten Wahlerfolg bei dieser Wahl hatte - trotz der schwierigen Situation, die wir damals bereits bemerken mußten. (Beifall.)

Die Schuld an diesem Zustand und an diesem Mißbehagen in unseren Reihen gibt man - ob zu Recht oder zu Unrecht - dem unbefriedigenden Resultat bei den Regierungsverhandlungen, der dabei leider gezeigten Uneinigkeit in den eigenen Reihen, womit man dem Gegner viele taktische Vorteile überließ, und der von Gegner erzwungenen Defensivtaktik, aus der man sich bis heute nicht mehr befreien konnte.

Der Mann auf der Straße fragt heute: Wie soll das weitergehen? Die Funktionäre und Mitglieder, als deren Vertreter wir hier sprechen, verlangen von uns neue Wege.

Besinnen wir uns daher auf dem heutigen Bundesparteitag auf das Prinzip der Personalität, indem wir allen Persönlichkeiten die Mitarbeit in unseren Reihen möglich machen. Besinnen wir uns auf das Prinzip der Subsidiarität, und machen wir uns nicht zum Steigbügelhalter des Zentralismus. Seien wir bereit, Kompetenzen nach unten abzugeben. Besinnen wir uns schließlich auch auf das Prinzip der Solidarität. Führen wir nicht unbedacht Beschlüsse herbei, die einen Kandidaten zum Bundesparteiohmann in der Öffentlichkeit dis-

kriminieren. Sonst dürfen wir uns nicht wundern, wenn der kleine Mann das Vertrauen verliert. (Beifall.)

Der 9. Bundesparteitag muß daher zur Festlegung eines eindeutigen politischen Kurses und zur Neuformung eines richtungweisenden Profils führen. Die ÖVP braucht einen neuen Kurs, der den geänderten Verhältnissen konsequent angepaßt ist, und einen Mann an der Spitze, der das Vertrauen der Überwiegenden Mehrheit der Mitglieder und Wähler besitzt und den Gegner in die Schranken weisen kann. (Beifall.) Es wird Aufgabe des 9. Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei sein, Männern die Führung der Partei zu übergeben, die in der Partei groß geworden sind (neuerlicher Beifall), die den Kampf in Schützengraben der Partei genauso kennen wie die Ausübung höchster Funktionen in der Öffentlichkeit. Wir haben solche Männer zur Verfügung. Sie genießen das Vertrauen unserer Funktionäre und Wähler, darüber hinaus aber auch weitester Kreise unserer Bevölkerung überhaupt.

Wenn diese Männer gewählt werden, dann heißt es aber auch, wie ein Mann zu ihnen zu stehen, dann gehören alle persönlichen Differenzen in den Hintergrund gestellt, dann bedarf es einer gemeinsamen Arbeit zur Erhaltung der Einheit unserer Partei. Die menschliche Kameradschaft muß wieder - wie es heute bereits der Herr Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht hat - in den Vordergrund der Handlungen innerhalb der ÖVP gerückt werden. Es darf kein Gegeneinander, sondern es muß ein Mit- und Füreinander geben, dazu eine konsequente

Haltung gegenüber dem politischen Gegner. Auf diese Weise werden wir auch in Zukunft eine starke, einige ÖVP und ein freies, glückliches Österreich behalten. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Wallnöfer:

Ich danke dem Abgeordneten Schmidinger aus Salzburg für seine Ausführungen.

Als nächster hat sich Herr Abgeordneter Dr. Kean aus Graz zu Wort gemeldet. Ich möchte aber noch einmal darauf aufmerksam machen, daß bei diesem Tagesordnungspunkt der politische und organisatorische Rechenschaftsbericht zur Diskussion steht und daß beim Tagesordnungspunkt 15 noch Gelegenheit ist, zur Wahl Stellung zu nehmen.

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Dr. Kean.

Landtagsabgeordneter Dr. Richard K a a n (Steiermark):

Hoher Bundesparteitag! Meine Wortmeldung bezweckt, an die Abgeordneten zum Nationalrat unserer Partei, an die Mitglieder der Bundesregierung unserer Partei und an unsere Bundesparteileitung eine Bitte zu einem Problem heranzutragen, das uns alle täglich berührt, das auch an die Grundsätze unserer Partei rührt, das in der Vergangenheit nicht gelöst wurde, vor dessen Lösung wir aber nun stehen, ein Problem, das auch in Deutschland in jüngster Zeit zu harten Auseinandersetzungen geführt hat.

Heutigen Zeitungsnachrichten ist zu entnehmen, daß Bundesminister Dr. Broda die Einbringung eines Gesetzes zum Schutze des Telephongeheimnisses angekündigt hat. Ein lateinischer Spruch sagt: Was immer die Danaer bringen, ich fürchte es. Was bezweckt Minister Broda damit? Ich vermute, daß er damit erstens ein Alibi erbringen will für seine bisherige Haltung zu dieser Frage und daß er zweitens die Initiative zur Lösung dieses Problems der Sozialistischen Partei in die Hände spielen will. Es ist zu befürchten, daß dieser Gesetzentwurf in seiner Handhabung durch den Innenminister und den Justizminister leicht zu einem Gesetz zum Schutze des Telephonabhörens werden könnte.

Ich darf Sie kurz daran erinnern, wie es zur Aufrollung dieser Frage kam. Bei einem in Graz anhängigen Untersuchungsverfahren konnten wir feststellen, daß die Staatspolizei mit Zustimmung des weisungsgebundenen Staatsanwaltes über Auftrag des Untersuchungsrichters bei einer privaten Telephonnummer, und zwar von einer Inhaberin, die in keiner Weise in Untersuchung stand, drei Wochen hindurch alle Gespräche abgehört, auf Tonband aufgenommen, in Vollschrift übertragen und dem betreffenden Untersuchungsakt einverleibt hat.

Diese Telephongespräche betrafen in keiner Weise das gegenständliche Verfahren. Das Abhören bezweckte, den Aufenthaltsort eines Mannes, den die Sicherheitspolizei suchte, festzustellen, da das betreffende Telephon von seiner Braut wiederholt benützt wurde.

Dieses dreiwöchige Abhören war vollkommen vergeblich, der Mann, den die Polizei suchte, wurde dadurch nicht gefunden. Daraufhin hat die Sicherheitsbehörde die Braut verhaftet. Der Betreffende hat sich als Kavalier erwiesen und hat sich sofort gestellt. Er ist aber dabei auf Hindernisse gestoßen. Als er nämlich zur ersten Polizeidienststelle kam, erklärte man ihm, er solle weggehen, die Dienststunden seien aus. (Heiterkeit.) Daraufhin begab er sich zu einer anderen Wachtube. Diese war bereit, ihn aufzunehmen, sie fand aber seine Nummer nicht im Fahndungsblatt, bis er sich selber angab und daraufhin verhaftet wurde. Dies nur nebenbei.

Jedenfalls war das der Anlaß zu einer Anfrage im Steiermärkischen Landtag und auch im Nationalrat. Der Herr Landeshauptmann von Steiermark hat in dieser Sache eine Anfrage an die beteiligten Minister gerichtet. Aus diesen Anfragen hebe ich hervor die Antwort, die ihm Minister Dr. Broda erteilt hat, die ich im Tone für unwürdig fand, die sachlich auf Unwahrheiten beruhte und rechtlich falsch war. In rechtlicher Hinsicht hat er die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß dem Untersuchungsrichter alles erlaubt sei, was nicht verfassungsrechtlich verboten sei, und er meinte auch, daß der Schutz des Telephongheimnisses nicht verfassungsrechtlich verankert sei. Daher sei es zulässig, auch

eine fremde Telephonnummer dauernd und geheim abzuhören. Es handelt sich also hier um die Grundfrage, ob ein geheimer Geheimnisbruch durch Aufnahme auf Tonband ohne Kenntnis der Beteiligten zulässig ist oder nicht.

In dieser Antwort ist keinerlei Auseinandersetzung mit dem Grundproblem zu finden, nämlich der Wahrung der Freiheit und der Würde des Menschen, keine Auseinandersetzung mit dem Gedanken, daß dann auch der Lauscher an der Wand, wo immer es ist, gestattet ist, daß damit das Anbringen des Mikrophons in den Schlafzimmern und etwa in den Speisessimmern, in den Familienräumen zulässig ist, daß damit jeder Schutz des persönlichen Geheimnisses, des ärztlichen Geheimnisses, des anwältlichen Geheimnisses und der Familiensphäre aufhört.

Ich fürchte also sehr, daß dieser Gesetzentwurf, der über kurz oder lang den Nationalrat beschäftigen wird, nicht unseren Vorstellungen entsprechen wird. Meine Bitte geht daher an die Mitglieder zum Nationalrat, zum Bundesrat und auch zur Bundesregierung, vor allem darauf zu achten, daß uns erstens die Initiative nicht aus der Hand genommen wird, daß zweitens die Sache nicht im Sand verläuft, sie kann jeden von Ihnen täglich brennend interessieren. Ich hoffe sehr, daß der kommende Bundesparteibeamte dank seiner beruflichen Erfahrung die volle Tragweite dieses juristischen, aber noch viel mehr menschlichen Problems erkennen wird. (Bravorufe und lebhafter Beifall.)

Bitte achten Sie aber drittens vor allem auch darauf, daß das Gesetz nicht etwa eine Formulierung bekommt, die es dem jeweiligen Justizminister oder Innenminister ermöglicht, festzustellen,

wer Staatsfeind ist und wessen Telephon er fallweise geheim überwachen lassen darf. In dieser Hinsicht müssen volle Sicherheiten im Gesetz verankert sein.

Vergessen Sie vor allem nicht, daß diese Handhabung des geheimen Telephonabhörens einer der perfidesten Angriffe gegen die Freiheit und die Würde des Menschen ist, zweier Werte, die wir auf die Fahnen unserer Partei geschrieben haben. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Wallnöfer: Ich danke Herrn Dr. Kaan für seine Ausführungen. Er hat ein Thema berührt, das der Betrachtung wert ist.

Als nächster kommt als Vertreter des Akademikerbundes Herr Dr. Hönel zum Wort. Ihm folgt Dr. Burger-Scheidlin aus Klagenfurt.

Dr. Walter Hönel (Akademikerbund): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Unsere christlich-demokratische Partei, unsere freiheitliche Bevölkerung ist derzeit in einen unbarmherzigen Machtkampf mit den Materialisten, mit den Sozialisten verwickelt. Noch nie hat in der Geschichte der Zweiten Republik eine solche Auseinandersetzung um die Existenz unserer Ideen stattgefunden. Der Sozialismus hat zu neuen Methoden gegriffen, er kämpft heute nicht mehr mit offenem Visier, wie wir das bisher von demokratischen Parteien in unserem Lande gewohnt waren, sondern er infiltrierte, er besetzt still eine Position nach der anderen.

Was die Sozialisten einmal in Besitz genommen haben, geben sie nicht mehr her, auch wenn das Volk in einer Wahl anders entscheidet - siehe am Beispiel Außenministerium.

Die Sozialisten erkennen ein Gerichtsurteil nur dann an, wenn es ihren Intentionen entspricht - siehe Causa Habsburg. Die Sozialisten treiben kalte Sozialisierung mit Geschick und Schläue und engen durch immer neuere Sozialforderungen die Freiheit des Unternehmers immer weiter ein. Die Sozialisten wollen eine Investitionsplanung, damit sie ihren Wirtschaftsdirigismus durchsetzen können.

Die Sozialisten letzten Endes sabotieren das Arrangement mit der EWG. Seitdem wir nach der letzten Nationalratswahl die Agenden der Integration unserem Handelsminister geben konnten und dieser mit kluger Taktik und Verhandlungsgeschick uns dem Arrangement ein Stück nähergebracht hat, vergeht keine Woche, in der nicht die Sozialisten unsere Bemühungen um das Arrangement sabotieren.

Meine Damen und Herren! Das ist reiner leninistischer Geist. Ich glaube nicht, daß die Sozialisten eine Einparteiendiktatur anstreben, aber sie verwenden Methoden und Machenschaften, die sie, ob sie wollen oder nicht, zwangsläufig zum Totalismus hinführen.

Meine Damen und Herren! Gerade im Volk und bei der Jugend ist ein feines Gefühl für die Freiheit und die Sicherheit des einzelnen Menschen verankert. An uns wird es in den nächsten Wochen und Monaten, die nicht leicht sein werden, liegen, diesem roten Kollektivismus die Einheit unserer Partei und die Ideen der Freiheit gegenüberzustellen. Dazu sind die Wege verschieden. Die Österreichische Volkspartei wird als solche versuchen, vorzustoßen und offensiv zu werden. Sie wird aber auch als neuen Weg sich der Vorfeldorganisationen mehr bedienen müssen als bisher. Wir wissen

genau, daß die Randschichten heute die Entscheidung bei den Nationalratswahlen bringen. Wir wissen genau, daß gerade diese Randschichten in einem Stadium der politischen Mündigkeit immer stärker und größer werden. Das mag damit zusammenhängen, daß unsere Demokratie vielleicht gewisse Abnützungerscheinungen zeigt, wie dies selbstverständlich bei anderen Staatsformen auch vorkommt. Neue Wege daher, diese fluktuierende Schicht zu erfassen!

Als Vertreter des Akademikerbundes obliegt es mir selbstverständlich, gerade auf diesem Gebiet einige Punkte zu sagen und einen Bericht über die Tätigkeit des Akademikerbundes zu geben. Der Akademikerbund hat bisher als Gegenstück zum Bund Sozialistischer Akademiker überall und jederzeit die Ideen der Freiheit gegenüber den Sozialisten verteidigt, und zwar mit Erfolg verteidigt. Das große Plus, das der Akademikerbund dem Bund Sozialistischer Akademiker gegenüber hat, ist, daß wir frei unsere Gedanken äußern können, daß die Österreichische Volkspartei uns erlaubt, zu sagen, was wir denken. Das ist nämlich bei den Sozialisten nicht der Fall, und dafür, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen auch namens des Akademikerbundes danken, sowohl für diese Freiheit als auch für dieses Vertrauen.

Wie wir wissen, sind auch in Universitäten und in akademischen Kreisen die Sozialisten keinen Schritt weitergekommen. Der Akademikerbund hat über ganz Österreich ein Netz von Bezirksorganisationen gezogen, und wir geben in Veranstaltungen dieser Organisationen politische Informationen weiter, die an Leute kommen, an die die Österreichische Volkspartei vielleicht nicht so direkt herantreten könnte. Die Zusammenarbeit mit den lokalen Organisationen der Partei ist auf breitester Ebene erforderlich.

Meine Damen und Herren! Die Idee der Vorfeldorganisationen, für die ich heute plädiere, ist im politischen Leben Österreichs nicht so neu, wie wir vielleicht glauben. Die alte Christlich-soziale Partei hat eine Reihe von Vereinigungen gehabt, nämlich die katholischen Vereinigungen, die für sie

früher Vorfeldorganisationen waren. Heute fällt durch die Entsagung der Kirche vom politischen Tageskampf die Unterstützung dieser katholischen Vereine weg. An ihre Stelle sollen die erwähnten Vorfeldorganisationen treten.

Verehrte Parteifreunde! Es wird wichtig sein, mit neuen Ideen, auf neuen Wegen neuen Ufern zuzustreben. Ich weiß, daß diese Redensart heute schon sehr oft gebraucht wurde. Ich bitte nur die alten Freunde in unserer Partei um ihren Rat, um ihre Unterstützung und ich bitte vor allem darum, daß wir in Zukunft Partei und Vorfeldorganisation mit Vehemenz und Initiative entwickeln, um uns der gefährlichen sozialistischen Bedrohung wirklich mit aller Kraft, die wir haben, entgegenzustemmen.

Verehrte Parteifreunde! Goethe sagt im zweiten Teil seine Faust: Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag. - Zu neuen Ufern, ein neuer Tag! Auch für den Bundesparteitag der ÖVP in Klagenfurt! Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Wallnöfer: Als nächster Redner hat sich der Delegierte des Akademikerbundes Dr. Burger-Scheidlin gemeldet.

Dr. Kurt Burger-Scheidlin (Akademikerbund - Klagenfurt): Hoher Bundesparteitag! Ich weiß nicht, ob sich meine Stimme gegen ^{den} Lärm der Ventilation, die hier auf Sportfeste eingestellt ist, durchsetzen kann; die Glocke des Herrn Vorsitzenden, glaube ich, kaum. Dieser Saal ist eben auf die sportlichen Veranstaltungen, die wir sonst in Klagenfurt abhalten, abgestellt und weniger auf Konventionen, bei denen

geistige Diskussionen geführt werden sollen. Als Vertreter des Akademikerbundes bin ich aber berufen, mich auf dieses geistige Gebiet zu begeben.

Wir haben die Berichte unserer höchsten Parteifunktionäre gehört, und ich glaube, wir alle sind einer Meinung, daß bis zum Stichtag 18. November 1962 diese Berichte wirklich in höchstem Grade erfreulich und positiv sind. Ich glaube, wir sind aber auch darüber einig, daß es uns allen leichter wäre, wenn die Zeit, die seither vergangen ist, gewissermaßen zurückgekurbelt werden und ungeschehen gemacht werden könnte. Wir befinden uns leider in einer Krise des Vertrauens. Aber dieser Parteitag hier soll ja aus dieser Krise wieder herausführen, und wir sind wirklich der festen Überzeugung, daß der Name unserer Stadt Klagenfurt mit einer Neuordnung der Partei im positiven Sinne, mit einem neuen Elan, mit einem neuen Impuls für unsere Partei verbunden sein wird. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Diese Krise überrascht uns in einem Moment der höchsten Gefahr, die uns seitens der Sozialistischen Partei droht. Sie überrascht uns aber auch in einem Moment weltpolitischer Entscheidungen. Der Herr Generalsekretär hat treffend ausgeführt, daß sich gerade jetzt in der ganzen Welt Ungeheures tut; eine geistige Völkerwanderung setzt ein, neue Ideen tauchen auf. Es handelt sich nun darum, daß wir in-stande sind, dieses Neue, das in der Welt geboren wird und ständig auf uns eindringt, zu verwerten und in zweckmäßiger Weise auch in Kanäle unserer Österreichischen Volkspartei zu lenken. Es ist selbstverständlich, daß der Österreichische

1 1643

Akademikerbund bei solchen geistigen Bewegungen nicht hinternach rangieren wird, sondern selbstverständlich bemüht sein muß, zur Avantgarde zu zählen, bemüht sein muß, daß unsere akademische Jugend und die Organisation, die sie dann weiterhin führt und vertritt, vorneweg zieht und vorneweg den frischen Wind dieser Weltereignisse uns um die Ohren streichen läßt. Ich glaube, die ÖVP würde sich schön bedanken, wenn akademische Organisationen hintennachtrotten würden.

Daß dieser Geist durch die ganze Welt geht, sehen wir am besten am Vatikanischen Konzil. Auch dieses wurde ja nicht deshalb einberufen, um den alten Geist von Trient wieder zu festigen, sondern weil auch dort die Erkenntnis Platz greift, daß eine völlig neue Weltsituation, das Zeitalter der Wissenschaft, das Atomzeitalter, neue Reaktionen erfordert, daß es eine Herausforderung darstellt, die es gilt aufzugreifen und positiv umzulenken.

Und so wie auch die Christenheit hofft, daß dorten nicht etwa der Geist der spanischen konservativen Kirche, sondern der Schwung der Erneuerung in die Kirche Einzug finde, so - wenn man es auf eine Partei übertragen darf - hoffen doch auch alle unsere Wähler, hoffen auch wir Delegierte, daß hier von Klagenfurt aus ein solcher Erneuerungsimpuls vor sich gehe. Der Akademikerbund will hiezu selbstverständlich seinen Beitrag leisten.

Aber auch hier muß ein Prinzip beachtet werden: eine Erneuerung, ein Fortschreiten darf weder Sieger noch Besiegte auf dem Schlachtfelde zurücklassen, sondern es muß eben eine Erneuerung, ein Schwung des Ganzen sein.

1 1644

Daß aber eine solche Erneuerung nicht nur ein Schlagwort ist, das bedarf wohl keines Beweises, das fühlt jeder von uns, sonst wäre die drückende Spannung auf einem solchen Parteitag ja auch nicht zu erklären.

Meine Damen und Herren! Die schweren Probleme, vor denen wir auch sachlich stehen, rechtfertigen und zwingen zu einer Zusammenarbeit mit den Sozialisten dort, wo sie möglich ist, und auch wir vom Akademikerbund haben uns immer dazu bekannt, wenn wir auch nach der „Salamitaktik“, die der Herr Generalsekretär der ÖVP erwähnt hat und die er den Sozialisten nachgewiesen hat, an allererster Stelle stehen. Bevor alles andere kommt, kommen selbstverständlich wir als Akademikerbund daran. Anders war es ja auch nicht zu erwarten, daß wir zuerst diffamiert werden.

Trotz dieser Diffamierung sind wir für diese Zusammenarbeit, obwohl wir wissen, daß es auf einem wichtigen Punkt eine Zusammenarbeit nicht geben kann: die Sozialisten wollen eine andere, eine umstürzlerische Gesellschaftsordnung. Wie diese sozialistische Gesellschaftsordnung aussieht, können wir als Kärntner ganz besonders gut beurteilen. Wir brauchen nur über die Karawanken hinüberzuschauen: dort gibt es die Wirtschaftskommissionen, dort gibt es die Arbeiterräte, dort gibt es auch die Zwangsarbeitsplatzvermittlung, dort gibt es aber auch Leid, Elend, Not und Kerker statt Freiheit. (Beifall.)

Hingegen gibt es zahllose sachliche Gebiete - man braucht ja nur die Wahlprogramme der beiden Parteien zu vergleichen -, wo wir wirklich zusammenarbeiten können. Aber, meine Damen und Herren, die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit dem politischen Gegner ist doch wohl, daß es uns zunächst einmal gelingt, in unseren eigenen Reihen mustergültig zusammenzuarbeiten. (Beifall.) Jede Aufforderung zu konkreten Taten, zu konkreten Leistungen bleibt solange Schlagwort, als die primitivste Voraussetzung dafür, nämlich die Integration unserer eigenen Partei, in argen liegt.

Hier gilt es Abhilfe zu schaffen, und hier hat die Partei leider versagt. Ich brauche ja gar nicht den jüngsten Beschluß des Ministerrates zu erwähnen. Wir sind nun beruhigt als Kärntner und als Akademikerbund-Mitglieder, daß Minister Schleinzer nicht teilgenommen hat. (Beifall.)

Wie kann nun diese Zusammenarbeit erreicht werden? Auf diese Zusammenarbeit haben nicht nur wir Anspruch, sondern auf diese Zusammenarbeit haben auch unsere Freunde aus Südtirol und die Vertreter der christlich-demokratischen Parteien aus den unterdrückten Ostgebieten Anspruch, denen wir am nächsten sind. Das ist eine international wichtige und der österreichischen Tradition entsprechende Aufgabe, die wir erfüllen müssen und mit deren Lösung wir von Klagenfurt weggehen wollen.

Meine Damen und Herren! Die erste Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit liegt gerade im Massenzeitalter bei den Personen. Es gilt, Personen zu wählen, denen wirklich das un-

bedingte Vertrauen zufällt. Ein solches Vertrauen kann man nicht erlernen, das kann man nicht eingepaukt bekommen, sondern das ist eine Frage des Menschentyps, das ist eine Frage des Ausstrahlens. Ein solches Vertrauen ist aber gerade in unserer materiellen Zeit die Voraussetzung für jedes konkrete Handeln, für jeden Zusammenhalt innerhalb der Partei. (Beifall.) Es darf dann gar nicht die Frage gestellt werden: Was ist unsauber? Nein, Vertrauen muß diese Fragen überwinden. An einer Persönlichkeit des Vertrauens, an einer wirklich weisen Waise fällt dergleichen ab, und da zeigt sich ganz klar, was sauber und was nicht sauber ist.

Was nun die zweite Voraussetzung betrifft: Mit dem Vertrauen allein ist es auch nicht getan. Es muß eine ganz sorgfältige Generalstabsarbeit dazukommen. Hier ruht die ganze Last der Verantwortung zunächst auf dem Generalsekretariat. Nun sagen wir aber ganz ehrlich: Ist unser Herr Generalsekretär nicht zum Teil ein etwas armer Graf, wenn man bedenkt, wie mächtig dagegen die Bünde sind, die Landesgruppen, die Flügel innerhalb der Partei? Hier wird wirklich organisatorisch Neues geschaffen werden müssen.

Wir haben in Kärnten eine beispielhafte Zusammenarbeit innerhalb der Bünde und eine beispielhafte Generalstabsarbeit. Wir hoffen, daß etwas von diesem Lokalgeist dann auch in die Kärntnerstraße einzieht. (Beifall.) Das soll keine Kritik sein, aber man weiß, daß die Bund-Sekretariate über Wien, für uns eine eminent große Fläche, verstreut sind. Ich glaube, daß es ein gut angelegtes Geld wäre, wenn es uns gelänge, einmal

diese Sekretariate in einem Haus zu vereinigen, um enge Querkontakte zu ermöglichen, denn so scheitert dies ja schon an den räumlichen Verhältnissen.

Abgesehen davon ist es dringend notwendig, daß nicht etwa der eine Bund nur Sozialpolitik, der andere nur Landwirtschaftspolitik und der dritte nur Wirtschaftspolitik betreibt. Die Tätigkeit muß synchronisiert werden, das gegenseitige Verständnis muß geweckt werden. Nur so kann eine Partei integriert werden. Wenn der Wirtschaftstreibende für die Probleme des ÖAAB Verständnis aufbringt, wenn der ÖAAB-Mann für die Probleme des Bauernbundes Verständnis aufbringt und ebenso der Bauer für die beiden anderen Bünde, dann kann es gehen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Vertrauen, Einheit der Partei, Generalstabsarbeit sind die Säulen, auf der diese Partei stehen muß. Das ist der Hut, unter den wir sie in Klagenfurt bringen müssen. Wer diesen Hut trägt, ist uns allen, glaube ich, nicht unbekannt. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Wallnöfer:

Als nächster kommt Herr Staatssekretär Dr. Steiner zum Wort.

Staatssekretär Dr. Ludwig Steiner: Hoher Bundesparteitag! Der Bundesparteiobmann hat in seinem Rechenschaftsbericht das Problem Südtirol gewürdigt, und es liegt Ihnen auch ein Antrag der Landesgruppe Tirol der Österreichischen Volkspartei zur Frage Südtirol vor. Dazu möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen: Die Landesgruppe Tirol der ÖVP hat sich nicht deshalb entschlossen, vor dem Bundesparteitag mit

solcher Eindringlichkeit auf die Lage in Südtirol zu verweisen, weil dies etwa seit 40 Jahren zum Stehsatz aller Veranstaltungen gehört, an denen Tiroler teilnehmen, sondern weil uns gerade in den letzten Wochen die ganze Dramatik dieses Problems, das noch immer keine Lösung gefunden hat, wiederum so eindringlich vor Augen geführt wurde. Wir sind deshalb der Meinung, daß die Südtirolfrage nach wie vor die besten Kräfte von uns allen und unsere größte Aufmerksamkeit erfordert. (Beifall.) Sosehr uns auch dieses Problem gefühlsmäßig aufwühlt, so lassen wir uns in unseren Handlungen nicht etwa nur von gefühlsmäßigen Erwägungen leiten. Allein schon die nüchterne Betrachtung der Tatsachen muß uns davon überzeugen, daß das Südtiroler Volk nach wie vor lebensbedrohenden Gefahren gegenübersteht, Gefahren, die es gilt, von den Südtirolern zu nehmen.

Hatte es in den letzten Monaten oftmals den Anschein, als würdensich endlich Keime einer vernünftigen, einer gerechten Lösung zeigen, so haben uns leider die allerletzten Wochen wieder einmal demonstriert, wie leicht solche zarten Pflanzen der Vernunft wieder zertrampelt werden können. Hoffnungsvoll war es, als man den Eindruck haben konnte, daß sich die durch die beiden UNO-Resolutionen empfohlenen österreichisch-italienischen Verhandlungen realisieren und positiv gestalten lassen. Hoffnungsvoll war es ferner, daß die direkten Gespräche der Südtiroler mit den Italienern in der sogenannten 19er-Kommission trotz ihres oft schleppenden Verlaufes doch Ansatzpunkte für eine echte Lösung zu bieten schienen.

In diese Situation hinein fielen zwei Ereignisse, die hüben und drüben wieder alle alten Wunden aufgerissen haben. Die Bombenanschläge, die zweifellos gegen die österreichisch-italienischen Verhandlungen gezielt waren, haben ihre zerstörende Wirkung getan. Der sattem bekannte Prozeß von Trient hat zwar auf der einen Seite die Gefühle unbelehrbarer Nationalisten befriedigt, auf der anderen Seite aber allen recht denkenden Menschen, ganz gleich, welche Sprache sie sprechen, wieder einmal das Schandern gelehrt.

Wir sollten uns vor allem in Grundsätzlichem darüber im klaren sein, welche Möglichkeiten es gibt, den Südtirolern zu ihren natürlichen und im Pariser Vertrag verbrieften Rechten zu verhelfen. Ich möchte hier unmißverständlich dazu meine Meinung darlegen. Unserem Bekenntnis zum Recht zufolge - und dies ist unsere stärkste Waffe - können nur solche Mittel in Frage kommen, die uns auf Grund des Völkerrechtes und der abgeschlossenen internationalen Verträge zur Verfügung stehen. Um es genau zu sagen: entweder direkte österreichisch-italienische Verhandlungen oder, falls diese zu keinem Ergebnis führen, eben eine weitere Befassung internationaler Instanzen. Dabei müssen dann die der jeweiligen Lage am besten entsprechenden Wege beschritten werden.

Von österreichischer Seite hat man auch immer wieder erklärt, daß man selbstverständlich auch jedes direkte Gespräch zwischen den Südtirolern und den Italienern begrüßt und es

auch in jeder Weise zu fördern bereit ist. Wir haben dies in unserer Haltung gegenüber der 19er-Kommission auch in der Tat bewiesen, obwohl es gar nicht immer leicht war, auch dann zur Geduld zu mahnen, wenn durch Verzögerungsmanöver berechnete Unruhe entstanden war.

Von österreichischer Seite wurde diese einmal festgelegte Haltung auch immer wieder ohne Ansehen von persönlichen politischen Prestige verfolgt und nur das Interesse der guten Sache im Auge behalten.

Trotz aller augenblicklicher Schwierigkeiten bleibt meine Überzeugung unerschüttert, daß es keinen anderen Weg gibt als den der legalen Mittel. Allerdings - auch darüber dürfen wir keinen Zweifel bestehen lassen - soll dieser legale Weg mit aller Energie, mit aller Härte, aber auch mit der nötigen Vernunft und Mäßigkeit begangen werden. (Beifall.)

Offenkundig gibt es manche, die des langen Wartens auf eine Lösung müde sind und glauben, daß der Weg der Gewalt gewisse Möglichkeiten bietet. Die Gewalt, von welcher Seite sie immer kommen mag, ist nicht nur aus moralischen Gründen abzulehnen, Gewalt kann nur Unglück über unsere Südtiroler bringen. Mit Gewalt werden die Gefahren, die den Südtirolern drohen, nicht geringer, sondern größer. Es muß Ziel unserer Politik sein, Glück und Frieden für dieses Land in der Mitte Europas zu bringen und nicht Unglück und Leid. Es muß auch jeder wissen, daß es keine Strategie der Mischung von Verhandlungen und Gewalt geben kann. Aus moralischen und aus verstandesmäßigen Gründen haben wir den Weg der Verhandlungen gewählt, und dabei haben wir unbeschadet aller Störmanöver zu bleiben. Nicht der Wunsch nach persönlicher Publizität darf uns bei unseren Handlungen und bei unseren Worten leiten, sondern nur das Interesse des Südtiroler Volkes, zu dessen Vertretung Österreich durch den Pariser Vertrag legitimiert, aber auch verpflichtet ist.

Diese Erkenntnis darf uns aber nicht davon abhalten, offen und klar unsere Meinung zu sagen, wenn es die Situation erfordert. Nichts und niemand kann uns dazu veranlassen, schweigend Unrecht geschehen zu lassen. Wann immer das Recht des einzelnen oder der

Volksgruppe verletzt wird, haben wir dies klar aufzuzeigen. Daraus leitet sich auch unsere Einstellung zum sogenannten Trientiner Carabinieri-Prozeß ab und zu den Ereignissen, die sich rundherum abgespielt haben.

Es ist Ihnen ja bekannt, daß die österreichische Bundesregierung am 6. September dieses Jahres den Beschluß gefaßt hat, die Vorgänge, die bei diesem Trientiner Prozeß zutage getreten sind, im Sinne der europäischen Völkerrechtskonvention zu prüfen. (Beifall. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) Vom Ergebnis dieser Prüfung wird es abhängen, welche konkreten Schritte in dieser Sache unternommen werden müssen.

Ich sagte schon: Die Gewalt als solche ist zu verurteilen, nicht nur die Gewalt der Bombenanschläge, sondern auch all das, was wahllosen Gefangenen an Qualen angetan wurde! (Beifall.)

Auf den ersten Blick mag die gegenwärtige Situation wenig Hoffnung für die Zukunft bieten. In der Tat ist auch keinerlei Grund zu einem übertriebenen Optimismus vorhanden. Ich bin aber doch der Meinung, daß bei aller Schärfe der gegenwärtigen Auseinandersetzungen die Türen für eine Lösung nicht verriegelt sind. Die Lösungen sind allerdings viel schwieriger geworden.

Wir wollen nicht übersehen, daß es auch in Italien vernünftige Kräfte gibt. Wenn es gelingt, die vernünftigen Kräfte hüten und drüben zur guten Tat zu sammeln, dann muß es meiner Meinung nach möglich sein, dieses Problem im europäischen Geiste zur Zufriedenheit der Südtiroler würdig zu lösen.

Österreich wird in den nächsten Tagen zum Thema Südtirol bei den Vereinten Nationen seine Stimme erheben. Österreich wird

darauf bestehen, daß die Ministerverhandlungen zwischen Österreich und Italien im Oktober stattfinden. Italien hat uns zwar schon des öfteren Verhandlungstermine zugesagt, diese aber immer wieder an Bedingungen geknüpft, etwa: das in der Zwischenzeit keine Gewaltakte mehr vorkommen dürfen, oder: daß sich die österreichische Presse einer zahmen Haltung Italien gegenüber befleißige. Die erste Bedingung ist ja geradezu eine Einladung an die Bombenwerfer, Verhandlungen unmöglich zu machen, falls sie dies nur gerne möchten. Es ist völlig unverständlich, wieso es den Leuten, die zur Gewalt greifen wollen, überlassen bleiben sollte, mit einigen Dekagramm Dynamit die Verhandlungen zwischen Österreich und Italien in dieser lebenswichtigen Frage für die Südtiroler in die Luft gehen zu lassen. (Der Vorsitzende gibt neuerlich das Glockenzeichen.)

Zur zweiten Bedingung ist zu sagen, daß wir bekanntlich in einem Land mit Pressefreiheit leben und niemand unseren Zeitungen vorschreiben kann, was sie berichten und welche Gedanken sie ihren Lesern bieten wollen.

Ist man an einer ehrlichen Lösung interessiert, so muß man sich eben jederzeit an den Verhandlungstisch setzen, ganz gleichgültig, ob es außerhalb des Verhandlungssaales wettet oder schneit. Österreich ist ehrlich an Verhandlungen interessiert und wird daher alles unternehmen, um sie herbeizuführen.

In den nächsten Wochen wird voraussichtlich auch die breite Öffentlichkeit in Österreich, in Italien und vor allem auch in Südtirol wissen, zu welchem Ergebnis die Neunzehnerkommission gekommen ist. Es wird dann jedermann beurteilen können, ob die

Kommission in der Lage war, Vorschläge für eine echte Lösung auszuarbeiten.

Wenn solche brauchbaren Vorschläge vorliegen, dann wird es auch sicherlich nicht schwierig sein, die zwischenstaatlichen Differenzen, zu deren Beilegung wir auf Grund der UNO-Resolutionen verpflichtet sind, zu bereinigen. Sollten solche Vorschläge bei der Neunzehnerkommission vorliegen, müßte eine Lösung in bilateralen Verhandlungen zwischen Österreich und Italien gefunden werden.

Was immer die nächste Phase unserer Aktionen im Südtirolproblem sein soll, eines muß man in Italien, aber auch in Österreich ganz klar wissen: Südtirol kann und darf kein Tauschobjekt für irgendwelche andere internationale Anliegen - auch nicht für die Integration - bilden! Ich möchte dies deshalb mit aller Deutlichkeit sagen, damit hier für die Zukunft keine falschen Vorstellungen Platz greifen können.

Nun komme ich wirklich zum Schluß. Meine Bitte an Sie geht dahin: Helfen Sie alle mit, daß das große Anliegen des österreichischen Volkes verwirklicht wird, nämlich dem schwergeprüften Südtirol endlich wieder zu Recht und Frieden zu verhelfen.

Ich möchte aber auch einen Appell über diesen Saal hinaus an unsere christlich-demokratische Bruderpartei in Italien richten und sie auffordern, alle Kraft daranzusetzen, das Problem Südtirol in echt europäischem Geiste und in christlicher Gesinnung baldmöglichst lösen zu helfen. An unserem guten Willen soll es dabei nicht fehlen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Wallnöfer: Ich danke Herrn Staatssekretär Dr. Steiner. Darf ich als Landeshauptmann von Tirol seinen Appell wiederholen und bitten, daß man zur Lösung dieser Frage den guten Willen mitbringt. Es muß doch möglich sein, mit gutem Willen auf der Basis aufrichtiger Gespräche den Südtirolern die Autonomie zu gewähren.

Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Erber gemeldet. Nach ihm kommt der Abgeordnete Weißmann.

Landtagsabgeordneter Josef Erber (Bischofshofen): Hoher Bundesparteitag! Meine lieben Parteifreunde! Vor Ihnen steht ein Mitarbeiter der Österreichischen Volkspartei, der aus den einfachsten Verhältnissen kommt, der mit den Arbeitern und mit den Rentnern per du ist, der ein Freund des kleinen Mannes ist.

Die erste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist es, unsere Wahlversprechen einzuhalten, das heißt, Schilling muß Schilling bleiben. Wir alle haben uns am 18. November über den Wahlsieg gefreut, und wenn man in den nächsten Tagen das Wahlergebnis in den Gemeinden, in den Märkten und Städten begutachtet hat, konnte man feststellen, daß wir gerade in den Arbeiterkreisen ein großes Vertrauen gewonnen haben, und ich glaube, vor allem dieses Plakat "Schilling muß Schilling bleiben" hat das große Vertrauen der Arbeiter, der Rentner und Pensionisten eingetragen.

Leider hören wir und müssen feststellen, daß in letzter Zeit die Preise in Bewegung kommen, daß der Schilling rollt und daß die Stabilität nicht mehr so gegeben ist, wie wir es erwarten. Daher appelliere ich besonders an die Herren Minister und alle verantwortlichen Männer der Österreichischen Volkspartei, dafür Sorge zu tragen, daß das Vertrauen in die Währung aufrechterhalten wird. (Beifall.)

Es hat keinen Sinn, wenn man dem Kleinen höheren Lohn verspricht, wenn man den Rentnern höhere Renten verspricht, wenn die Preise höher werden. Bedenken wird, daß wir in unserer Heimat weit über eine Million Mitmenschen haben, die das nackte Leben haben. Bedenken wir, daß das alle Mitmenschen sind, denen gegenüber wir eine ungeheure Verantwortung haben. Daher bitte ich besonders die verantwortlichen Männer, sich das ans Herz zu legen.

Ich möchte auch dem Herrn Generalsekretär Withalm herzlich danken, daß er an uns appelliert hat, wir sollten in den Ländern draußen uns mehr um die Jugend und um die alten Leute kümmern. Ich habe im Lande Salzburg auch die Aufgabe, den Rentnerbund aufzubauen, und da ist es wirklich eine Freude, wenn man feststellt, wie sich die Leute freuen und wie dankbar sie uns sind, wenn man mit ihnen Fühlung aufnimmt, wenn man sie betreut, wenn man Interventionen für sie macht usw. Leider muß ich oft hören, daß es viele Funktionäre gibt, die auf die alten Leute herunterschauen und ihnen wenig Aufmerksamkeit schenken. Ich bin ein einfacher Mensch und sage es heraus, wie ich es mir denke. Ich muß aber hier an alle appellieren, die etwa glauben, der Kleine läuft ohnehin schon mit. Das ist nicht so. Der Mann

schaut sich die Funktionäre genau an und beobachtet das Verhalten eines jeden einzelnen. Ich bitte daher, diesem Punkt Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Als Schwerkriegsbeschädigter hätte ich noch an die Herren Nationalräte eine große Bitte. Wir haben erfahren müssen, daß das Heeresversorgungsgesetz bereits durch den Ministerrat gegangen ist. In nächster Zeit soll sich der Nationalrat damit beschäftigen. Wir wissen, daß hier ein großer Unterschied gemacht werden soll zwischen jenen, die im ersten und zweiten Weltkrieg ihre Gesundheit verloren haben und jenen, die heute beim Bundesheer tätig sind und dort durch einen Unglücksfall oder sonstwie irgend einen körperlichen Schaden erlitten haben, die Letzteren sollen eine höhere Rente bekommen.

Ich möchte hier ganz eindringlich appellieren: Machen wir hier keinen Unterschied zwischen jenen aus dem ersten und zweiten Weltkrieg und jenen vom Bundesheer. (Beifall.) Das wäre ein grobes Unrecht, wenn wir hier zwischen den Verwundeten und den Kriegsbeschädigten und den Bundesheerangestellten, die sich ein Leiden zugezogen haben, bei der Zuteilung der Rente machen würden.

Somit bin ich am Schluß, meine lieben Delegierten, und ich bitte um eines: Wenn meine Worte nicht so klingen, wie bei einem, der anders aufgewachsen ist oder studiert hat, sondern nur wie von einem, der vom Volke heraus spricht, so möchte ich das von Herzen gebracht haben und möchte auch, daß Sie mit dem Herzen mitgehen. Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat H a r t l: Nächster Redner
ist Nationalrat Dr. Weißmann.

Nationalrat Dr. Walther Weibmann: Hoher Bundesparteitag! Erlauben Sie mir, daß ich mich zum Thema "EWG", der "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft", zum Wort melde. Über die unabweisbare Notwendigkeit, daß Österreich mit den sechs Staaten der EWG in ein engeres Verhältnis kommt, gibt es wohl kaum mehr eine Diskussion. Mehr als 50 Prozent des gesamten Außenhandels sowohl im Import als auch im Export sind eine so starke wirtschaftliche Realität, daß politische Sentiments darüber zum Schweigen gebracht werden müssen.

Die EWG ist für uns ein Partner, mit dem zwar wir über 50 Prozent unserer Einfuhr und Ausfuhr abwickeln; umgekehrt aber ist von Sicht der EWG Österreich ein Partner, der nur kaum 3 Prozent des gesamten EWG-Handels auf sich vereinigt. Damit ist das Gewicht unserer Verhandlungsposition wohl sehr klar umrissen.

Ob es zu einer Assoziation oder zu einem Arrangement oder wie man dieses Vertragswerk nun nennen mag, kommen wird, hängt vielleicht zu 10 bis 20 Prozent von Österreich und zu 80 oder mehr Prozent von unseren Vertragspartnern innerhalb der EWG ab. Es ist deshalb meine unumstößliche Überzeugung, daß alles getan werden muß, um das Verständnis dieser Partner für die besondere Lage Österreichs wachzuhalten und nicht durch unqualifizierbare politische Ausfälle, wie sie von sozialistischen Spitzenpolitikern immer wieder von sich gegeben werden, kostbares Porzellan zu zerschlagen.

Deshalb ist es auch meine Überzeugung, daß es kaum die richtige Taktik sein kann, zu den schwierigen Verhandlungen nach Brüssel mit einem ganzen Rucksack voll Sonderwünsche bewaffnet hinzufahren, weil das bestimmt das beste Mittel ist, die Verhandlungen entweder überhaupt zum Scheitern zu bringen oder ihren Abschluß auf lange Sicht zu verzögern. (Zustimmung.)

Eine klare und völlig eindeutige Stellungnahme der ÖVP wird auch die Sozialisten zwingen, ihre Stör- und Verhinderungsversuche einzustellen und im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze für Tausende österreichischer Arbeitnehmer die vertragliche Verbindung mit der EWG zu akzeptieren.

Besonders dem österreichischen Unselbständigen muß klar sein, daß der Ausschluß der österreichischen Volkswirtschaft mit seiner so intensiven Exportabhängigkeit aus der europäischen wirtschaftlichen Einigung verhängnisvolle Folgen für die Dauerarbeitsplätze in unserem Lande heraufbeschwört. Es ist keine Alternative, uns eine Intensivierung des Osthandels anzupreisen, solange dieser Handel praktisch in der Form von Tauschgeschäften vor sich geht, also genau so viel eingekauft wird, als wir an Waren aus diesen Ländern beziehen. Dann müßten auch Waren angeboten werden, die unsere Konsumenten kaufen - denn bei uns gibt es keinen gelenkten Geschmack und keinen gelenkten Verbrauch!

Ebenso klar möchte ich aber aussprechen, daß das Mißtrauen eines Unterzeichners unseres Staatsvertrages gegen einen Vertragsabschluß Österreichs mit der EWG zerstreut

werden muß, indem wir immer wieder klarstellen, daß es sich für uns natürlich nur um einen Wirtschaftsvertrag handelt. Dieses Mißtrauen aber noch dadurch zu vergrößern, daß die Argumente gegen uns von dem sozialistischen Regierungspartner taxfrei ins fremde Haus geliefert werden, heiße ich zutiefst gegen die Interessen des österreichischen Staates gehandelt! (Beifall.)

Nicht treiben lassen und warten auf das, was uns von den anderen Verhandlungspartnern in der EWG geboten wird, kann - besonders jetzt, nachdem die Mitglieder der EFTA in klarer Erkenntnis der schwierigen österreichischen Lage uns freie Hand gegeben haben - unsere Haltung in dieser Frage sein, sondern kraftvolle Initiative und ununterbrochenes Knüpfen von Fäden mit den einzelnen Mitgliedern der EWG ist das Gebot der Stunde für uns.

Hier möchte ich anschließen an das, was früher der Herr Staatssekretär Steiner gesagt hat. Ich meine, daß es möglich sein muß das Problem Südtirol aus unseren wirtschaftlichen Gesprächen mit Italien, das einer der Partner in der EWG ist, auszuklammern. Außerdem wird es innerhalb der EWG, ich glaube ab 1965, auch Mehrheitsbeschlüsse geben, die wir - das halte ich für unsere Aufgabe - vorbereiten müssen.

Der Herr Bundeskanzler hat heute Vormittag mit Recht darauf verwiesen, daß die Regierungstätigkeit in den vergangenen Jahren durchaus nicht so steril war, als es in der Öffentlichkeit oft dargestellt wird. In der Frage der EWG sind wir

aber nicht weitergekommen, weil das Spiel zwischen Zustimmung und gummiwandartigem Ausweichen durch die Sozialisten innerhalb der Regierung echte Aktionen immer wieder verhindert hat. Als Erfolg der Nationalratswahl vom 18. November 1962 haben wir die ressortmäßige Verantwortung für die Integrationsverhandlungen übernommen; unser Handelsminister Dr. Bock ist nun der führende Mann in diesem Geschehen von österreichischer Seite her.

Wir müssen jetzt der Öffentlichkeit beweisen, daß unsere Wahlparolen ernst gemeint waren und zielbewußt verwirklicht werden. Wiederholen Sie, Hoher Bundesparteitag, diesen Auftrag an unsere Parteiführung heute in Klagenfurt!

Eines aber ist gewiß: Nur eine starke ÖVP bietet die Sicherheit, daß unser Österreich in das größere Europa eingebaut wird und nicht ein Spielball der Interessen am Rande des Kontinents bleibt! (Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat H a r t l: Nächster Redner ist Herr Ing. Bodner.

Ing. Friedrich B o d n e r (Steiermark): Liebe Parteifreunde! Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sondern auch ein Zustand. Wir haben heute schon aus den Tageszeitungen erfahren, daß dieser Zustand bei uns auch innerparteilich eingetreten ist. Wir werden also, wie wir hier versammelt sind, der österreichischen Öffentlichkeit Zeugnis vom demokratischen Innenleben unserer österreichischen Volkspartei geben.

Gestatten Sie mir, daß ich im Namen des "Fußvolkes" und des kleinen Funktionärs, der in einer kleinen Stadt arbeitet, hier einige Gedanken ausführe.

Herr Bundeskanzler Gorbach hat erfreulicherweise darauf hingewiesen, daß die Österreichische Volkspartei auch weiterhin ihre staatstragende Aufgabe in diesem Land erfüllen muß. Ich möchte dazu vom Standpunkt unserer Wähler und vor allem der jungen Menschen folgendes sagen: Wenn die Sozialisten heute erklären, daß die FPÖ auch eine demokratische Partei

ist, dann machen wir halt eine Regierung mit Vertretern der ÖVP, der SPÖ und der FPÖ. Wenn aber die FPÖ demokratisch geworden ist, so heißt das doch nicht, daß die ÖVP dann nicht mehr die Demokratie gepachtet hat.

Ich bitte daher in diesem Sinne die Delegierten und vor allem die neue Bundesparteileitung, verfassungsmäßige Schritte zu unternehmen, damit die Bundesverfassung so abgeändert wird - wie dies in den Landesverfassungen vorgesehen ist -, daß jede Partei, die dem Nationalrat angehört, gemäß ihrer Mandatszahl in der Regierung vertreten ist. Es soll dann diesen Parteien selbst überlassen sein, in die Regierung einzutreten oder freiwillig darauf zu verzichten.

Wenn wir als Österreichische Volkspartei dem ganzen Volk und unseren politischen Gegnern diesen Spiegel vorhalten, dann müssen sie Farbe bekennen. Wir dürfen nicht sagen: Wir gehen in die Opposition und ziehen uns zurück. Wenn eine Demokratie Mängel aufweist, können sie nur beseitigt werden, wenn man für mehr Demokratie sorgt. Und wenn uns die Sozialisten bescheinigen, daß alle Parteien, die heute im österreichischen Nationalrat vertreten sind, demokratisch sind, dann sollen sie auch demokratisch durch die Verfassung in der Regierung verankert werden.

Das ist eine Bitte, die ich vor allem als junger Mensch hier aussprechen möchte. Möge sie Gehör finden, damit endlich all diesen Demokratiehütern, die uns immer voranschen, daß sie für die Demokratie einstehen, der Spiegel vor die Augen gehalten und gesagt wird: Jetzt steht zu eurem Wort

"Demokratie"! Demokratie heißt, daß alle Parteien entsprechend der Stärke, mit der sie im Parlament vertreten sind, regieren.

Ich erlaube mir, auf das historische Beispiel der österreichischen Landesregierungen hinzuweisen, wo dieser Gedanke überall Fuß gefaßt hat. Die Leistungen dieser Landesregierungen, die unserem Volk zugute gekommen sind, sind deshalb so enorm, weil dort der Gedanke der gemeinsamen Arbeit aller Parteien tatsächlich verwirklicht wurde.

Eine zweite Frage, die der Herr Bundeskanzler hier ganz offen behandelt hat, betrifft die Einheit der Partei. Liebe Freunde! Die Jugend wünscht diese Einheit. Und weil heute viele junge Menschen und vor allem auch das "Fußvolk" unserer Partei spürt, daß soviel auf dem Spiel steht, gerade deshalb müssen wir morgen bei der Ausübung unseres demokratischen Wahlrechtes darauf Bedacht nehmen.

Ich möchte hier noch einige Gedanken vorbringen. Vizekanzler Dr. Pittermann und Zentralsekretär Probst haben erklärt, unser verehrter Generalsekretär Dr. Withalm und auch der ehemalige Finanzminister Dr. Klaus seien eigentlich, genau besehen, die wirklichen Extremisten in der ÖVP, und an ihnen scheiterte die Zusammenarbeit. Meine Damen und Herren! Diese Feststellung erfordert hier eine klare Antwort. (Beifall.) Das verlangen unsere Wähler, das verlangen wir als junge Menschen. Wer von Ihnen morgen hier seine Stimme abgibt im Sinne der Behauptungen des Vizekanzlers Dr. Pittermann und des Ministers Probst, besorgt nicht die Geschäfte der

Österreichischen Volkspartei, sondern die der Sozialistischen Partei. (Beifall.)

Ein letztes Wort zur Einheit unserer Partei. Wir müssen uns in den Bundesländern und mit Wien finden. Ich weiß, daß auch Wien seine hervorragendsten Kräfte bei diesem Parteitag an die Spitze stellen will. Dazu möchte ich sagen: Gebt diese hervorragenden Kräfte, die ihr in Wien habt, dem Herzen Österreichs, eurem Wien selbst! Wien braucht diese besten Köpfe. Und wir in den Bundesländern arbeiten mit. (Beifall.) Dieser Gedanke wurde mir von unsühligem Parteifreunden aus dem Volk immer wieder gesagt, und ich wurde gebeten, ihn hier vorzutragen. Damit haben wir auch schon die Lösung für eine der wichtigsten Fragen unseres Bundesparteitages.

In diesem Sinn ein herzliches Glückauf! für die neue Bundesparteileitung. (Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat H a r t l : Nächster Redner ist Herr Dr. Habl, Wien.

Landtagsabgeordneter Dr. Ferdinand H a b l (Wien): Hoher Bundesparteitag! Wir haben heute eine Reihe interessanter Diskussionsbeiträge zum politischen Tätigkeitsbericht gehört, und es scheint mir zweckmäßig zu sein, auch zum organisatorischen Tätigkeitsbericht, und hier wieder zu einem ganz bestimmten Kapitel, einige Worte zu sagen.

Der organisatorische Bericht hat den Zeitraum bis zum heutigen Tag erfaßt, und daher fiel auch die Vorbereitung des Bundesparteitages in diesen Zeitraum. Viele Redner haben

1720 5

schon betont, daß gerade auf diesen Bundesparteitag viele Augen gerichtet sind. Aber man wird nicht nur beachten und beobachten, was auf diesem Bundesparteitag geschieht, sondern sicherlich auch, wie es geschieht.

Nun haben wir, wie immer auf den Parteitagen, auch über Anträge zu entscheiden. Leider mußten wir feststellen, daß die Unterlagen uns Delegierten, die wir zu beschließen haben werden, nicht zugestellt wurden. (Beifall.) Wir mußten sie sozusagen erst kaufen. Bei einem Kauf ist es doch auch so, daß man gerne wissen möchte, was man kauft. Die meisten Delegierten waren der Meinung, sie kaufen die vollständigen Unterlagen für diesen Bundesparteitag. Die Unterlagen waren aber bedauerlicherweise nicht vollständig, denn es fehlten darin die Anträge. Nun verlangt man aber von uns Delegierten, daß wir entweder ja oder nein zu irgendeinem Antrag sagen. Wir müssen also dann ja oder nein sagen zu einer Frage, die wir nicht einmal noch genau kennen. Erst aus der Diskussion hörten wir zum Beispiel, daß es einen Antrag gibt in der Österreich so berührenden Südtirol-Frage. Aber bisher haben wir leider keine Gelegenheit gehabt, den Antrag tatsächlich zu studieren. Wir hörten auch von Statutenänderungen. Das ist etwas ganz besonders Schwieriges, das bedarf doch eines besonders gründlichen Studiums.

Wenn man Unterlagen erst beim Betreten des Saales bekommt, ist es immer eine kritische Angelegenheit. Macht man es gewissenhaft, dann hört man den Rednern nicht zu, was unhöflich ist. Wenn man aber andererseits "alser ungeschauter" ja oder nein sagt, so nimmt man eine Verantwortung auf sich, die man dann draußen vertreten muß und für die man allenfalls zur Rechenschaft gezogen wird.

Dann ist es natürlich sehr schwierig, Rede und Antwort zu stehen.

Man sagt allerdings immer: Es sind ja noch keine Entscheidungen gefallen, die Delegierten haben zu entscheiden. Meine verehrten Damen und Herren! Man muß sich diesen Satz nur geschrieben vorstellen, um herauszulesen, wie leicht man ihn interpretieren kann. Die Optimisten stellen sich vor, wenn es heißt "Die Delegierten haben zu entscheiden": Die Delegierten, und niemand anderer. Das denkt der Optimist dazu. Andere aber sprechen den Satz so aus: Die Delegierten haben eben zu entscheiden, und denken dazu: was andere vorgekaut haben. Die Formel "Man läßt auf einem Parteitag etwas beschließen" ist etwas Undemokratisches, und sie führt in ihrer Entwicklung zu dem, was wir die "Demokratur" nennen. Die Verantwortung wird auf einen Personenkreis verlegt, der erst auf dem Parteitag bestätigt werden mußte.

Die Geschäftsordnung haben wir gleichfalls beschließen müssen, ohne sie vorher genau studieren zu können. Das ist natürlich etwas Ungutes, und man liefert damit nur jenen Leuten Argumente, die nicht gerade als Freunde der Demokratie anzusprechen sind, die da sagen: Wenn ohnedies nur ein kleiner Kreis von Personen zu entscheiden hat, wozu braucht man dann so viele? Auf diese Art und Weise entsteht hier wie auch sonst im öffentlichen Leben nur Unbehagen, weil man auch den Parlamentariern immer wieder vorwirft, daß sie bereits besprochene und beratene Gesetze einfach nur noch zu beschließen haben.

Wenn wir also echte Demokraten sind, dann müssen wir mit der Demokratie in unserer Partei beginnen. (Beifall.) Wir sollen

keine Angst vor der Demokratie haben. Demokratie heißt ja, das ist wiederholt betont worden, Diskussion, und man kann sich vorstellen, daß manche Entscheidung vielleicht anders ausgefallen wäre, wäre sie vorher gründlich beraten und vielleicht von einem größeren Forum beschlossen worden.

Für den heutigen Parteitag bleibt ja nicht mehr viel anderes übrig als diese kritischen Worte, aber für die Zukunft wollen wir schon darum bitten, daß man soviel Vertrauen zu den Delegierten hat, daß man ihnen die Unterlagen, wie dies bei den früheren Parteitagen der Fall war, rechtzeitig zustellt, denn man darf von der Demokratie in der Partei nicht nur reden, sondern muß sie auch üben. (Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat Hartl: Als nächster Redner kommt Herr Bundesrat Hofmann-Wellenhof zum Wort. Ich darf bitten, sich kurz zu fassen, denn wir müssen um 18 Uhr 30 den Saal räumen.

Bundesrat Otto Hofmann-Wellenhof (Steiermark): Hoher Bundesparteitag! Der Herr Vorsitzende nimmt mir einen Effekt vorweg, denn ich wollte mich Ihres Wohlwollens dadurch versichern, daß ich angekündigt hätte, nicht länger als fünf Minuten zu sprechen, und zwar nur über ein Thema, über das skandalöse Vorgehen des Innenministers gegen den Österreichischen Kameradschaftsbund. Ich bitte ganz kurz um Ihre Aufmerksamkeit.

Die Bundesräte Bürkle und Genossen - wie das im amtlichen Jargon heißt -, zu denen auch ich zähle, haben in einer parlamentarischen Anfrage im Juli dieses Jahres, betreffend einen Erlaß des Bundesministers für Inneres, der die Teilnahme von

ehemaligen Offizieren der Deutschen Wehrmacht, soweit sie aus dem Ausland kommen, an in Österreich stattfindenden Soldatentreffen - Kameradschaftstreffen und dergleichen - untersagt, an den Bundesminister für Inneres die Anfragen gerichtet:

1. Auf welche gesetzliche Bestimmung stützt sich dieser Erlaß?

2. Welche Gründe waren für die Herausgabe dieses Erlasses maßgebend?

Am 12. September traf die Antwort des Herrn Innenministers ein. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für diese Antwort. Sie lautet:

"Gemäß § 6 des Versammlungsgesetzes 1953 sind Versammlungen, deren Zweck dem Strafgesetz zuwiderläuft oder deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährdet, von der Behörde zu untersagen." (Pfeifrufe.) Es ist eine unerhörte Provokation, wenn es heißt, daß die Treffen des Österreichischen Kameradschaftsbundes dem Strafgesetz zuwiderlaufen! Wir haben also die Wahl, anzunehmen, daß es sich entweder um eine Provokation oder um eine außerordentliche Dummheit handelt, wobei ich gleich anfügen will, daß jeder, der die österreichische Zeitgeschichte auch nur einigermaßen kennt, zugeben muß, daß Dummheit gewiß kein Ausschließungsgrund ist, um österreichischer Innenminister zu werden. (Bravorufe und Beifall.)

Aber für Olah kann das wohl nicht geltend gemacht werden. Es muß sich also wohl um eine Provokation handeln, eine besonders heimtückische, die unter dem Vorwand, für Frieden und Ordnung zu sein, in Wirklichkeit Unfrieden stiftet. Es möge ~~odh~~ immer wieder von uns gesagt werden, daß nicht nur der Kameradschaftsbund,

sondern wir als die gesamte Österreichische Volkspartei sehr wohl auf dem Boden einer Tradition stehen, die ja nicht am 12. November 1918 beginnt. Wir sind bestimmt keine Untermieter der Kapuzinergruft (Heiterkeit), aber wir lehnen es ab, daß das österreichische Volkslied jenes ist, das damals am 12. November 1918 und späterhin geprägt wurde: "Wer wird denn die Straßen auskehren, ja, die vornehmen Herrn mit den goldenen Stern', die werden die Straßen auskehren."

Auf diesem Grund wird kein österreichischer Patriotismus gebaut werden können, und darum müssen wir als Partei dieses unerhörte Vorgehen des Herrn Innenministers auf das schärfste zurückweisen. Eine große Partei kann sich so etwas nicht gefallen lassen! (Beifall.)

Wenn wir uns das bieten lassen, so mögen wir wohl eine Partei mit zahlreichen Wählern sein, eine große Partei, meine sehr Verehrten, sind wir dann nicht! Es wird ein Volk nur dann eine Zukunft haben, wenn es auch zu seiner Vergangenheit sich bekennt, und die Bewältigung jener Vergangenheit wird auch die Bewältigung der Zukunft sicherstellen. Aber ich glaube, ich bin schon an meinem selbstgewählten Limit angelangt. Ich bitte nur noch für einen Gedanken um Ihre Aufmerksamkeit.

Es erweist sich wieder einmal als äußerst gefährlich, daß man gerade jenen Mann, dem das Unruhestiften so sehr im Blut liegt wie Olah in seiner vorministeriellen Zeit - denken Sie doch an den Streik der Exekutive -, nun in dieses hohe Amt hinaufgebracht hat, oder, mit einer anderen ganz handlichen Formel, mit der ich schließen möchte: "Es ist dem Wohle des Staates nicht zuträglich, wenn man den Brandstifter zum Feuerwehrhauptmann macht." Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat Hartl : Der nächste ist Ing. Andergassen. Nach ihm Landtagsabgeordneter Baurecht.

Ing. A. Andergassen : Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Als Beauftragter der Österreichischen Jugendbewegung darf ich zum organisatorischen und politischen Rechenschaftsbericht Stellung nehmen.

Ich möchte vor allem Ihnen, Herr Kanzler, für die großen Worte danken, die Sie zu dem Verhältnis zwischen der älteren und der jüngeren Generation gefunden haben. Sie haben vergessen, Herr Kanzler, zu berichten, daß Sie eine Partei übernommen haben, in der das Verhältnis zwischen der jungen Generation in dieser Partei und den Männern, die im politischen Leben stehen, noch nicht vorhanden war. Sie erinnern sich, daß sich die früheren Bundesparteitage mühsam über dieses Thema hinweggequält haben.

Wir können mit Freude und Genugtuung feststellen, daß wir unter Ihrer Führung wohl hart diskutiert haben, daß wir uns gestritten haben, aber daß wir den richtigen politischen Weg gefunden haben, und zwar deshalb, Herr Kanzler, weil Sie der Jugend eine echte politische Aufgabe gegeben haben.

Wir haben in dieser letzten Zeit den Weg gefunden, mit der Jugend in den Jugendparlamenten zu diskutieren, und Sie haben die Abgeordneten beauftragt, in diesen Jugendparlamenten mit der Jugend zu diskutieren. Wir glauben, daß nur dann das richtige Verhältnis zwischen der Jugend und der Partei zustandekommt, wenn eine echte politische Diskussion Platz greift.

Und so können wir Ihnen dafür danken und möchten von uns aus sagen: Herr Bundeskanzler, Sie übergeben auch eine Partei, die das richtige Verhältnis zur Jugend gefunden hat; Sie übergeben eine Partei, die, wenn sie diesen Weg weitergeht, eine junge, kräftige und aufwärtsstrebende Partei sein wird. Dafür unseren aufrichtigen Dank! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat H a r t l: Als nächster kommt Landtagsabgeordneter Baurecht zum Wort.

Ich übergebe jetzt den Vorsitz an den Herrn Landesparteiobmann Dr. Klaus. (Beifall.)

Landtagsabgeordneter Karl B a u r e c h t (Spittal, Kärnten): Hoher Parteitag! In ergreifender Weise, vom Höhepunkt des reifen Mannes hat unser Bundeskanzler rückschauend seinen Abschied bewußt mit einer ernststen Mahnung verbunden: echte menschliche Kameradschaft! keine Zwietracht! den Rücken frei! die Front zum politischen Gegner!

Und nun stehen wir hier, wie er damals und viele unter Ihnen, die wie ich Not, Bitterkeit und Bedrängnis fünfjähriger Frontzeit und ebensolanger Gefangenschaft hinter sich haben, bereit, uns voll und ganz in den Dienst unserer Partei zu stellen

Und die Sorge des Herrn Bundeskanzlers um die starke Einheit dieser Partei teilen wir im gleichen Maße und sind bereit, für diese Einheit auch echt einzustehen.

Die Ergebnisse der letzten Zeit aber, besonders im Zusammenhang mit den personellen Fragen des Bundesparteitages, haben selbst einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, wie weit unter Umständen eine gewisse Zweckentfremdung von Bünden und Organisationen und einzelnen Persönlichkeiten führen kann - ein zweckentfremdender Einfluß, der die Partei nicht nur nach außen zu diffamieren vermag, sondern das gerade in der heftigen Zeit so notwendige Primat der Partei systematisch unterhöhlen könnte.

Der eigentliche Ursprungszweck unserer Bünde und der bündischen Gliederung sonstiger Organisationen könnte so leicht zum Tummelplatz für Eigenbrötelei und kleinlichem Machtstreben werden. Indiskretionen, wie sie nicht sein sollten, werden in die neutrale und gegnerische Presse lanciert, abgesehen von vielen anderen Dingen und Ereignissen in der letzten Zeit.

Politische Mandatare haben großspurige Erklärungen abgegeben, Erklärungen, die in der Öffentlichkeit als Parteimeinung galten, mit dieser aber überhaupt nichts zu tun hatten.

War das etwa die Absicht jener Großen unserer Partei, meine Damen und Herren, als diese gemeinsam ein Ziel im Auge über die Organisationen der Bünde alle Interessengruppen gleichermaßen gerecht zu erfassen suchten?!

Denn weder der Grundgedanke - und ich glaube, wir dürften das heute nach so langer Zeit feststellen -, weder der Grundgedanke der Gründung der Bünde als Interessenvertretungen

und der damit verbundenen fachlichen Beratungs- und Einflußmöglichkeit auf die Gesamtrichtung der Partei war falsch, noch etwa unsere Statuten, die wirklich eine weite Abstimmung auf weitestgehender demokratischer Basis unter Berücksichtigung aller Belange und aller Interessengruppen gewährleisten, noch auch die Finanzhoheit der Bünde ist die Quelle des Übels, sondern ich glaube im wesentlichen die Heranzüchtung einer bewußt weitgehend bündisch ausgerichteten Führungsgarnitur, einer Gruppenbildung, die von vornherein gefördert wird durch die falsche Auswahlmethodik der Kandidaten durch die Bünde.

"Ein Mandatar wird von seinem Bund gewählt, auf diesen Platz gestellt und hat diesen Punkt zu vertreten, notfalls zu verteidigen und dies in erster Linie und a priori zu tun." Er ist somit sehr oft von vornherein in eine gewisse psychologische Verteidigungsstellung gedrängt. Legt sich wirklich bei der Auswahl der Kandidaten jede bündische Organisation gleichermaßen in erster Linie die Frage vor, ob der Kandidat die Fähigkeiten, die Toleranz, die Einsicht und das echte Bemühen mitbringt, ein wirklicher Streiter dieser Gesamtpartei im Sinne einer allgemein gültigen Lösung zu sein?

Dazu kommt noch die bekannt starke Verankerung ^{vieler} unserer Mandatare in den beruflichen Interessenvertretungen. Neben vielen Vorteilen solcher Personalunion weist diese Tatsache natürlich ebensolche Nachteile auf, Nachteile im Sinne einer echten Gesamtkonzeption, im Sinne der Einigkeit des Wollens der Partei, durch die Gebundenheit der Beschlüsse in den Berufsvertretungen.

Im Auftrag dieser Bünde werden ja bekanntlich Konzepte erstellt, es wird das zuständige Fachgebiet gehütet, im Auftrag

dieser Bünde werden zu Gesetzesvorschlägen sehr einseitige Beschlüsse und Anträge eingebracht, im Auftrag dieser Bünde werden Maßnahmen gesetzt, Erklärungen abgegeben - im Auftrag der Bünde ja!, aber im Namen der Partei, im Namen der ÖVP.

Die gesamte Verantwortung fällt immer wieder nur auf den Namen der gesamten Partei. Hat deshalb, meine Damen und Herren, diese Partei nicht das Recht, wenn sie ihren guten Namen hergibt, resultierend aus dieser Gesamtverantwortung vor der Öffentlichkeit, auch den Anspruch auf das grundsätzliche Primat? Wollen wir es weiter zulassen, daß diese Partei für viele noch weiterhin nur eine Art Mantel "Mater gloriosa" je nach Bedarf bleibt?

Nun ist ja sicherlich die Betreuung einzelner Interessengruppen oder bestimmter Lebensbereiche kein Novum innerhalb der ^{übrigen} ~~üblichen~~ Parteien. Wir müssen jedoch trachten, daß die Gesamtkonzeption der klaren Generalrichtung der Partei nicht zu einem Konglomerat bündisch zusammengestutzter Konzessionen wird.

Wir haben es bei unserem Hauptgegner, der SPÖ, mit einem klar ausgerichteten Wollen zu tun. Konzessionen irgendwelcher Art Minoritäten gegenüber sind rein taktische Schachzüge und verletzen niemals ihr Gesamtkonzept im wesentlichen. Unstimmigkeiten unserer Gegner beruhen oft auf persönlichen verschiedenen Ambitionen und wurzeln kaum so sehr in Dingen, die auf einer verschiedenen Geisteshaltung oder grundsätzlich anderer Einstellung zu Sachgebieten beruhen. Ob es uns paßt oder nicht, einem in entscheidenden Dingen geeinten Gegner gegenüber zu stehen, ob dieser Zustand für uns als ÖVP erstrebenswert ist

oder nicht - Tatsache ist, daß wir es immer wieder im wesentlichen mit einem solchen Gegner zu tun haben werden.

Was können wir also tun, um das Primat der Partei voll herzustellen, wenn wir von der Notwendigkeit dieser Forderung - wie heute schon mehrmals betont wurde - überzeugt sind?

1. Organisatorisch muß oberstes Forum aller Beschlüsse einschließlich der Kandidatenaufstellungen in Bund, Land und Gemeinde das zuständige Parteiforum sein. (Beifall.) Die Statuten geben bereits jetzt die Gewähr, daß kraft der relativen Zusammensetzung in diesen Institutionen allen Belangen hinreichend Rechnung getragen wird. Die echte Persönlichkeit wird sich im Kreise aller leichter durchsetzen, die Niete leichter verschwinden.

2. Erziehung zum Parteifunktionär! Der beste Bundfunktionär ist gerade gut genug, um als Parteifunktionär in den Vordergrund geschoben zu werden (Beifall) -, und nicht irgendeinem dieses Amt aufhängen, bloß weil es kein anderer nimmt. Damit verbunden darf es keine Zufallswahl für irgendeine entscheidende Parteifunktion geben. Dann lieber provisorische Besetzungen. Der Landespartei Vorstand muß sich im klaren sein, wie in seinem Lande in der heutigen Zeit seine Bezirksobmänner beschaffen sein müssen, der Bezirksparteiobmann muß ein Leben lang auf der Suche nach den besten Ortsparteiobmännern sein.

Das geht nicht ohne klare Zielsetzung, das geht auch nicht ohne Steuerung und das geht vor allen Dingen nicht ohne Schulung.

3. Kein Bund hat für die Öffentlichkeit Erklärungen abzugeben, die nicht mit der Parteiführung der betreffenden Institution abgestimmt sind. (Beifall.) Wenn wir die schwachen Punkte in unseren Reihen durch echte Männer ersetzt haben, wird ja ohnedies jede Indiskretion von selbst aufhören.

4. Kein Bund hat irgendwelche Positionen auf ewige Zeiten für sich gepachtet.

Nicht die Änderung der Statuten, meine Damen und Herren, nicht die Änderung der Finanzhoheit kann uns helfen, sondern einzig und allein die richtige Auswahl der Menschen nach einem bestimmten Ziel. Wir sollten uns bemühen, eine echte Phalanx wirklicher Parteifunktionäre heranzusiehen. Schauen wir dabei nicht hilflos allein nach unserer obersten Spitze, sondern beginnen wir dort fortzufahren, wo sich die Entwicklung in diesem echten Sinne schon angebahnt hat: in den Gemeinden, in unseren Ortsgruppen, in unseren Bezirken.

Mag das Schiller-Wort "Doch der Segen kommt von oben" in vielen seine Richtigkeit haben: in diesem Fall müssen wir aber von unten her aufrollen. Denn wer immer auch in unserer Bundesparteileitung sitzen mag: stark, meine Damen und Herren, wird er nur sein, wenn er weiß, daß in ganz Österreich statt bündischer Eigenbestrebungen eine geschlossene Partei steht, die in Disziplin und Treue auch zu dieser Führung hält.
(Beifall.)

1750 2

Vorsitzender Bundesminister a.D. Dr. Klaus :

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Baurecht.

Bevor Bundesrat Dr. Goess zum Wort kommt, darf ich darauf aufmerksam machen, daß wir heute um halb sieben schließen müssen. Wir wollen aber noch nach der Diskussion, für die noch vier Redner gemeldet sind, die Tagesordnungspunkte 10, 11 und 12, die an sich kurz sein werden, erledigen, um eine richtige Zäsur für die Arbeit des heutigen Tages zu erreichen. Ich bitte die künftigen Redner, sich kurz, zumindest aber innerhalb der Redezeit von zehn Minuten zu halten.

Ich bitte nun Herrn Bundesrat Dr. Goess, das Wort zu ergreifen.

Bundesrat Dr. Leopold Goess (Kärnten): Hoher Bundesparteitag! Ich glaube, wir alle freuen uns darüber, daß dieses Forum heute ein Forum echter Diskussion ist. Wir wissen aber auch, daß wir, die Delegierten, damit die Verantwortung übernehmen, daß hier über alle Fragen gesprochen wird, auf die die Öffentlichkeit von uns mit Recht eine Antwort erwartet.

Zu diesen Fragen gehört sicher auch diese: Wie stellt ihr euch eigentlich die politische Willensbildung unter den Parteien in Zukunft vor, wenn die bisherigen Formen - wie dies in den beiden Berichten angeklungen hat - nicht mehr ganz funktionieren? In den stürmischen politischen Ereignissen dieses Frühsommers haben sich drei bemerkenswerte Fakten ergeben:

1. Die Sozialisten haben das Arbeitsübereinkommen, welches nach monatelangen mühseligen Verhandlungen endlich zustande gekommen ist, wenn schon nicht den Buchstaben nach, so zumindest dem Geiste nach gebrochen.

2. Die freie Mehrheitsbildung im Parlament ist erstmals in der Zweiten Republik praktiziert worden.

3. Die freie Mehrheitsbildung birgt gewisse Risiken in sich, wenn bereits ihre erste Anwendung gezeigt hat, daß Prinzipien des Rechtsstaates und damit Prinzipien unserer Gesellschaftsordnung schlechthin in Gefahr kommen.

Daß Zusammenarbeit unter den politischen Parteien zum Inhalt des demokratischen Systems schlechthin gehört, braucht hier, glaube ich, nicht mehr gesondert betont zu werden. Es haben auch unsere maßgebendsten Sprecher hier bereits betont, daß die Österreichische Volkspartei eine demokratische Partei ist und sich somit zur Zusammenarbeit bekennt.

Es sollte aber auch klargestellt werden, daß ein neuerlicher Bruch des Arbeitsübereinkommens durch die Sozialisten einer Aufkündigung dieses Abkommens gleichkommt, was allerdings keinesfalls bedeuten soll und bedeuten muß, daß wir uns deswegen aus der Regierung drängen lassen. Wir wissen, daß wir mit dem Wahlerfolg vom 18. November 1962 auch die Verantwortung übernommen haben, als stärkste staatstragende Partei die Regierung zu führen. Das Denken zwischen starrer Koalition auf der einen Seite und Opposition auf der anderen Seite bewegt sich auf ausgefahrenen Geleisen. Darzwischen gibt es und muß es einen breiten Raum der Möglichkeiten politischer

1750 4

Willensbildung geben, den es nur mit den eigenen Formen auszufüllen gilt, damit nicht, wie bereits begonnen, dieser Raum vom Gegner mit seinen Formen ausgefüllt wird. Ich glaube, daß die freie Mehrheitsbildung, die ja auch wir in unserem Wahlprogramm vertreten haben, der einzige echte Ausweg ist, um die politische Willensbildung zwischen den Parteien in neuen Formen und besser zu praktizieren.

Das setzt allerdings voraus - und das ist ein Hauptanliegen dieses Parteitages an die neue Führung -, daß wir mit Konzepten dauernd in der Offensive sind. Nur dann werden wir in diesen sogenannten koalitionsfreien Raum bestehen. Wir müssen klare, verwirklichtbare Konzepte haben. Wir müssen bessere Konzepte haben als der politische Gegner. Wir müssen ferner das Gewicht der öffentlichen Meinung für unser besseres politisches Wollen mobilisieren. Darin wird unsere Aufgabe liegen. Die Funktionäre, die draußen arbeiten, müssen diese öffentliche Meinung für unser Wollen gewinnen, um dieses Gewicht der öffentlichen Meinung als Schiedsrichter der politischen Willensbildung unter den Parteien zu machen, damit nicht, wie bei der ersten Praktizierung dieser sogenannten freien Mehrheitsbildung, der einzige Zweck verfolgt wird, durch Aufwertung einer kleinen Partei die andere große Regierungspartei niederzustimmen und wenn möglich in die Opposition zu treiben. Wenn wir von freier Mehrheitsbildung im Parlament reden, dürfen wir aber auch nicht die teils tatsächlich vorhandene und teils aus durchsichtigen politischen Motiven künstlich hochgespielte Angst vor der Vorherrschaft oder Alleinherrschaft einer Partei und gewisse, als historische Tatsache gegebene Ressentiments übersehen.

Wir sollten unsere echte Bereitschaft erklären, verfassungsmäßige Garantien einzubauen über die Verteilung der Verantwortung unter den politischen Parteien gemäß den jeweiligen Ergebnissen der einzelnen Nationalratswahlen. Damit könnte erstens endlich einmal dieses Gespenst der Angst beseitigt und zweitens auch viel fruchtlose Zeit vermieden werden, welche bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung vergeht und während welcher nur verwaltet und nicht echt regiert wird.

Nicht weil wir Neues um des Neuen willen wollen - das möchte ich jetzt an den Schluß setzen - und nicht aus einer leichtfertigen Lust an politischen Experiment ist diese Frage hier angeschnitten und behandelt worden, sondern weil uns die echte Sorge erfüllt, daß bei uns das demokratische System, welches sicher viele Fehler hat, aber für welches noch niemand einen besseren Ersatz gefunden hat, gewissen Abnützungerscheinungen zu unterliegen droht. Die Gefahren, die aus solchen Abnützungerscheinungen entstehen, sind den Älteren, aber auch uns Jüngeren noch sehr wohl bekannt. Daher und nur daher sind wir bereit, ein System vertrauter Versicherungen zu verlassen und ein Wagnis auf uns zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Minister a. D. Dr. Klaus : Es spricht Herr Bundesgeschäftsführer Gottfried Zach. Nach ihm Landtagsabgeordneter Bittner aus Wien.

Gottfried Zach (Österreichischer Wohlfahrtsdienst): Hohes Präsidium! Hoher Bundesparteitag! Meine lieben Parteifreunde! Als Vertreter des Österreichischen Wohlfahrtsdienstes, eines Zweckverbandes unserer Partei, und des Österreichischer Rentner- und Pensionistenbundes danke ich von ganzem Herzen für die Anerkennung, die unseren beiden Organisationen im Organisationsbericht zuteil geworden ist.

Wir haben eine sehr schwere, aber auch eine sehr schöne Aufgabe übernommen. Der Österreichische Wohlfahrtsdienst will die inmitten des schillernden Wohlstandes noch immer bestehende große Not lindern, und der Österreichische Rentner- und Pensionistenbund hat es sich zur Aufgabe gemacht, unsere alten Mitbürger zu betreuen.

Ich brauche Ihnen über die Aufgaben dieser beiden Organisationen nicht viel zu sagen. Wir haben Ihnen beim Eingang Broschüren dieser beiden Organisationen überreichen lassen, und ich glaube zuversichtlich, daß Sie diese beiden Broschüren aufmerksam studieren werden.

Auf dem Gebiet der freien Sozialbetreuung ist noch ungeheuer viel zu tun, und wir können es nicht allein tun, wir brauchen Ihre Hilfe, die Hilfe der Mandatäre, der Funktionäre und jedes Parteimitgliedes. So möchten wir an Sie den Appell richten: Helfen Sie uns! Helfen Sie mir, das noch immer so wuchernde Elend an der Wurzel zu packen und endlich auszurotten, helfen Sie mir, unseren

alten Mitbürgern eine gute Beratung und Betreuung zuteil werden zu lassen, helfen Sie mit, daß unseren alten Mitbürgern ein wirklich zufriedener und glücklicher Lebensabend gewährt werden kann.

Zum Abschluß rufe ich Ihnen zu, was an der Spitze unserer Broschüre steht. An Sie alle geht dieser Ruf, und ich bitte Sie, diesen Ruf nicht an den Ohren vorbeiplätschern zu lassen, sondern in sich aufzunehmen und nach Möglichkeit zu befolgen: Helft uns helfen! (Beifall.)

Vorsitzender Minister a. D. Dr. Klaus : Ich danke Herrn Zach, der sich vorbildlich kurz gehalten hat, und bitte nun Herrn Landtagsabgeordneten Markus Bittner aus Wien.

Landtagsabgeordneter Professor Markus Bittner (Wien): Hoher Bundesparteitag! In der Diskussion über die Referate, die wir gehört haben, ist heute wiederholt auch von Föderalismus gesprochen worden. Ich möchte daran erinnern, daß Wien auch ein Bundesland ist; wenn es auch dem Alphabet nach an letzter Stelle steht, steht es doch nicht in seiner Bedeutung als Wählerreservoir der ÖVP an der letzten Stelle.

Darf ich Ihnen sagen, daß die Wiener bei den letzten Nationalratswahlen immerhin 391.985 Stimmen für die Österreichische Volkspartei abgegeben haben. Das entspricht den ÖVP-Wählerstimmen von vier österreichischen Bundesländern! (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es ist also nicht ganz egal, welche Politik auch auf höchster Ebene gegenüber dem Bundesland Wien gemacht wird. Im übrigen sei daran erinnert, daß Wien nur deshalb auch ein Bundesland ist, weil dem Willen der Föderalisten des

Jahres 1922 entsprochen worden ist. Nur deshalb wurde Wien damals zu einem eigenen Bundesland gemacht.

Man möge also die Wiener nicht abschreiben, sondern gerade in Wien jene Chancen sehen, die die Partei noch besitzt, um jene Mehrheit zu erhalten, die sie vielleicht notwendig hat, um ihr Konzept in allen Punkten durchführen zu können. (Beifall.)

Man hat uns hier verschiedene Ratschläge gegeben. Meine Damen und Herren! Ich überlasse es dem Forum, zu beurteilen, ob es sehr geschmackvoll ist, wenn man gerade dem größten Bundesland Ratschläge gibt. Ich glaube, daß wir, wie die eben genannten Zahlen beweisen, nicht gerade die Schlechtesten auf dem politischen Weg der Partei sind. (Beifall.)

Ich möchte überhaupt raten, daß in den Beziehungen zwischen Wien und den Bundesländern einmal der Wien-Komplex abgelegt wird. Wir Wiener haben keinen Bundesländer-Komplex, aber manchmal haben wir doch das Gefühl, daß es hier Komplexe anderer Richtung gibt. Es kann nicht das Problem sein: Wien oder die Bundesländer, sondern: Alle neun Bundesländer zusammen! (Beifall.)

Ich darf hier aber noch auf ein zweites Problem hinweisen, Der Herr Bundesparteiobmann hat der Kürze wegen in seinem Bericht unter den Positiva, die in diesen vergangenen drei Jahren geleistet worden sind, den Bundesjugendplan nicht extra erwähnt. Es muß aber diesem Forum in Erinnerung gebracht werden, daß damit ein sehr entscheidender Schritt im Sinne der Förderung unserer Jugend getan worden ist. Der Erfolg dieses Bundesjugendplanes geht auf die Initiative des Herrn Bundesministers Dr. Heinrich Drimmel zurück. (Beifall.) Es ist dies eine echte Initiative für die Förderung

der Jugend gewesen, und ich glaube sagen zu dürfen, daß sich diese sichtbare Jugendförderung, denn Jugendförderung mit guten Ratschlägen und Auf-die-Schulter-Klopfen gibt es in der Partei schon seit Jahrzehnten, auch auf das Wahlergebnis 1962 ausgewirkt hat.

Leider sind durch Sparmaßnahmen bis heute noch nicht alle Wünsche dieses Bundesjugendplanes erfüllt worden, und ich kann nur hoffen, daß sich die ÖVP diese Initiative, die sie durch den Herrn Bundesminister Dr. Drimmel ergriffen hat, nicht aus der Hand nehmen läßt, und ich bitte daher die neue Bundesführung der Österreichischen Volkspartei, daß sie die Initiative zur vollen Erfüllung des Bundesjugendplanes besonders für unsere Jugendorganisationen, von denen doch das Schicksal der nächsten Generation im politischen Leben abhängt, ergreift und es als eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Session betrachtet, diesen Plan voll zu erfüllen. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Minister a. D. Dr. Klaus : Der nächste ist Dkfm. Gorton aus St. Veit. Nach ihm kommt als vorläufig letzter Redner Josef Pittermann.

Dkfm. Gorton (St. Veit): Hoher Bundesparteitag! Mit großem Interesse, aber auch mit großen Erwartungen haben wir Funktionäre der Österreichischen Volkspartei und darüber hinaus alle unsere Wähler dem Ereignis des 9. Bundesparteitages entgegengesehen. Wir haben heute sozusagen als Auftakt zu diesem Ereignis den politischen Bericht unseres Herrn Bundesparteiobermannes und den organisatorischen Bericht unseres Herrn Generalsekretärs mit

großem Interesse gehört und haben bereits aus vielen Stellungnahmen der Delegierten eine Resonanz auf diese bedeutungsvollen Ausführungen unserer Spitzenmandatäre vernommen.

Ich glaube, daß in der jahrzehntelangen verdienstvollen politischen Vergangenheit unseres Bundesparteiobmannes das letztvergangene Jahr nicht nur eines der für ihn wechsellollsten und anstrengendsten, sondern auch eines der erfahrungsreichsten gewesen ist, in dem ihm der Leitsatz "Politik ist die Kunst des Möglichen" vielleicht über manche schwere Stunde hinweggeholfen hat.

Hoher Parteitag! Wenn wir heute unseren Spitzenfunktionären für ihre Arbeit und den vollen Einsatz in den letzten drei Jahren aufrichtigen Dank sagen, so sind wir uns gleichzeitig bewußt, daß gerade das Letztvergangene dieser drei Jahre in eine neue Epoche der Methodik der Staatsführung in der Zweiten Republik überzuleiten scheint, in eine Methodik, die eine größere Aktivierung des Parlamentes mit freien Mehrheitsbildungen in den Vordergrund treten läßt.

Als gute Demokraten, die sich für eine gesunde Demokratie westlicher Prägung auch reif fühlen, haben wir uns zu einer Aktivierung des Parlamentes schon vor den letzten Wahlen offen bekannt, und das schwergeborene neue Arbeitsübereinkommen sieht eine solche auch vor. Jedoch die Methodik der Vertragsbrüchigkeit des sozialistischen Regierungspartners zur Erlangung einer ihm genehmen Parlamentsmehrheit unter Umgehung des Arbeitsübereinkommens, wie es in der Kausa Habsburg der Fall war und anscheinend in anderen Fragen noch angewendet werden soll, müssen wir schärfstens ablehnen, aber, wenn diese Methodik Regel werden sollte, auch die entsprechenden Schlüsse daraus für unsere künftige Marschroute ziehen.

Es wird zweifellos zu den künftigen Aufgaben unserer Parteileitung bei den gegebenen Verhältnissen zählen müssen, in strittigen Fragen dann auch außerhalb des Arbeitsübereinkommens im Parlament von uns akzentuierte Entscheidungen mehrheitlich anzustreben, wenn der von uns schon bis an den Rand der Selbstverleugnung gezeigte Wille zur Zusammenarbeit bei den Sozialisten ein solches Echo findet, wie in den letztvergangenen Monaten seit der Bundespräsidentenwahl!

Wer hat hier etwa nicht den aufrichtigen Willen zu einer loyalen Zusammenarbeit, wenn z.B. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen einerseits wirklich versuchen, in Gesprächen

Wege zu einer Stabilisierung des Preis- und Kostengefüges aufzuzeigen, andererseits der sozialistische Parteiobermann und Vizekanzler Pittermann selbst unter Brückierung des Herrn Bundespräsidenten vor dem Pavillon der Handelskammer auf der Wiener Messe ostentativ mit dem Ausspruch kehrt macht: "Dies ist das Haus des Feindes Nr. 1!" Oder hat die Volkspartei es sich je herausgenommen, vor einem anstehenden Führungswechsel in sozialistischen Organisationen die präsumptiven Kandidaten von vornherein als für eine Zusammenarbeit schwer oder gar untragbar zu zeichnen, wie dies von maßgebenden Sozialisten in den letzten Wochen in unglaublichster Weise geschehen ist? Soll diese Diskriminierung unserer besten Kandidaten durch die Sozialisten vielleicht gar ein Fingerzeig dafür sein, daß man nach einer totalen sozialistischen Machtergreifung daran dächte, eine in die Opposition gedrängte Volkspartei wegen nicht genehmer Führung nach dem Vereinsgesetz durch Verfügung aufzulösen, ähnlich, wie man es jetzt bei niederösterreichischen Kameradschaftsverbänden zu handhaben versuchte?

Hoher Parteitag! Ich glaube, daß wir hier die Antwort in Klagenfurt nicht schuldig bleiben werden und der Herr Dr. Pittermann kann in einer Hinsicht sicherlich beruhigt werden, wenn er sich nach dem Parteitag hier in Klagenfurt für die nächste Zeit als Verhandlungspartner eine starke und entscheidungsbefugte Spitze der Volkspartei wünscht; die wollen und werden wir ihm geben. (Lebhafter Beifall.)

Es soll dies nach unserem Wunsche eine Parteispitze sein, die wie kaum je zuvor von einer Welle des Vertrauens von über

zwei Millionen unserer vorjährigen Wähler hochgetragen wird und von der man ehrlich glaubt, daß sie in harter Arbeit auf der Basis unserer weltanschaulichen Grundsätze in Verfolgung der Politik einer sozialen Marktwirtschaft uns den bisher erlangenen Wohlstand sichern und weiter vermehren kann, Ziele, für die uns die Namen Klaus und Withalm als die besten Garanten erscheinen (lebhafter Beifall), als die besten Garanten für das Wohl unserer Partei und unseres Vaterlandes Österreich in einem größeren Europa! (Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister a. D. Dr. Klaus:

Ich danke dem Redner und bitte als letzten Redner in der gegenwärtigen Diskussion Dr. Pittermann aus Wildon zum Wort.

Landtagsabgeordneter Dr. Josef Pittermann

(Wildon - Steiermark): Hoher Bundesparteitag! Der letzte Bundesparteitag hat einen Steirer zum Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei erkoren; heute hat dieser Bundesparteiobmann nach einem imposanten Leistungsbericht seinen Entschluß bekanntgegeben, als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei zurückzutreten. Hoher Bundesparteitag! Als steirischer Abgeordneter, als Hauptbezirksparteiobmann eines großen Wählerbezirkes und im Namen aller Steirer danke ich dir, verehrter Herr Bundeskanzler, für deinen uns aufgezeigten Leistungsbericht. Ich danke dir für deine Arbeit für Heimat und für Österreich und ich danke dir vor allem für die Art und Weise, in der du in einfacher, schlichter und männlicher Aufrichtigkeit und menschlicher Größe diesen deinen Entschluß, die Österreichische Volkspartei nicht mehr weiter zu führen, uns bekanntgegeben

1 1814

hast. (Beifall.) Ich glaube nicht nur im Sinne der Steirer, sondern des gesamten Bundesparteitages zu sprechen, wenn ich dir, verehrter Herr Bundeskanzler, für die noch zu bewältigenden Aufgaben vollen Erfolg wünsche. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister a. D. Dr. Klaus:

Herr Bundeskanzler! Diesem Dank des steirischen Landmannes schloß sich einmütig der gesamte Bundesparteitag an.

Wir beenden hiemit die Diskussion über die Berichte des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs und beenden damit auch den Tagesordnungspunkt 9.

Wir kommen zum Punkt 10 der Tagesordnung:

Bericht der Finanzprüfer.

Ich erteile das Wort dem Herrn Vizepräsidenten Josef Otto Krammer.

Berichterstatter Vizepräsident Josef Otto Krammer:

Hoher Bundesparteitag! Sehr verehrte Damen, sehr verehrte Herren! Ich spreche zu Ihnen als Vorsitzender der vom letzten Bundesparteitag gewählten Finanzprüfer, und es ist mir eine Freude, Ihnen berichten zu können.

Wir haben die Gebarung der bisherigen Bundesparteileitung fallweise auf Grund der vorgelegenen ordnungsgemäß aufgelegten Belege streng objektiv geprüft und keinen Anlaß gefunden, in irgendeiner Form Klage zu führen. Es ist mir wie gesagt eine Freude, diesen Bericht erstatten zu können und ich schließe meinen Vortrag zu Ihrer großen Freude sehr rasch mit der Empfeh-

1 1815

lung und dem Antrag: Der hohe Bundesparteitag möge der Bundesparteileitung die Entlastung erteilen. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister a. D. Klaus: Ich danke dem Herrn Vizepräsidenten für seinen Bericht. Wünscht dazu jemand das Wort? - Es ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zum Punkt 11 der Tagesordnung:

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Ich bitte den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission um seinen Bericht. Herr Bundesrat Eckert hat das Wort.

Berichterstatter Bundesrat Fritz Eckert : Hoher Bundesparteitag! Auf Grund der Überprüfung der vorgelegten Unterlagen sowie der Postaufgabebescheine hat die Mandatsprüfungskommission festgestellt, daß der 9. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei gemäß § 17 des Bundesparteiorganisationsstatutes richtig und in Ordnung einberufen wurde.

Gemäß § 18 Abs. 1 lit. a bis i, Abs. 2 lit. a bis c und Abs. 3 wurde die Zusammenstellung überprüft und festgestellt, daß 417 Delegierte mit beschließender Stimme und 134 Delegierte mit beratender Stimme zur Teilnahme am Bundesparteitag richtig einberufen wurden. Von den geladenen Delegierten sind anwesend: 373 Delegierte mit beschließender und 79 Delegierte mit beratender Stimme.

Auf Grund des Überprüfungsergebnisses wird festgestellt, daß der 9. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei statutengemäß einberufen wurde und beschlußfähig ist.

Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, diesen Bericht der Mandatsprüfungskommission genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesminister a.D. Dr. Klaus :

Ich danke für den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 12:

Beschlußfassung über den politischen, organisatorischen und den finanziellen Rechenschaftsbericht

Meine Damen und Herren! Sie haben die Berichte des Herrn Bundesparteiobermannes, des Herrn Generalsekretärs und der

Finanzprüfer gehört. Ich bringe nun diese Berichte zur Abstimmung. Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist ebenfalls nicht der Fall. Die Berichte sind somit angenommen.

Meine Damen und Herren! Damit ist das heutige Arbeitspensum erledigt. Ich danke noch einmal den Berichterstattern und den Debatterednern für ihre rege Beteiligung an den Beratungen und gebe bekannt, daß der Bundesparteitag morgen vormittag pünktlich um 9 Uhr fortgesetzt wird. Ich bitte daher die Delegierten, sich schon etwas vor 9 Uhr zu versammeln.

In dieser Halle, die auf der Einladung auch als Stadthalle bezeichnet wird, also hier in der Messehalle, findet heute um 20.30 Uhr die Kärntner Festakademie statt. Wir müssen daher schleunigst diesen Saal räumen, damit die Vorbereitungen für diese Veranstaltung beginnen können. Ich bitte Sie in Ihrem eigenen Interesse: Lassen Sie keine Mappen, Papiere oder sonstige Gegenstände hier, Sie könnten Sie nicht mehr finden.

Damit ist die heutige Sitzung geschlossen. (Beifall.)

Unterbrechung der Beratungen um 18 Uhr 25 Minuten
=====

200

Wiederaufnahme der Beratungen: 9 Uhr 20 Minuten

Vorsitzender DDR, Fritz König: Meine Damen und Herren! Wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Ich darf nun die erst jetzt eingelangte Vertreterin der Konservativen Partei Großbritanniens Lady Muriel Gammans herzlich begrüßen und sie bitten, einige Begrüßungsworte zu uns zu sprechen. (Beifall.)

Lady Muriel Gammans (Konservative Partei, Großbritannien)(in Übersetzung): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es bereitet mir eine große Freude, Ihrem Bundesparteitag beizuwohnen, dies umsomehr, als ich gerade von der Sitzung der Interparlamentarischen Union in Belgrad herkomme, wo ich Gelegenheit hatte, den Standpunkt von 60 Nationen oder besser gesagt von den Abgeordneten von 60 Nationen zu hören. Die ganze Welt geht momentan durch eine Periode der Veränderung in allen Ländern auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges und alle Länder sind davon betroffen.

In meinem Lande Großbritannien hat die Konservative Partei, wie Sie wissen, drei Wahlen hintereinander gewonnen - eine ganz schöne Leistung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mehrheit des Volkes nicht mit der sozialistischen Politik einverstanden ist, wie zum Beispiel mit der Nationalisierung. (Beifall.) Daher resultiert auch unser Erfolg in den letzten 12 Jahren.

Meine Partei betrachtet sich selbst als eine nationale und eine fortschrittliche Partei, denn unsere Politik war immer

flexibel und auf die Notwendigkeiten der Zeit abgestellt.
Was immer sein wird, wir haben keine enge Doktrine.

Meine Damen und Herren! Sie werden von mir keine große Rede erwarten, aber es würde mir nur daran gelegen sein, daß Sie wissen, welche Freude es für mich ist, daß Sie mich hierher eingeladen haben, damit ich Ihnen bei Ihren Beratungen und Gedankengängen folgen kann. Noch glücklicher bin ich aber, daß ich es bin, der Ihnen die besten Wünsche meiner konservativen Kollegen in England überbringen kann. Wir hatten die Freude, in der Vergangenheit einige von Ihren Kollegen schon öfter in London zu empfangen, und ich hoffe sehr, daß sie wiederkommen werden.
(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender DDR. König: Ich danke Lady Gammans für ihre herzlichen Worte der Begrüßung. Ich darf ihr im Namen des Parteitages versichern, daß wir uns der Bedeutung der Zusammenarbeit mit den konservativen und mit den christlich-demokratischen Partei^{-en} in Europa bewußt sind. (Beifall.)

Ich erteile jetzt das Wort dem Vertreter der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Präsident Krüger.

Präsident Hans Krüger (Christlich-Demokratische Union, Deutschland) (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident!
Meine Damen und Herren: Im Namen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands darf ich mich herzlich für Ihre Einladung bedanken, der nachzukommen eine Selbstverständlichkeit war, wenn wir daran denken, in welcher enger Verbindung wir in der Vergangenheit gestanden haben. Ich habe die Ehre, neben den Grüßen der Union besonders die Grüße unseres ersten Parteivorsitzenden, des Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer (lebhafter

Beifall), des Gründers unserer Partei, und die Grüße des Geschäftsführenden Vorsitzenden, Minister a. D. Drufhues zu überbringen. (Beifall.)

Konrad Adenauer hat nach dem Zusammenbruch in der Zusammenfassung der christlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit gesehen, die zukünftige Regelung in Deutschland im Rahmen der Ideen und der Kräfte einer christlichen Weltanschauung zu gestalten. Er hat gleichzeitig in seinen politischen Richtlinien die Zusammenfassung des europäischen Kontinents in einer politischen Union gesehen. Daraus ergibt sich, daß die christlichen Parteien in unserem Kontinent besonders eng zusammenstehen müssen, denn die politische Union - mögen auch heute noch so viele Schwierigkeiten entstehen - in unserem Kontinent muß kommen, wenn dieser Kontinent leben will. Daß dann die politischen Kräfte von einer christlichen Weltanschauung geführt werden, ist, wie ich glaube, für uns alle, die wir hier in diesem Raum zusammen sind, eine Selbstverständlichkeit. (Beifall.)

Sie wissen, daß bei uns an der Spitze der Regierungsführung ein Wechsel stattfinden wird. Seien Sie überzeugt, daß die Richtlinien der politischen Auffassungen Konrad Adenauers in Bezug auf die europäische Gemeinschaft und auf das Verhältnis zwischen uns auch in Zukunft nicht geändert werden. Seien Sie gleichzeitig überzeugt, daß die Christlich-Demokratische Union bei der Regelung dieses Verhältnisses in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Ihre Wünsche immer unterstützen wird. (Beifall.)

Mögen die schweren Entscheidungen, die dieser Bundesparteitag zu treffen hat, von den Delegierten so getroffen werden, wie sie zum Wohle Ihrer Partei, zum Wohle dieses Vaterlandes Österreich, aber auch zum Wohle Europas notwendig sind. (Lebhafter Beifall.)

930 1

Vorsitzender DDR. K ö n i g : Ich danke Herrn Präsidenten Krüger für seine herzlichen Worte der Begrüßung. Gerade wir in Österreich wissen um die schwierigen Probleme, die es heute immer noch in Deutschland gibt. Wir fühlen mit Ihnen, Herr Präsident, und hoffen, daß es der neuen Führung der Christlich-Demokratischen Union gelingen möge, diese Probleme in der Zukunft zu lösen. (Bundeskanzler Dr. Gorbach betritt den Saal und wird vom Parteitag mit herzlichen, anhaltenden Beifall begrüßt. Der nach ihm kommende Altbundeskanzler Ing. Julius Raab wird gleichfalls lebhaft akklamiert.)

Wir gehen in der Tagesordnung weiter und kommen zu

Punkt 13:

Bericht der Antragsprüfungskommission

Ich bitte den Vorsitzenden der Antragsprüfungskommission um seinen Bericht.

Berichterstatler Nationalrat Karl G l a s e r :

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestern haben Sie am Beginn des Bundesparteitages unter anderem auch eine Antragsprüfungskommission bestellt, als deren Vorsitzender ich Ihnen nun einen ganz kurzen Bericht erstatten will.

Nach der Geschäftsordnung des Bundesparteitages, die ebenfalls gestern beschlossen wurde, steht der Antragsprüfungskommission lediglich das Recht zu, zu überprüfen, ob die dem Bundesparteitag vorgelegten Anträge den formellen Voraussetzungen für die Einbringung entsprechen, insbesondere ob die vorgeschriebenen Fristen eingehalten wurden. Die materielle Behandlung der Anträge ist den vorbereitenden Ausschüssen vorbehalten, wie aus dem § 7 Z. 5 unserer Geschäftsordnung hervorgeht.

Aus einem Schreiben des Politischen Ausschusses an die Antragsprüfungskommission sowie aus einem Bericht des Vertreters des Generalsekretärs, und zwar des Herrn Dr. Lang, ging hervor, daß für den 9. Bundesparteitag insgesamt 52 Anträge termingerecht eingebracht wurden. Davon stammen 5 von der Landesparteileitung Wien, 8 von der Landesparteileitung Niederösterreich, 9 von der Landesparteileitung Vorarlberg, 7 von der Landesparteileitung Kärnten, 1 von der Landesparteileitung Burgenland, 7 von der Bundesleitung der Österreichischen Frauenbewegung und 15 von der Bundesführung der Österreichischen Jugendbewegung.

Diese Anträge wurden den vorbereitenden Ausschüssen wie folgt zugewiesen: 27 dem Ausschuss für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 15 dem Politischen Ausschuss, 7 dem Statutenausschuss, 2 dem Finanzausschuss und 1 Antrag dem Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit.

Die vorbereitenden Ausschüsse haben die ihnen zugewiesenen Anträge in ihre Beratungen einbezogen und werden über den materiellen Inhalt der Anträge sowie über das, was mit ihnen geschehen soll, berichten. Der Politische Ausschuss war daher der Auffassung, daß eine Vorlage der eingelangten Anträge an den Bundesparteitag im einzelnen nicht mehr erforderlich ist.

Ich bitte Sie, diesen kurzen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, wobei ich nochmals wiederhole: In formeller Hinsicht - und nur darauf hat sich die Tätigkeit der Antragsprüfungskommission zu beschränken - haben die 52 eingebrachten Anträge die Voraussetzungen erfüllt. (Beifall.)

Vorsitzender DDR. König: Ich danke dem Obmann der Antragsprüfungskommission, Herrn Nationalrat Glaser, für seinen Bericht.

Zum Punkt 13 der Tagesordnung hat sich Herr Nationalrat Stohs aus Vorarlberg zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. (Minister a.D. Dr. Klaus betritt das Podium, um seinen Platz im Präsidium einzunehmen, und wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.)

Nationalrat Herbert Stohs (Vorarlberg): Hoher Bundesparteitag! Geschätztes Präsidium! Als Mitglied der Antragsprüfungskommission gestatte ich mir, zu dem Bericht des Vorsitzenden unserer Kommission einige Worte an den Bundesparteitag zu richten.

Schon gestern hat ein Redner seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben, daß die Delegierten in ihren Mappen die Anträge nicht vorgefunden haben. Wir müssen feststellen, daß wir auch heute diese Anträge nicht bekommen konnten, ja daß gestern in der Antragsprüfungskommission den einzelnen Mitgliedern die Anträge auch nicht zugeteilt wurden.

Es ist richtig, wie der Vorsitzende unserer Kommission berichtet hat, daß die Antragsprüfungskommission gemäß § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung nur die formellen Voraussetzungen der Anträge zu prüfen hat, nachdem sich die eingesetzten Ausschüsse bereits mit diesen 52 Anträgen befaßt haben.

Ich glaube aber, daß wir als Delegierte das Recht haben und sogar die Pflicht, uns über den Inhalt dieser Anträge zu informieren. (Beifall.) Im § 7 der Geschäftsordnung, die wir

gestern beschlossen haben, heißt es, daß die Entschlüsse der vorbereitenden Ausschüsse keine verbindliche Kraft haben; sie sind dem Bundesparteitag nur als Beratungsgrundlage vorzutragen. Daraus können wir die Schlußfolgerung ziehen, daß wir eben die Anträge, die als Grundlage für die Tätigkeit der Ausschüsse gedient haben, kennen müssen. Um urteilen zu können, hätten alle Delegierten den Wortlaut der Anträge bekommen müssen.

Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß es sich nicht um ein Mißtrauen gegenüber den einzelnen Kommission handelt, sondern wir verlangen nur das Recht für uns, diese Anträge zu bekommen.

Ich ersuche daher das geschätzte Präsidium, zu veranlassen, daß alle Anträge den Delegierten nach dem Bundesparteitag wenigstens zugeleitet werden, und zwar mit einem ausführlichen Vermerk über die Erledigung der einzelnen Anträge. Wir müssen innerhalb unserer Grenzen berichten können, welche Anträge gestellt und wie sie erledigt wurden.

Ich glaube, daß dies keine unberechtigte Forderung ist. Ich möchte bitten, daß sich das Präsidium darüber berät, ob es möglich ist, diesem Wunsche zu entsprechen. Wenn das Präsidium glaubt, diesem Wunsche nicht entsprechen zu können, so müßte ich bitten, meine Anregung gemäß § 9 der Geschäftsordnung als Dringlichkeitsantrag behandeln zu lassen. (Beifall.)

Vorsitzender DDR. König : Ich danke Herrn Nationalrat Stohs für seine Wortmeldung. Er hat darauf hingewiesen, daß den Delegierten die Anträge nicht zugangen sind, was wir auch mit Bedauern feststellen müssen. Das ist allerdings nur ein formaler Fehler, denn die Antragsprüfungskommission hat ja, wie Nationalrat Stohs ausgeführt hat, nur die Möglichkeit, die formelle Richtigkeit der Anträge zu prüfen und darüber zu befinden. Materiell werden die Anträge in den Ausschüssen behandelt, und diese Berichte werden uns heute gegeben.

Ich sehe kein Hindernis, warum diese Anträge an den Bundesparteitag nicht den Delegierten zugemittelt werden sollten. Wenn gegen diese Vorgangsweise kein Einwand erhoben wird, ist damit dem Wunsche des Herrn Nationalrat Stohs entsprechen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Bericht der Antragsprüfungskommission. Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand der Stimme? - (Dr. Habl: Zur Geschäftsordnung! Es wurde eine Geschäftsordnung beschlossen, und in dieser ist eine Stimmenenthaltung nicht vorgesehen!) Dann lasse ich positiv abstimmen. Wer ist für die Annahme des Antrages? - Mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 14:

Bericht der Ausschüsse

- a) Finanzausschuß
- b) Statutenausschuß
- c) Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit
- d) Wirtschafts- und sozialpolitischer Ausschuß
- e) Politischer Ausschuß

Der Bericht des Programmausschusses ist ein eigener Tagesordnungspunkt, der später behandelt werden wird. Ich bitte daher den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Minister Graf, um seinen Bericht des Finanzausschusses.

Berichterstatter Bundesminister a. D. Präsident Ferdinand Graf (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Wir haben noch eine sehr wichtige Tagesordnung, und ich werde mich daher kurz halten. Ich empfehle auch meinen nachfolgenden Kollegen, das zu tun. (Beifall.)

Der Finanzausschuß hat sich sehr ausführlich mit den finanziellen Fragen der Partei beschäftigt. Ich bin leider nicht in

der Lage, Ihnen namens des Finanzausschusses jenes Rezept zu unterbreiten, das die latenten Geldschwierigkeiten der Partei aus der Welt schaffen könnte. Wir sind der Meinung, daß wir nach wie vor die herkömmlichen Mittel benutzen sollten und zusätzlich neue Wege suchen müßten, neue Wege auch dann, wenn sie vorerst in der Öffentlichkeit nicht sehr populär sein mögen. Was aber in unserem Nachbarstaat Deutschland von der Bevölkerung sehr verständnisvoll aufgenommen wurde, die finanzielle Unterstützung der Parteien durch die Länder und den Bund, müßte eigentlich auch für uns in Österreich Gültigkeit haben (Beifall), und ich glaube, daß der Hinweis darauf, wie das in Deutschland gemacht wird, so manche negative Kritik an uns in eine positive Stellungnahme verwandeln könnte.

Ich darf namens des Finanzausschusses drei Anträge unterbreiten, die einstimmig genehmigt und mit den Bünden und den Landesorganisationen abgeschlossen sind.

Der Bundesparteitag wolle nachfolgendes beschließen und der Bundesparteileitung zur Durchführung übermitteln:

1. Die Bundesparteileitung hat jährlich im Einvernehmen - das "jährlich" ist der Unterschied zum "gestern" - mit den Bünden jeweils die Höhe der Mitgliedsbeitragsanteile zu beschließen, und zwar in einem fixen Betrag je Mitglied und Bund. Die Bünde und die Partei werden dann in einem Sonderübereinkommen den Pauschalbetrag beschließen.

2. - und das erscheint mir besonders wichtig zu sein: Im Namen und für die Partei sammeln in Österreich im Laufe des Jahres Dutzende und Aberdutzende von Organisationen für meist sehr

unwesentliche oder nicht wesentliche Zwecke. Diese Nebensammel-
tätigkeit muß radikal beschränkt werden, damit die notwendigen
Gelder wirklich der Partei und nur der Partei zugutekommen.

(Beifall.)

Es wird daher beantragt: Parteiorganisationen bzw. Partei-
organe haben bei Sammlungen außerhalb ihres lokalen Zuständig-
keitsbereiches - der Kegelklub kann in seinen Reihen natürlich
sammeln, soviel er will, er darf aber nicht namens der Partei
für den Kegelklub Sammlungen veranstalten - das Einvernehmen mit
den örtlich zuständigen Landesorganisationen und Landesfinanz-
referenten herzustellen. Im übrigen ist hinsichtlich des Zeit-
punktes dieser Sammlungen jeweils zeitgerecht das Einvernehmen
mit dem zuständigen Landesfinanzreferenten und, sofern sich eine
Sammlung über den Bereich eines Bundeslandes hinaus erstreckt,
auch mit dem Bundesfinanzreferenten herzustellen.

Außerdem wird die Bundesparteileitung beauftragt, im Ein-
vernehmen mit den Landesfinanzreferenten, den Finanzreferenten
der Bünde und mit dem Bundesfinanzreferenten geeignete Maßnahmen
zur Koordinierung der Sammeltätigkeit der Bünde, der Landes-
parteileitungen sowie sonstiger unter der Flagge der Partei segeln-
den Organisationen und Zweckverbänden zu beschließen. Eine der-
artige Konzentration wird uns allen sehr gut tun.

Ich bitte den Parteitag, diese Anträge zu genehmigen.

Ich möchte aber, bevor ich schließe, den vielen kleinen
Funktionären herzlich Dank sagen, die schillingweise sammelten
und doch beachtliche Summen aufgebracht haben. Ich möchte den Mit-
gliedern des Finanzausschusses und des Aufbringungsausschusses

herzlich danken, und ich möchte zum Abschluß nur eines sagen: Wenn wir alle das erreichen wollen, was wir uns vornehmen und was man sich vorstellt, dann werden wir in Zukunft viel, viel mehr Geld brauchen, als wir es bisher aufgebracht haben. (Beifall.)

Vorsitzender DDR. König : Ich danke dem Herrn Minister Graf für seinen Bericht und möchte ihm auch den Dank aussprechen für den Einsatz, mit dem er sich im Finanzausschuß der undankbaren Aufgabe unterzogen hat, für das Aufbringen der Mittel ein durchschlagkräftigeres Konzept zu erarbeiten.

Wir kommen nun zum Bericht des nächsten Ausschusses. Abgestimmt wird nach der Diskussion über alle Berichte.

Als nächsten bitte ich den Berichterstatter des Statutenausschusses, Herrn Bundesrat Harramach, um seinen Bericht.

Berichterstatter Bundesrat Ing. Rudolf Harramach (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Der Statutenausschuß, in dessen Namen ich hier spreche, hat alle Anträge, die ihm fristgerecht zugemittelt wurden und die von stimmberechtigten Organisationen stammten, die antragsberechtigt waren, behandelt. Das Ergebnis der Beratungen des Statutenausschusses haben Sie gestern nachmittag schriftlich erhalten. Sie haben also die Anträge alle in Händen. In Ihrer Delegiertenmappe befindet sich außerdem das derzeit gültige Parteistatut, so daß Sie also bereits die Möglichkeit hatten, das Statut und die Anträge auf Änderungen zu vergleichen.

Ich darf Ihnen in kürzester Form, da Sie die Unterlagen ja zur Verfügung haben, die wesentlichen beantragten Änderungen bekanntgeben:

Im § 14, "Aufbau der Parteiorganisation", ist vorzusehen, daß auch Änderungen von Landesparteiorganisationsstatuten in Zukunft der Genehmigung der Bundesparteileitung bedürfen.

Im § 16 ist neu dazugekommen, daß über Verlangen des zuständigen Parteiobmannes die bündischen Organisationen der gleichen Ebene Sitzungen einzuberufen haben, zu denen der Parteiobmann und der Parteisekretär zu laden sind. Die Absicht des Statutenausschusses ist - im übrigen wurde dieser Antrag wie viele andere zuerst im Politischen Ausschuß behandelt, und die Empfehlungen des Politischen Ausschusses hat sich dann der Statutenausschuß zu eigen gemacht -, einen besseren Kontakt zwischen den bündischen Organisationen und den Parteiorganisationen herbeizuführen. (Beifall.)

In den § 18 wird eine neue Bestimmung hineingenommen, daß die Delegierungen zum Parteitag durch die Landesparteileitungen nur dann erfolgen sollen, wenn die Landesparteileitungen ihren Verpflichtungen aus dem Parteischilling gegenüber der Bundesparteileitung eingehalten haben.

Im § 19, Aufgabenkreis des Bundesparteitages, wird die Wahl des Generalsekretär-Stellvertreters gestrichen. Der Politische Ausschuß und nach ihm der Statutenausschuß waren der Ansicht, daß es zweckmäßiger ist, die Führung des Generalsekretariats in einer Hand zu vereinigen. Sie werden allerdings etwas später einen neuen Passus für das Statut finden, in dem vorgeschlagen wird, daß die Bundesparteileitung, sofern sie es für notwendig hält, sowohl für den Generalsekretär wie auch für den Finanzreferenten

Stellvertreter bestellen kann, wobei auch der Aufgabenkreis des Stellvertreters durch die Bundesparteileitung festzulegen ist. Für die Bestellung und für die Festsetzung des Aufgabenkreises ist eine Zweidrittelmehrheit in der Bundesparteileitung notwendig.

Zu § 19 schlagen wir Ihnen vor, eine Änderung insofern vorzunehmen, als nicht nur die Organisationen in Hinkunft antragsberechtigt auf dem Bundesparteitag sein sollen, sondern auch Delegierte, und zwar ein Zehntel der Delegierten, Ich bitte Sie, das nicht mit den Dringlichkeitsanträgen zu verwechseln, sondern hier geht es um die normale fristgerechte Antragstellung für den Bundesparteitag. In den § 20 und in den § 22 - das eine betrifft die Zusammensetzung der Parteileitung, das andere die des Parteivorstandes - ist neu hinzuzunehmen, daß als Mitglieder auch der Präsident des Nationalrates, sofern er natürlich der ÖVP angehört, aufgenommen wird. Das war an sich bisher der Fall, aber es war statutarisch nicht verankert.

Ferner soll in § 20 bei der Bestellung der Referenten in Hinkunft nur mehr die Möglichkeit gegeben sein, Referenten mit beratender Stimme zu bestellen. Dies deshalb, weil man vermeiden will, daß durch Bestellung zahlreicher Referenten etwa die Zusammensetzung der Parteileitung geändert wird. Denn die Zusammensetzung der Parteileitung ergibt sich ja aus der Wahl der Mitglieder, die Sie vorzunehmen haben und die kraft einer bestimmten Funktion in der Parteileitung sein sollen. Es soll also die Zusammensetzung nicht nachher unter Umständen willkürlich verändert werden. Ich darf allerdings feststellen, daß das bisher in der Praxis noch nicht vorgekommen ist, wir wollen aber vorbauen.

Im § 22, Zusammensetzung des Parteivorstandes, soll ferner neu hinzukommen, daß auch der Bundesobmann der Österreichischen Jugendbewegung dem Parteivorstand angehört. (Beifall.)

Ferner soll die Einrichtung, wie sie im § 22 bisher vorgesehen war, nämlich daß die Vertreter der Landespartei-
leitungen bzw. die Landeshauptleute nur für eine Session des
Nationalrates bestellt werden und dann turnusmäßig wechseln,
jetzt auf ein Kalenderjahr ausgedehnt werden, was zweifellos
zweckmäßiger ist.

Außerdem soll im § 22, die Zusammensetzung des Partei-
vorstandes, aufgenommen werden, daß die Mitglieder der Bundes-
regierung mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Parteivor-
standes zugezogen werden, soweit sie nicht aus einer anderen
Funktion schon beschließende Stimme haben.

Namens des Statutenausschusses habe ich Ihnen ferner
einen Antrag zu stellen, der vom Statutenausschuß direkt kommt.
Sie alle wissen, daß eine unserer großen Schwierigkeiten die
Aufstellung und die Reihung der Kandidaten vor den Wahlen ist.
Obwohl wir Bestimmungen im Statut haben, müssen wir feststellen,
daß diese Bestimmungen in den einzelnen Bundesländern außerordent-
lich unterschiedlich gehandhabt werden. Der Statutenausschuß
war daher der Anschauung, daß wir hier endlich einmal bessere
und einheitliche Methoden finden sollen.

In der Kürze der Zeit, die für unsere Beratungen zur
Verfügungen steht, waren wir natürlich nicht imstande, Ihnen
bereits diese Vorschläge vorzulegen.

Wir beantragen daher: Der Bundesparteitag soll die
Parteileitung ermächtigen und beauftragen, die Bestimmungen
über die Kandidatenaufstellung - bisher § 37 des Organisations-
statuts - neu zu fassen. Dies insbesondere im Hinblick auf die
etwaige Neuordnung des Wahlrechtes. Hierbei wird unter anderem

bei der Nominierung und Reihung die einfache Stimmenmehrheit zugrundezulegen sein. Mit der Ausarbeitung dieser Bestimmung wird der für diesen Bundesparteitag bestellte Statutenausschuß beauftragt. Hiezu wird ihm eine Frist bis Ende Februar 1964 gesetzt.

Ich bin mit meinem Bericht zu Ende und darf Ihnen noch einmal sagen, daß alles, was ich Ihnen jetzt vorgetragen habe und was Sie schriftlich erhalten haben, vom Statutenausschuß zur Beschlußfassung beantragt wird. (Beifall.)

Vorsitzender DDR. K ö n i g: Ich danke dem Generalsekretär Ing. Harramach für den Bericht des Statutenausschusses und stelle fest, daß freundlicherweise zu diesem Bericht vorher Unterlagen ausgegeben wurden, so daß jeder von uns alles mitverfolgen konnte. Wir werden im Anschluß an die Ausschlußberichte Gelegenheit haben, über die einzelnen Ausschlußberichte zu diskutieren. Um Zeit zu sparen, können Wortmeldungen bereits jetzt abgegeben werden.

Ich darf weiter mitteilen, daß wir von dem Generalsekretär der Konservativen-Christlichen Volkspartei in der Schweiz, Dr. Rosenberg, ein Telegramm bekommen haben, worin er uns mitteilt, daß er dem Kongreß nicht beiwohnen kann. Er entbietet dem Kongreß beste Grüße und der ÖVP ein kräftiges Glück auf! (Beifall.)

Wir gehen weiter und ich darf die Mitglieder der Wahlkommissionen nun nennen. (Nach Vorlesung der Namen)

Wahlleiter: LH DDR. h.c. Dipl.-Ing. Leopold F i g l

Wahlkommission I

Vorsitzender: LS Gerhard S c h m i d t

Mitglieder: Kr August A i c h h o r n

Dr. Gerold O r t n e r

LAbg. Dipl.-Ing. Josef R o b l

Wahlkommission II

Vorsitzender: LAbg. Josef S t ö f f l e r

Mitglieder: Dir. Dr. Anton B r u g g e r

Dr. Therese K r a u s

LS Fritz R e i n h a l t e r

Wahlkommission III

Vorsitzender: Dir. Dipl.-Ing. Otto J a u s

Mitglieder: LAbg. Prof. Dr. Valentin E i n s p i e l e r

LS Josef G s c h i e l

LS Karl P i c h l e r

Wahlkommission IV

Vorsitzender: NR Lola S o l a r

Mitglieder: NR Dr. Karl S c h w e r

LS Andreas T s c h e r n i t z

KR Franz Z e l e n k a

2 9504

Ich bitte die Genannten, sich sogleich in das Zimmer 3 zu begeben und die Vorbereitungen für die Wahl aufzunehmen.

Wir gehen in der Tagesordnung weiter, und ich bitte Herrn Landeshauptmann Gleissner, mit dem Bericht des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit zu beginnen.

14c) Bericht des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit.

Berichterstatter Landeshauptmann Dr. Gleissner:

Hoher Bundesparteitag! Der Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit, als dessen Vorsitzender ich hiemit Bericht erstatte, hat insgesamt drei Plenarsitzungen abgehalten, darüberhinaus hat er je einen Unterausschuß für Pressefragen und für die Fragen des Hörfunks und des Fernsehens eingesetzt. Diese beiden Unterausschüsse hielten besondere Beratungen ab, deren Ergebnisse sodann dem Plenum des Ausschusses vorgelegt wurden. Außer den Materialien, die sich der Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit selbst erarbeitet hat, lag uns ein Antrag der Landesparteiorganisation Wien zu Fragen der Parteipresse vor. Dieser Antrag wurde vom Ausschuß in Behandlung gezogen und bildet einen Bestandteil des Berichtes.

Nach dieser kurzen Übersicht über die Arbeit dieses Ausschusses möchte ich etwas zu der Aufgabe sagen, die uns gestellt war. Unser Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit hat die Nachfolge des Presseausschusses angetreten, der zur Vorbereitung des letzten Bundesparteitages im Februar 1960 gebildet worden war. Erblicken Sie, bitte, in diesem Namenswechsel nicht eine reine Äußerlichkeit. Wenn unser Ausschuß diesmal den Auftrag hatte, sich mit der Öffentlichkeitsarbeit zu beschäftigen, so kommt darin zweierlei zum Ausdruck.

Zunächst ist daraus zu entnehmen, daß wir uns nicht mit den Fragen der Presse allein beschäftigt haben, sondern daß wir darüber hinaus die Probleme aller Träger der öffentlichen Meinung behandelten, also des Hörfunks, des Fernsehens und des Films.

In dieser Ausweitung der Beratungsgegenstände allein erschöpft sich der Namenswechsel aber noch nicht. Die Bezeichnung "Öffentlichkeitsarbeit" soll vielmehr alle, sämtliche Delegierte des Parteitag, vor allem aber die Führung unserer Partei, daran erinnern, daß wir eine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit haben, daß wir Aufgaben im Interesse der Öffentlichkeit erfüllen müssen und daß wir uns in Erfüllung dieser Aufgaben tagtäglich, ja stündlich immer wieder der Öffentlichkeit und damit auch dem Urteil und der Kritik der Öffentlichkeit stellen müssen. Unsere Partei selbst in ihrer Gesamtheit wird tagtäglich mit der Öffentlichkeit konfrontiert, aber auch jeder einzelne unserer Mitarbeiter, ganz gleich, auf welchem Platz er gestellt ist. Öffentlichkeitsarbeit im guten und wahren Sinn des Wortes zu treiben ist Aufgabe der eigentlichen Parteiführung ebenso wie auch Aufgabe jener Männer, die wir ins öffentliche Leben, also in die Regierung, in die gesetzgebenden Körperschaften, in die öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen, entsenden, damit sie dort unsere Partei repräsentieren.

Bevor ich dem Bundesparteitag die konkreten Empfehlungen unseres Ausschusses vorlege, möchte ich noch einiges über die Grundsätze der Öffentlichkeitsarbeit sagen, von denen wir bei unserer Arbeit ausgegangen sind.

Halten wir zunächst fest, daß die Aufgabe der Presse und darüber hinaus aller Träger der öffentlichen Meinung eine zweifache ist: Sie sollen informieren, das heißt Nachrichten vermitteln, und sie sollen kommentieren, das heißt eine Meinung vertreten und damit dazu beitragen, daß sich die Öffentlichkeit selbst eine Meinung und ein Urteil bildet.

Von dieser Grundüberlegung ausgehend halten wir ferner fest, daß die Öffentlichkeit ein Recht auf Information hat. Wir sollen in dieser Hinsicht nicht ängstlich sein. Daraus folgert schon, daß wir den Kontakt mit den Vertretern der öffentlichen Meinung nicht scheuen sollen. Dieser Kontakt ist - zumindest habe ich das so empfunden - keine Einbahnstraße. Natürlich wollen die Vertreter der öffentlichen Meinung, also die Journalisten, von uns etwas wissen, von uns etwas hören. Ich habe mich im Gespräch mit Vertretern der öffentlichen Meinung aber nie als nur Gebender empfunden. Im Gegenteil. Ich war oft auch der Empfangende, ganz einfach deshalb, weil manchmal ein Journalist in einer Frage durchaus mehr wissen kann als sein Gesprächspartner, vor allem aber, weil er oft die Probleme anders sieht als wir, die wir manchmal in Gefahr sind, betriebsblind zu werden. (Beifall.) Ich glaube, daß in dieser Wechselbeziehung zwischen öffentlicher Tätigkeit und öffentlicher Meinung für beide Seiten viele Probleme erst plastisch hervortreten - vorausgesetzt, daß diese Wechselbeziehung wirklich besteht und gepflegt wird.

Eine Voraussetzung ist allerdings, daß Kritik nicht übel genommen wird. Halten wir uns vor Augen, was das Wort "Kritik"

eigentlich bedeutet und enthält. Kritik allein ist nichts Negatives. Es gibt schlechte und gute Kritiken. Aber auch das, was man gemeinhin als schlechte Kritik bezeichnet, muß an und für sich noch nichts Schlechtes, noch nichts Verderbliches, noch nichts Zersetzendes sein, wenn sie aus ehrlicher Überzeugung erfolgt, wenn daraus das Bemühen spricht, einen konstruktiven Beitrag zum Bessermachen zu leisten.

Vergessen wir ferner nicht, daß die kommentierende Aufgabe der öffentlichen Meinung und die informierende Aufgabe in untrennbarem Zusammenhang stehen. Eine wirklich konstruktive Kritik kann nur der vornehmen, der auch wirklich umfassend informiert ist. Sorgen wir für eine solche umfassende Information. Übersehen wir nicht, daß für den Journalisten die Nachricht, also die Information, eine Ware ist. Wir alle wissen aus der Nachkriegszeit, welche Folgen es hat, wenn eine Verknappung an Waren eintritt. Es bildet sich dann die üble Erscheinung eines schwarzen Marktes, auf dem dann oft auch minderwertige Erzeugnisse zu Überpreisen gehandelt werden. (Heiterkeit und Beifall.) Ein solcher Markt an minderwertigen Informationen liegt weder im Interesse derjenigen, die informieren, noch im Interesse derjenigen, die informiert werden sollen und diese Informationen an die Öffentlichkeit weiterleiten sollen.

Man könnte den gleichen Gedanken auch noch anders ausdrücken, nämlich so: Natürlich muß es auch in einem Gemeinwesen, in dem die Öffentlichkeit rückhaltlos informiert wird,

ein gewisses Maß, gleichsam ein Reservat an Vertraulichkeit geben. Aber halten wir uns hier vor Augen, daß die Vertraulichkeit ein Wert ist und wie alle Werte von der Gefahr der Inflation bedroht ist. In einem Gemeinwesen, in dem man versucht, nach und nach immer mehr als vertraulich zu bezeichnen, erreicht man nur, daß am Schluß gar nichts mehr vertraulich ist.

Nun habe ich mich sehr zum Anwalt der Presse gemacht. Die Presse wird es mir verzeihen, wenn ich jetzt eine Sorge erwähne, die uns erfüllt, und zwar eine Sorge, die auch die richtigen Journalisten haben müssen: nämlich daß die Informationen, die sie geben, der Wahrheit entsprechen. (Beifall.)

Mir wurde beim Eingang in diesen Saal die Nummer einer Wiener Zeitung übergeben, und ich lese daraus ein Beispiel vor, wie es nicht sein soll. Ich entschuldige mich, daß das Beispiel mich betrifft und daß es von gar keiner grundsätzlichen Bedeutung ist; aber es ist schon interessant.

Die Nachricht lautet: "Gleisner tritt ab. Oberösterreichs Landeshauptmann will in Kürze zurücktreten. Das erklärte der weißhaarige Politiker in einem Gipfeltreffen seiner eigenen Parteitagsdelegierten in Klagenfurt abends. Die Delegierten beschäftigen sich mit dem Nachfolger Gleisners als Landeshauptmann und Landesparteiobmann." (Bewegung.)

Ich sage nur: Ein einfacher Anruf bei einem der hundertsten Delegierten hätte ergeben, daß das nicht stimmt. Es wurde nicht angerufen, vielleicht deswegen, weil man dann die Nachricht nicht mehr bringen hätte können. Auf so einen

Journalisten stimmt das bissige Wort darüber, was zu seinem Beruf gehört: Eine Feder und fünf Finger, aus denen er sich die Nachrichten heraussaugt. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn das Zusammenspiel so ist, daß die Presse in möglichster Freiheit und Unbekümmertheit informiert, auf der anderen Seite aber überlegt, daß sie ihre Freiheit nur im Zusammenhang mit ihrer eigenen Verantwortung halten kann, dann wird ^{die} beste Lösung gefunden sein.

Lassen Sie mich abschließend zum Wesen der Öffentlichkeitsarbeit kurz eines sagen: Als Montesquieu vor einigen Jahrhunderten die klassische Lehre von den drei Gewalten aufstellte, von den drei Säulen der Demokratie, gab es noch keine öffentliche Meinung im heutigen Sinn und er konnte daher der Presse und den anderen Meinungsträgern keinen Platz in diesem System der Gewalten sacranen. Wenn ich hier den vernessenen Versuch unternehmen darf, Montesquieu zu ergänzen, so würde ich sagen: Die öffentliche Meinung hat in diesem System eine wichtige und vor allem eine verantwortungsvolle Funktion. Sie kann das Unkraut sein, das sich zwischen diesen drei Säulen einnistet, es überwuchert und schließlich mit dazu beiträgt, diese Säulen zum Einsturz zu bringen. An Beispielen aus der Vergangenheit fehlt es hierzu nicht.

In einer wahren und gut funktionierenden Demokratie wird die öffentliche Meinung gleichsam der Mörtel sein, der diese drei Säulen stützt, trägt und fest zusammenhält. In unsere Hand, in die Hand der Männer, die im öffentlichen Leben stehen, und in die Hand der Menschen, die die öffentliche Meinung bilden, ist es gegeben, dafür zu sorgen, daß Information und Kommentar zur Festigung und nicht zur Zerstörung unseres demokratischen Staatwesens führen. (Beifall.)

Nach diesen grundsätzlichen Feststellungen möchte ich nun kurz dem Parteitag die Empfehlungen des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit zu den einzelnen Sachgebieten vorlegen.

Parteipresse: Gestützt auf einen Antrag der Landesparteiorganisation Wien empfiehlt der Ausschuß, dem Ausbau und der Festigung der parteieigenen Presse weiterhin die gebührende Beachtung zu schenken. Was nützt ist vor allem eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Dienststellen und Mandatarern der Partei und unseren Presseorganen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für eine richtige und moderne politische Führung unserer Parteizeitungen.

In diesem Zusammenhang soll auch der Nachwuchsfrage besonderes Augenmerk gewidmet werden. Das auf Grund der Empfehlungen des Presseausschusses des letzten Parteitages eingeführte Sommerpraktikum für junge Journalisten hat sich bewährt. Es muß weiterhin dafür gesorgt werden, daß junge, erst kurz bei unseren Parteizeitungen beschäftigte Journalisten Gelegenheit erhalten, sich nicht nur über die fachlichen, sondern auch über die sachlichen, das heißt über die politischen Grundlagen ihres Berufes zu informieren.

2. Presse allgemein: Über die Bedeutung der Presse beziehungsweise der öffentlichen Meinung schlechthin habe ich bereits gesprochen. Darüber hinaus möchte ich dem Parteitag auf Grund der Beratungen in einem eigens eingesetzten Unterausschuß folgende Empfehlung vorlegen: Es entspricht den Grundsätzen der Österreichischen Volkspartei, in Anerkennung der großen Aufgaben, die die Presse im öffentlichen Leben erfüllt, für die baldige Verabschiedung eines modernen Pressegesetzes einzutreten, das der Bedeutung und der Verantwortlichkeit der Presse in einem modernen demokratischen Staat gerecht wird. Die Österreichische Volkspartei hält es dabei für notwendig, daß der überaus bedeutsamen Aufgabe der Presse ein besonderes Verantwortungsbewußtsein gegenübersteht, das im Rahmen des neuen Pressegesetzes und einer freiwilligen Selbstkontrolle garantiert sein muß.

3. Hörfunk und Fernsehen: Angesichts der Bedeutung von Hörfunk und Fernsehen hat unser Ausschuß einen eigenen Unterausschuß eingesetzt, dessen Empfehlung ich hiermit vorlege:

In der Programmgestaltung von Hörfunk und Fernsehen müssen kulturelle und volksbildnerische Belange Vorrang genießen. Dabei muß auch auf die weit über Österreichs Grenzen hinausreichende Bedeutung des österreichischen Rundfunkprogramms als Informations- und Kulturträger Bedacht genommen werden. Der Staat darf Hörfunk und Fernsehen nicht beherrschen, das heißt, der Staat darf das Programm von Hörfunk und Fernsehen auch dann nicht, wenn er Mehrheitseigentümer dieser Einrichtung ist, von sich aus beeinflussen. (Beifall.)

Die politischen Parteien dürfen Rundfunk und Fernsehen nicht mißbrauchen, wobei ich nur darauf hinweise, daß wir aus der

Vergangenheit genügend Beispiele haben, die uns besonders diese Forderung als wichtig und zweckmäßig erscheinen lassen. (Beifall.)

Freie Meinungsbildung und absolute Objektivität müssen in den Programmen von Hörfunk und Fernsehen gewährleistet sein.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung dieser Forderungen ist die Eigenverantwortlichkeit der Österreichischen Rundfunk Ges.m.b.H. vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht. In diesem Sinne muß eine Neuorganisation des Unternehmens erfolgen. Die Sendeanlagen für Hörfunk und Fernsehen sind entsprechend den kommerziellen Überlegungen und föderalistischen Bedürfnissen auszubauen. Der Bestand der Länderstudios muß gesichert sein. (Beifall.)

Dies sind die wesentlichsten Punkte eines Konzeptes, mit dessen Durchführung der Parteitag die Mitglieder der Österreichischen Volkspartei im Verhandlungskomitee für Rundfunk beauftragen soll, damit bis spätestens zum Termin 30. Juni 1964 für die Österreichische Rundfunk Ges.m.b.H. die Voraussetzungen geschaffen sind, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Film und Wochenschau: Der Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit hat es für wichtig gehalten, sich auch mit diesen Fragen zu beschäftigen und eine Empfehlung vorzulegen.

Österreich bildet im Rahmen der weltweiten Kinokrise keine Ausnahme. Die Detailhändler der Ware Film, die Kinoaer, sind wirtschaftlich am schwersten gefährdet. In Österreich ist die Zahl der Kinobesucher von 122 Millionen im Jahre 1958 auf 90,5 Millionen im Jahre 1962 zurückgegangen. Hierzu kommt eine dreifache Sondersteuerung dieses Gewerbezweiges. Diesen Krisenerscheinungen der Kinobetriebe gehen Krisen auf dem Produktionssektor sowie beim Filaverleih parallel.

Es wird daher angeregt, den kulturpolitisch wichtigen und wirtschaftlich nicht zu übersehenden Fragenkomplex auf einer eigenen Enquete zu beraten, um so rasch als möglich diesen Wirtschaftszweig vor weiterem Verfall zu bewahren.

Gleichermaßen vordringlich ist die Behandlung der offenen Probleme der Basisindustrie, der "Austria"-Wochenschau, die aus staatspolitischen Gründen besondere Beachtung verdient.

Öffentlichkeitsarbeit - letzter Punkt schon. Abschließend wiederhole ich im Namen des Ausschusses die Aufforderung an alle Organisationen und Mitarbeiter unserer Partei, der Öffentlichkeitsarbeit auch in Zukunft gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Dem Bundesparteitag liegt ein Antrag des Statutenausschusses vor, der die Voraussetzungen für eine verbesserte und verstärkte Arbeit des Generalsekretariats schaffen soll. Ich glaube, daß im Zuge dieses Ausbaus des Generalsekretariats auch dafür gesorgt werden soll, daß für die vielseitigen Aufgaben auf dem Gebiete der Öffentlichkeitsarbeit entsprechende Fachkräfte herangezogen werden. Als Ergänzung zu diesem Ausbau des Generalsekretariats schlagen wir vor, daß so wie nach dem letzten Parteitag dieser Ausschuss für Öffentlichkeitsarbeit in zweckmäßiger Form in Permanenz erklärt werden soll, um den Fachkräften im Generalsekretariat beratend zur Seite zu stehen.

Verehrte Delegierte! Jede Politik ist angewiesen auf ein Echo in der Öffentlichkeit. Leistung allein genügt nicht, man muß von ihr auch erfahren. Demokratie kann nicht bestehen ohne weitestgehende Information der Staatsbürger als Voraussetzung für ein reifes Urteil. Daher gehört Öffentlichkeitsarbeit zu Politik und Demokratie wie die Luft zum Leben.

Ich bitte um die Annahme der vorgebrachten Empfehlungen des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit. (Beifall.)

Vorsitzender DDr. König : Ich danke dem Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner für seinen Bericht, und ich danke bei dieser Gelegenheit der Überwiegenden Mehrheit der Vertreter der Presse, die um eine objektive Berichterstattung bemüht sind, aber auch den Vertretern von Rundfunk und Fernsehen und der Wochenschau für ihr Erscheinen und für ihre Mitarbeit. (Beifall.)

Ich darf nun Herrn Landeshauptmann Krainer als Vorsitzenden des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses um seinen Bericht bitten.

14 d) Bericht des Wirtschafts- und Sozialpolitischen
Ausschusses

Berichterstatter Landeshauptmann Ökonomierat K r a i -
n e r (mit Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! Meine Damen und Herren! Der Wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuss hat in sechs Sitzungen, miteinbezogen die Unterausschüsse, sich mit dem Fragenkomplex der Wirtschaftspolitik beschäftigt. Sie werden verstehen, daß eine sehr umfangreiche Diskussion notwendig war. Dieser Fragenkomplex ist deshalb so schwierig, weil wir hier ja die plurale Gesellschaft, vor allem aber auch die verschiedenen weltanschaulichen Auffassungen der Regierungsparteien zu berücksichtigen haben.

Wir haben nach der Erörterung der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen, des Arbeitsrechts, der Stellung der Gewerkschaften usw. auch die Anträge beraten, die die Landesorganisationen, die Frauen- und Jugendbewegung und die Bünde eingebracht haben. Wir haben nicht weniger als 27 solcher Anträge zu bearbeiten und zu beraten gehabt. Ein Teil der Anträge findet sowohl in der Parteitagsresolution als auch in den Thesen, die der Wirtschafts- und Sozialpolitische Ausschuss dem Hohen Parteitag vorlegt, ihren Niederschlag, und was den übrigen Teil betrifft, so wird heute beantragt, diese Anträge der Bundesparteileitung zur Bearbeitung zuzuleiten.

Ich möchte jetzt dem Hohen Parteitag vor allem das Motto zur Kenntnis bringen, unter das wir unsere Beratungen gestellt haben:

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Sie hat der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit zu dienen. Oberstes Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist daher, beizutragen, daß in einer freien Gesellschaft die Würde des einzelnen Menschen gewahrt, der Bestand der gesunden Familie gesichert und ein möglichst großes Ausmaß allgemeinen Wohlstandes verwirklicht werden können. Leitbild einer solchen Wirtschaftspolitik ist eine Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft.

Die ÖVP hält zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit eine aktive Wirtschaftspolitik für notwendig.

Mit den bisherigen Methoden sind die wirtschaftspolitischen Zukunftsaufgaben nicht zu bewältigen. Die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum, Währungsstabilität und Vollbeschäftigung müssen künftig durch eine zweckmäßige Koordination der einzelnen Maßnahmen, vor allem durch eine stärkere Durchsetzung des Allgemeininteresses gegenüber Gruppeninteressen, gesichert werden. Um den künftigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine objektive Grundlage zu geben, ist eine vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu erstellen. Gleichzeitig sind die statistischen Grundlagen zu verbessern. Wir wissen sehr wohl, daß das Instrumentarium, das die Wirtschaftspolitik nötig hat, nicht völlig ausreichend ist.

Angesichts der überragenden Bedeutung, die den öffentlichen Haushalten in der modernen Wirtschaft zukommt, bedarf die Budgetpolitik einer längerfristigen Orientierung, wobei die jährliche Budgeterstellung auf die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung abgestimmt werden muß.

Die längst fällige Modernisierung des österreichischen Verwaltungsapparates ist in Angriff zu nehmen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der Verwaltung nicht ständig neue Aufgaben aufgebürdet werden.

Um die Kapitalausstattung der österreichischen Betriebe an ein den westlichen Industrieländern vergleichbares Niveau heranzuführen zu können, ist die Kapitalbildung für Investitionszwecke auf breiter Basis, insbesondere durch Wertpapiersparen, zu fördern. Ohne Verbesserung der Kapitalausstattung gibt es kein wirtschaftliches Wachstum und keine Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes. In diesem Zusammenhang wird dem von der ÖVP seit jeher vertretenen Ziel einer verstärkten Eigentumsbildung auf breitester Basis besondere Bedeutung zukommen.

Auch auf dem Gebiet der Kapitalbeschaffung muß jeder Wirtschaftstreibende gleiche Startchancen haben; daher sind diesbezügliche Wettbewerbsverzerrungen ehestens abzubauen; auch durch das derzeitige Umsatzsteuersystem bedingte Wettbewerbsverzerrungen müssen bereinigt werden.

Da die erforderliche produktivste Kapitalverwendung nur durch einen funktionsfähigen Kapitalmarkt, nicht aber durch eine zentrale Investitionslenkung gewährleistet wird, ist alles zu unternehmen, damit auch in Österreich ein funktionsfähiger Kapitalmarkt zustandekommt. Im Interesse einer vermehrten Kapitalbildung auf breiter Basis ist alles daranzusetzen, um den Wert des Schilling zu erhalten. Das verlangt vor allem auch einen besser koordinierten Einsatz aller Instrumente der Währungs- und Kreditpolitik.

2 1023

Die wirtschaftliche Zukunft Österreichs wird davon bestimmt sein, ob es gelingt, die Teilnahme Österreichs an einem großen europäischen Wirtschaftsraum zu ermöglichen, da die Aufrechterhaltung kleiner, voneinander abgeschlossener Volkswirtschaften nicht mehr möglich ist. Daher wird unser weiterer wirtschaftlicher Aufschwung wesentlich davon abhängen, in welches Verhältnis Österreich zur EWG tritt. Wir wissen sehr wohl, daß uns durch unsere Neutralität hier gewisse Grenzen auferlegt sind, aber es muß alles getan werden, was geeignet ist, eine möglichst rasche Klärung herbeizuführen. (Beifall.) Die sich daraus vorübergehend ergebenden Opfer müssen gebracht werden. Die im Zuge der Integration notwendig werdende Umschichtung der österreichischen Produktionsstruktur ist in Kauf zu nehmen. Der baldige Abschluß eines Arrangements stellt somit eine der wichtigsten Aufgaben der österreichischen Politik dar.

Einige Landesteile, insbesondere auch an den Grenzen gelegene, haben an dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung nicht entsprechend teilnehmen können. Die ÖVP bekennt sich zu einer aktiven regionalen Strukturpolitik zur Milderung der regionalen Einkommensunterschiede.

Wegen der noch zu kurzen Zeit der Wirksamkeit des Landwirtschaftsgesetzes ist es bisher nicht gelungen, alle Ziele dieses wichtigen Gesetzes in hinreichendem Maße zu verwirklichen. Die künftigen agrarpolitischen Maßnahmen müssen den selbsterhaltungsfähigen bäuerlichen Familienbetrieb als Kern einer gesunden Agrarstruktur noch mehr als bisher zum Leitbild haben. Förderungsgemaßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, insbesondere

der verkehrsmässigen Erschließung, und der Produktionsbedingungen der Klein- und Bergbauernbetriebe erfordern erhöhte Mittel.

Umstellungen und Umschichtungen innerhalb der Landwirtschaft sind zu begrüßen, soweit sie zu Strukturverbesserungen der Wirtschaft beitragen. Sie müssen auch durch eine zweckentsprechende Koordinierung der regionalen Wirtschafts- und Raumordnungspolitik nachhaltig gefördert werden. Wir bejahen eine landwirtschaftliche Marktordnung als Ausgleich für die Wettbewerbschwäche der bäuerlichen Betriebe, die starken Preisschwankungen auf freien Agrarmärkten und die daraus resultierende Einkommensdisparität.

In den nächsten Jahren wird es vor allem darauf ankommen, daß alle agrarpolitischen Maßnahmen auf die Vorbereitung unserer Land- und Forstwirtschaft auf den Europäischen Markt ausgerichtet sind. Dies gilt insbesondere für die Handels- und Preispolitik, die elastischer als bisher gehandhabt werden müssen. Die Produktionspolitik hat auf die Qualitätsanforderungen und die Verbrauchstendenzen bei Lebensmitteln rechtzeitig Bedacht zu nehmen.

Da die Landwirtschaft infolge der raschen technischen Entwicklung immer komplizierter wird, muß auf Ausbildung, Beratung und Forschung besonderes Gewicht gelegt werden.

Ebenso wie für eine aktive Wirtschaftspolitik tritt die Volkspartei für eine aktive Familien- und Sozialpolitik ein. Sozial- und Wirtschaftspolitik können nicht getrennt werden. Eine wirksame Sozialpolitik setzt eine gesunde, vollbeschäftigte Wirtschaft voraus. Die Sozialpartner müssen sich daher bei allen Vereinbarungen der großen Verantwortung, die sie für die Allgemeinheit tragen, bewußt sein. Eine zielstrebige Sozialpolitik muß die arbeitsrechtlichen Bestimmungen ständig an die modernen Erfordernisse anpassen. Freiheit und Selbstverantwortlichkeit des Arbeitnehmers dürfen keine Einschränkung erfahren. Auch im Interesse des Arbeitnehmers soll die bestehende Vertragsfreiheit nicht weiter eingengt werden.

Das Arbeitsrecht muß neben der wirtschaftlichen Lage auch die Betriebsstruktur berücksichtigen, da ansonsten schwere Störungen des wirtschaftlichen Wachstums eintreten können.

Die Volkspartei bejaht den Österreichischen Gewerkschaftsbund als überparteiliche Interessenvertretung. Sie muß jedoch mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß sich die einzelnen Gewerkschaften, insbesondere auch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, jeder Parteipolitik enthalten. (Beifall.) Die Gewerkschaften sollen wahrhaft freie, von Vertrauen ihrer Mitglieder getragene Interessenverbände sein.

Nach unserer Auffassung kann ohne eine durch eine zielbewußte Eigentumspolitik ergänzte Sozialpolitik der soziale Stand der Arbeitnehmer nicht dauerhaft und wirksam verbessert werden. Daher will die Volkspartei den Erwerb von familiengerechten Eigentumswohnungen, Eigenheimen und Wertpapieren fördern. Dieses Ziel wird umso eher erreicht werden, als auch dem Arbeitnehmer ein entsprechender Anteil am steigenden Volkseinkommen zukommt.

Die Entwicklung und der Ausbau der Sozialversicherung - Krankenversicherung, Pensionsversicherung, Unfallversicherung - hat seit 1945 in Österreich dank dem wirtschaftlichen Aufschwung große Fortschritte gemacht.

Die Frage der Einbeziehung weiterer schutzbedürftiger Kreise - insbesondere auch der bäuerlichen Bevölkerung - in eine gesetzliche Krankenversicherung soll ehestens gelöst werden.

Die Pensionsversicherung ist heute eine entscheidende Einrichtung zur Sicherung der Existenz im Alter und bei Berufsunfähigkeit. Noch bestehende Härten sollen beseitigt werden; so muß auch die landwirtschaftliche Zuschußrente schritt-

weise der Mindestvorsorge anderer Pensionsysteme angepaßt werden. (Beifall.)

Die Sicherung des Lebensstandards nach einem arbeitsreichen Leben erfordert eine gesicherte finanzielle Grundlage aller Zweige der Pensionsversicherung auf lange Sicht, die auch eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß den Pensionsempfängern durch eine Pensionsdynamik ein gerechter Anteil am steigenden Wohlstand des Volkes zukommt. Allerdings muß man sich dessen bewußt sein, daß auch in Zukunft das Schwergewicht der Beitragsleistung bei den Versicherten und bei deren Arbeitgebern wird liegen müssen.

Meine Damen und Herren! Das sind die wesentlichen Grundsätze, die wir erarbeitet haben. Es sind eine Reihe von Problemen, für die noch keine richtige Sprachregelung gefunden, die weiter beraten werden müssen.

Außer Zweifel ist das Unbehagen in Zuge der ständigen Preis- und Lohnveränderungen in weitesten Kreisen nicht nur vorhanden, sondern auch berechtigt. Hier gemeinsam einen Weg zu finden, auch durch objektive Feststellungen der Ursachen dieser Preis- und Lohnbewegungen, könnte Abhilfe schaffen.

Ich darf am Schluß, meine Damen und Herren, den Herren Ministern Hartmann und Bock und allen Experten, die an den Ausschüssen regen Anteil genommen haben und bei den Formulierungen dieser Leitsätze mitgewirkt haben, den Dank zum Ausdruck bringen.

Ich bitte den Bundesparteitag, die Thesen zur Kenntnis zu nehmen und vor allem den Antrag, daß die Anträge der

1030 4

einzelnen Landesorganisationen und Bünde, der Frauen- und der Jugendbewegung, soweit sie nicht in der Parteitage-resolution eingebaut sind bzw. hier auch ihren Niederschlag gefunden haben, der Bundesparteileitung zuzuweisen. (Beifall.)

Vorsitzender DDr. König: Ich danke Herrn Landeshauptmann Krainer für seinen Bericht.

Ich glaube, es muß an dieser Stelle noch einmal betont werden, daß Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik eben eine vernünftige Wirtschaftspolitik ist. Der umfangreiche Bericht des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses ist ein Beweis dafür, daß dieser Sorge nach wie vor das Hauptaugenmerk der Österreichischen Volkspartei gehört.

Ich darf nun den Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, Herrn Minister Schleinzer, um seinen Bericht bitten.

Berichterstätter Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Dem Politischen Ausschuss sind drei Aufgaben übertragen worden:

1. Die Koordinierung der Vorbereitungen für diesen Bundesparteitag.
2. Die Erarbeitung von politischen Schwerpunkten als Grundlage der Parteitagebeschlüsse bzw. der Parteitage-resolution.
3. Die Vorlage personeller Vorschläge für jene Funktionen der Partei, die von Bundesparteitag zu besetzen sind.

Die erste Aufgabe bedarf keiner weiteren Behandlung. Die Personalvorschläge werden gesondert erstattet werden.

Mein Bericht wird demnach dem zweiten Punkt gewidmet sein, nämlich brennenden Fragen unseres politischen Lebens, zu deren Lösung von diesem Parteitag Entschlossenheit, Kraft und Richtung ausgehen sollen.

Ich wende mich jetzt diesem Teil zu. Wir haben uns bemüht, aus der sachlichen Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage Schlußfolgerungen zu ziehen und aus ihnen Vorschläge für den Parteitag zu erarbeiten.

Sie werden verstehen, meine Frauen und Herren, daß seit der Konstituierung des Politischen Ausschusses am 27. Juni nicht alle offenen Fragen in diesem Sinne behandelt werden konnten. Die gewählte Führung der Partei sollte aber, wenn sie dies für richtig hält und wünscht, am Tage nach ihrer Wahl auf ein Programm konkreter politischer Aktionen zurückgreifen können.

Wir haben im wesentlichen sieben Themen im Rahmen dieser Überlegungen behandelt: erstens jene Frage, die in der Öffentlichkeit heute immer wieder zur Diskussion gestellt wird, nämlich die Frage der Sicherung der Zusammenarbeit und die Frage der Erhaltung des inneren Friedens; eine zweite Frage, die die Öffentlichkeit beschäftigt, ist die Wahlrechtsreform im weitesten Sinn des Wortes, eine dritte Frage sind jene Überlegungen, die sich um die Festigung des Rechtsstaates bemühen, eine vierte Frage, die sich mit der Frage der Länderrechte beschäftigt, eine Diskussion, die immer wieder in der Öffentlichkeit geführt wird, eine fünfte Frage, die sich mit einigen grundsätzlichen Überlegungen zur Methode der Wirtschaftspolitik auseinandersetzt, eine sechste Frage, die der Kulturpolitik gewidmet ist, und ein siebentes Thema, das sich mit der Außenpolitik und der Frage der Landesverteidigung beschäftigt.

Ich komme jetzt zum ersten Thema, zur Frage der Zusammenarbeit und des inneren Friedens. Wir sind der Auffassung, daß die österreichische Bevölkerung die großen Aufgaben zur Sicherung ihrer politischen Freiheit und ihrer wirtschaftlichen Existenz nur dann befriedigend zu lösen vermag, wenn sie ohne Rücksicht auf die verschiedenartigen Parteianschauungen an diese Probleme geschlossen und in der Überzeugung herangeht, daß die Verbundenheit im allgemeinen Schicksal dieses Staates mehr weigt als das Trennende der Parteien. (Beifall.)

Die österreichische Bevölkerung bejaht nach wie vor das Prinzip der Zusammenarbeit. Sie beobachtet mit wachsendem Unbehagen, wie die gemeinsamen Anstrengungen der beiden großen

politischen Lager, die Österreich den Wiederaufbau, die Währungsstabilität und den Staatsvertrag brachten, einem Vorrang der Gegensätze weichen, wodurch die Bewältigung lebenswichtiger Aufgaben gefährdet erscheint.

In einer Zeit, die gemeinsame Arbeit erfordert, bedroht zersetzendes gegenseitiges Mißtrauen der entscheidenden politischen Kräfte unsere Zukunft. Die Österreichische Volkspartei erklärt daher, daß sie ungeachtet der Erfahrungen mit der Koalitionspraxis der letzten Jahre bereit ist, sich für eine Erneuerung der Zusammenarbeit auf neuen sicheren Grundlagen einzusetzen. (Beifall.) Sie wird aber auch, sollten sich in der SPÖ die Gegner der Zusammenarbeit durchsetzen, die Herausforderung einer solchen Politik annehmen. (Beifall.)

Die Österreichische Demokratie kann den Weg Großbritanniens, aber auch den Weg der Schweiz gehen. Beide Wege sind im Interesse der österreichischen Bevölkerung vertretbar. In beiden Fällen ist jedoch die absolute Respektierung des Rechtsstaates und der Verzicht auf die Anwendung außerparlamentarischer Methoden unbedingte Voraussetzung! (Beifall.)

Meine Frauen und Herren! Wir sind jedoch der Auffassung, daß für die Republik Österreich mit ihren besonderen historischen Voraussetzungen und ihrer exponierten geographischen Lage jener Weg zweckmäßiger ist, der den Parteien von tragfähiger Stärke Mitverantwortung und Mitentscheidung für das Staatsganze auferlegt, den Zusammenhalt unseres Volkes weiter festigt und eine Atmosphäre der konstruktiven Arbeit schafft. (Beifall.) Die Österreichischen Bundesländer und außerhalb Österreichs die Schweiz erscheinen dabei als Vorbilder politischer Stabilität.

Die Österreichische Volkspartei ist deshalb bereit, in diesem Sinne in parlamentarische Verhandlungen einzutreten. Sie ist auch bereit, an der Schaffung entsprechender Garantien für eine solche Zusammenarbeit mitzuwirken.

Nun zum zweiten Thema, dem der Wahlrechtsreform, der Frage der Festigung der demokratischen Ordnung, der Verstärkung des Einflusses der Wähler auf die Kandidatenauswahl und der Stärkung der Stellung des gewählten Volksvertreters.

Zu diesem Thema sollten drei Maßnahmen getroffen werden: Zur Festigung der demokratischen Ordnung soll in parlamentarischen Verhandlungen eine Reform des Wahlrechtes herbeigeführt werden. Die Österreichische Volkspartei tritt jedoch allen beabsichtigten Versuchen entgegen, die Zahl der Wahlkreise von 25 auf neun herabzusetzen, weil dadurch wesentlich schlechtere Voraussetzungen für eine lebendige Verbindung zwischen Wählern und Volksvertretern geschaffen werden. Das Bundesgebiet soll nicht in eine kleine Zahl großer Wahlkreise, sondern in eine wesentlich größere Zahl bedeutend kleinerer Wahlkreise unterteilt werden. (Beifall.) Die Wähler sollen dadurch in verstärkter Weise die Möglichkeit erhalten, nicht nur zwischen Parteien, sondern auch zwischen Persönlichkeiten entscheiden zu können. (Beifall.)

Eine derartige Änderung des Wahlrechtes soll ein Schritt zur Stärkung der Wechselbeziehung von Auftrag und Verantwortung zwischen Wählern und Gewählten sein.

An der Zahl von 165 Nationalratsmandaten ist unbedingt festzuhalten. Für eine Erhöhung gibt es keine sachlichen Gründe. (Beifall.)

In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, daß die in einigen Landtagswahlordnungen bestehende und in der Praxis bewährte Möglichkeit der Listenkoppelung auch in die Nationalratswahlordnung aufgenommen wird. (Beifall.)

Die Österreichische Volkspartei schlägt weiter vor, das System der Briefwahl einzuführen. Wahlberechtigte, die sich am Wahltag nicht an ihrem zuständigen Wahlort befinden, sollen dennoch in der Lage sein, an der Wahl für ihren Heimatwahlkreis teilzunehmen.

Noch etwas möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, was mir allerdings vom Standpunkt unserer Partei überflüssig erscheint, nämlich daß Blanks-Verzichtserklärungen von Abgeordneten unzulässig sein müssen. (Beifall.) Die Stellung des vom Volk gewählten Abgeordneten soll auch dadurch gestärkt werden, daß sogenannte Blanks-Verzichtserklärungen, in denen ein Abgeordneter seinen Mandatsverzicht erklärt und die er, blanko unterschrieben, bei seinem Parteisekretariat zu dessen Verfügung hinterlegt, wirkungslos werden. (Beifall.) Daher soll in die Nationalratswahlordnung ein Paragraph eingefügt werden, der vorsieht, daß im voraus abgegebene Mandatsverzichte ohne Rechtswirksamkeit sind. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Das dritte Thema, das ich eingangs schon erwähnt habe, ist die Festigung des Rechtsstaates beziehungsweise die Verbesserung der bestehenden Rechtsordnung. Die Entwicklung erfordert besondere Wachsamkeit bei der Wahrung der rechtsstaatlichen Ordnung. Sie muß auf allen Gebieten streng beachtet und außerdem in einzelnen Bereichen verbessert werden. Dies betrifft Verfassung, einfache Gesetze und Vollziehung.

Grundsätzlich sollte größtes Gewicht darauf gelegt werden, daß die Gerichtsbarkeit vom unmittelbaren Einfluß der politischen Parteien freigehalten wird. (Beifall.) Im Sinne der verfassungsmäßigen Gewaltentrennung und auch des Rechtsstaates sollten im heutigen Staat die politischen Parteien auf eine weise Beschränkung ihrer unmittelbaren Einflußbereiche bedacht sein. Daher soll als eine der Fragen der Einfluß von Parteiinteressen bei der Bestellung von Mitgliedern der obersten Gerichtshöfe zurückgedrängt werden. Das Gewicht der personellen Entscheidungen soll bei allen Gerichtshöfen in diese selbst verlagert werden. (Beifall.)

Die Bestellung von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofes, des Verwaltunggerichtshofes und des Obersten Gerichtshofes soll in Zukunft gleichermaßen auf folgende Weise vorgenommen werden: Zunächst schreibt der Gerichtshof die zu besetzenden öffentlichen Posten aus, legt die Bewerbungen und die Begutachtung durch die Fachvertreter der Universitäten, Rechtsanwaltskammer und Notariatskammer vor. Nach Einholung der Gutachten und der Überprüfung erstellt der Gerichtshof einen Dreiervorschlag. Die Dreiervorschläge werden gemäß den bestehenden verfassungsgesetzlichen Bestimmungen dem Parlament oder der Bundesregierung übermittelt, die auf Grund dieser drei Vorschläge dem Bundespräsidenten einen Ernennungsvorschlag vorzulegen hat.

Dies soll der erste Schritt zur Entpolitisierung der Gerichtsbarkeit sein. Ferner sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden, um Widersprüche in der Judikatur "Oberster Gerichtshöfe" auszuschalten.

Die Obersten Gerichtshöfe sollen jährlich Erfahrungsberichte über widersprechende Rechtsauffassungen dem Nationalrat und den Landtagen übermitteln. Die gesetzgebenden Körperschaften sollen sodann Gesetze beschließen, die solchen Widersprüchen für die Zukunft vorbeugen.

Ich möchte aber dabei feststellen, daß die Klärung von Widersprüchen in der Rechtsauffassung Oberster Gerichtshöfe durch Eingriffe des Gesetzgebers in laufende Verfahren abzulehnen ist. (Beifall.) Im übrigen soll der Gesetzgeber bei allen Gesetzesbeschlüssen darauf Bedacht nehmen, daß sich durch deren

Klarheit widersprechende Auslegungen ausschließen.

Die Österreichische Volkspartei tritt für die Schaffung eines modernen Strafrechtes ein. Auf dem Gebiete des Strafgesetzes, der Strafprozeßordnung und des Strafvollzugs sollen zusammenhängend erarbeitete Entwürfe dem Parlament zugeleitet werden.

Die Österreichische Volkspartei fordert, daß das neue Strafrecht von den sittlichen und ethischen Grundsätzen bestimmt wird, die von der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung vertreten werden. (Beifall.) Die bisher vorgelegten Entwürfe entsprechen dieser Forderung keineswegs in allen Bereichen. Die Volkspartei verlangt daher, daß an diesen Entwürfen Änderungen in diesem Sinne vorgenommen werden.

Aus ganz konkreter Veranlassung möchte ich hier eine Frage wiederholen und feststellen, daß die Volkspartei bei diesem Bundesparteitag ihre Forderung, daß das Fernmeldegeheimnis verfassungsgesetzlich in Form eines Grundrechtes garantiert werden muß, mit allem Nachdruck ausspricht. (Beifall.) Meine Frauen und Herren! Der Staatsbürger muß davor geschützt werden, daß seine auf dem Fernmeldeweg übermittelten Äußerungen willkürlich kontrolliert werden können. Die Fälle einer Durchbrechung des Fernmeldegeheimnisses müssen gesetzlich vollkommen klar umschrieben und abgegrenzt werden. Eingriffe dagegen bedürfen der konkreten Ermächtigung durch den ordentlichen Richter.

Nun zum vierten Thema: Stärkung der Länderrechte.
Vor
Ich stehe hier als Zwitter auf diesem Rednerpult, weil ich sowohl in meiner Eigenschaft als Minister der sogenannte Exponent der Zentralisten wie als Landes-
parteiobmann jener der Föderalisten bin.

Die Bundesländer und die Gemeinden haben anlässlich der Verhandlungen mit der Bundesregierung über ein finanzielles Notopfer der Länder und Gemeinden ein Forderungsprogramm vorgelegt, das sowohl verfassungsrechtliche als auch allgemeine verwaltungsrechtliche Fragen mit dem Ziel einer Verwaltungsvereinfachung behandelt. Es zielt darauf auf, einerseits in der Vergangenheit verlorene Zuständigkeiten der Länder auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Vollziehung wieder herzustellen, enthält andererseits Überlegungen in Richtung einer Verwaltungsvereinfachung. Die Forderungen der Länder lassen sich im wesentlichen in drei Teile gliedern, und zwar einmal stärkere Berücksichtigung des bundesstaatlichen Prinzips dadurch, daß für die bisher erfolgten Kompetenzverschiebungen zugunsten des Bundes den Ländern entsprechende Zuständigkeiten zurückgegeben werden; zum zweiten die Übertragung einer gewissen Steuerhoheit an die Länder im Zusammenhang mit einem neuen Finanzausgleich, und drittens die Übertragung einer Reihe von Verwaltungszuständigkeiten im Bereich der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung des Bundes auf die Länder als Beitrag zu einer Verwaltungsvereinfachung durch Vermeidung von Doppel- und Mehrgeleisigkeit.

Dazu stellen wir fest, daß die Österreichische Volkspartei grundsätzlich für die Stärkung der Länderrechte einschritt. Dieser Stärkung des föderalistischen Gedankens liegt nicht nur ein sittliches Prinzip zugrunde, das die Österreichische Volkspartei in ihrem Programm bejaht, sondern sie ist letzten Endes auch eine wichtige Garantie dafür, daß die Aufgaben ökonomisch und sparsam besorgt werden.

Nun zum fünften Thema, nämlich zur Frage der Wirtschaftspolitik.

Grundsätzlich eine Bemerkung insbesondere zu den Methoden der Wirtschaftspolitik, auf die Landeshauptmann Krainer in seinen Ausführungen schon kurz zu sprechen gekommen ist. Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft gibt derzeit gewisse Anlässe zur Sorge. Es zeichnen sich Gefahren für Realeinkommen, Lebensstandard und Arbeitsplätze ab. Arbeiter, Angestellte, kleinere Wirtschaftstreibende in Gewerbe und Landwirtschaft, öffentlich Bedienstete sowie die Pensionisten sind davon in erster Linie persönlich bedroht. Der Wohlstand, meine Frauen und Herren, hängt vom Wachstum der Wirtschaft ab. Das Wachstum unserer Wirtschaft ist aber ins Stocken geraten. Finanzielle Schwächen der Betriebe und die Marktlage bewirken ein Absinken der Investitionen welche zur Modernisierung, zur Rationalisierung und damit zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit unerlässlich sind. (Zustimmung.) Investitionen sind die Grundlage des Wirtschaftswachstums. Sinkende Investitionen sind Alarmsignale einer bedrohten Zukunft. Die Wahrheit ist, daß es in den nächsten Monaten nicht um die Höhe des Lebensstandards, sondern vorerst und ausschließlich um die Abwehr eines für die gesamte Bevölkerung empfindlichen wirtschaftlichen Rückschlages gehen kann. (Beifall.) Nur wenn diese Abwehr gelingt, wird Österreich die Voraussetzungen eines neuen Aufstieges gewinnen.

Das ist im entscheidenden Maße die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, und dazu möchte ich feststellen, daß die Wirtschaftspolitik der Sachlichkeit am allerwenigsten entbehren kann; sie ist die Grundlage ihres Erfolges überhaupt. Eine wichtige Voraussetzung der Sachlichkeit sind gründlich erarbeitete und

unbestrittene sachliche Unterlagen. Sie sollen eine möglichst vollständige Übersicht über die Entwicklung der Volkswirtschaft liefern und darauf Bedacht nehmen, daß der Rhythmus der Volkswirtschaft nicht in Kalenderjahren verläuft, sondern in längeren Zeiträumen.

Dazu soll erst einmal als notwendiges fachliches Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik für eine längere Zeitspanne eine vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erstellt und jährlich ergänzt werden. Sie soll Posten, wie Gesamtinvestitionen, Gesamtkonsum, die Gesamtleistung der Wirtschaft, die Gesamteinkommen usw. erfassen. Die vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnung soll vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit vor allem mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt ausgearbeitet werden. Dazu sind bestimmte statistische Unterlagen erforderlich, die besser sein müssen, als sie heutzur Verfügung stehen. Daher soll in diesem Sinn die amtliche Statistik verbessert werden.

Diese verbesserten wirtschaftspolitischen Unterlagen müssen an allen Stellen ausgewertet werden, die wirtschaftspolitische Verantwortung tragen. Dazu ist in erster Linie die Bundesregierung berufen, wobei die Mitwirkung der Interessenvertretungen erforderlich ist.

Die Interessenvertretungen sollten darüber hinaus mehr vielleicht noch als bisher das gemeinsame Interesse und ihre gemeinsame Verantwortung in den Vordergrund stellen. Sie sollten deshalb in allen sie berührenden wirtschaftspolitischen Fragen laufend Kontakt halten und ihr Vorgehen im Sinne ihrer gemeinsamen Verantwortung abzustimmen trachten. Dies gilt beispielsweise für Gebiete wie Lohnpolitik, Preispolitik, Steuerpolitik, Investitionspolitik und andere Gebiete.

Dazu schlagen wir vor, meine Frauen und Herren, daß am besten im Rahmen der Paritätischen Kommission ein wirtschaftspolitischer Ausschuß eingerichtet werden soll. Ihm sollen keine Regierungsmitglieder angehören. Dieser Ausschuß kann und soll der Bundesregierung weder ihre wirtschaftspolitische Aufgaben abnehmen noch die wirtschaftspolitische Verantwortung der Bundesregierung schmälern. Er soll sich vielmehr bemühen, die für die Wirtschaftspolitik bedeutungsvollen Maßnahmen der Interessenvertretungen mit der Lage und den gegebenen Möglichkeiten der Volkswirtschaft in Einklang zu bringen. Ständige gemeinsame Beratungen sollen gemeinsame Schlußfolgerungen begünstigen und so den Weg für ein gemeinsames Vorgehen freimachen. Das ist im Hinblick auf die große Verantwortung der Interessenvertretungen in der heutigen Gesellschaft von größter Bedeutung.

Eine weitere Forderung zur Verbesserung der Methoden der Wirtschaftspolitik ist die nach gründlicher und insbesondere sachgerechter Unterrichtung der Öffentlichkeit über die wirtschaftspolitische Lage. Das, meine Frauen und Herren, gilt insbesondere für die Fragen des Budgets. Die Wahrheit ist doch, daß der heutige Umfang der Budgetausgaben für die Leistungskraft der österreichischen Volkswirtschaft zu groß ist. In diesem Zusammenhang verdient der Umstand, daß sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt hat, besondere Aufmerksamkeit. Steuer- und Abgabenerhöhungen sind in dieser Lage kein Ausweg. (Beifall.) Sie würden im Gegenteil Kosten und Preise hinauftreiben und die Zukunftsaussichten sowohl für jeden einzelnen Österreicher als auch für die Gesamtwirtschaft verschlechtern. Dies wäre eine Gefahr für unsere Währung, deren Sicherung, meine Frauen und Herren, nach wie vor eine Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik ist und bleiben muß. (Beifall.)

Und nun zu einem sechsten Thema, dann kommt das siebente, und dann bin ich am Ende meines Berichtes. Ich bitte zu entschuldigen, daß er so lang geraten ist.

Als sechsten Punkt darf ich mich mit der Frage der Kulturpolitik beschäftigen und feststellen, daß der Politische Ausschuß die Auffassung vertreten hat, es soll jetzt neben dem wirtschaftlichen auch der kulturpolitische Aufbau zum Schwerpunkt eines 10-Jahres-Programms werden. Es ist notwendig, energische Schritte zu unternehmen, um der Kulturpolitik und hier insbesondere den Investitionen für Schule, Wissenschaft und Forschung im Rahmen der materiellen Aufwendungen des

Staatess die ihr gebührende Stellung zu sichern. (Beifall.) Die Österreichische Volkspartei hält es dringend geboten, Maßnahmen zur Sicherung dieser Stellung jetzt durchzusetzen, da ein weiterer Zeitverlust vor den kommenden Generationen nicht verantwortet werden kann. (Beifall.) Das bedeutet, daß bei der Verwendung des künftigen Zuwachses öffentlicher Einnahmen den Investitionen für Schule, Wissenschaft und Forschung ein besonderer Rang zuerkannt werden muß. (Neuerlicher Beifall.)

Das erfordert eine neue Schwerpunktbildung der staatlichen Ausgabenpolitik und die Anerkennung der Bedeutung kulturpolitischer Investitionen auch im Rahmen der Wirtschaftspolitik.

In einem langfristigen Investitionsprogramm, und zwar in einem 10-Jahres-Programm, soll die Größenordnung des finanziellen Rahmens und eine Rangordnung der Projekte festgelegt werden. Die Verwirklichung dieses Investitionsprogrammes soll nach gründlicher Vorbereitung 1965 anlaufen.

Eine besondere Stellung, meine Frauen und Herren, muß im Rahmen dieses Programmes der Sanierung des österreichischen Schulwesens auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene und in besonderem Maße des Hochschulwesens zukommen. Dabei sollen die Schulen grundsätzlich vom Lärm und Getriebe der Stadt so entfernt angelegt werden, daß die für den Ausbildungserfolg unerläßliche geistige Konzentration gefördert, der lebendige Kontakt zwischen Lehrern und Schülern ermöglicht und Fakultäten und Bibliotheken nach funktionellen Gesichtspunkten zusammengefaßt sind.

Die Österreichische Volkspartei wird dafür eintreten, daß Nationalrat und Bundesregierung diese Forderungen verwirklichen.

Neben dem langfristigen Programm, von dem hier die Rede ist, soll ein Sofortmaßnahmenprogramm für 1963 folgende Schwerpunkte haben:

1. Das Studienförderungswerk, das in parlamentarischer Behandlung steht und im Herbst nun rasch verabschiedet werden soll.

2. Das Hochschulstudiengesetz, das im Herbst in parlamentarische Behandlung gezogen werden soll.

3. Das Sofortprogramm für die österreichischen Hochschulen, für dessen Verwirklichung sich der Herr Unterrichtsminister mit allem Nachdruck bemühte, das eingeleitet wurde und so rasch wie möglich vollendet werden soll. (Beifall.)

Die Österreichische Volkspartei sieht weiters eine besondere Aufgabe der Kulturpolitik in der Förderung der Kunst. Sie bekundet dabei den von ihr vertretenen Grundsatz und wiederholt ihn an dieser Stelle, daß die Sachförderung ohne Sachbeeinflussung zu erfolgen hat. (Beifall.)

Sie sieht es als eine Aufgabe der Gemeinschaft an, die individuelle Schaffenskraft zu fördern und die Unabhängigkeit der Persönlichkeit als Träger des künstlerischen Schaffens zu verteidigen.

Und nun zum letzten Thema, meine Frauen und Herren, für das ich Sie noch um Aufmerksamkeit bitten darf. Es beschäftigt sich mit der Außenpolitik und mit der Frage der Landesverteidigung.

Die österreichische Außenpolitik muß entscheidend dazu beitragen, daß Österreich seine Freiheit zu sichern und seine Aufgabe als stabilisierender Faktor im europäischen Raum zu erfüllen vermag.

Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu dem von Julius Raab begründeten außenpolitischen Kurs, der mit der 1955 beschlossenen und klar und unmißverständlich definierten immerwährenden Neutralität untrennbar verbunden ist. (Beifall.)

Eine unbedingte Voraussetzung der Freiheit und Neutralität ist aber die wirtschaftliche Lebenskraft Österreichs. Sie muß durch die Wirtschaftspolitik ebenso wie durch die Außenpolitik, und hier insbesondere durch die Außenhandelspolitik, gewährleistet werden.

Dazu gehört die Sicherung unserer Exportmärkte in der ganzen Welt, und hier insbesondere unserer Hauptabsatzmärkte in Europa. Darüber hat ja im einzelnen Herr Landeshauptmann Krainer in seinem Bericht gesprochen.

Die zweite entscheidende Voraussetzung der Freiheit und Neutralität ist die Bereitschaft zur Landesverteidigung. Ein neutraler Staat - und ich darf es als Verteidigungsminister von dieser Stelle aus sagen - ist im Augenblick ernster internationaler Spannungen nur dann vor Angriffen geschützt, wenn er zu einer ausreichenden Landesverteidigung fähig und ^{auch} willens ist. (Beifall.) Ein militärisches Vakuum ist geeignet, militärische Angriffe auf sich zu ziehen. Neutralität ohne ausreichende Landesverteidigung kann zu einer Gefahr für die Bevölkerung werden. Die gebotenen Anstrengungen und auch Opfer für die Landesverteidigung, in deren Rahmen der Zivilschutz einen wichtigen Platz einnimmt, sind ein Preis für unsere Freiheit.

Die Österreichische Volkspartei erwartet, daß die Bundesregierung auch weiterhin alles unternimmt, um dem Südtiroler Volk zu seinem Lebensrecht zu verhelfen. (Beifall.) Für alle Zukunft muß die Lebensbasis der Südtiroler gesichert werden. Dies kann durch die Gewährung einer echten Autonomie geschehen. Form und Inhalt dieser Autonomie müssen allerdings so gestaltet sein, daß sie vom Südtiroler Volk bejaht werden können. Ihre konkrete Rechtsgrundlage ist der Pariser Vertrag. Die Autonomie muß mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft verwirklicht werden, sei es durch zwischenstaatliche Verhandlungen in Durchführung der UNO-Resolutionen oder durch neuerliche Anrufung internationaler Instanzen.

Gerade die jüngsten Ereignisse haben wieder sehr deutlich vor Augen geführt, wie notwendig es ist, daß dem Südtiroler Volk seine Grundrechte zerkant und garantiert werden. Das Recht ist unteilbar, hat Staatssekretär Dr. Steiner gestern von dieser Stelle aus gesagt, und ich möchte hinzufügen: Ebensowenig, wie man den Terror billigen kann, kann man die Folterungen gutheißeln! (Beifall.)

Meine Frauen und Herren! Am Ende dieser sieben Themen, die vorzutragen ich mir gestattet habe, darf ich noch hinzufügen, daß im Politischen Ausschuß eine Empfehlung an den Bundesparteitag beschlossen worden ist, die ich Ihnen pflichtgemäß zur Kenntnis bringe. Diese Empfehlung des Politischen Ausschusses befaßt sich mit dem Österreichischen Rentner- und Pensionistenbund, der sich die Betreuung und Beratung der österreichischen Rentner und Pensionisten zum Ziel gesetzt hat und sich in seinen Satzungen sowie auch in seiner Tätigkeit eindeutig zur christlichen Weltanschauung und

zum Österreichischen Staat bekennt. Es soll von der Gesamtpartei dieser Rentner- und Pensionistenbund in seinen Bestrebungen mit allem Nachdruck gefördert und unterstützt werden. Die Österreichische Volkspartei anerkennt damit die wertvolle Arbeit, die von dieser Organisation geleistet wird, und dokumentiert ihren Willen, alles zu tun, um den alten Österreichischen Mitbürgern einen ruhigen, gesicherten und zufriedenen Lebensabend zu ermöglichen.

Bevor ich nun schließe, darf ich noch die Gelegenheit benützen, allen Mitgliedern des Politischen Ausschusses und allen, die insbesondere in den Expertenkomitees mitgewirkt haben, meinen besonderen Dank für ihre Arbeit zu sagen. Ich danke insbesondere auch jenen Herren, die im engeren Arbeitsstab bei der Vorbereitung dieser Tätigkeit sich in hervorragender Weise bemüht haben.

Ich bitte Sie nun, hoher Bundesparteitag, diesen Bericht und die Empfehlung, betreffend den Österreichischen Rentner- und Pensionistenbund, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender DDR. K ö n i g : Ich danke dem Herrn Minister Dr. Schleizer für seinen umfangreichen und instruktiven Bericht über die Arbeit des Politischen Ausschusses. Ich darf ihm persönlich den Dank für diese gewiß nicht leichte Aufgabe aussprechen.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 15:

Diskussion über die Berichte der Ausschüsse und Beschlußfassung

Ich übergebe den Vorsitz an Herrn Landeshauptmann Ilg.

Vorsitzender Landeshauptmann Ulrich I l g : Meine sehr geehrten Delegierten! Bevor wir in die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes eingehen, möchte ich eine Frage der Geschäftsordnung

zur Beratung stellen. Soweit es das Präsidium anbelangt, ist beabsichtigt, über Mittag durchzutagen (Beifall), in der Absicht, womöglich bis spätestens drei Uhr den Bundesparteitag beschließen zu können, weil viele Delegierte schon mit den Zügen um vier Uhr abfahren wollen. Dieses Ziel ist allerdings nur dann erreichbar, wenn Sie damit einverstanden sind, die Redezeit der Debattenredner auf fünf Minuten zu beschränken. (Beifall.) Das kann das Präsidium aber nicht anordnen, das bedingt eine Änderung der vom Parteitag beschlossenen Geschäftsordnung.

Ich stelle diese Änderung der Geschäftsordnung zur Diskussion und schlage vor, diese Kürzung der Redezeit zustimmend zur Kenntnis nehmen zu wollen. Wünscht dazu jemand das Wort? - Bitte, Herr Minister Dr. Schleinzer.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleinzer :

Hoher Bundesparteitag! Wir haben unseren Bundesparteitag unter die Parole "Parteitag der Diskussion" gestellt. (Beifall.) Ich bin einigermaßen erstaunt darüber, daß dieser Parteitag der Diskussion mit einer solchen Lebhaftigkeit bereit ist, der Verkürzung der Redezeit auf fünf Minuten die Zustimmung zu geben. (Beifall.) Ich persönlich bin der Auffassung, daß vor diesem Parteitag soviel diskutiert worden ist, daß wir es uns gut überlegen sollten, diese zweitägige Zusammenkunft in dieser Form zu verkürzen.

Ich schlage daher vor, daß wir bei unserer bisherigen Vorgangsweise bleiben, unseren Parteitag ordnungsgemäß weiterführen und uns nicht in eine solche Zeitnot bringen lassen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Dann möchte ich folgendes vorschlagen: Versuchen wir, das gesteckte Ziel zu erreichen, ohne die Geschäftsordnung mit Gewalt zu ändern. Wenn es dann aber nicht geht, werde ich mir als Vorsitzender doch das Recht nehmen, eine geschäftsordnungsmäßige Abstimmung vorzunehmen.

Wir gehen jetzt in die Debatte ein. Ich verbinde damit das Ersuchen, die Debattenredner mögen sich aus eigener Initiative der Kürze befleißigen, sie mögen insbesondere zur Sache reden und nicht von anderen Dingen.

Wir werden die einzelnen Abschnitte getrennt behandeln und auch getrennt darüber abstimmen. In der Geschäftsordnung ist vorgesehen, daß die Abstimmung durch Erheben der Delegiertenkarte vorgenommen wird. Ich bitte daher die Damen und Herren, die Delegiertenkarte bereitzuhalten.

Wir kommen zur Diskussion über den Tagesordnungspunkt 14 a), Bericht des Finanzausschusses. Zum Wort hat sich niemand gemeldet. Ich komme daher zur Abstimmung über die Kenntnisnahme des Berichtes. Wer den Bericht des Finanzausschusses zustimmend zur Kenntnis nimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Gegenprobe. - Angenommen.

Wir kommen zur Diskussion über den Punkt b), Statutenausschuß. Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Schreiner aus Linz. Ich erteile es ihm.

15. Diskussion über die Berichte der Ausschüsse
und Beschlußfassung

(Linz)

Bundesrat Direktor Georg Schreiner: Hoher

Bundesparteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Vom Statutenausschuß wurden uns einige Änderungen des Bundesparteitagsorganisationsstatuts vorgelegt. Unter anderem soll der § 16 einen neuen Absatz mit folgendem Inhalt bekommen: "Über Verlangen des zuständigen Parteiobermannes und nach Bekanntgabe der gewünschten Tagesordnung sind die Leitungsorgane der Bünde der ÖFB und der ÖJB der gleichen Organisationsebene verpflichtet, Sitzungen abzuhalten, zu denen der Parteiobermann und der Parteisekretär mit beratender Stimme einzuladen sind."

Wenn wir heute dieser Abänderung bzw. Ergänzung des § 16 unsere Zustimmung geben, dann dürfen wir wohl daran die Erwartung knüpfen, daß es dabei, wie der Referent des Statutenausschusses erklärt hat, nur um die Koordinierung geht und daß daraus kein Dirigismus entsteht, vor allem, daß die einzelnen Bünde und die einzelnen Parteiorganisationen nur bei bestimmten Anlässen vom Parteiobermann verpflichtet werden können, solche Sitzungen einzuberufen, im übrigen aber nach wie vor die Freiheit haben, so wie es den Satzungen der einzelnen Bünde entspricht, selbständig und unkontrolliert auch ihre Beratungen und Sitzungen durchzuführen, was oft sehr notwendig ist.

Wollen wir uns in unserer eigenen Partei vor allem vor einem Dirigismus hüten, er kommt uns von anderer Seite gerade heute zur Genüge zu. Gestern hat Herr Bundesrat Hofmann-Wollenhof einen Fall vorgetragen, der einen Erlaß des Innenministers Olah betrifft und die Veranstaltung des Österreichischen Kameradschaftsbundes zum Gegenstand hat. Heute lesen wir schon

wieder einen ähnlichen Erlaß des Herrn Innenministers in der Presse, der die Veranstaltungen des Kameradschaftsbundes in der bisherigen traditionellen Form praktisch unmöglich macht. Seit eh und je veranstalten ehemalige Soldaten vor allem in der Organisation des Kameradschaftsbundes ihre Treffen in einer disziplinierten Form und nicht in einem "wildem Haufen", der ungeordnet ist und durch die Straßen zieht (Zustimmung), sondern Ordnung und Disziplin aufweist, so wie es der Disziplin und Tradition der österreichischen Soldaten zukommt. (Beifall.)

Wir distanzieren uns alle, die Kameradschaftsbundführungen wie jeder anständige Österreicher, vor Übergriffen eines Einzelnen, wir nehmen aber nicht zur Kenntnis, daß der Herr Innenminister wegen eines einzelnen hunderttausende ehemalige österreichische Soldaten, die ihre Pflicht in Krieg und Frieden erfüllt haben, deswegen diskriminiert. (Beifall.) Wir haben in den letzten Wochen und Monaten gerade vom Innenministerium eine Reihe Rechts- und Verfassungswidrigkeiten bekommen. (Zwischenrufe.) Wir gehen jetzt einer Zeit entgegen, die voller größter Gefahren ist.

Ich darf daher und ich glaube im Namen aller Anwesenden an die neue Bundesparteileitung den Appell richten, dafür Sorge zu tragen, daß es in Österreich nicht wieder zu einer Verbotszeit kommt! (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I. L. G. : Zum Punkt 14 ist niemand mehr gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung über die Anträge des Statutenausschusses. Der Antrag des Statutenausschusses beinhaltet im Prinzip zwei Dinge: die ersten Punkte sind Änderungen des Statuts und der letzte Punkt betrifft eine

Empfehlung an den Statutenausschuß, künftig eine Erweiterung des § 37 vorzunehmen.

Wünscht jemand eine getrennte Abstimmung? - Wenn das nicht der Fall ist, bringe ich den gesamten Antrag unter einem zur Abstimmung. Wer dafür stimmt, den bitte ich um Erheben der Delegiertenkarte. - Danke. Gegenprobe. - Angenommen.

Wir gehen weiter zum Punkt 14c), Bericht des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit, ist niemand gemeldet, wir können daher gleich zur Abstimmung übergehen. Wer dem Antrag des Berichterstatters, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Angenommen.

Wir kommen zur Diskussion über den Punkt 14d), Wirtschafts- und Sozialpolitischer Ausschuß. Dazu sind mehrere Meldungen abgegeben worden. Als erster hat sich Herr Nationalrat Wallner, Graz, gemeldet. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Präsident Josef Wallner ^(Graz) (mit Beifall begrüßt):
Hoher Parteitag! Als Mitglied der Bundesgesetzgebung und als Obmann des Bauernbundes im besonderen beauftragt mit der Interessenvertretung unserer Bauernschaft möchte ich zunächst richtigstellende auf die Ausführung eines gestrigen Debattenredners zurückkommen, der die Arbeit in der Parteileitung ungefähr so dargestellt hat, als ob es dort ständig ein Kräfte-messen der Bünde gegeneinander gäbe. Ich muß als jahrelanger Mitarbeiter in der Bundesparteileitung feststellen, daß es natürlich des öfteren sachliche Interessensgegensätze gibt, daß aber gerade die Bewältigung des heißen Eisens der Erleichterung der Nachbarschaftshilfe in diesem Jahr gezeigt hat, daß es sehr wohl möglich ist und immer noch möglich war, einheitliche Auffassungen zustandezubringen, wenn man das Verbindende höher

stellt als das fachlich Trennende. (Beifall.) Die Erfassung der Mitglieder der Österreichischen Volkspartei in der Größenordnung, wie wir sie heute haben, wäre ohne die rege Organisationstätigkeit unserer Bünde kaum möglich.

Nun zu den Fragen der Wirtschaftspolitik. Die Vertreter der Landwirtschaft haben volles Verständnis und Interesse - das haben wir durch unsere Mitwirkung und Zustimmung auch unter Beweis gestellt. - für die Fragen der Kulturpolitik, der Sozialpolitik, die Fragen des Wohnungswesens und dergleichen mehr. Wir müssen aber auch in einer Zeit stürmischer technischer Entwicklung darum besorgt sein, daß es uns gelingt, einen gesunden und starken Bauernstand aufrecht-zu-erhalten. (Beifall.) Die technische Entwicklung ist heute so weit, daß man es durch den letzten Schrei der Technik in der Fließbandarbeit ermöglicht hat, die Menschen in einer wesentlich verkürzten Arbeitszeit zu beschäftigen und auch deren Einkommen entsprechend zu erhöhen. Die in der Landwirtschaft tätigen Menschen hingegen müssen immer noch in einem sehr großen Ausmaß mit den Kräften der Natur rechnen, mit Kräften, die unbeeinflussbar sind, und der Lohn für die Arbeit wird sehr oft von diesen Kräften schwer beeinträchtigt.

Wir müssen deshalb verlangen, daß der Landwirtschaft zur Entwicklung ihrer Grundlagen für den Bestand vieler selbständiger Bauernbetriebe in der Zukunft auch dort geholfen wird wo die Hilfe der Bauern unter sich allein nicht ausreicht. Wir haben im Jahre 1960 das Landwirtschaftsgesetz beschlossen, viel zu spät, denn in der Schweiz und in Westdeutschland hat man schon im Jahre 1955 Landwirtschaftsgesetze geschaffen.

Nach diesem Landwirtschaftsgesetz wird jedes Jahr ein Bericht über die Entwicklung und den Stand der Landwirtschaft vorgelegt und in einem Plan, den wir den Grünen Plan nennen, werden jene Maßnahmen empfohlen, die hier notwendig sind, sei es zur Verkehrserschließung unserer Bergbauernbetriebe, zur Verbesserung der Agrarstruktur, zur Entwässerung unserer Böden, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Einrichtungen am Bauernhof, damit die Arbeit erleichtert wird; denn wir haben in einem Jahrzehnt mehr als ein Drittel unserer Arbeitskräfte an die Industrie und an die Bauwirtschaft abgeben müssen.

Wir haben uns vorgestellt, daß mit Hilfe des Grünen Planes nach einem bestimmten Konzept die Unterstützung des Staates - wie sie in einem viel größeren Ausmaß in Westdeutschland und in der Schweiz vor sich geht - für die Landwirtschaft Jahr für Jahr entsprechend angehoben wird. Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß immer versucht wird, auf die Seite des geringeren Widerstandes auszuweichen, wenn es bei der Erstellung des Budgets hart auf hart geht.

Wir halten deshalb unser Verlangen aufrecht, daß der Grüne Plan nicht nur am Papier bleibt, sondern ^{daß} mit seiner Hilfe die österreichische Landwirtschaft jene Unterstützung seitens des Staates bekommt, die wir brauchen, damit aus sich heraus selbständige bäuerliche Betriebe bestehen können.
(Beifall.)

Nicht nur für die Wirtschaft, womit man immer Gewerbe und Industrie meint, sondern auch die Landwirtschaft braucht die Pflege und die Aufrechterhaltung der Absatzmärkte. Auch wir von der Landwirtschaft betrachten uns in der weiteren Entwicklung der Produktion und in der Pflege der Absatzmärkte als gleichberechtigt. Es ist uns eine ernste Forderung und ein ernstes Verlangen, daß alles getan wird, um die Verhandlungen wegen einer Assoziation oder einem Arrangement, wie man sagt, mit dem großen westeuropäischen Wirtschaftsraum Wirklichkeit werden zu lassen, wohin wir 85 Prozent unserer Agrarprodukte, die im Inland nicht gebraucht werden, absetzen.

Ich weiß schon, daß im westeuropäischen Wirtschaftsraum nicht alles schön und leicht sein wird, aber für die Zukunft gesehen bedeutet es das Leben und die weitere Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft. Schon spüren wir es, daß durch die jährlichen Zollsenkungen dieser Staatengruppe unter sich unsere Exporte, vor allem in der Viehwirtschaft, schwer diskriminiert werden und es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, unsere Produkte auf den bisherigen Absatzmärkten absetzen zu können.

Wir müssen in der Landwirtschaft durch verschiedene Maßnahmen, die ich angeführt habe, die Grundlagen der Produktion weiter entwickeln, damit wir auch in der Zukunft einen gesunden Bauernstand erhalten können. Wir wollen nicht Bettler und nicht Almosenempfänger sein, aber wir können nichts dafür, daß unsere Betriebe über ganz Österreich über die Berge verstreut sind und oft lange Zufahrtswege für einen Bauernhof gebraucht werden, um überhaupt zeitgemäß wirtschaften zu können. Wir haben unsere Berufsaufgabe nicht in geschlossenen Fabrikhallen zu erfüllen, sondern draußen in der weiten Natur, und gerade dadurch ist die Landwirtschaft nicht in der Lage, die rasante Entwicklung der Technik mitzumachen. Wir haben daher ein Recht darauf, für die Landwirtschaft jene Unterstützung zu verlangen, die sie braucht, damit die Bauernschaft auch in der Zukunft ihre Aufgabe als Ernährungsstand unseres Volkes erfüllen kann. (Beifall.)

Alle, wie Sie hier versammelt sind, sind aus dem Bauernstand hervorgegangen, und es hat noch keine Zeit gegeben, die den Bauernstand mit solchen Sorgen erfüllt hat wie die heutige. Die Abwanderung von der Landarbeit hält ständig an, viele Bauernhöfe sind fast verwaist. Zwei bis drei Arbeitskräfte betreiben oft Wirtschaften, wo früher sechs oder sieben waren. Es gibt Gebiete, wo Maschinen nicht einsetzbar sind und wo die Schwierigkeiten und Sorgen daher sehr groß sind.

Die Sorgen und die Schwierigkeiten des Bauernstandes sind nicht nur unsere Sorgen, denn die Frage der Agrarpolitik ist nicht nur eine Frage der Bauern. Ich möchte deshalb als Vertreter der Bauernschaft ersuchen, daß sich die Gesamtpartei diese Sorgen zu eigen macht. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Als nächster kommt Nationalrat Dr. Weiß zum Wort.

Nationalrat Dipl.-Ing. Dr. Ludwig W e i ß (Kärnten):
Hoher Bundesparteitag! Ich möchte mir gestatten, in aller Kürze nur zu zwei Problemen Stellung zu nehmen, und zwar zu einem speziellen und zu einem allgemeinen Problem.

Das spezielle Problem ist die Frage des österreichischen Verkehrswesens, insbesondere aber die Frage der österreichischen Bundesbahnen. Über ein Unternehmen wie die österreichischen Bundesbahnen, das das Budget auf der Ausgabenseite mit 9 Milliarden Schilling belastet, und über die Verhältnisse, die bei diesem Unternehmen herrschen, kann man nicht ohne Weiteres hinweggehen. Seit dem Jahre 1945 ist der Status der Öster-

reichischen Bundesbahnen ein Provisorium, das im Behördenüberleitungsgesetz festgelegt wurde. Im Behördenüberleitungsgesetz steht die Promesse, daß die Frage der Organisation der Bundesbahnen eine Regelung durch ein eigenes Gesetz erfahren soll. Dieses Gesetz ist bis heute nicht erlassen worden. Es ist immer am Widerstand der Sozialisten gescheitert.

Meine verehrten Freunde! Seit 18 Jahren wird bei jeder Budgetberatung über das Problem der Bundesbahnen gesprochen, es ist aber bis heute nur bei den Worten geblieben. Das Provisorium, das geschaffen wurde, kostet den österreichischen Staat viel Geld, es kostet die Reisenden ihre guten Nerven und es führt in weiten Kreisen des Personals der Österreichischen Bundesbahnen wegen der Verpolitisierung, die dort vor sich geht, zu einer ganz bedeutenden Verbitterung. Das Problem der Österreichischen Bundesbahnen scheint jenes Schicksal zu erfahren, das die Mietengesetze aus dem ersten Weltkrieg erfahren haben: es scheint ein Problem für immerwährende Zeiten zu bleiben.

Ich gebe zu, daß dieses Problem nicht leicht zu lösen ist. Zum Beispiel wurde jetzt in einer Studie eines sozialwissenschaftlichen Institutes festgestellt, daß eine Kommerzialisierung wegen der großen Kosten, die sie für den österreichischen Staat erfordert, kaum in Frage kommt. Aber ich glaube, mit dieser Erkenntnis allein ist es nicht getan. Auch in anderen Staaten gibt es Eisenbahnprobleme. In England etwa und in Amerika sind sie jetzt in ganz besonderem Maße aktuell geworden. Aber dort wird ihre Lösung wenigstens in Angriff ge-

nommen, auch wenn es manche Aufregung in der Bevölkerung hervorruft. Wir dürfen nicht den Kopf in den Sand stecken und den Dingen ihren Lauf lassen, ^{denn} die Sozialisten sind daran interessiert, den heutigen Zustand zu verewigen.

Meine verehrten Parteifreunde! Darf ich noch kurz als Vertreter des Arbeiter- und Angestelltenbundes zu dem allgemeinen Problem christlicher Sozialpolitik Stellung nehmen. Wir haben in der Österreichischen Volkspartei in den letzten Jahren immer wieder davon gesprochen, daß wir eine Politik des kleinen Mannes machen sollen, daß wir die Vertreter wahrer christlicher Sozialgesinnung sind. Merkwürdigerweise glaubt man es uns in vielen Kreisen einfach nicht. Das ist unverständlich, und zwar deshalb, weil die Politik, die die Österreichische Volkspartei in den letzten Jahren gemacht hat, letzten Endes doch eine Politik für den kleinen Mann, eine Politik für weite Kreise der Bevölkerung war, weil sie wirklich eine wahre christliche Sozialpolitik war, wie die Erfolge im Sozial- und Rentenwesen und in der Familienförderung beweisen. Aber man nimmt es uns nicht ab.

Warum ist das so? Ich sehe hierfür zwei Ursachen: Die eine liegt in einer von uns falsch gelenkten Propaganda. Wir machen Sozialpolitik, aber wir sprechen fast nur von Wirtschaftspolitik.

Die zweite Ursache besteht in einem Verkennen dessen, was christliche Sozialpolitik ist. Man scheut sich oft in

weiten Kreisen, von christlicher Sozialpolitik zu sprechen, weil man der Meinung ist, daß auch diese nichts anderes ist als eine Forderungspolitik. Aber, meine verehrten Freunde, die christlichen Arbeiter und die christlichen Angestellten betreiben keine Forderungspolitik, und noch weniger haben sie ein Interesse an einer Almosenpolitik.

Die Politik des christlichen Arbeiter- und Angestelltenbundes ist auf ein besseres Leben gerichtet, aber er kennt auch die Grenzen, die der Staat und die Wirtschaft seinen Wünschen entgegenzusetzen muß.

Es geht also, meine verehrten Freunde, weniger um Lohn-erhöhungen, es geht weniger um das Materielle, sondern es geht in erster Linie um den Geist, der die Sozialpolitik beherrschen muß. Es geht darum, daß der kleine Mann - wenn ich dieses nicht sehr glückliche Wort gebrauchen will - nichts anderes verlangt, als Ansehen im Staat und in der Partei zu haben. Er wünscht, daß seine Stellung in der Gesellschaft gewertet wird, er will ernstgenommen werden, er will gehört werden, er will als vollberechtigt, gleichberechtigter Mensch nicht nur verfassungsmäßig, sondern auch im persönlichen Verkehr geachtet werden.
(Beifall.)

Ich bin der Meinung, daß es vielleicht manche psychologische Mängel in unserer Partei gibt, mancher Arbeitgeber sieht im Arbeitnehmer nur jenen Mann, der nit genug hat, der vom Neidkomplex erfüllt ist, und mancher Arbeitnehmer glaubt in seinem Chef noch einen Mann zu sehen, der keine anderen Interessen hat, als möglichst große Gewinne in seinen Sack zu stecken.

Aber der kleine Mann erwartet sich auch etwas von diesem unserem Parteitag in Klagenfurt. Er erwartet sich nicht einen Beschluß über Erhöhung von Löhnen, einen Beschluß über Erhöhung von Gehältern, aber er erwartet sich eine Vertiefung des christlichen und sozialen Geistes in unserer Partei. (Beifall.)

Es ist gestern sehr viel davon gesprochen worden, daß wir in der Partei neue Wege suchen müssen, daß wir einen neuen Stil

der Politik brauchen. Ich bin auch der Auffassung, daß es richtig ist, aber sorgen wir dafür, daß das nicht Schlagworte bleiben. Ich bin nämlich der Meinung, wir müßten von neuen Wegen gar nicht sprechen, wenn wir die alten Wege christlicher, sozialer Politik immer konsequent gegangen wären. (Beifall.)

Es wurde gestern sehr viel von der Einheit der Partei gesprochen. Auch ich bin der Auffassung: Die Partei muß einig und geschlossen auftreten, aber einig und geschlossen, meine verehrten Freunde, in allen Belangen, einig und geschlossen auch in den Belangen der christlichen Sozialpolitik! Lassen wir nicht den ÖAAB allein christliche Sozialpolitik machen. Es ist eine Angelegenheit der Gesamtpartei! (Beifall.)

Meine sehr verehrten Freunde! Der Geist ist es, der lebendig macht, der Geist ist es, der eine wahre Sozialpolitik ausmacht. Nicht das Ergebnis von Lohnverhandlungen, nicht der Streit um Renten und Pensionen macht letzten Endes die Sozialpolitik. Ein gerechter Geist, ein richtiger sozialer, christlicher Geist wird gerechte Gesetze schaffen, ein richtiger christlicher und sozialer Geist wird gerechte Lösungen auch in den schwierigen materiellen Fragen unseres Landes finden. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Der nächste ist Hans Maukner aus Stockerau.

25

Hans Maukner (Stockerau, Jugendbewegung): Hoher Bundesparteitag! Ich darf als Vertreter der österreichischen Jugendbewegung der großen Freude Ausdruck geben, die wir damit gehabt haben, daß sich der Politische Ausschuß so ausführlich und so eindeutig mit den Problemen von Wissenschaft, Forschung und Kultur beschäftigt hat. Trotzdem möchten wir in der Debatte dazu Stellung nehmen. Die Probleme, die hier zur Debatte gestanden sind, die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Kultur, sind nämlich zu ernst, als daß wir an ihnen ohne Diskussion vorbeigehen dürften. Die Problematik ist zudem so, daß sie kaum von einer anderen politischen Partei in Österreich als von unserer Österreichischen Volkspartei in der ganzen Weite und Tiefe erfaßt und in einem ehrlichen Willen gelöst zu werden vermöchte.

Eine Reihe von Analysen der Situation der Gesellschaft unserer Zeit haben erwiesen, daß wir allzu oft der Meinung sind, den Belangen von Bildung, Wissenschaft und Kultur nur Nebenrang zugestehen zu können. Es scheint fast so, als hätten wir den Wohlfahrtsstaat zu sehr forciert, ohne die kulturellen Einrichtungen ausreichend zu versorgen und ohne sie in ihrem Bestand, aber auch in ihrer zeitgemäßen und als notwendig gebotenen Entwicklung zu fördern.

Geradezu sympathisch dafür ist wohl die Lage an den Hochschulen unseres Landes. Es ist nicht zuviel, wenn man sagt, dort sei ein echter Notstand zu verzeichnen. Eine förmliche Überschwemmung der Fakultäten durch Studenten ist eingetreten. Das gibt nicht nur zu ernststen Sorgen, sondern auch zu ernststen Befürchtungen Anlaß. Die Überschwemmung der Hochschulen unseres Landes liegt zweifellos

auch in einem erhöhten Bildungsbedürfnis begründet. Durch die Zunahme der Mittelschulen streben viel mehr Menschen als früher an die Hochschulen unseres Landes. Aber diese Entwicklung ist nicht neu, sie ist nicht erst seit heute, sie ist seit langem im Gange. Man hat ihr nur nicht rechtzeitig und nicht im rechten Ausmaße Rechnung getragen.

Wir dürfen feststellen: Eine Demokratisierung der höheren Bildung muß unbedingt, wenn sie überhaupt sinnvoll sein soll, von Vermassung und Verflachung in die Qualität gesteuert werden. (Beifall.) Dazu reichen aber derzeit weder die vorhandenen Mittel noch auch die personellen Kräfte aus. Es ist auch die Frage, ob wir in einem gewissen Luxusdenken nicht den Sinn für die richtige Rangordnung auch der gesellschaftlichen Werte verloren haben. Wir haben in kulturpolitischen Belangen vielleicht nicht nur die Wichtigkeit eines materiellen Bedarfes, sondern manchmal auch eine sicherlich nur oberflächliche Wirkung auf eine breite Masse miteinkalkuliert und so nur allzu leicht das Bild verzerrt.

Noch niemals, Hoher Bundesparteitag, hat es eine Gemeinschaft gegeben, die ungestraft ihre Lehrer und Bildner, aber auch die Wähler und Gestalter ihrer geistigen und rechtlichen Ordnung und die Stätten ihrer Ausbildung und Wirksamkeit vernachlässigen hätte dürfen. (Beifall.)

Wir sind es der Zukunft Österreichs und der Zukunft unserer Volkspartei schuldig, diese Dinge nicht nur richtig zu sehen, sondern auch im rechten Geist die Lösung der Probleme anzustreben. (Beifall.) Von uns darf und muß das zukünftige Österreich erwarten können, daß wir Lösungen erarbeiten, die von Weitblick und entschiedenem Ernst zeugen.

Wer aber eher in wirtschaftlichen Kategorien zu denken gewohnt ist, der möge bedenken, daß jede Investition in das Bildungswesen vielleicht zwar nicht unmittelbar, aber doch auf lange Sicht sehr hohe wirtschaftliche Rentabilität besitzt. Es gibt ernste Untersuchungen darüber, und diese Sprechen immerhin von einer Rendite von acht bis zehn Prozent. Vielleicht kann gerade auch diese Tatsache dazu beitragen, bei den Bildungsaufgaben in qualitativ und quantitativ anderen Größenordnungen zu denken als bisher. Solange nämlich der Bildungsetat weniger als drei Prozent des Sozialprodukts ausmacht, darf über die Situation nicht zur Tagesordnung übergegangen werden!

Sie dürfen uns glauben, bei diesem Problem handelt es sich um ein ernstes Anliegen der gesamten Jugend dieses Staates. Daher richten wir diesen Appell an den Bundesparteitag 1963 im Namen der österreichischen Jugendbewegung und der jungen Generation in der Volkspartei, aber auch im Namen der gesamten Jugend des Staates.

Sehen wir doch alle, jeder an seinem Platz, jeder in seiner Funktion und in voller Verantwortung, im Bewußtsein der Notwendigkeiten, daß die Lösung der Probleme von Bildung, Wissenschaft und Kultur nicht nur im Blickwinkel einer tagespolitischen Optik, sondern unter dem Aspekt staatspolitischer Zielsetzung zu erfolgen hat. Es hängt mehr davon ab als billiger Beifall.

Das wird eine schwierige Arbeit sein. Aber wenn wir im heutigen Wohlstand nicht schon die Früchte der Arbeit von morgen vorwegnehmen wollen, Wenn wir alle, und insbesondere die Jugend, in der Industriegesellschaft von morgen nicht eine untergeordnet Rolle spielen wollen, wenn wir in der komplizierten Gesellschaft von morgen eine wirklich qualitativ hochwertige Arbeit und hochwertige Werte setzen wollen, dann müssen wir die Arbeit angehen.

Wir Jungen verlangen nicht etwas, ohne selber einen Beitrag dazu zu leisten. Wir bekennen uns dazu, daß wir etwas zu tun haben. Wir wollen im ehrlichen Bemühen um die Lösung der Probleme ringen im Bewußtsein, nicht nur im Österreich von heute sondern ~~im~~ besonders im Österreich von morgen einen entsprechenden, einen notwendigen Dienst zu leisten. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g i Es hat das Wort der Abgeordnete Sodat, Villach.

Ich darf die anwesenden Delegierten bitten, den Rednern größere Aufmerksamkeit zu schenken. (Beifall.)

(Kärnten)

Landtagsabgeordneter Stefan S o d a t/: Hoher Bundes-

parteitag; Herr Bundeskanzler; Meine Damen und Herren! Noch nie hat ein Parteitag - das wurde auch schon gestern zum Ausdruck gebracht - in der Öffentlichkeit so viel Interesse hervorgerufen, wie es diesmal der Fall ist. Aber nicht nur der Parteitag, sondern die gesamte Arbeit in- und außerhalb der Volkspartei wird in der Öffentlichkeit ständig mit Interesse verfolgt.

Ich darf zum Ausdruck bringen, daß besonders die bäuerliche Bevölkerung, die der treueste Wählerstock der Österreichischen Volkspartei überhaupt ist, mit Interesse die Vorgänge in der Volkspartei verfolgt, besonders auch deshalb, weil es, wenn schon ein Wechsel in der Führungsspitze erfolgen soll, nicht gleichgültig ist, wer diese Führungsspitze innehat.

Meine Aufgabe ist es nun, auf Grund des Berichtes des Ausschusses für Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenfassend einige Probleme der Kärntner Bauernschaft dem Hohen Parteitag zur Kenntnis zu bringen. Kärnten hat eine Gesamtlandwirtschaftsfläche von rund 949.000 Hektar, davon sind 427.892 Hektar landwirtschaftlich genutzt. Laut der letzten Betriebszählung hat die Kärntner Land- und Forstwirtschaft eine Struktur aufgewiesen, die als klein- und mittelbäuerlich zu bezeichnen ist. Wir haben rund 6000 Betriebe unter 2 Hektar, rund 4800 Betriebe von 4 bis 10 Hektar, 6000 Betriebe von 10 bis 20 Hektar und nur 1000 Betriebe sind über 100 Hektar.

Aus dieser Übersicht ist zu ersehen, daß, wie schon gesagt, die Kärntner Landwirtschaft sich zum überwiegenden Teil aus klein- und mittelbäuerlichen Betrieben zusammensetzt. Wenn

Landtagsabgeordneter Stefan S o d a t/! ^(Kärnten) Hoher Bundesparteitag! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Noch nie hat ein Parteitag - das wurde auch schon gestern zum Ausdruck gebracht - in der Öffentlichkeit so viel Interesse hervorgerufen, wie es diesmal der Fall ist. Aber nicht nur der Parteitag, sondern die gesamte Arbeit in- und außerhalb der Volkspartei wird in der Öffentlichkeit ständig mit Interesse verfolgt.

Ich darf zum Ausdruck bringen, daß besonders die bäuerliche Bevölkerung, die der treueste Wählerstock der Österreichischen Volkspartei überhaupt ist, mit Interesse die Vorgänge in der Volkspartei verfolgt, besonders auch deshalb, weil es, wenn schon ein Wechsel in der Führungsspitze erfolgen soll, nicht gleichgültig ist, wer diese Führungsspitze inne hat.

Meine Aufgabe ist es nun, auf Grund des Berichtes des Ausschusses für Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammenfassend einige Probleme der Kärntner Bauernschaft dem Hohen Parteitag zur Kenntnis zu bringen. Kärnten hat eine Gesamtlandwirtschaftsfläche von rund 949.000 Hektar, davon sind 427.892 Hektar landwirtschaftlich genutzt. Laut der letzten Betriebszählung hat die Kärntner Land- und Forstwirtschaft eine Struktur aufgewiesen, die als klein- und mittelbäuerlich zu bezeichnen ist. Wir haben rund 6000 Betriebe unter 2 Hektar, rund 4800 Betriebe von 4 bis 10 Hektar, 6000 Betriebe von 10 bis 20 Hektar und nur 1000 Betriebe sind über 100 Hektar.

Aus dieser Übersicht ist zu ersehen, daß, wie schon gesagt, die Kärntner Landwirtschaft sich zum überwiegenden Teil aus klein- und mittelbäuerlichen Betrieben zusammensetzt. Wenn

man bedenkt, daß, abgesehen von kleinen Gebieten, schlechte Bodenverhältnisse vorherrschen, kann man ermessen, welcher schweren Existenzkampf die Kärntner Landwirtschaft zu führen hat. Aus nichtamtlichen Erhebungen der Kärntner Landwirtschaftskammer kann entnommen werden, daß wir mit Stand von 1953 12.418 arron- dierte Betriebe und 21.381 nichtarron- dierte Betriebe in Kärnten hatten. Mit anderen Worten, es hat jeder Betrieb vom Bergbauern abgesehen mehr oder minder Streulage.

Obwohl seit dieser Zeit sicherlich einiges geschehen ist, hat Kärnten diesbezüglich einen sehr großen Aufhol- und Nachholbedarf, und es steht außer Zweifel, daß neben vielen anderen Maßnahmen der Förderung die Verbesserung der Strukturver- hältnisse eine besonders wichtige Aufgabe ist.

Die derzeit in ganz Österreich, ja in ganz Europa im Fluß befindliche Umbildung der Agrarstruktur, deren Ursachen in der geänderten wirtschaftlichen, marktpolitischen, sozialen und arbeitstechnischen Voraussetzungen zu suchen sind, findet in der Gruppe der mittleren bäuerlichen Familienbetriebe erst- malig wieder einen ruhenden Pol, und es erweisen sich gerade diese Kategorien von Betrieben als die anpassungsfähigste und krisenfeste Form der Landwirtschaft.

Der Betriebsaufstockung, das heißt der Forcierung rohertragshöherer Betriebszweige, muß große Bedeutung zugemessen werden. Letztlich hat dies aber auch seine natürlichen Grenzen und muß Hand in Hand mit der Besitzaufstockung als Flächenver- größerung gehen. Wenn schon die natürlichen Produktionsbedin- gungen, wie Klima, Gelände, Niederschlag, usw., nicht abzuändern sind, dann sind Mittel und Wege zu suchen, und diese müssen

gefunden werden, um in naher Zukunft Zusammenlegungen, Besitzaufstockungen, Arrondierungskäufe, Entwässerungen und dergleichen voranzutreiben. Den Betrieben muß das Fundament einer rationalen Wirtschaftsführung als Starthilfe in einem größeren Wirtschaftsraum gegeben werden.

Wie kann das geschehen? Zur Zeit werden Kredite zu 3 % mit einer Laufzeit von 10 Jahren zur Verfügung gestellt. Maximal werden 100.000 Schilling gewährt. Eine weitere Einschränkung erfährt diese Aktion dadurch, daß nur 50 %, in besonderen Fällen höchstens zwei Drittel als Darlehen gegeben werden. Damit kann aber das Auslangen nicht gefunden werden.

Dazu kommt noch die Erschwernis der Grunderwerbssteuer, welche nur entfällt: wenn der Käufer nachweist, daß der Grundzukauf eine Betriebsarrondierung darstellt. Die Folge davon ist, daß kapitalkräftige Personen Grund und Boden erwerben, der vornehmlich und dringend zur Aufstockung der bäuerlichen Betriebe notwendig ist. Wenn das Grundverkehrsgesetz eine gewisse Bedingung darstellt, so kann es dem nicht Einhalt gebieten, wenn die Mittel zur Finanzierung dieser Aufstockung nicht vorhanden sind. Hier muß daher eine großzügige Hilfe des Staates eingreifen, und langfristige Kredite - etwa bis zu 30 Jahren - für die Wiederaufstockung bereitzustellen.

Wenn nun der Bauernbund die Forderung dahingehend stellt, daß die Mittel zum Grünen Plan eine Aufstockung erfahren sollen, um all diese Maßnahmen durchführen zu können, so ist das, wie ich glaube, ein gerechtes und berechtigtes Begehren des Bauernbundes, daß diese Forderung eine Generalforderung der gesamten Partei überhaupt sein muß. Kärnten ist auf Grund sein

natürlichen Struktur ein Grünland- und somit Viehhaltegebiet. Der Getreidebau wird überwiegend nur den begünstigten Tallagen zukommen. Auch in einem großen Wirtschaftsraum wird sich der Getreidebau auf ertragsreiche Gebiete beschränken und es wird zwangsläufig die Erzeugung von Futtergetreide einen größeren Raum einnehmen, da Futtergetreide zur Veredelungswirtschaft dringend benötigt wird und derzeit der Bedarf noch durch Großimporte gedeckt werden muß.

So bleibt noch die Betrachtung des Sektors Viehwirtschaft, der der wichtigste Betriebszweig für Kärntens Landwirtschaft überhaupt ist. Auf Grund seiner geographischen Lage ist Kärnten stark exportorientiert, und wesentlich an der gesamtösterreichischen Erzeugung beteiligt. Österreich hat zum Beispiel bei steigender Produktion 420.000 Tonnen Fleisch produziert. Von dieser Erzeugung wurden 17.000 Tonnen Rindfleisch und 3.500 Tonnen Schweinefleisch lebend exportiert. Demgegenüber stehen 9000 Tonnen Schweinefleisch, welche in Form von Lebend-schweinen importiert wurden.

Der Butterbedarf von 34.500 Tonnen wird restlos gedeckt. Darüber hinaus werden noch 3000 Tonnen exportiert. Der Milchüberschuß in Österreich äußert sich in Form von Butter- und Käseüberschuß. Er beträgt jährlich 3000 bis 5000 Tonnen. Dieser Überschuß ist auf dem internationalen Markt unbedeutend, für Österreichs Milchwirtschaft aber lebenswichtig.

Es ist daher notwendig, daß die Milchproduktion keine Einschränkung erfährt und der Überschuß im Exportwege Verwertung findet.

Der übrige Fettbedarf von 144.000 Tonnen wird durch Importe von 76.000 Tonnen oder rund 53 % des Bedarfs durch Rohfette gedeckt. Österreich kämpft schon seit langem um ~~die~~ eine Auflage der eingeführten Rohfette. Das ist bisher nicht gelungen. Hingegen hat man in der Schweiz bereits eine diesbezügliche Auflage durchgeführt; sie beträgt rund 35 Millionen Franken, das sind rund 200 Millionen österreichischer Schillinge

Österreich kennzeichnet sich als Überschußland. Obwohl der österreichische Warenverkehr mit landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt nur eine geringe Rolle spielt, wird das Schicksal der österreichischen Landwirtschaft wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, die Importe von Nahrungsmitteln einzuschränken und die Überschüsse landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verwerten und abzusetzen.

Mit dieser Darstellung sind die Probleme der Kärntner Viehwirtschaft umrissen. Folgende Gedanken können über unsere zukünftige Viehwirtschaft dargelegt werden: Durch ein Absinken der Exportmöglichkeiten von Schlachtvieh würde Kärnten stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Kärnten erzeugt nicht nur exportfähige Schlachtware, sondern auch das Ausgangsprodukt, die sogenannten Einstellochsen, welche vornehmlich Erzeugungsprodukte bergbäuerlicher Betriebe sind.

Die Beschickung des Wiener Marktes ist kaum oder nur mit Transportvergütungen und ähnlichem möglich. Es ist daher nahelegend, daß der Export nach Italien für Kärnten, das sich in Grenznähe befindet, besondere Berücksichtigung bei der Kontingentierung zu finden hat.

Kärnten hat bis Ende August dieses Jahres 9.000 Schlachtrinder gegenüber 5.800 im gleichen Zeitraum des Vorjahres exportiert.

Vordringlich wäre die Beseitigung exporthemmender Schwierigkeiten seitens der österreichischen Verwaltung, besonders des Einspruchsrechtes des Innenministeriums aus übertriebener Angst um die Inlandversorgung, sowie bürokratischer Erschwernisse, wie Gewichtsbeschränkungen, Kategorieneinteilungen und dergleichen mehr. Auf Grund diverser Telephonate, Fernschreiben und Eingaben der Landwirtschaftskammer sind in Kärnten in letzter Zeit gewisse Erleichterungen geschaffen worden, doch noch immer sind exporthemmende Maßnahmen vorhanden.

Die Sicherung des Schlachtviehabsatzes in den EWG-Raum muß eine hohe Aufgabe unserer Regierung sein. Sie kann auch ein Opfer erfordern, das sich aber, auf lange Sicht gesehen,

fraglos wieder bezahlt macht. Die Ausweitung des Fleischexportes und die Schaffung der notwendigen Einrichtung hierfür sind ein Gebot der Stunde.

Nicht unerwähnt bleiben sollte auch noch die gezielte Förderung der Zuchtrinderproduktion in bergbäuerlichen Betrieben. Die derzeit laufende Umstellungsaktion könnte in einigen Jahren die Grundlage dafür bilden.

Vorsitzender Landeshauptmann I l g (den Redner unterbrechend): Ich bitte, zum Schluß zu kommen!

Stefan S o d a t (fortsetzend): Darüber hinaus möchte ich noch folgendes zum Ausdruck bringen: Es ist richtig, daß durch die Sozialgesetzgebung in den letzten Jahren auch für die Landwirtschaft etwas getan wurde, zum Beispiel in Form der Kinderbeihilfe und der Zuschußrente. Das Wort "Zuschußrente" sagt aber schon, daß es sich hierbei um keine Normalrente handelt, sondern nur um einen Zuschuß zum Ausgedinge. Wenn auch wirtschaftlich stärkere Betriebe dadurch eine Hilfe bei der Leistung des Ausgedinges haben, so muß doch festgestellt werden, daß kleinere Betriebe, die das Ausgedinge kaum leisten können, im besonderen aber Pächter, damit kein Auslangen finden.

Eine weitere Reform der Sozialgesetzgebung für die Landwirtschaft ist unbedingt erforderlich. (Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)

Hoher Parteitag! Diese Probleme der Kärntner Land- und Forstwirtschaft wollte ich dem Parteitag im Telegrammstil zur Kenntnis bringen. Die Bauernschaft dieses Bundeslandes erwartet, daß die Gesamtpartei zu diesen Problemen eine entsprechende Einstellung hat. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Mayrhofer. Ich bitte aber die Redner um weise Selbstbeschränkung.

Landtagsabgeordneter Dr. Wolfgang M a y r h o f e r
(Völkermarkt): Hoher Bundesparteitag! Bei der Spannung des heutigen Tages und bei der Fülle der Probleme, die von einzelnen Gruppen und ihren Sprechern vorgetragen werden, kann es geschehen, daß auf die Bedürfnisse einer Bevölkerungsgruppe vergessen wird, die hier noch keine Sprecher hat, die noch nicht das Wahlrecht hat und daher ihre Stimme nicht erheben kann: ich meine die Kinder. Die letzte Teuerungswelle ist bei fast allen Bevölkerungsgruppen schon abgegolten worden. Die anderen Bevölkerungsgruppen haben eben das Wahlrecht und können sich wehren. Unsere Kleinen haben aber noch immer nicht jene Zulage zur Kinderbeihilfe bekommen, auf die sie eigentlich Anspruch haben. Die bisher in den Zeitungen veröffentlichten Vorschläge sind sowohl unzureichend als auch unbefriedigend. Jeder von denen, die einmal für sich später eine Pension oder eine Rente erwarten - seien es nun Arbeiter, Angestellte, Abgeordnete zum Nationalrat oder Mitglieder der Bundesregierung -, sollte sich vor Augen halten, daß heute jene Arbeitskräfte heranwachsen und zum Teil sogar erst geboren werden, die später seine Pension mitverdienen und erarbeiten müssen. (Beifall.)

Es ist heute viel von wirtschaftlichen Problemen und auch davon gesprochen worden, daß eine Ausweitung des Wirtschaftswachstums nur durch Investitionen erreicht werden kann.

Die Vermehrung der Bevölkerung stellt aber die beste wirtschaftliche Investition dar. Der Kinderreichtum ist die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Ausweitung. Eine Ausweitung des wirtschaftlichen Wohlstandes ist gar nicht möglich, wenn es nicht gelingt, eine zunehmende Kinderanzahl zu erreichen.

Es mag sein, daß - wie ich eingangs erwähnte - in der Hast des Tages auf diese Frage vergessen wird, die sich erst in 10, 20, 30 oder 40 Jahren richtig auswirkt. Es gibt aber eine Organisation, die sehr gewissenhaft solche Überlegungen anstellt, nämlich den Katholischen Familienverband. Er hat in außerordentlich sorgfältiger Arbeit unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Auswirkungen Vorschläge gemacht. Ich lege es dem Hohen Bundesparteitag nahe, diese Vorschläge des Katholischen Familienverbandes zu prüfen und ihnen zur Durchsetzung zu verhelfen.

Meine Damen und Herren! Eine Bevorzugung der Ein-Kind-Familie, wie sie von der Sozialisten Partei immer wieder vorgeschlagen wird, genügt nicht einmal zur Erhaltung unseres Volkskörpers. Es muß vielmehr auf die Mehr-Kind-Familie Rücksicht genommen werden. Die besten Vorschläge hiezu sind die des Katholischen Familienverbandes. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wenn der Österreichischen Volkspartei von den politischen Gegnern manchmal der Vorwurf gemacht wird, sie sei eine Partei der Kapitalisten und der großen

1200 5

Wirtschaftstreibenden, so kann diesem Vorwurf am eindeutigsten damit begegnet werden, daß eine gesunde Familienpolitik vorangetrieben wird. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Das Wort hat Herr Nationalrat Prinke.

Nationalrat Franz P r i n k e (Bundesparteileitung) (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Es ist selbstverständlich, wenn sich der Parteitag mit wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen beschäftigt, daß man an einer Frage, die das Hauptanliegen der österreichischen Bevölkerung betrifft, nicht achtlos vorübergehen kann.

Wohin wir als Vertrauenspersonen oder Funktionäre kommen, immer wieder wird die Frage der Lösung des Wohnungsproblems an uns herangetragen. Wir wissen, daß die Statistiken davon sprechen, daß der quantitative Wohnungsbedarf in Österreich annähernd gedeckt ist, daß es nur mehr einen qualitativen Wohnungsnotstand gibt. Wer aber die Verhältnisse genau kennt, der weiß, daß die Statistik nur von nackten Ziffern ausgeht und nicht berücksichtigt, daß tatsächlich ein echter Wohnungsnotstand besteht.

Ich spreche hier zu Ihnen nicht nur als zuständiger Referent in der Bundesparteileitung für die Lösung der Wohnungs- und Mietfragen, sondern ich bin auch von der österreichischen Jugendbewegung beauftragt worden, einige ernste Worte an die Delegierten des Bundesparteitages zu richten.

Wer sehen muß, wie schwierig es ist, heute eine junge Ehe zu gründen, einen Familienstand zu gründen, wer weiß, daß annähernd um 14 Milliarden Schilling Ansuchen bei den einzelnen Wohnhausbau- fonds - sei es der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds oder der Landeswohnbauförderungsfonds 1954 - liegen, der weiß, was es bedeutet, mit einer Wartezeit von sechs bis zehn Jahren rechnen zu müssen. Wie viele Gelöbnisse sind in der Zwischenzeit zerbrochen, weil keine Möglichkeit bestand, den entsprechenden Wohnraum zu finden, der notwendig ist, um eine Ehe, eine Familie gründen zu können.

Sie werden daher verstehen, daß wir in einer dringlichen Sorge darum bemüht sind, diesem Zustand ein Ende zu bereiten beziehungsweise eine Wende einzuleiten, die es uns ermöglicht, rascher und dringender den Wohnungsfehlbestand in Österreich zum Abbau zu bringen. (Beifall.)

Besonders unsere junge Generation drängt danach, zu Wohnraum zu kommen, und wir können feststellen, daß wir erfreut sind, daß nun endlich in den Parteienverhandlungen ein Endtermin für eine Einigung mit 31. Dezember 1964 gesetzt wurde. Aber gestatten Sie mir, als der zuständige Referent auch zu sagen, daß ich es tief bedauere, daß man erstens einen so langen Zeitraum gewählt hat und daß zweitens seit den Wahlen bereits zehn Monate vergangen sind und wir noch zu keinen konkreten Verhandlungen mit dem derzeitigen Koalitionspartner gekommen sind.

Wer die große Problematik kennt, der weiß, welche Dinge einer Erledigung harren, wer weiß, daß in erster Linie eine klare Umgrenzung der Kompetenzen erfolgen muß, der weiß, daß endlich einmal im Sinne unserer Verfassung, so wie es uns bei der Schaffung des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 vorgeschwebt hat, der Wohnungsbau in die Bundesländer zurückgeführt werden sollte, weil die Bundesländer am ehesten in der Lage sind, die Verhältnisse richtig zu beurteilen und auch eine richtige Verteilung der Gelder vorzunehmen. Es wird daher eine sehr harte Nuß mit unserem Partner zu knacken sein.

Darüber hinaus müssen aber auch die finanziellen Belange eine Bereinigung erfahren. Es geht nicht an, daß wir besonders dem privat geförderten Wohnbau das Wort reden, aber auf der anderen Seite feststellen müssen, daß gerade die Bausparkassen und jene

Vereinigungen, die aus eigener Kraft heraus bemüht sind, Wohnraum zu schaffen, nicht jene Unterstützung und Förderung finden, die notwendig wäre, um ihnen ein starkes Maß an Möglichkeiten zu geben, Wohnungen zu schaffen. (Beifall.)

Wir müßten also klar darauf dringen, daß entsprechende steuerliche und gebührliche Begünstigungen eingeräumt werden, die es den Bausparkassen ermöglichen, ihre segensreiche Tätigkeit, die sie bisher entfaltet haben, auch in Zukunft weiterzuführen.

Meine Frauen und Männer! Es geht aber auch nicht an, daß wir immer wieder im Schlepptau der Sozialisten versuchen, die Wohnbaufrage von der finanziellen Seite her zu regeln. Wenn wir lesen und hören müssen, daß auch im Budget für das kommende Jahr nur Brosamen an Mitteln enthalten sind, dann muß uns bang werden, wenn wir auf der anderen Seite hören, daß Herr Vizekanzler Doktor Pittermann erklärt hat, die Sozialisten werben diesem Budget nur zustimmen, wenn im Budget die gleichen Mittel vorhanden sind, wie sie im Jahre 1962 vorhanden waren. Das heißt also rund 400 Millionen gegenüber 20 Millionen, wie wir sie im Jahre 1963 im Budget haben. Die Sozialisten werden also wieder diejenigen sein, die sich besonders der Wohnungssuchenden angenommen haben, und wir werden hier wieder in die Hinterhand kommen! Wäre es nicht an der Zeit, daß von uns aus aus eigenem eine Tat gesetzt wird und wir uns bemühen, im Rahmen des Budgets Mittel zur Verfügung zu stellen, die es uns ermöglichen, einen wirklich sozialen Wohnungsbau in Österreich zu tätigen? (Beifall.)

Können wir von einem sozialen Wohnungsbau in Österreich sprechen, wenn wir feststellen müssen, daß heute die Belastung für den einzelnen, der eine solche sozial geförderte Wohnung

erhält, zwischen fünf und zehn Schilling pro Quadratmeter liegt? Meine Damen und Herren! Das bedeutet eine monatliche Belastung von 500 bis 1.000 S für den einzelnen Wohnungsinhaber, und auf der anderen Seite kein Groschen, kein Äquivalent dafür, daß auch diese hohen Mieten bezahlt werden können. Wäre es nicht an der Zeit, sich ernstlich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob wir nicht beim familiengerechten Wohnungsbau besonders den Familien-erhaltern Mietzinsbeihilfen geben und den sozialen Wohnungsbau sozial fördern sollten, nicht nur nach der Brieftasche des einzelnen? (Beifall.)

Wir sehen also ungeheure Aufgaben, die einer Lösung harren. Auch darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen, daß allein die Sparkassen heute noch diejenigen sind, die Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Wären nicht auch die anderen Geldinstitute zu verpflichten, billige Kredite zur Verfügung zu stellen (Beifall), nicht Kredite, die mit acht bis zehn Prozent pro anno verzinslich sind. In den anderen Staaten, sei es im Westen oder sei es im Osten, gibt es eine Wohnbauförderung, wo die teuersten Kredite mit sechs Prozent zu verzinsen sind. Aber bei uns sieht man nur auf das Kommerzgeschäft und denkt nicht daran, daß diese Kredite von den einzelnen Wohnungswerbern bezahlt werden müssen. (Beifall.)

Wenn wir alle diese Dinge einer genauen Betrachtung unterziehen, dann müssen wir uns sagen, daß wir auf diesem Gebiete zuwenig getan haben. Es nützt uns nichts, wenn eine Person sich zerreißt und zerfetzt und immer wieder hinausruft: Tut mehr auf diesem Gebiet!, sondern es müßte ein Ruf der ganzen Partei sein, daß alles getan werden muß, um dieser Lebensfrage nicht nur

in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung zu entsprechen, denn wenn die Jugend draußen steht und eine Wohnung nur durch die Sozialisten erhalten kann, dann wird sie auch an unseren schönsten Programmen verzweifeln, weil wir ihr in ihrer Not nicht helfen können. (Beifall.)

Deshalb geht mein Ruf an Sie als den Bundesparteitag: Gehen Sie mit mir einig in der Forderung, die wir der Bundesparteileitung stellen, daß die Frage Nummer eins, die gelöst werden muß, die Wohnbaufrage in Österreich sein muß. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Ilg: Der nächste Redner ist Nationalrat Minkowitsch.

Nationalrat Roland M i n k o w i t s c h / i (NÖ.) Hoher

Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Als niederösterreichischer Nationalratsabgeordneter und geborener Kärntner (Beifall) nehme ich voll Freude die Gelegenheit wahr, hier in Klagenfurt zum Bericht des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses einige Feststellungen zur österreichischen Agrarpolitik zu machen. Ich werde das im Schnellzugstempo und völlig ungeschminkt tun, und gerade weil ich es ungeschminkt tun werde, halte ich es für meine Pflicht, an die Spitze meiner Ausführungen zu stellen, daß die Bauernschaft Österreichs treu zur österreichischen Volkspartei und zu ihrer agrarischen Führung steht. (Beifall.) Nicht nur wir Bauern, sondern wir alle, die wir im Saale sitzen, müssen uns glücklich schätzen, daß wir einen Landwirtschaftsminister haben, der Hartmann heißt und europäisches Format besitzt. (Beifall.)

Darf ich nun zu einzelnen Parolen Stellung nehmen. Es hat geheissen, die Landwirtschaft hätte die Regierungsbildung gewonnen, und es hat auch nachher geheissen, die Forderungen der Landwirtschaft hätten die Bundespräsidentenwahl verspielt. Darf ich dazu ganz offen einiges sagen. Wenn einzelne Grundnahrungsmittel für den Konsumenten erhöht wurden, ob es der Zuckerpreis, der Preis für Semmeln und Brot war, so möge man doch der Wahrheit die Ehre geben und zugeben, daß es nicht die Forderungen der Landwirtschaft waren, die zu diesen Erhöhungen geführt haben. Wir haben uns dagegen verwahrt, haben uns auch darüber geärgert. Aber jedes Ding hat seine zwei Seiten. Meine Damen und Herren! Man hat, unterschwellig bewußt, zugegeben:

Der österreichische Bauer ist der Ernährer des Volkes, und wenn auf unserem Nahrungsmittelsektor irgendwo etwas passiert, wird immer wieder der Bauer zur Verantwortung gezogen. Das ist aber nicht richtig und wir müssen doch hier der Wahrheit die Ehre geben.

Ich will jetzt nicht zum Milchpreis eingehend Stellung nehmen. Wir alle anerkennen die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft, wenn sie mit ihrem Lebenshaltungskostenindex nachweist, daß ihr Einkommen zum Teil zurückgegangen ist. Wollen wir aber als gleichberechtigte österreichische Staatsbürger endlich zur Kenntnis nehmen, daß auch unsere Gesteuerkosten ein gleich zu behandelnder Faktor sind. (Zustimmung.) Ich möchte nicht erst hier zur Debatte stellen, welchen Milchpreis wir in Österreich haben müßten, wenn wir Feiertagszulagen, Schmutzzulagen, Überstunden und Nachtzulagen bezahlen müßten. Ich darf Ihnen sagen, daß ich für meine Person das Milchpreisproblem gelöst habe. Ich habe im Jahre 1957 die letzte Kuh aus meinem Hof mit 20 Hektar Wirtschaftsfläche hinausgeschmissen, weil ich mir sagte; auch ich möchte billige Milch trinken; und diese kann ich aber in Österreich nicht erzeugen, sondern nur kaufen. (Zustimmung.) Es ist nachgerade ein Witz, daß dieses Volksnahrungsmittel unter dem Preis von Sodawasser rangiert. Aber ich möchte dieses Thema hier nicht weiter erörtern.

Ein weiteres Stichwort sind die Subventionen, die die Landwirtschaft erhöht, das "Paulbett", das uns zur Verfügung

gestellt wird. Auch dazu ein offenes Wort. Der Streit, wem die Subventionen zukommen, ob der Konsumentenschaft oder Produzentenschaft, ist schon geradezu lächerlich. Ich möchte Sie bitten, daran zu denken, daß die Marktpreise, mit denen hier so gerne operiert wird, ein äußerst zweischneidiges Schwert sind. Es gibt nämlich nicht nur Marktpreise für Fett und Getreide, es gibt auch Marktpreise für eine Arbeitskraftstunde, und wollen wir nicht vergessen, daß eine Milliarde Menschen in Hinterindien lebt. Denn wenn man uns vorrechnen will, daß unser Milchpreis und unsere Fettversorgung nur mit Subventionen aufrechterhalten werden können, dann, meine Damen und Herren, muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß die Fettrohstoffimporte nicht auf österreichischen Kollektivverträgen, sondern auf der Basis "mehr Schweiß" beruhen, und wenn man unsere österreichischen Bauern hiemit gleichstellen will, dann möge man es doch endlich einmal offen heraussagen. Wir nehmen alles zur Kenntnis, aber wir werden uns auch danach einzurichten wissen. Wenn wir daran denken, was sich auf dem Sektor der österreichischen Agrarexporte getan hat, wie die Viehexporte plötzlich abgestoppt worden sind, dann bitte ich Sie alle, sich die Frage vorzulegen, ob sich vielleicht die VÖEST oder die Steyr-Werke eine derartige Exportbeschränkung hätten gefallen lassen. (Beifall.) Von uns hat man es als eine Selbstverständlichkeit erwartet, daß wir die Staatsraison in Erbpacht zu nehmen hätten. Wir wollen kein Faulbett, um noch einmal auf die Subventionen zurückzukommen, wir wollen nur Gleichberechtigung auch beim Agrarexport.

Nachdem wir jetzt vor einer wirklich äußerst schwierigen Zeit stehen und die Budgetverhandlungen das Äußerste von unseren Spitzenkräften verlangen werden, müssen wir uns dazu bekennen, daß wir auch beim Budget zu einer Rangordnung kommen müssen. Diese Rangordnung muß lauten: zuerst das Notwendige, dann das Nützliche und zum Schluß das Angenehme. Wenn wir zu dieser Rangordnung nicht finden, würden wir die Rechnung alle selbst zu begleichen haben.

Ich stehe auch als Vertreter der Österreichischen Weinbauwirtschaft hier vor Ihnen und muß hier vor diesem Bundesparteitag klar und offen aussprechen, daß der österreichische Weinbau der höchstbesteuerte ganz Europas ist. Wir sind nicht fauler und blöder als unsere Kollegen im Ausland. Unter gleichen Startbedingungen werden wir unsere Betriebe zu erhalten wissen, aber zu diesen gleichen Startbedingungen gehört auch eine steuerliche Gleichziehung. Der österreichische Wein hat, um nur eines herauszugreifen, eine Doppelbelastung von Verbrauchssteuern in Form von Getränke- und Weinsteuer. Das Bier ist getränkesteuerfrei, weil man Biersteuer dafür bezahlt. Wir müßten annehmen, daß auch der Wein getränkesteuerfrei zu sein hat, weil Weinsteuer bezahlt wird, noch dazu weil diese Steuern genau 50 Groschen pro Liter betragen. Aber dem ist nicht so. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, daß unsere Geduld in dieser Richtung erschöpft ist.

Nun zum Schluß. Wir alle, meine Damen und Herren, sind nicht eine Summe von Delegierten einzelner Bünde und einzelner

Zweckverbände, sondern wir sind doch, und das möchte ich doch besonders unterstreichen, Delegierte des österreichischen Volkes, das sich zur Idee des christlichen Abendlandes bekennt. Auf dieser einheitlichen Basis wollen wir doch weiter arbeiten. Es folgt daraus, daß nur dann, wenn alle Berufsgruppen für ehrliche Arbeit auch einen ehrlichen Lohn erhalten, eine zukünftige friedliche Entwicklung gewährleistet bleibt.

Gegen den Gewerkschaftsbund - so sagt man - läßt sich in Österreich schlecht regieren. Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Gegen die Lebensinteressen der Bauernschaft läßt sich in Österreich auf die Dauer auch nicht regieren! (Beifall.)

An den neuen Bundesparteiobmann - von dem wir alle hoffen, daß er ein würdiger Nachfolger seiner großen Vorgänger Figl, Raab und Gorbach werden möge - haben wir als Bauern eine Bitte: Vergeßt die Bauern nicht, denn sie sind die Getreuesten der Getreuen dieser Österreichischen Volkspartei! (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Herr Nationalrat Dr. Weißmann verzeiht auf das Wort. (Beifall.) Als nächster Redner kommt Herr Nationalrat Mitterer zu Wort.

Nationalrat Otto M i t t e r e r (Wien): Hoher Parteitag! Ich werde mich, dem Applaus entsprechend, den mein Kollege Dr. Weißmann für den Verzicht bekommen hat, sehr, sehr kurz halten (Beifall) und werde nur einige Worte zu den Problemen sagen, die uns im Wirtschaftsbund besonders betreffen.

Seit Jahren werden Kongresse abgehalten, die sich mit den Fragen des Mittelstandes beschäftigen, seit Jahren wird dem Mittelstand versprochen, daß wir ihn berücksichtigen werden, es wurden schöne Resolutionen beschlossen, aber getan wurde für diesen Mittelstand sehr, sehr wenig, obwohl der Mittelstand die verlässlichsten Wähler und treuesten Patrioten stellt.

Es wäre daher an der Zeit, endlich auch für den gewerblichen Mittelstand, also für die tausenden Klein- und Mittel-

betriebe, konkrete Taten zu setzen. Solche Möglichkeiten bestehen vor allem auf steuerlichem Gebiet, aber auch auf dem Sektor der Kreditpolitik. Ich bitte den Parteitag, dafür zu sorgen, daß wir nun endlich von dem Gerede weg und zur Tat kommen, denn ohne Tat für diesen Mittelstand wird er den Glauben an uns verlieren. Der kleine Lebensmittelhändler und der kleine Gewerbetreibende ist heute in der Gesamtbevölkerung der Staatskuli Nummer eins. (Zustimmung.)

Ich möchte daher bitten, daß man in einer Zeit, wo sowohl von der Bauernschaft als auch von den Arbeitern und Angestellten mit vollem Recht - ich betone das - eine bessere Beteiligung an den Wirtschaftsgütern verlangt wird, auch diesen Menschen, die bisher sehr bescheiden waren, die nicht zum Streik gerufen haben, die nicht auf die Straße gegangen sind, die nicht an den Staat appelliert haben, daß er ihnen jeden Tag etwas Neues schenken soll, einmal durch eine geeignete Demonstration vor Augen führt, daß man sie nicht vergessen hat.

Ich würde sehr, sehr bitten, daß man in dieser Frage etwas großzügiger ist. In einem Budget von über 50 Milliarden Schilling sind Ausgaben für alle möglichen Dinge enthalten, teils für sehr wichtige Dinge, teils aber auch für solche, über die man sehr verschiedener Meinung sein kann. Sparsamkeit wird sehr klein geschrieben, meine Damen und Herren. Alle sind für das Sparen, aber wenn es darauf ankommt, schmeißen sie das Geld mit vollen Händen hinaus. (Beifall.) Von einer echten Sparsamkeitsgesinnung kann man in Österreich nicht sprechen, weder bei den einen noch bei den anderen

Gruppen. Man ist nur für Sparsamkeit beim Nächsten; bei sich selber will sie keiner akzeptieren.

Wir brauchen die Politik einer vernünftigen Sparsamkeit. Wir dürfen nicht beim Kulturbudget, weil es dort vielleicht am leichtesten geht, noch ein paar Millionen herunterreißen. Aber wenn wir dort sparen, wo es wirklich möglich ist, dann sollten wir die dadurch freiwerdenden Mittel den Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung stellen.

Nun zum zweiten Anliegen, das auch schon der letzte Punkt meiner Ausführungen ist. Wir haben im Frühjahr über Kapitalmarktgesetze verhandelt. Damals haben immer wieder andere Gruppen gesagt: Und was bekommen wir? Meine Damen und Herren! Hoher Parteitag! Bei den Kapitalmarktgesetzen geht es nicht darum, was der eine oder der andere bekommt, sondern es geht schlicht und einfach um die Frage, ob die Privatwirtschaft, die nur mehr ungefähr ein Drittel der Gesamtwirtschaft ausmacht, überhaupt in die Lage versetzt werden soll, auf die Dauer zu bestehen. Zwei Drittel der österreichischen Wirtschaft sind indirekt oder direkt verstaatlicht. Damit liegen wir in der ganzen westlichen Welt am weitesten vorne.

Ich bitte Sie also, für die Wünsche der Privatwirtschaft ein bißchen Verständnis zu haben. Es geht nicht darum, daß sich ein paar die Bäuche füllen, sondern darum, daß die Gewerbetreibenden in die Lage versetzt werden, ihre Betriebe zu erhalten. Wenn wir das nicht zuwege bringen, meine Damen und Herren, dann wird der nächste Parteitag nicht von der ÖVP veranstaltet werden, sondern der eines Kollektivismus zumindest jugoslawischer Prägung sein. Seien Sie überzeugt, daß wir keine

ungebührlichen Vorteile, keine Privilegien, keinen Staatszuschuß fordern, sondern die Sicherung des Lebensrechtes der österreichischen Privatwirtschaft. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Zu Wort kommt Frau Abgeordnete Hiltl.

Landtagsabgeordnete Nora H i l t l (Wien): Hoher Parteitag! Hohes Präsidium! Dieser Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei darf nicht vorbeigehen, ohne daß ich hier nicht im Namen der vielen tausend und zehntausend Frauen, der Hausfrauen, der berufstätigen Frauen und der selbständig arbeitenden Frauen, einige Worte über ihre Sorgen sage, die ihnen durch die fortlaufende Teuerung beim täglichen Einkauf entstehen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit mit Befriedigung hervorheben, daß die Österreichische Volkspartei immer bemüht ist, die Forderungen der Wirtschaft, die Forderungen der Agrarpolitiker und die Forderungen der Berufstätigen, der arbeitenden Bevölkerung, also zusammengefaßt die Forderungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zu koordinieren. Ich möchte das deshalb betonen, weil es immer wieder so aussieht, als ob die Österreichische Volkspartei nur die Interessen einer Gruppe vertreten würde.

Aber trotzdem dürfen wir nicht übersehen, daß die Hausfrauen immer stärkere Klage darüber führen, daß die fortschreitende Teuerung zu einer Schmälerung des Einkommens führt. Ich möchte daher im Namen dieser vielen Frauen an den heutigen

Bundesparteitag appellieren, alle Bemühungen zu unterstützen, um die fortschreitende Feuerung aufzuhalten.

Mein Vorredner, Herr Nationalrat Mitterer, hat davon gesprochen, daß wir mit dem Sparen bei uns selber anfangen müssen. Wir appellieren auch immer an die Frauen, zu sparen. Aber, meine Damen und Herren Delegierte des Bundesparteitages, wie soll eine Hausfrau sparen, die für eine fünf-, sechs- oder siebenköpfige Familie zu sorgen hat, deren Einkommen nicht mit jeder Woche oder mit jedem Monat größer wird, die mit diesem schmalen, oft sehr schmalen Einkommen für alle Angehörigen das Brot zu beschaffen, zu kochen und den Haushalt zu führen hat, wenn sie oft nicht weiß, wie sie mit dem geringen Einkommen überhaupt das Auslangen finden soll? (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren Delegierten! Einer der ersten Programmpunkte der Österreichischen Volkspartei, der immer wieder hervorgehoben wird, ist die Familienpolitik. Wer soll denn in Österreich noch für gesunde und kräftige Familien sorgen, wenn nicht die Österreichische Volkspartei? Wir wollen diese Familienpolitik weiter aufrechterhalten, aber Sie können eine gesunde Familienpolitik nur dann betreiben, wenn Sie alle dafür Sorge tragen, daß neben den ideellen Voraussetzungen für gesunde Familien auch die materielle Basis dafür geschaffen wird. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte vor allem auch für die Frauen in den großen Städten sprechen, denn diese Frauen können nicht in die Selbstversorgung ausweichen, sie sind darauf angewiesen, das einzukaufen und das zu besorgen, was ihnen der Markt bringt, sie können sich nicht aus dem eigenen Betrieb Erleichterungen verschaffen. Nehmen Sie, meine Damen und Herren des heutigen Parteitages, dies zur Kenntnis. Ich möchte für diese zehntausenden Frauen, die ihre Augen auf den heutigen Parteitag richten, einen Appell an Sie alle richten, einen Appell an die verantwortlichen Funktionäre und Abgeordneten in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung: Machen Sie alle Anstrengungen, daß in unserem Österreich eine gesunde Wirtschaft betrieben wird, eine gesunde Sozialpolitik, eine gesunde Finanzpolitik, daß unser Schilling seine Beständigkeit erhält, daß unsere Vollbeschäftigung erhalten bleibt, aber daß vor allem auch eine Politik betrieben wird, die darauf hinzielt, in erster Linie jetzt einmal die Preise zu senken, statt immer neue Forderungen zu stellen! (Beifall.)

Ich möchte Sie bitten, daß dieser heutige Bundesparteitag die Hoffnung all dieser vielen Frauen nicht zerstören möge, denn

die vernünftige Frau und die verantwortungsbewußte Hausfrau sieht ganz genau, daß nur in der Politik der Österreichischen Volkspartei auch ihre Zukunft gewährleistet ist. Und strengen Sie sich an, daß eine gesunde Politik weitergeführt wird, daß Hindernisse überwunden werden und daß wir dazu kommen, daß in unserem Lande alle Hausfrauen und Mütter auf eine Wirtschafts- und Sozialpolitik schauen können, die ihnen den Schilling in seinem Wert erhält und die ihnen die Sicherheit gibt, daß sie nicht alltäglich mit neuen Sorgen um eine kommende Teuerung aufwachen müssen. Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Der nächste ist Herr Nationalrat Kern.

Nationalrat Leopold K e r n : Herr Kanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß auch ich als bäuerlicher Vertreter Niederösterreichs zum Abschluß dieser umfangreichen Rednerliste noch einige Worte an Sie richte.

Alle bäuerlichen Redner haben zum Ausdruck gebracht, daß die wirtschaftlichen Probleme der österreichischen Landwirtschaft heute ein Problem darstellen, das gelöst werden muß, das sich ungefähr vergleichen läßt mit den Problemen der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert. Dieses Problem der bäuerlichen Bevölkerung stellt das Kardinalproblem des 20. Jahrhunderts dar.

Unsere Landwirtschaft bemüht sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges mit Erfolg, ihrer vorrangigsten Aufgabe, die österreichische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, gerecht zu werden. Wir sind dieser Verpflichtung nicht nur nachgekommen seit einigen Jahren gibt es in verschiedenen Produktionsparten

auch Überschüsse, die exportiert werden müssen. Der Export, für die Industrie eine Selbstverständlichkeit, wird von den österreichischen Sozialisten zum Anlaß genommen, von einer falschen Agrarpolitik, von der Konzeptlosigkeit derselben zu reden.

Daß die Produktion der Landwirtschaft, durch die Wetterabhängigkeit bedingt, Ernteschwankungen ausgesetzt ist, wird nicht berücksichtigt. So hatten wir vor zwei Jahren einen Zuckerüberschuß, im heurigen Jahr mußte Zucker importiert werden. Die Sozialisten fürchteten für Sommer heurigen Jahres eine Milchschwemme. Durch die Witterungsbedingungen sind diese Befürchtungen nicht eingetroffen.

Die österreichische Landwirtschaft müßte - so wird allen Ernstes von höchsten Funktionären der Sozialistischen Partei gesagt - die landwirtschaftliche Produktion einschränken, um durch Importe von ausländischen Agrarerzeugnissen bessere Exportmöglichkeiten für unsere Industrieerzeugnisse zu ermöglichen. Erst unlängst hat bei der Eröffnung der Wiener Herbstmesse Vizekanzler Dr. Pittermann eine diesbezügliche Äußerung gegenüber Präsident Scheibenreif gemacht.

Hiezu darf ich folgendes feststellen: Die Überproduktion der österreichischen Landwirtschaft ist keine echte, das heißt, sie würde beispielsweise bei Butter sofort wegfallen, wenn durch irgendwelche Umstände die Rohstoffzufuhr für die Margarineerzeugung wegfiel. Der Fettkonsum der österreichischen Konsumenten wird zur Zeit zu einem Drittel mit Butter, zu zwei Dritteln mit Kunstfetten gedeckt. Ähnlich verhält es sich mit der Fleischerzeugung, die ebenfalls mit ausländischem Futter arbeitet. Die sozialistische Agrarpolitik würde also unsere Konsumenten, falls irgendwelche

internationale Zwistigkeiten eintreten sollten, sofort auf Hungerration setzen.

Gerade vom Standpunkt der Aufrechterhaltung unserer Neutralität ist es nicht gleichgültig, ob wir unsere Lebensmittel aus dem Ausland beziehen, oder ob wir sie im Inland erzeugen.

Dazu kommt natürlich, daß die österreichische Landwirtschaft aus Gründen der Exportfähigkeit diese Produktion braucht. Welche Möglichkeiten, so frage ich, hätten unsere Bauern in den letzten zehn Jahren, in welchen mit Ausnahme des Milchpreises und des Zuckerrübenpreises die Preise für Brotgetreide, für Schlachtvieh, für Schweine und so weiter gleichgeblieben sind, denn sonst gehabt, wirtschaftlich bestehen zu können, ist es doch trotz der Produktionssteigerung, die durch Mechanisierung, Anwendung von besserem Saatgut und vermehrtem Düngen erfolgt ist, gleichzeitig aber auch durch die ständige Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte erschwert wurde, zu keiner dieser Produktionssteigerung entsprechenden Einkommensverbesserung gekommen.

Es wanderten in den letzten zehn Jahren über 300.000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte in andere Berufe ab. Die Landbevölkerung kennt deswegen, besonders in mittel- und bergbäuerlichen Betrieben, keine 45-Stunden-Woche. Hier wird heute ja noch 60 bis 80 Stunden wöchentlich gearbeitet. Der Gesundheitszustand unserer bäuerlichen Jugend ist der schlechteste. Dies bezeugen die Musterungen. Dieser schlechte Gesundheitszustand ist zum großen Teil auf die Arbeitsüberlastung nicht nur der Mütter, sondern auch der Kinder zurückzuführen.

Trotz der größerwerdenden Arbeitsproduktivität ist der Anteil am Bruttonationalprodukt von Jahr zu Jahr gesunken. Betrug er im

Jahre 1950 noch 16 Prozent, so sank er bis zum Jahre 1961 auf elf Prozent, und 1962 betrug er 10,2 Prozent.

Infolge steigender Betriebskosten, infolge Verteuerung der Bedarfsartikel - nur ein Beispiel: Die Bauarbeiterstunde ist vom Jahre 1956, in dem sie 16 S betrug, auf derzeit 30 bis 40 S angestiegen - konnte die Landwirtschaft nur durch Produktionssteigerung diese immerwährende Steigerung der Kosten für ihre Bedarfsartikel ausgleichen.

Es ist ein schlechter Trost, daß diese Disparität der landwirtschaftlichen Preise zu den Preisen für die Bedarfsartikel kein speziell österreichisches, sondern ein europäisches Problem darstellt. Wir Bauern wissen, daß durch die Schaffung der Marktordnung, durch das Landwirtschaftsgesetz, dessen Durchführung nach dreijährigen zähen Ringen ein Hauptverdienst unseres hochverehrten Herrn Landwirtschaftsministers Dipl.-Ing. Hartmann ist (Bravo!-Rufe), eine noch größere wirtschaftliche Schlechterstellung der Landwirtschaft verhindert werden konnte.

Natürlich wissen wir auch um die Sorgen der anderen Berufsschichten unserer Bevölkerung, vor allem der Rentner, hier besonders der 300.000 Kriegerrentner, der kleinen Gewerbetreibenden, der Wohnungssuchenden und so weiter und so fort.

Wenn ich mir erlaubt habe, diese speziellen Sorgen aufzuzeigen - es gäbe noch viel anzuführen, beispielsweise das Sozialgefälle zwischen Stadt und Land, die erschwerten Bildungsmöglichkeiten, die Verkehrsverhältnisse, 50.000 Bergbauern haben noch keinen Anschluß an das öffentliche Verkehrsnetz -, so deshalb, um unserem heute zu wählenden Bundesparteiobmann die Notwendigkeit der Unterstützung - sei es durch eine größere Dotierung der Mittel für den Grünen Plan bei der Festsetzung des Budgets für die Landwirtschaft oder die Zuteilung des Betrages zur Verbilligung der Treibstoffe, die eine erste Herabsetzung der Produktionskosten im laufenden Jahr bewerkstelligt hat - vor Augen zu führen. Diese Beträge sind bei Gott keine Geschenke an die Landwirtschaft. Sie sollen dazu beitragen, es der österreichischen Landwirtschaft zu ermöglichen, im zukünftigen europäischen Wirtschaftsraum mit Partnern zu konkurrieren, die von Natur aus weitaus günstigere klimatische und Bodenverhältnisse besitzen.

Ich glaube abschließend sagen zu dürfen, daß die österreichische Bauernschaft in der Vergangenheit und in der Gegenwart bewiesen hat, daß sie die treuesten Mitglieder dieser Volkspartei waren und heute sind. Helfen Sie, liebe Parteifreunde, mit, daß dieser Stand auch in Zukunft durch Festigung

seiner Existenzmöglichkeit das bleibende Bollwerk in der ÖVP zur Sicherung der österreichischen Freiheit und Unabhängigkeit bleiben kann! (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleissner:
Als letzter Redner zur Wirtschafts- und Sozialpolitik kommt Herr Nationalrat Prader zu Wort.

Nationalrat Dr. Georg Prader (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Ich werde mich bemühen, der eigenartigen Situation gerecht zu werden, die sich dadurch ergeben hat, daß der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen, mit dem gleichen lebhaften Beifall akklamiert wurde wie der Protest dagegen. Ich glaube daraus entnehmen zu können, daß wir alle eben die Auffassung haben, daß wir eine Partei der Mitte sind, die zwischen diesen beiden Extremen den richtigen Weg zu finden sucht. In diesem Sinne werde auch ich mich bemühen, zu Ihnen zu sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Politik der Österreichischen Volkspartei wird dann attraktiv und glaubwürdig sein, wenn wir uns intensiv der echten Anliegen unserer Bevölkerung annehmen, sie aus eigenem Antrieb zur Debatte stellen und hierfür echte Lösungsmöglichkeiten entwerfen. Wir werden dieser Glaubwürdigkeit nicht genügen, wenn wir uns mit diesen Problemen, die unsere Bevölkerung zutiefst beschäftigen, erst dann auseinandersetzen, wenn wir unter dem Druck der Straße oder sonstiger Geschehnisse nicht mehr anders können.

Es ist hier - und ich glaube, es ist vielen Delegierten so ergangen - eines vermißt worden, nämlich daß aus den schriftlichen Parteitagebenunziationen, aus den Ergebnissen der Beratungen der Ausschüsse und aus der Parteitagebenresolution eine sehr wichtige Angelegenheit fast ausgeklammert erscheint, nämlich die Frage der Wohnwirtschaft. Ich bin daher sehr dankbar, daß der Herr Abgeordnete Prinke diese Thematik hier zur Sprache gebracht hat. Ich glaube, die Partei müßte sich hier mit viel größerer Initiative, als das bisher unter dem Druck der Ereignisse, der Schwierigkeiten oder sonstiger Geschehnisse geschehen ist, hineinstürzen, um dieses Problem endlich zu lösen.

Zu den unbewältigten Problemen der Vergangenheit, die der Herr Bundeskanzler angeführt hat, gehört auch ein uns sehr wichtig erscheinendes Problem: die Frage der Personalvertretungswahlen im Bereich des öffentlichen Dienstes. (Zustimmung.) Seit dem Jahre 1920 enthält unsere Verfassung die Proklamation, daß auch diesem so wichtigen, so großen und bedeutenden Personenkreis der öffentlich Bediensteten das in einer Demokratie fast selbstverständliche Recht der gesetzlichen Mitsprache in seinen Existenzfragen gegeben wird. Seit dem Jahre 1920 ist diese Verheißung in der Verfassung noch nicht in die politische Wirklichkeit umgesetzt worden.

Man muß sich daher fragen: Welche Gründe sind es, die zu dieser Situation geführt haben? Sicherlich sind die verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten gewaltig, aber diese ver-

sungsrechtlichen Schwierigkeiten waren auch auf anderen Bereichen gegeben und konnten bewältigt werden. Hier sind sie noch nicht bewältigt worden.

Ich glaube daher, daß es eine echte Aufgabe unserer Partei wäre, hier endlich eine Lösung zu finden; denn die Dinge lassen sich nicht aufhalten (Zustimmung), entweder wir bringen die Lösung oder sie wird von anderen Kräften über uns hinweg gefunden werden. Es ist geradezu unerträglich, daß diesem Personenkreis noch immer nicht die Wahl der eigenen Vertreter zugestimmt wird, sondern daß nach wie vor von kleinen Gruppierungen bestellte Funktionäre hier die Geschicke dieses bedeutenden Bevölkerungskreises dirigieren, kommandieren und in gewisse Bahnen leiten. Wir haben uns daher mit dieser Frage auseinanderzusetzen.

Wir haben in der letzten Zeit politische und im Parlament rechtliche Initiativen entwickelt, Initiativen und Gesetzesanträge, die, soweit ich informiert bin, nicht überall allgemeine Zustimmung gefunden haben. Wir haben diese Initiativen entwickelt, weil wir endlich einmal die Fronten klären wollen, weil wir endlich einmal klarstellen wollen und die Sozialisten zwingen müssen, zu bekennen, ob sie nun tatsächlich für Personalvertretungswahlen sind oder nicht (Zustimmung), um sie aus der bloßen Rederei herauszubringen. (Erneute Zustimmung.) Diese Entscheidung darf ihnen nicht erspart bleiben!

Wir sagen das nicht nur aus unserem Rechtsempfinden heraus, sondern auch weil wir glauben, daß hier eine echte

politische Kapazität unserer Partei im Bereich der Dienstnehmerschaft endlich aktiviert und zum Tragen gebracht werden muß. (Beifall.) Denn es ist interessant, daß es die andere Seite sicherlich nicht ohne Nebenabsicht verstanden hat, seit dem Jahre 1920 von Dienstnehmerwahlen gerade jene Kreise permanent auszuschließen, in denen wir unsere größte politische Potenz verankert haben. (Beifall.)

Ich darf noch zu einem Problem Stellung nehmen, dem Problem der Kriegsopferversorgung. Zum gesamten sozialpolitischen Geschehen gehört auch die sehr wichtige Frage der Kriegsopferversorgung, und es scheint oft so zu sein, als wenn man sie nicht mehr in diesen Problembereich eingliedern wollte, sondern sie als eine historische Gegebenheit sieht, die in ihren Grenzen nicht mehr veränderlich erscheint. Gerade in einer Zeit, wo wir neuen Wehrwillen aktivieren wollen, wo wir versuchen, den jungen Menschen beizubringen, daß sie dem Staate nicht nur Forderungen präsentieren können, sondern ihm auch ihre Reverenz und ihre Opfer anzubieten haben, ist es umso wichtiger, herauszustellen, daß jene, die dies getan haben, dann auch den Dank, die Anerkennung, aber auch die notwendige Lebensversorgung von diesem Staate erhalten. (Beifall.)

Es ist für mich erschütternd, hier bekennen zu müssen, daß es heute trotz vieler Fortschritte, die wir auch auf diesem Gebiet erreichen konnten, noch viele zehntausende Kriegsoffer und Hinterbliebene gibt, die bei weitem - ich erinnere nur an jene, die lediglich mit der Rente ihre Lebenshaltungskosten bestreiten müssen - noch nicht jenes Einkommen haben, das als Mindestrichtsatz in der Sozialversicherung anerkannt ist.

Ich muß bedauern, daß wir in dieser Frage noch nicht weitergekommen sind. Die Lösung dieser Frage ist ebenfalls ein echter Auftrag für unsere Partei. Man kann mit den Menschen über alles reden: über Opfer und Sparen, über dieses und jenes. Aber wenn es unmöglich ist, von diesem Einkommen zu leben, wird man mit diesen Gedanken nicht ankommen.

Wir haben uns mit dieser Frage nicht nur wegen der attraktiven politischen Optik zu beschäftigen, sondern auch aus unserer Christianität heraus. Es ist für uns eine sittliche Verpflichtung, für diese Ärmsten der Armen einzutreten, die dringend unserer Hilfe bedürfen. Das ist eine echte Parteilaufgabe.

Ich möchte daher bitten, daß bei den Gesprächen über die Budgetgestaltung auch diese wichtige Frage behandelt wird, damit diese Menschen nicht aus der Not des Tages heraus auf die Straße gedrängt werden, um so unter Beweis zu stellen, daß wir - eben wie ich eingangs gesagt habe - nur dann etwas zu tun bereit sind, wenn die Straße diktiert, weil die anderen Mittel in der Demokratie nicht das gewünschte Ergebnis herbeigeführt haben.

Zum Schluß noch ein paar Sätze zu der wichtigen Frage der Gestaltung des Heresversorgungsgesetzes, die in letzter Zeit zu einer sehr emotionellen Bewegung geführt hat. Auch in dieser Frage hat unsere Partei nur dann ihre Zustimmung zu geben, wenn sie im Einvernehmen mit den Kriegsofferorganisationen gelöst werden kann, damit wir hier nicht neue Brennpunkte politischer Auseinandersetzungen schaffen und damit wir vor allem nicht neues Mißtrauen erwecken. Ich bin überzeugt, daß wir diese Lösung finden können bei einigen guten Willen, der auszustrahlen hat von der Politik der Österreichischen Volkspartei, die aus diesem Bundesparteitag heraus neue Initiativen entwickeln soll. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Wir kommen somit zur Abstimmung über den Bericht und Antrag des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses. Wer der Kenntnisaahme des Berichtes zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke schön. Gegenprobe. - Angenommen.

Zum Bericht des Politischen Ausschusses liegt nur eine Wortmeldung von Herrn Nationalrat Stohs vor. Bevor ich ihm das Wort erteile, möchte ich für die Mitglieder der Bundesparteileitung die Mitteilung durchgeben, daß die für Dienstag in Wien angesetzte Sitzung der Bundesparteileitung nicht erst zu diesem Zeitpunkt stattfindet, sondern schon heute hier in Klagenfurt in der neuen Handelskammer in der Bahnhofstraße, und zwar eine Viertelstunde nach Beendigung des Bundesparteitages. Die Mitglieder der Bundesparteileitung mögen dies zur Kenntnis nehmen.

Ich erteile nun Herrn Nationalrat Stohs das Wort.

Nationalrat Herbert Stohs (Vorarlberg): Hoher Bundesparteitag! In der Debatte zum vorigen Tagesordnungspunkt wurden viele heiße Eisen berührt. Ich gestatte mir nun, zum Bericht des Politischen Ausschusses kurz Stellung zu nehmen, und zwar ebenfalls zu einem solchen heißen Eisen.

Die Landesparteileitung Vorarlberg hat einen Antrag eingebracht, der die Novellierung des Gesetzes über die Minister- und Abgeordnetenpensionen vom 15. Dezember 1961 vorsieht. Wie ich erfahren habe, ist dieser Antrag vom Politischen Ausschuss der Bundesparteileitung zur weiteren Behandlung zugewiesen worden. Ich möchte nun die Bundesparteileitung bitten, daß sie diesen Antrag möglichst bald behandelt, und zwar im positiven Sinn, so wie es von den Antragstellern gewünscht wird.

Ich habe irgendwie ein schlechtes Gefühl wie ein gebranntes Kind. Wir haben nämlich beim Bundestag des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, der vor ungefähr einem Jahr stattgefunden hat, ebenfalls einen Antrag eingebracht. Auch dort wurde beschlossen, daß der Bundesvorstand des AAB diesen Antrag behandelt. Bis heute wurde er aber leider nicht behandelt, obwohl seither 12 Monate verstrichen sind. Ich möchte deshalb bitten, daß nicht wieder 12 Monate verstreichen, bis die Bundesparteileitung diesen Antrag behandelt.

Es sind nicht vielleicht Neid oder Mißgunst, die uns bewegen haben, diesen Antrag zu stellen, sondern die ehrliche Sorge um das Ansehen unserer Spitzenmandatäre und um das Ansehen unserer Demokratie. (Beifall.) Das Volk, unser Wahlvolk, hat ein sehr feines Gefühl dafür, was richtig ist. Bei uns in Vorarlberg vergeht kaum eine Versammlung, wie wir bei den vielen Versammlungen feststellen können, die wir zu besuchen haben,

bei der nicht dieses Problem als erstes zur Sprache gebracht wird. In der Bevölkerung besteht Verständnis dafür, daß unsere alten, bewährten Politiker, die durch Jahrzehnte in der Politik tätig waren, ein hohes Anrecht haben auf einen entsprechenden Ruhegenuß für den Einsatz, den sie solange durchgehalten haben. (Beifall.) Es wird aber nicht verstanden, wenn bereits nach einer dreijährigen Tätigkeit als Minister ein Ruhegenußanspruch von 50 Prozent geltend gemacht werden kann. (Neuerlicher Beifall.)

Wir müssen dabei auch die derzeitige Finanzlage des Bundes berücksichtigen. Wir haben Verständnis dafür, daß einem Mandatar entsprechend geholfen wird, wenn er durch Krankheit, durch Unfall oder sonstwie in eine Notlage kommt. Der Herr Bundeskanzler hat aber in seinem ausgezeichneten Referat darauf verwiesen, wie wichtig und notwendig es ist, daß wir sparen, daß jedoch niemand bei sich selbst beginnen will.

Ich möchte nun unsere Spitzenfunktionäre bitten, ein gutes Beispiel zu geben und durch einen entsprechenden Entschluß dazu beizutragen, daß bei ihnen selbst begonnen wird. (Beifall.) Ein altes Sprichwort sagt: Worte bewegen, Beispiele reißen hin. Wenn wir dieses Beispiel geben, dann können wir vielleicht erwarten, daß auch andere diesem Beispiel folgen und endlich mit dem Sparen beginnen. Opfer bringen hat noch immer Gewinn gebracht, und es wird auch dieses Opfer für unser Vaterland Österreich den entsprechenden Gewinn bringen.

1300 5

Vergessen wir nicht, daß es noch Bevölkerungskreise gibt, die berechnigte Forderungen an unsere Wirtschaft und an unseren Staat stellen, seien es die Rentner, die Pensionisten, die Kriegsoffer oder die kinderreichen Familien, die heute eine Erhöhung der Kinderbeihilfe verlangen, während man darüber debattiert, ob man ihnen 5 oder 10 8 pro Kind geben kann.

Denken wir an die öffentlich Bediensteten, die ebenfalls berechnete Forderungen an ihren Dienstgeber stellen.

Wenn die Finanzlage unseres Bundes wieder eine bessere ist, dann ist es vielleicht möglich, daß man später wieder über eine Novellierung dieses Gesetzes spricht. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann I l g : Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Politischen Ausschusses. Wer ihm die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke schön. Gegenprobe. - Angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 16:

Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der Wahl.

Ich übergebe den Vorsitz an Herrn Landeshauptmann Dr. Gleisner.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Heinrich G l e i ß n e r : Gehrte Delegierte! Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, Bundesminister Dr. Schleinzer, den Wahlvorschlag zu erstatten.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl S c h l e i n z e r (mit Beifall empfangen): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Parteitag! Ich darf nun über jene Beratungen des Politischen Ausschusses berichten, die sich mit der Erstattung des Wahlvorschlages beschäftigt haben.

Bevor ich diesen Wahlvorschlag erstatte, möchte ich feststellen, daß sich der politische Ausschuss mit dieser Frage sehr eingehend und sehr gründlich befaßt hat. Es wurde bei dieser Aussprache nicht nur über Persönlichkeiten gesprochen, sondern auch über die darüber hinausreichende prinzipielle Frage: Soll

den Delegierten des Parteitag nur die Aufgabe zukommen, einem Wahlvorschlag ihre Zustimmung zu geben, oder sollen sie auch die verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen, zwischen verschiedenen personellen Vorschlägen für eine Funktion die Wahl zu treffen. (Beifall.)

Ich darf berichten, daß im Politischen Ausschuß ein Einvernehmen darüber erzielt wurde, daß für die Funktion des Bundesparteivorsitzenden und des Generalsekretärs dem Bundesparteitag Alternativvorschläge erstattet werden sollen. Wir haben uns dabei von der Überlegung leiten lassen, daß es in einer demokratischen Partei durchaus zweckmäßig ist, die Delegierten eines Parteitag alternativ darüber entscheiden zu lassen, unter welchen Persönlichkeiten sie den politischen Weg der Partei gehen möchten.

Es ist für eine Partei verhältnismäßig leicht, für einzelne Funktionen nur einen Vorschlag zu machen und dafür die Zustimmung einer überwältigenden Mehrheit zu erhalten. Ein Vertrauensvotum, das in Kenntnis möglicher Alternativen abgegeben wird, kann jedoch viel größeres moralisches Gewicht besitzen als ein womöglich 99prozentiges Ergebnis. Mit einem Alternativvorschlag stellen sich sowohl die Wählenden als auch die Gewählten unter das Gesetz der Respektierung der Mehrheit. (Beifall.) Es ist dies aber nicht im Sinne von Siegern und Besiegten, es ist keine Kampfabstimmung, um die es heute geht, es geht vielmehr darum, für jeweils eine Funktion den Besten unter den Besten auszuwählen. (Beifall.)

Meine Frauen und Herren! Es sind in der Tat die besten Männer, die die Partei zur Entscheidung stellt. Wer von ihnen in einer entscheidungsreichen Zukunft die höchsten Funktionen der Partei

ausüben wird, das zu entscheiden liegt nun, meine sehr geehrten Delegierten mit beschließender Stimme, in Ihrer Hand. Eines aber möchte ich schon vor Abhaltung der Wahl aussprechen, und ich möchte es mit aller Deutlichkeit tun: Jenen, die das Vertrauen der Mehrheit erhalten werden, wird die gesamte Partei Gefolgschaft zu leisten haben. (Lebhafter Beifall.) Aber auch jene, auf die nicht die Mehrzahl der Stimmen entfällt, werden dadurch als Politiker qualifiziert sein und bleiben, die mit in der ersten Reihe unserer Partei stehen, wichtige Aufgaben zu erfüllen haben und dafür den Respekt der gesamten Partei verdienen. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Eines möchte ich aber, liebe Parteifreunde, in dieser Stunde auch mit einem ganz besonderen Nachdruck sagen: Mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses muß ein Schlußstein gesetzt werden hinter einer Entwicklung, die unsere Partei der Wunschvorstellung unserer politischen Gegner oft bedenklich nahegebracht hat. (Starker Beifall.) Ich meine hier die Wunschvorstellung, es nicht mit einer starken und einigen Volkspartei zu tun zu haben, sondern mit einer Partei, die den politischen Gegner von der Übernahme der Macht im Staate träumen läßt. (Starker Beifall.) Ich glaube, jetzt muß aufgeräumt und Schluß gemacht werden mit den Schlagworten von Reform und Antireform, von Kernkreis und Extremismus. (Anhaltender Beifall.) Wir sind eine starke Partei, aber wir sind nicht stark genug, um uns derartige überflüssige Diskussionen leisten zu können! (Beifall.)

Es ist keine Weltanschauungsfrage, ob man Verbesserungsbedürftiges ändern oder an Bewährtem festhalten soll. Manövrieren wir unsere Partei nicht in die Sackgasse einer unfruchtbaren

Diskussion, in der die einen behaupten, man müsse aus Prinzip auch bei Sonnenschein den Regenschirm aufspannen, und die anderen der Meinung sind, man müsse aus Prinzip auch bei Regen den Regenschirm zuhause lassen. (Heiterkeit.)

Wir haben bei diesem Parteitag den Saal, in dem wir tagen, mit Fahnen und mit Wappen geschmückt, es gibt aber noch kein Transparent mit einer Parteitagsparole. Ich würde daher sehr wünschen, daß nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses uns allen die Worte vor Augen stehen: Parfeitreue läßt sich nicht in Prozenten ausdrücken. Es gibt nur eine Österreichische Volkspartei, der wir alle die Treue zu halten haben. (Lang anhaltender lebhafter Beifall.)

Hoher Parteitag! Ich habe mich zu diesen Bemerkungen veranlaßt gesehen, weil die Vorgangsweise, zu der wir uns bei diesem Parteitag entschlossen haben, in vielen demokratischen Parteien des Auslandes gang und gäbe ist, in der Geschichte unserer Partei aber heute zum erstenmal praktiziert wird. Ich darf damit die Hoffnung verbinden, daß wir mit dieser Vorgangsweise unserem Parteivolk, aber auch dem ganzen österreichischen Volk ein Beispiel innerparteilicher Demokratie und Verantwortung geben.

Ich darf nun bitten, den Vorschlag des Politischen Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen, wobei ich bei den Alternativvorschlägen die Namen jeweils in alphabetischer Reihenfolge nenne.

Es werden vorgeschlagen:

für die Funktion des Bundesparteiobmannes Bundesminister Dr. Heinrich Drimmel und Landesparteiobmann a.D. Dr. Josef Klaus;

für die Funktion des Generalsekretärs Staatssekretär Dr. Franz Hetzenauer und Staatssekretär a.D. Dr. Hermann Withalm;

für die Funktion des Finanzreferenten Minister a.D. Ferdinand Graf. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleißner:

Ich danke dem Herrn Minister Schleinzler für die Erstattung des Wahlvorschlages. Sie haben den Vorschlag gehört. Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir schreiten daher zur Durchführung der Wahl. Die Geschäftsordnung schreibt bei der Wahl des Bundesparteiobmannes, des Generalsekretärs und des Finanzreferenten **schriftliche Abstimmung vor**. Die wahlberechtigten Delegierten - das sind alle anwesenden Delegierten mit beschließender Stimme - erhalten den Stimmzettel gegen Vorweis der Delegiertenkarte, bei der für sie zuständigen Wahlkommission.

Zuständig ist die Wahlkommission I für Delegierte mit der Delegiertenkarte 1 bis 100, die Wahlkommission II für Delegierte mit Delegiertenkarte 101 bis 200, die Wahlkommission III für Delegierte mit Delegiertenkarten 201 bis 300 und die Wahlkommission IV für Delegierte mit Delegiertenkarte 301 bis 400.

Ich mache aufmerksam, daß sich der Wahlvorgang so abspielt, daß sich die Delegierten durch diesen zu meiner Rechten befindlichen Eingang hinter den grünen Vorhang begeben, wo Urnen aufgestellt sind, und bei dem anderen Ausgang herausgehen. Der Abstimmungsvorgang ist so wie bei der Nationalratswahl.

Ich unterbreche die Sitzung zur Durchführung der Wahl und bitte die Delegierten, sich am Schluß des Wahlvorganges wieder hier einzufinden zu unserem nächsten Tagesordnungspunkt, der Programmrede des Ministers Drimmel

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 25 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 10 Minuten wieder aufgenommen.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleißner: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich übergebe den Vorsitz an Landesparteiobmann Dr. Piffl.

Vorsitzender Nationalrat Dr. Theodor Piffl - Percevic: Meine Damen und Herren! Ich habe die Auszeichnung, beim besonderen Höhepunkt des Parteitages den Vorsitz führen zu dürfen.

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort und kommen zum

Punkt 17:

Programmrede Minister Dr. Heinrich Drimmel
und Beschlußfassung über die Programmarbeit

Ich bitte den Herrn Bundesminister zum Wort.

Bundesminister Dr. Heinrich Drimmel (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! Die Bundesparteileitung hat am 30. Mai einen Programmausschuß gewählt, und ich habe die Aufgabe, dem heutigen Bundesparteitag die Grundsätze für die Programmatik der Österreichischen Volkspartei vorzulegen und Ihnen ihre Annahme als Klagenfurter Manifest zu empfehlen.

Diese Arbeit geht bereits auf das Jahr 1960 zurück. Auf dem letzten Parteitag in Wien wurde über ein Grundsatzprogramm der Partei in einem sehr repräsentativ besetzten Ausschuß, in dem die Bünde, die Länder und die besten Experten, die die Partei zu stellen in der Lage war, vertreten waren, beraten. Diese Arbeit wurde durch die Nationalratswahl 1962 unterbrochen und konnte erst nach den Regierungsverhandlungen im Frühjahr dieses Jahres wieder aufgenommen werden.

Das Ergebnis waren eine Bestandaufnahme und erste Formulierungen

für die insbesondere der Philosophieprofessor der Wiener Universität Dr. Leo Gabriel bedeutende Beiträge geleistet hat. In diesen Vordiskussionen sind bereits die Variationen einer Lösung dieser Aufgabe zutagegetreten. Es war die Frage, ob dieses Programm einer Strukturveränderung in der ÖVP entsprechen sollte, ob die Natur dieser Partei eine Veränderung erfahren hat und danach das Programm adjustiert werden sollte oder ob es nur um einen "new look" der Partei ginge, etwa daß wir hier in Klagenfurt der Partei einen flotten Herbstanzug machen, den sie wieder an die Stange hängt, wenn härtere klimatische Verhältnisse eintreten.

Wir waren uns alle darüber einig, daß keine der drei Variationen den Gegebenheiten der Partei und den Notwendigkeiten gerecht wird. Wir waren uns in dem am 30. Mai 1963 berufenen Programm ausschluß einig, daß es notwendig ist, die Grundanliegen, die unveränderlichen Anliegen einer Partei christlicher Demokraten zu formulieren und damit die Realität der Österreichischen Volkspartei zu konfrontieren.

Welches sind die Grundanliegen? Es ist zunächst unser religiöser Glaube, es ist Österreich, sein Geist, seine Geschichte, seine Gestalt, es ist unser Land, unser Volk und unser Staat, es ist die freie Persönlichkeit, es ist die soziale Verbundenheit dieser freien Persönlichkeit mit der Familie, im Berufsstand und in den freien Gemeinschaften, es ist die Tradition, die wir gegenüber Revolution und Reaktion in der Österreichischen Volkspartei verteidigen, und vor allem ist es immer wieder die Realität einer Partei christlicher Demokraten in dem Übergangzeitalter der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Diese Grundsätze, die ich Ihnen hier vorlege und deren Wortlaut die Delegierten in ihrer Mappe finden, sind keine theoretische Phantasterei, sondern sie sollen Standpunkte mitten in den tausendfach sich kreuzenden Bewegungen umreißen, die in unserer Partei und um unsere Partei im Gange sind.

Wir wissen aus der Taktik, daß der Angriff aus dem Feuer und der Bewegung besteht, und so ist es auch in einer politischen Partei. Eine politische Partei muß aus einer Idee bestehen, die in der Tat mündet. Auch für das Geistige und Materielle einer Partei gehören Geist und Aktion zusammen. Wir wissen ganz genau, daß eine politische Bewegung, in der die Idee vorherrscht, die nicht in die Tat mündet, in intellektuelle Lethargie mündet, und für solche intellektuellen Parteien ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der modernen Gesellschaft kein Platz mehr.

Wir wissen aber auch, daß die politische Tat ohne Idee in die Irre führt. Auch die Parteien, die imstande sind, Millionen marschieren zu lassen, der Nationalsozialismus in Deutschland und der Faschismus in Italien, politische Bewegungen, in denen die Marschierer am Ziel eine Fassade vor den eroberten Staat gesetzt haben, sie alle haben bewiesen, daß die Tat ohne die Idee ebenso der Zeit unterworfen und dem Untergang bestimmt ist wie die Idee, die tatenlos diskutiert wird.

Ein Parteiprogramm, liebe Freunde, ist wie ein Glockenguß, es kommt auf die Meisterschaft derer an, die alte Traditionen und gegebene Aufgaben zu verbinden haben. Auch in einer guten Glocke sind edle Metalle, Buntmetalle und Härtezusätze notwendig. Was wäre eine goldene Glocke, die wahrscheinlich den Anforderungen

ebensowenig entspräche wie eine andere, die ohne diese edlen Zusätze, etwa wie unsere in Kriegszeiten gegossenen Ersatzglocken, an unseren Türmen bimmelt? Genauso ist es im Programm einer Partei. Auch hier muß das edle Metall mit dem bunten und farbigen, das das Leben mit sich bringt, und mit der Härte, die der Alltag erfordert, verbunden sein. Und den jungen Freunden, die vor allem in das Edle, in das Leuchtende unserer Partei blicken, Ihnen müssen wir immer wieder sagen: Es ist nicht alles Gold, was glänzt im Parteilieben, es ist nicht alles Gold, was glänzt im politischen Leben, aber das, was echte Wahrheit und Gold ist, muß gefast, gehärtet und bewährt werden! (Beifall.)

So kommt es auf die richtige Legierung an, damit wir das unserer Partei zur Verfügung stellen, was sie braucht. Wir haben uns daher in dieser Frage ganz besonders mit einer in unserer Partei immer wieder angebotenen Alternative beschäftigt: Sind wir eine Gesinnungsgemeinschaft, oder sind wir eine Interessentengenossenschaft? Meine lieben Freunde! Jede Partei muß beides sein. Die Interessentengenossenschaft ohne die Überhöhung in der Gesinnungsgemeinschaft ist in der Krisis der Parteipolemik ebenso haltlos wie die reine Gesinnungsgemeinschaft, mit der sich nicht gemeinsame Interessen verbinden, die angesichts der Realitäten des Alltags scheitern muß.

In den Tagen des Erfolges, des Wohlstandes, des Glücks wird es vielleicht nicht immer der Beschwörung der höchsten Ideale bedürfen, damit wir in Staat und Partei erfolgreich sein können. Aber in den Krisensituationen, dann, wenn es in uns und um uns

und im Staat auf letzte Auseinandersetzungen ankommt, dann, glaubt mir, hält nicht die Interessentengenossenschaft, sondern ist es die Gesinnungsgemeinschaft, die die letzte Entscheidung bringt! (Beifall.)

Die Gesinnungsgemeinschaft ist nicht gleichbedeutend mit der Zahl der Wähler und unserer Parteimitglieder, und wenn wir manchmal glauben, wir haben mehr Interessenten als Gesinnungsfreunde, dann trösten wir uns mit einer Tatsache des geschichtlichen Lebens: Die letzten Entscheidungen in dieser Welt werden nie von der großen Masse geschlagen, sondern immer von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Menschen, in der jeder allerdings von der Richtigkeit einer Idee überzeugt und willens ist, sie unter allen Umständen in die Tat umzusetzen! (Beifall.) In diesem Sinne, liebe Freunde, ist die Österreichische Volkspartei keine Kaderpartei im Sinne der kommunistischen Partei des Ostens, sondern eine in Kern und Gliedern wohlgestaltete Gemeinschaft, in der sich um dieses Innerste, Unverlierbare und Unvergängliche die weitere Ausgliederung dieser Partei in der Geschichte zu bewähren hat.

Die reine Interessentengenossenschaft führt - das wissen wir - in die Gefahr der Verflachung, beschwört zu oft den Konflikt der Interessenten, die durch nichts gebunden sind als durch das Interesse, das wechselt. Die Geschichte unserer Partei in den letzten 50 Jahren lehrt uns, daß auch in unserer Gemeinschaft die Allianzen der Interessenten wechseln können. Gerade deswegen müssen die Allianzen unserer Gesinnungen unverbrüchlich sein und dann am stärksten, wenn Konflikte unter uns auftreten! (Lebhafter Beifall.)

Die reine Gesinnungsgemeinschaft hat die Gefahr der Verkümmernng angesichts der Realität des Politischen, und oft angekränkelt von der Blässe der Idee geht ihr die Stoßkraft ab. Deswegen, liebe Freunde, immer die Besinnung darauf, daß die Partei in ihrer Aktivität die Verbindung des Feuers der Gesinnung mit der Bewegung der Tat sein muß!

Die ÖVP, wenn sie sich mit Grundsätzen befaßt, sollte sich vor allem auch darüber klar sein, daß die Beschäftigung damit nicht ein Hobby von Ideologen oder esoterischen Intellektuellen ist, nicht ein Überbau über dem materiellen Zustand unserer Partei, über das, was wir als den bürgerlichen Materialismus und Mammonismus bezeichnen müssen, sondern der innere Halt dafür, daß die Partei und der einzelne mitten in Aufgaben, in Gefahren in dem drohenden Zerfall unserer Zeiten auf einem festen Standpunkt radiziert werden können. Schon die Begegnung mit der ersten Grundtatsache beweist das, was ich Ihnen hier in theoretischen Ausführungen gesagt habe.

In dem Entwurf, der Ihnen zur Anlage vorgelegt wurde, ist als erste Eigenschaft unserer Partei das Christliche heraus-

gestellt worden. Meine lieben Freunde, das ist nicht die Konfessionalisierung des Partellebens und des Politischen, sondern ist die entscheidende Frage in unserer Zeit. Worunter wir am meisten leiden im sogenannten christlichen Abendland, das ist die fast sakrosankt gewordene Entzweiung von Religion und Politik. Man höre einzelne Politiker über Religion sprechen, man höre gläubige Menschen über Politik und Politiker sprechen, um die ganze Tragik und Dramatik dieser Diskrepanz zu erkennen.

Und trotzdem, liebe Freunde, ist diese Frage, in der es um letzte religiöse Grundanliegen geht, im Alltag des politischen Lebens die Frage, nach der sich alles in dieser Welt orientiert. Das klare Bekenntnis des kommunistischen Ostens: "Gott ist tot, es hat nie einen Gott gegeben", verlangt in dem Kreis unseres Lebens das ebenso gläubig und aus tiefster Überzeugung gesprochene Kredo. Ich spreche hier gar nicht von einem konfessionel gebundenen Kredo, sondern einfach dem ursprünglichen und allen erkennbaren Glauben an Gott. Nach dem richtet sich alles in dieser Welt, denn davon ergibt sich die zweite wesentliche Grundansicht in unserer Partei: es ist die Frage, ob es dieses Paradies auf Erden, das alle materialistischen Parteien versprechen, gibt und ob daher die Menschen ihr Dasein in dieser Welt allein auf das Glück in diesem Paradies auf Erden abstellen: ob es so ist, wie es die Kommunisten sagen, daß nach dem Tode alles aus ist und der Himmel nach dem Grab nur das Versprechen und die Abdingung an den kämpfenden Arbeiter ist, der dadurch gezwungen sein soll, seinen Daseinskampf in dieser Welt aufzugeben.

Für uns ist es genau umgekehrt. Wir wissen, daß die letzte Erlösung in dieser Welt nicht möglich ist und daß uns das Jenseits in diesem Sinne nicht eine Vertröstung für das hier Ausgebliebene ist, sondern die letzte Rechtfertigung unseres Tuns. Und erst wenn wir in den Stunden der Entscheidung, der so oft zitierten einsamen Entschlüsse uns diesen letzten Grundtatsachen unseres Daseins erschlossen haben, dann werden wir bereit sein, die Frage zu akzeptieren, ob es in unserer Zeit, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, möglich ist, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens, aufgebaut auf der Soziallehre christlichen Ursprunges, in die Tat umzusetzen.

Und das, meine lieben Parteifreunde, sind die Demarkationslinien der geistigen, der politischen, der weltanschaulichen Auseinandersetzung unserer Zeit. Angesichts der Brutalität der These des Kommunismus kann die Antwort in unserer Zeit nicht sein: "Ob es einen Gott gibt, weiß ich nicht, ich habe ihn in meinen Geschäftsbüchern nicht gefunden; ob ich eine Erlösung jenseits oder diesseits des Grabes finde, ist für mich gleichgültig, für mich ist nur die nächste Strecke Weges und ihre Rendite entscheidend; ob es eine soziale Ordnung aus christlichem Gefüge gibt, ist für mich uninteressant, das Paradies des andern oder die Hölle des andern - was macht das aus? Wenn ich nur selbst ein paradiesisches Dasein haben kann!"

Mit dieser Schwäche der Antwort des Westens auf die Herausforderung des Ostens werden wir in der furchtbaren Auseinandersetzung, die auch im Zeitalter des politischen Koexistenzialismus uns aufgetragen ist, weder Bestand noch Stoßkraft haben.

Daher, meine lieben Freunde, von diesem Grundwerk ausgehend, führt diese Programmatik, die ich Ihnen vorgelegt habe, in alle die anderen Regionen, die für uns so wichtig sind.

Es wäre so viel und Bedeutendes darüber zu sagen und auch zu diskutieren - wir stehen ja in einem Parteitag der Diskussionen - , aber ich will nur die Dinge herausstellen, von denen ich annehmen darf, daß sie in diesem Kreis nicht Gegenstand der Diskussion, sondern Inhalt eines Bekenntnisses sind, und dazu gehört als nächstes unser Österreichbekenntnis als Österreichische Volkspartei.

Meine lieben Freunde! Österreich ist für viele Menschen, auch in unserer Zeit und in unseren Kreisen, eine ungewisse Vorstellung von staatlichen, politischen und kulturellen Traditionen. Man spürt den Konflikt dieser Traditionen mit der Gegenwart. Manche haben eine quälende Sehnsucht nach dieser Vergangenheit, finden keinen Zugang zu ihr und sehen diese Tradition so hoffnungslos verquengt mit dem, was wir heute erleben müssen. Für die Österreichische Volkspartei ist diese österreichische Tradition nicht nur ein trübes Sentiment angesichts untergegangener Formen, für die Österreichische Volkspartei ist es der verpflichtende Respekt vor dem unsterblichen Geist unseres Landes, vor der besonderen Denkungsart dessen, was Österreich ausmacht, und die das Zusammenleben der Menschen im Kulturstaat österreichischer Prägung gewähren.

Mit ihrem Österreichbekenntnis flüchtet sich die ÖVP weder in die Vergangenheit noch in die Zukunft. Vor allem aber wollen wir auch auf diesem Parteitag sagen, daß Gräben und Gräber

der Vergangenheit für uns keine bleibende Ursache für Unfrieden und Zerwürfnisse sind, sondern eher die geschichtliche Mahnung zu einer festeren Österreichgläubigkeit in der Gegenwart! (Lebhafter Beifall.)

Österreich - das ist nicht nur Geist und Geschichte, Österreich ist unser Land; Österreich ist unser Vaterland. Österreich ist der 1918 erneuerte Bund in der jahrhundertelangen bewährten Geschichte der Länder, geeint in dem gemeinsamen Begriff Österreich. Österreich und seine Länder sind eigenständige Elemente in diesem Bunde, und diese Länder sind für uns keine organisatorischen Verwaltungseinheiten.

Bund und Länder müssen daher in diesen Beziehungen zueinander und untereinander immer wieder darauf Bedacht nehmen, daß keiner vom anderen die Existenz ableitet, daß aber auch keiner vom anderen unabhängig bestehen kann, sondern daß sie nur insgesamt und in der Verbindung in Österreich jenes historische und aktuelle Gebilde erhalten können, das als Österreich in die Geschichte eingegangen ist.

Ja auch unser Österreich-Bekenntnis wurzelt zutiefst in den überschaubaren Gemeinschaften der engeren Heimat. Dort ist die Wurzel der Einheit und der Kraft eines jeden Landes und aller Landesbevölkerungen am besten sichtbar und überschaubar und viel dauerhafter und widerstandsfähiger gegenüber politischen, rechtlichen und sonstigen Motiven, die sich im Laufe der Zeit ändern mögen. Die 600-Jahr-Feier der Zugehörigkeit Tirols zu Österreich ist gerade das historische Beispiel dafür, wie ein eigenständiges

2 1425

Bauernvolk in den Bergen, geeint in seiner Landeseinheit, wenn auch durch Staatsgrenzen getrennt, so unlösbar mit Österreich verbunden ist, wie Österreicher die Grenzen Tirols und Tiroler die Grenzen Österreichs mit ihrem Blute verteidigt haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Grundwert, mit dem wir unsere Partei immer wieder konfrontieren, ist das Volk. Als Volkspartei übernimmt die Österreichische Volkspartei die Aufgaben, mit denen sie sich von allen anderen politischen Parteien des Landes unterscheidet. Volk ist uns viel mehr als Masse und Klasse, ist uns mehr als Staatsbürger und Gesetzesunterworfenen, mehr als die Staatsnation des europäischen Westens oder politische Organisationen. Die Österreichische Volkspartei will unterschiedslos die Partei aus dem ganzen Volke sein und auch für das ganze Volk wirken. Sie wirkt daher - und das ist das Entscheidende, was wir als politischen Beitrag für unser Land leisten können - in den eigenen Reihen zugunsten eines Ausgleiches der Interessen, zugunsten einer Abschwächung des vom Marxismus beschworenen Klassenkampfes und im Sinne einer österreichischen Integration, die unserem Lande immer wieder dienend von ihr zur Verfügung gestellt wird. Sie muß daher die Partei sein, die sich ebenso gegen den Klassenkampf der Linken wie auch gegen die engstirnige Fraktionierung der Rechten stellt. Staat, Volk und Land, in diesem integralen Österreich-Begriff verbunden, geben aber jene Überhöhung, die ich an die Spitze unserer Parteistruktur zu stellen gewagt habe.

Österreich, Land und Volk erfahren eine ganz konkrete Gestalt im Staat. Dieser Staat heißt heute Österreich. Meine lieben Freunde! Wir sagen das so selbstverständlich, und doch ist um diesen Namen Österreich gerungen worden. Es gab eine österreichisch-ungarische Monarchie, aber zwischen 1867 und

1917, in den letzten 50 Jahren ihres Bestandes, gab es keinen Staat Österreich, sondern nur die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder. 1918 empfing dieser Staat den Namen Deutsch-Österreich, und unter dem Feinddiktat von 1919 wurde der Name Österreich gewählt. 1938 trat an Stelle des Namens Österreich die historisch unrichtige Bezeichnung Ostmark.

Meine lieben Freunde! Allein die Erwähnung dieser drei historischen Tatsachen zeigt, wie notwendig es ist, wenn wir den Namen Österreich als Staatsnamen zum Inbegriff unseres ganzen staatlichen Denkens machen. Wir wollen uns bemühen, die Unabhängigkeit, die Unteilbarkeit und die Unverletzlichkeit dieser Republik Österreich zusammen mit allen Österreichern zu verteidigen, gleichgültig wo sie stehen, die sich mit uns in diesem Glaubensbekenntnis zu Österreich treffen. (Beifall.)

Österreich ist eine Republik. Das ist für uns nicht die Nicht-Monarchie, sondern das ist für uns die res publica, wie es Ignaz Seipel einmal gesagt hat, die Sache, die alle angeht: Alle Stände, alle Bevölkerungsgruppen, die Angehörigen in allen Bundesländern, wo immer Österreicher sind, haben sie ein Gemeinsames, haben sie eine res publica. Zu dieser res publica, liebe Freunde, dürfen wir uns aus tiefster historischer Überzeugung und aus stärkster Gegenwartsbejahung, unabhängig von allen politischen Einstellungen unserer Zeit, bekennen. Und das ist notwendig, wie wir nach den tragischen Verirrungen staatsrechtlichen Denkens in den letzten hinter uns liegenden Monaten wissen.

Von diesem Staat, den wir nicht im hegelianischen Sinne verehren wie eine ideologische Begriffshölse, sondern in dem wir Schutz, Schirm und Stärke unserer Gemeinschaft beschlossen sehen, von diesem Staat aber wünschen wir, daß er soviel erhält an Individualitätsrechten, als er braucht, um seinen ursprünglichen Zweck zu erfüllen. Nichts soll ihm gegeben werden, was andere besser, billiger und - wir wollen es ehrlich sagen - auch aus innerer Überzeugung handlicher tun können, als der Oberbegriff des Staates es vermöchte. (Beifall.) Damit wendet sich die ÖVP von dem historischen flachen und haltlosen Bild des Nachwächterstaates der Vergangenheit ebenso ab, wie es den eben in Mißbrauch und Ungunst zugrunde gegangenen Begriff des totalitären Staates als eine politische Utopie bezeichnen muß.

Wenn wir heute schon in allen unseren Gliederungen das Subsidiaritätsprinzip aussprechen dürfen, in der sicheren Erwartung, daß es nicht nur ein Schlagwort, sondern ein Begriffsinhalt geworden ist, so zeigt das, daß in diesem Punkt die Versammlung unserer Freunde auf einen Grundsatz menschlicher Gemeinschaft wohl gelungen ist. Land, Volk und Staat, so wichtig sie sind, setzen eines voraus, das da sein muß und da sein wird, wenn sie untergegangen sind: nämlich den Menschen, den Menschen mit Leib und Seele, den wir auch in der Parteistruktur in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen stellen müssen, den Angehörigen seiner Familie, seines Volkes, seiner Religion und seines Berufsstandes, den Menschen, der in den vielen, vielen kleinen menschlichen

Gemeinschaften lebt. Man spricht heute so viel über die Menschenrechte und die internationalen Organisationen in Straßburg und in New York und schließt internationale Abkommen zum Schutz der Menschenrechte. Und doch wissen wir, daß kein Staat und keine übernationale Macht diese Menschenrechte verteidigen kann, sondern nur die kleinen Gemeinschaften, die mit diesen Rechten leben und ohne sie zerbrechen und untergehen würden. Das Recht zur Familie, das Recht zur Erziehung der Kinder wird uns nicht vom Staat gegeben, sondern ist ein inhärentes Recht der Eltern und der Familie und hat in der gesunden, leistungskräftigen Familie und nicht im Sozialstaat seine letzte Rechtfertigung und seine letzte Selbstbehauptung. (Beifall.)

Wir wissen, daß viele dieser Menschenrechte heute unstritten sind, nicht weil totalitäre Mächte sich gegen sie einsetzen, sondern deswegen, weil es schwer ist, Rechte auszuüben, wenn die Umwelt ganz anders gestaltet ist. Was bedeutet in unserer Zeit noch das einst so unbestrittene Recht zur Erziehung der eigenen Kinder, wenn Vater und Mutter in den Produktionsprozeß so eingegliedert sind, daß das Fundamentalrecht von Vater und Mutter, die Kinder zu erziehen, obsolet geworden ist, weil die Eltern durch die Berufstätigkeit die Ausübung dieses Rechtes nicht auf sich nehmen können?

Meine lieben Freunde! Wir werden uns den Katalog dieser Menschenrechte genau vornehmen und uns bei allem Respekt vor der revolutionären Tat unserer Vorfäter, die diese Rechte einmal begründet haben, auch mit der Feststellung befassen, wie weit die heutige gesellschaftliche und staatliche Autorität anders

geworden ist und eine andere Pointierung der Menschenrechte verlangt, auf daß diese verfassungsrechtlichen Rechte mehr sind als Begriffshülsen, die verehrungswürdig in Katalog unserer Bundesverfassung stehen.

Wir haben uns in diesem Grundsatzprogramm auch bemüht, alles das, was wir hier über Grundwerte, über den Menschen und seine Anliegen sagen, in eine lebendige Beziehung zu unserer Zeit zu bringen. Wir erleben den Wohlstands- und Wohlfahrtsstaat, einen früher kaum gekannten Grad des Wohlstandes und der Wohlfahrt in unserer Gesellschaft. Man hat den Menschen versprochen, daß die Erreichung dieses Grades von Wohlstand und Wohlfahrt das Gefühl der Geborgenheit und völliges Glück bringe. Aber wer weiß es besser als wir Politiker, daß gerade das Umgekehrte eingetreten ist: Während wir in der letzten Generation eine ungeahnte Überhöhung des Wohlstands- und Wohlfahrtsempfindens erzielt haben, ist Glück und Geborgenheit Mangelware geworden. Wir dürfen sogar sagen, daß es manchem ergangen ist wie dem im Märchen, der über Nacht reich geworden ist und mit dem Reichtum zugleich das Glück erwerben wollte, aber so kläglich darum betrogen worden ist.

Daher müssen wir uns ehrlich fragen: Ist die große Rechnung, die aufgestellt worden ist, nämlich daß mehr Wohlstand und Wohlfahrt mehr Glück bringt, richtig? Müssen wir nicht vielmehr erkennen, daß in den europäischen Staaten, in denen diese Prinzipien am längsten regiert haben, die Anfallserschei-

nungen am krassesten zutage treten? Wir finden den Zerfall der Familie, die wachsende Zahl der Ehescheidungen, die Luxusverwahrlosung der Schuljugend und vor allem die steigende Zahl der Selbstmorde nicht bei den armen Bauernbevölkerungen Süditaliens, Irlands, Spaniens oder in anderen Notstandsgebieten Europas, sondern leider dort, wo Wohlstand nicht mehr Glück bringt, sondern grassierend wirkt.

Bedeutet das nun, daß die Österreichische Volkspartei gerade hier eine Absage an das trifft, was doch das heißeste Bemühen unserer Freunde seit 1945 gewesen ist? Nein! Es ist nicht die Absage an das, was unser Bemühen bisher war, sondern die Überhöhung dieses Bemühens in dem Sinn, daß wir sagen: Wohlstand und Wohlfahrt allein machen es nicht aus.

War es im 19. Jahrhundert so, daß man den Intellektuellen einen Menschen genannt hat, der mit seiner Bildung nichts angefangen hat und in einer permanenten Unzufriedenheit wohnte, so ist der Mensch des 20. Jahrhunderts in der schrecklichen Gefahr, daß der Bürger des Wohlfahrtsstaates mit dem Wohlstand nichts anzufangen weiß. Warum? Weil inzwischen die religiösen, die geistigen und die menschlichen Werte abgewertet worden sind und zwar mehr Güter, aber weniger Sinn des Lebens in der Gemeinschaft der Menschen verteilt wird.

Deswegen ist auch die Österreichische Volkspartei eine Partei, die glaubt, Ideen und Ideale sind nicht die Zugabe zu einer schlecht verpackten Wirtschaftsware, sondern müssen im Gegenteil in jedem Akt der Wohlfahrt und des Wohlstandes mit dabei sein, damit der Mensch auch sein wahres Glück und die Erfüllung seines Lebens erfahre. (Beifall.)

Wir sind daher sehr vorsichtig, wenn wir sagen und hören, der Staat kann alles, der Staat soll alles tun. Liebe Freunde! Je mehr sich der Staat in dem Sinne entwickelt, desto mehr sucht der einzelne Zuflucht zu Vater, Mutter, zu Geschwistern, zu Freunde zu den natürlichen Verbundenheiten des Lebens, aus dem ihn der kalte Realismus und Rationalismus unserer Zeit herausgeholt hat.

Vieles kann der Staat, manches kann die Gesellschaft, eines kann sie nicht: die natürliche Ordnung ersetzen, die Gott uns gegeben hat und zu der er uns im Naturrecht die Ordnung auf den Weg gegeben hat, derer sich keine Nation ohne die Gefahr des inneren Zerfalls und des Untergangs entledigen kann. (Beifall.)

Meine lieben Freunde! In all den Begegnungen mit Menschen, die wir haben, am Schluß, nachdem wir alles durchdiskutiert haben, die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik, die Außenpolitik, die Kulturpolitik, nachdem wir einen Streifzug durch die weiten Regionen der Geisteskultur gemacht haben, welches ist die letzte Frage des Tages, die uns gestellt wird?: Kannst du eine Antwort auf den Sinn des Lebens geben? Und seien wir ehrlich: Je reicher ausgestattet die Umgebung ist, in der diese Frage gestellt wird, desto häufiger bleibt die Antwort aus, und je bitterer die Herausforderung der Zeit und der Not an einen Menschen gewesen ist, mag er heute arm oder reich geworden sein, desto klarer und bitterer kommen die Überzeugung und das ruhige ungequälte Selbstbewußtsein, ohne die es die vielgerühmte freie Persönlichkeit nicht geben kann. (Beifall.)

Diese Frage nach dem Sinn des Lebens müssen wir der jungen Generation beantworten können. Wir haben keine Berechtigung, unsere unbewältigte Vergangenheit wie eine verspätete Pubertätserscheinung mit Haarausfall und Glatze noch einmal durchzuexerzieren (Heiterkeit und Beifall), wir haben die einzige Verpflichtung, daß wir mit aller Ehre vor den Narben, die wir nach unserem Leben tragen, diesen jungen Menschen eines sagen: Ich hatte Ideale in meiner Jugend. Manche sind mir zerbrochen, manche waren verkehrt, schämen tue ich mich dessen nicht! Versuch selber deine eigenen Ideale

zu formen, und in mir wirst du den Freund und Vater haben, der dich zum neuen Aufstieg des Lebens führt und nicht den trüben Pessimismus derer predigt, die immer wieder zu den ausgedorrten Stoppelfeldern ihrer Mißerfolge gehen, anstatt der Jugend die reichen, gefüllten Scheunen des Lebenserfolges zu zeigen. (Beifall.)

In dieser Zeit stehen wir für die Jungen, aber wir sind nicht eine Partei, die in einem Rhythmus einmal das Jahr der Jugend, dann das Jahr der Alten verkündet und dann in einer gefährlichen Alternative nicht mehr weiß, welches es promulgiert.

Wir haben versucht, in einem Programm jedem Leben Sinn und Ziel, einen Aufbau zu bieten, kein kollektives Parteiprogramm, sondern ein Vademekum für den einzelnen zu machen, für seine Lebensvorbereitung, für die junge Familie, für die Bildung seiner geistigen und materiellen Existenz und schließlich auch für die Lebensernte. Dafür wollen wir ihm einen geraden und einen guten Weg geben. Es bleibt immer wieder das Vorrecht der Jugend, nach hohen Idealen zu greifen, und die unbedankte Pflicht der Alten, zu sehen, daß sie dabei festen Boden unter den Füßen behalten.

Dabei müssen wir gerade im Zeitalter des Wohlstandsstaates sehr darauf achtgeben, daß nicht wir, die Christen und die Männer auf der Rechten, zum Schluß dem kommunistischen Dichter Berthold Brecht rechtgeben, der gesagt hat: Erst kommt das Fressen, und dann kommt die Moral! Meine Lieben Freunde, wenn der Tisch abgeräumt ist, kommt keine Moral mehr, ja, noch mehr, ohne diese Moral wird nicht nur das Fressen ausbleiben, sondern auch das tägliche Brot, um das wir den Herrgott in unserem täglichen Gebet bitten! Das ist eben die Umkehrung, die Perversion einer Lebensanschauung, daß man

gesagt hat: Zuerst das Fressen, und dann die Moral. Nein! sagen wir, unser Leben steht unter dem Gesetz des Gebetes: Gib uns unser tägliches Brot! (Lebhafter Beifall.) Und wenn wir dieses Gebet sprechen und uns nicht um Produktionstypen und Preise kümmern, sondern es dem Herrgott so ehrlich abbitten, dann werden wir alle miteinander, die Bauern, die Arbeiter, die Gewerbetreibenden, sehen: Das ist ja nicht eine Interessentengenossenschaft. Wir stehen hier an einem Tisch, er ist für uns gedeckt, und beten wir, daß es so bleibt, dann wird wirklich das entstehen, was wir brauchen: die Gemeinschaft, die den Gemeinschaftssinn empfängt und die sich um den Streit Gesinnungsgemeinschaft - Interessentengenossenschaft nicht mehr zu kümmern haben wird.

302 / Meine lieben Freunde! Es wäre vieles im Zusammenhang mit dem zu sagen, was dieses Programm Ihnen vorlegt. Das Klagenfurter Manifest ist sozusagen nicht in einem Universitätsseminar geschrieben worden. Wir haben es geschrieben auf dem Gefechtsstand, der diesen Parteitag vorbereitet hat. Wir haben uns auf dieses Programm geeinigt, und wir erwarten, daß es für die nächsten zwei Jahre bis zum Parteitag des Jahres 1965, in dem wir den zwanzigjährigen Bestand unserer Partei feiern werden, in den Gliederungen der Österreichischen Volkspartei besprochen, diskutiert und kommentiert wird und uns dann an diesem Parteitag unseres Bestandsjubiläums das reiche Echo aus allen Schichten der Partei entgegenkommt, aus dem eine neue Parteiführung das Bündeln wird, was die beste Vereinigung der ewigen Grundsätze, in denen davon die Rede ist, ausmachen kann. /

Meine lieben Freunde! Lassen Sie mich zum Schluß unter Übergehung vieler Dinge, die hier zu sagen wären, vor allem eines zum

Ausdruck bringen: Diese Partei unterscheidet sich von allen anderen Parteien dadurch, daß unser Grundsatzprogramm nicht in unseren ideologischen Laboratorien entstanden ist. Wir können nicht wie eine Partei der Linken oder des unverbindlichen Liberalismus uns einen Strauß von ideologischen Blumen pflücken, das Beste bündeln und daraus das Programm vorlegen. Was dieses Grundsatzprogramm von allen anderen unterscheidet, ist, daß die eigentlichen Werte nicht unserer Beratung und Beschlußfassung anvertraut sind. Die Frage der Religiosität, die Frage der Beziehung zu unserem Lande, die Frage der Beziehung zum Österreichgedanken, die Frage der Beziehung zum Staat und alles, was ich Ihnen hier anzudeuten versucht habe, das ist nicht das Ergebnis der Spintisiererei einiger Intellektueller in dieser Partei, sondern das ist ein Erbe aus Geschichte und Tat, im Inneren überhöht und gefestigt aus den Grundsätzen unserer Religion, des Naturrechtes und der christlichen Gebote.

Es bleibt aber in diesem Programm immer eine Lichtung vorhanden, in die hinein keine Partei, die eine freiheitliche Partei ist, dem einzelnen folgen kann. Diese kleine und runde, heitere Welt, die wir den Menschen in unserer Zeit, im Maschinenzeitalter, erhalten sollen, die muß er sich selber bilden. Und in diesem Punkt kann keine Partei, keine Parteiführung, kein Parteitag mit Mehrheitsbeschluß dem einzelnen Menschen das abnehmen, was er zu tun hat. Der Mensch muß sich in dieser Stunde entscheiden, was nun das Höchste in dieser Welt ist.

Unsere Alten haben für diese Dinge keine Parteiprogramme aufgestellt, sondern eine Weisheit des Lebens, die sie im Volksschatz der Märchen uns hinterlassen hat.

Lassen Sie mich mit der Erzählung eines dieser Märchen schließen. Sie kennen die Geschichte des Rumpelstilzchen⁵, indem ein armes Mädchen hoch hinaus will; sie will nicht nur reich sein, sie will auch Macht haben. Und damit zeigt sich in ihr das, was im Menschen so triebhaft ist: das Streben nach Besitz und nach Macht. Da sie es nicht so schnell erreichen kann, schließt sie mit einem Gnom einen Pakt ab und verspricht ihm: Wenn ich erst reich und mächtig bin, bekommst Du das Kostbarste, was ich Dir bieten kann! Und es geschieht. Sie wird von der Bauernmagd zur Königin des Landes, und als aber ihr erstes Kind geboren ist, da erscheint der Gnom und verlangt die Rechnung. Meine lieben Freunde! Wenn man diese Stelle in Grimms Märchen nachliest, so ist es eine so tragische Vorwegnahme dessen, was der moderne Mensch in unserer Zeit erlebt: die Hingabe seiner Menschlichkeit gegen äußeren Reichtum und Macht, den Verlust der inneren Haltung. Und die Königstochter will dem Gnom alles bieten, was sie nach diesem teuflischen Pakt empfangen hat: Geld, Gold, Edelsteine, ja was ihr nur ihre Stellung bietet. Aber der Gnom weist alles zurück und sagt den Satz, den ich am Schluß meiner Ausführungen setzen will, er sagt zur der Königin: "Laßt uns vom Menschen reden. Etwas Lebendiges ist mir mehr wert als alle Güter dieser Erde!" Meine lieben Freunde! Laßt uns vom Menschen reden in der Österreichischen Volkspartei! (Starker Beifall.)

Als wir 1945, aus Krieg, Gefängnissen und Konzentrationslagern heimkommend, zum erstenmal zusammen waren, waren wir ein Haufen von Männern und Frauen, die sich entschlossen haben, ihr Vaterland neu aufzubauen. Neben uns und zwischen uns standen nicht Reichtum und Macht, sondern Not, Gefahr und Elend. Was uns verbunden hat, das war die menschliche Beziehung, überhöht durch den gemeinsamen Glauben an unseren Herrgott und an Österreich.

Wenn dieser Parteitag von heute uns die große Freude und das Glück der Geschlossenheit bringt, dann wollen wir uns treffen in der ehrlichen Gesinnung, indem wir uns einander zuzurufen: Laßt uns vom Menschen reden in dieser Zeit, in diesem Land, in unserem Vaterland Österreich, und uns in dieser Menschlichkeit innigst verbunden sein - dann kann uns nichts geschehen! (Stürmischer lang anhaltender Beifall. - Bundesminister Dr. Drimmel wird von den Mitgliedern des Präsidiums und den führenden Funktionären beglückwünscht.)

Vorsitzender Nationalrat Dr. P i f f l - P e r ŝ e v i ſ :

Ich danke dem Herrn Bundesminister für seine brillianten Ausführungen. Es war aber keineswegs die äußere Brillanz, die uns erfreut und gepackt hat, als vielmehr die innere Haltung, die uns durch den inneren Gehalt im Herzen und wohl auch im Gewissen ergriffen hat. Seine Ausführungen haben in dem Vorschlag gegipfelt, die Delegierten des Parteitag^s mögen das vom Programmausschuß erarbeitete Klagenfurter Manifest beschließen. Es wird Aufgabe der neuen Parteiführung und der Bundesparteileitung sein, die weitere Vorgangsweise festzulegen. Es geht der Österreichischen Volkspartei nicht darum, sich ein neues Programm zu geben, wohl aber darum, programmatischer zu werden und sich bis zum letzten Vertrauensmann der Partei diese Argumente und das vertretene Gedanken-
gut anzueignen.

Da Wortmeldungen nicht vorliegen, bringe ich die Vorschläge für die weitere Programmarbeit, die Sie in der weißen Mappe schon gestern erhalten haben, zur Abstimmung. Sie sind unter dem Namen "Klagenfurter Manifest" in Ihrer Mappe enthalten. Ich bringe ^{also} ~~aber~~ diese Vorschläge für die weitere Programmarbeit zur Abstimmung und bitte jene Damen und Herren Delegierte, die ihr Einverständnis bekunden, mit der Delegiertenkarte ein Zeichen zu geben. - Gegenprobe. Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Klagenfurter Manifestes fest und übergebe nunmehr den Vorsitz wiederum an Landeshauptmann Dr. Gleißner.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleitsner

Ich übernehme wieder den Vorsitz. Bevor ich den Landeshauptmann Figl bitte, das Wahlergebnis bekanntzugeben, bitte ich den Bundesparteitag, noch eine Reihe anderer administrativer Aufgaben zu erledigen, die auch gemacht werden müssen, wie die Neubestellung der Finanzprüfer, der Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichtes, der Mitglieder des Parteihrengerichtes.

Als Finanzprüfer werden zur Wiederwahl vorgeschlagen: Dkfm. Dr. Wolfgang Feyl, Vizepräsident Josef Otto Krammer und Generaldirektor Kommerzialrat Dr. Rudolf Rasser. Wünscht dazu jemand das Wort? Es ist nicht der Fall, damit sind die Genannten gewählt.

Wir haben nun über die Zusammensetzung des Bundesschiedsgerichtes abzustimmen. Wird die Verlesung verlangt? Das ist nicht der Fall. Wünscht dazu jemand das Wort? - Nein. Somit sind die Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichtes gewählt.

Sie finden weiter in Ihrer Mappe die Vorschläge über die Zusammensetzung des Parteihrengerichtes der Bundesparteileitung. Ein Vorschlag, der insofern eine Änderung erfährt, als anstelle des Herrn Nationalrates Dr. Piffl Alt-Landeshauptmann von Kärnten Ökonomierat Hans Ferlitsch vorgeschlagen wird. Wünscht dazu jemand das Wort? - Es ist nicht der Fall. Damit erscheint auch dieser Vorschlag angenommen.

Ich bitte nun den Landeshauptmann Dr. Figl, das Ergebnis der Abstimmung mitzutun.

Landeshauptmann Dr. h.c. Leopold Figl : Hoher Bundesparteitag! Ich habe die Freude und den Auftrag, der Wahlkommission das Ergebnis der Wahl für die Parteiführung bekanntzugeben.

Wahlberechtigt waren 417 Delegierte, abgegebene Stimmen 399.

Davon entfielen für die Wahl des Bundesparteiobmannes auf Minister Dr. Klaus 251 Stimmen. (Stürmischer lang anhaltender Beifall.)

Auf Bundesminister Dr. Drimmel 144 Stimmen. (Lebhafter Beifall.) Auf Dr. Maleta eine Stimme. Ungültig waren 3, ergibt zusammen 399.

Zur Wahl des Generalsekretärs wurden ebenfalls 399 Stimmen abgegeben. Für Dr. Withalm 278. (Stürmischer Beifall.) Für Staatssekretär Dr. Hetzenauer 116. (Beifall.) Dr. Glatzl eine Stimme, vier ungültig, ergibt ebenfalls 399.

Für die Wahl des Finanzreferenten wurden 399 Stimmen abgegeben. Auf Ferdinand Graf entfielen 370. (Lebhafter Beifall.) Ungültig waren 15 und 14 waren auf verschiedene Personen verstreut; ergibt ebenfalls 399. (Beifall.)

~~Finanzreferent: Abgegebene Stimmen 399. Davon entfielen 370 auf Ferdinand Graf (lebhafter Beifall) und 14 auf verschiedene Personen, 15 Stimmen waren ungültig.~~

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleißner:
Hoher Bundesparteitag! Als Vorsitzender ist es mir eine Freude und Ehre, daß ich den neugewählten Funktionären die Glückwünsche des Bundesparteitages übermitteln darf. Ich möchte ihnen allen aus ganzem Herzen viel Glück für den weiteren Weg wünschen.

Dieser Glückwunsch gilt in erster Linie jenem Mann, den der Bundesparteitag die große Verantwortung übertragen hat, an der Spitze der Partei zu stehen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß unser Parteifreund Landeshauptmann Klaus in diesem Augenblick viel weniger vom Beifall erhoben als von der Verantwortung belastet ist. Er weiß, daß der Weg, den die Partei unter seiner Führung zu gehen hat, ein Weg der Risiken und der Chancen ist. Risiken werden aber vermindert und Chancen erhöht, wenn wir alle wissen, daß die Partei ihr Gewicht nur behält, wenn sie jetzt geschlossen hinter der neuen Leitung steht. (Lebhafter Beifall.) Bedenken wir, daß die Wähler uns nicht für das wählen, was wir gestern getan haben, sondern für das, was wir morgen tun werden. (Neuerlicher Beifall.) Dazu ist nicht nur notwendig, daß sich dieser Parteitag als höchstes Ziel gestellt hat, die Einheit der Partei zu behaupten, sondern daß auch von oben her die Einheit der Spitzenfunktionäre praktiziert wird

(lebhafter Beifall); von oben nach unten und von unten nach oben eine einige, geschlossene Partei! Österreich wird nicht gerettet werden ohne die Kraft der christlichen Demokratie, die in dieser Partei verankert ist. (Erneuter Beifall.)

Und nun, lieber Freund Klaus, ein menschliches Wort. Wir kennen uns durch Jahrzehnte. Wir wissen um deinen integren Charakter, um deine Parteilautbahn, um deinen guten Willen. Wir haben gestern in diesem Saal einen Heimatabend erlebt. Die Kärntner Gruppe hat für jedes Bundesland ein Lied gesungen; für Salzburg war es das Lied: "Fein sein, beinander bleiben"! (Bundesparteiobmann Dr. Klaus begibt sich unter dem stürmischen Beifall der Delegierten zu Bundesminister Dr. Drimmel und gibt ihm die Hand. Sodann reicht Dr. Klaus auch Bundeskanzler Dr. Gorbach, Präsident Dr. Maleta und Altbundeskanzler Ing. Raab die Hand.) In diesem Handschlag liegt unser Wille versichert, in Zukunft keine Trennung in der Partei aufkommen zu lassen! (Beifall.)

Und nun, geehrte Parteifreunde, obliegt mir in diesem Augenblick, wo ein neuer Bundesparteiobmann die Leitung übernimmt, die für mich ehrende, rührende, bewegende Aufgabe, unseren bisherigen Parteiobmann Dr. Gorbach zu verabschieden. Auch ihn kenne ich jetzt 30 Jahre in politischen Leben. Er war in seinem ganzen Leben ein Kämpfer für die Freiheit (lebhafter Beifall): vom ersten Weltkrieg an, nach dem Jahre 1938, nach 1945 und in den schweren Jahren, da er die

doppelte Bürde des Bundeskanzlers und des Bundesobmannes der Österreichischen Volkspartei getragen hat. Ich versichere ihm: Heute stehen wir mit keinem anderen Gefühl als mit dem der Hochachtung und der Dankbarkeit vor unserem sich verabschiedenden Bundesparteiobmann. (Lebhafter Beifall.) Wir sind glücklich, daß uns sein erfahrener Rat erhalten bleibt. Er hat uns durch Fleiß, Bescheidenheit und Opferbereitschaft geradezu das Symbol eines Politikers gezeigt und den richtigen Typ vorgelebt.

Ich habe Dr. Gorbach im Namen der Partei ein kleines Abschiedsgeschenk zu überreichen: Es ist eine Weißgerbertruhe aus dem 17. Jahrhundert, die ich ihm jetzt feierlich übergebe. Wir geben sie ihm nicht deswegen, weil die Lederer mit Leder zu tun haben und in der Politik eine dicke Haut notwendig ist, sondern wir geben sie ihm, weil wir glauben, daß er mit einem alten Stück aus der Geschichte seiner Heimat die größte Freude hat. Diese Truhe soll sein neugebautes Häuschen in der Steiermark zieren, und so oft er sie sieht, soll er daran denken, daß es auch in der Politik eine Dankbarkeit gibt. (Lebhafter Beifall. Vorsitzender Dr. Gleißner schüttelt Dr. Gorbach die Hand. Unter dem andauernden lebhaften Beifall der Delegierten schreitet sodann Dr. Gorbach die Reihe des Präsidiums ab und drückt allen Präsidiumsmitgliedern die Hand.)

Punkt 19: Annahme der Wahl durch die
neugewählten Funktionäre

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleißner:

Ich frage nun die neugewählten Funktionäre, ob sie bereit sind, die Wahl anzunehmen. Herr Bundesparteiobmann Dr. Klaus:

Bundesparteiobmann Dr. Klaus: Ich nehme an.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleißner:

Herr Generalsekretär Dr. Withalm:

Generalsekretär Dr. Withalm: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Gleißner:

Herr Finanzreferent Minister a.D. Graf:

Minister a.D. Graf: Jawohl. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshaupmann Dr. P l e i n e r :

Ich bitte die neugewählten Funktionäre und die übrigen Mitglieder des Parteitagpräsidiums, ihre Plätze hier oben wieder einzunehmen, und übergebe den Vorsitz dem neugewählten Bundesparteiobmann. (Die Mitglieder des neuen Präsidiums nehmen unter lebhaftem Beifall ihre Plätze ein.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Minister a. D. Dr. Josef

K l a u s : Sehr verehrte Parteifreunde! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 20:

Vorlage der Parteitagaresolution

Ich bitte den Herrn Generalsekretär um Vorlage der Parteitagaresolution.

Generalsekretär Dr. Hermann W i t h a l m (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Ich habe die Ehre, dem Hohen Parteitag die Resolution, die heute beschlossen werden soll, vorzutragen:

"Die Delegierten des 9. ordentlichen Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei wenden sich nach Abschluß ihrer Beratungen mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit:

Unser Land steht vor schwerwiegenden politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Als die stärkste Partei, die mehr als zwei Millionen Wähler vertritt und seit 18 Jahren die Hauptverantwortung im Staate trägt, ist die Österreichische Volkspartei nicht nur verpflichtet, sondern auch gewillt, die vor uns liegenden Schwierigkeiten zu meistern. Sie ist entschlossen, dafür zu sorgen, daß all das, was das Volk sich seit 1945 erarbeitet hat, nicht wieder verlorengeht.

Der Staat steht über den Parteien. Deshalb dürfen die Einrichtungen der Demokratie nicht zum Spielball opportunistischer und parteitaktischer Erwägungen werden. Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen heißt, diese Fehler nicht sehenden Auges zu wiederholen.

In der Demokratie hat nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition, nicht nur die Majorität, sondern auch die Minorität Rechte und Pflichten und damit eine Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen. Gesetzgebung, Gesetzesvollziehung und Rechtsprechung sind die Säulen einer rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnung. Die politischen Parteien haben die Pflicht, dieses System der Gewaltenteilung nicht zu zerstören, sondern zu respektieren und seine Anwendung sicherzustellen.

Die Österreichische Volkspartei ist bereit, die Initiative zur Verbesserung der Zusammenarbeit zu ergreifen. Die Mitarbeit und Mitverantwortung der Parteien von tragfähiger Stärke sollen im Interesse des Staatsganzen auf sichere Grundlagen gestellt werden.

Der Einfluß der Wähler auf die Kandidatenauswahl soll verstärkt werden; die Wähler sollen nicht nur die Wahl zwischen Parteien, sondern auch zwischen Persönlichkeiten haben." (Beifall.) "Um den direkten Kontakt zwischen Wählern und Gewählten zu verstärken, sollen die Wahlkreise verkleinert werden. Die Möglichkeit der Briefwahl soll geschaffen werden.

Blanko-Verzichtserklärungen von Abgeordneten sollen durch eine Änderung der Nationalratswahlordnung in Hinkunft unzulässig sein.

Der Parteeinfluß bei der Bestellung von Mitgliedern oberster Gerichtshöfe muß zurückgedrängt und eine neue Form der Bestellung gesichert werden. Widersprüche in der Rechtsprechung oberster Gerichtshöfe sind durch geeignete Maßnahmen auszuschalten.

Im Sinne des föderalistischen Aufbaues unseres Bundesstaates, in Verfolgung des Subsidiaritätsprinzips und im Interesse der Verwaltungsvereinfachung sollen den Bundesländern Kompetenzen und Rechte übertragen werden, die ihre Eigenverantwortung stärken.

Das kommende Strafrecht muß von den sittlichen Grundsätzen bestimmt sein, die von der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung vertreten werden.

Das Fernmeldegeheimnis soll verfassungsgesetzlich in Form eines Grundrechtes garantiert werden.

Ihrem Namen und ihrem Programm nach ist die Österreichische Volkspartei eine Partei der sozialen Integration. Sie lehnt deshalb den Klassenkampf ebenso ab wie den politisch organisierten Neid.

Allen ein besseres Leben in Freiheit zu bieten, ist ihr gesellschaftspolitisches Ziel. Alles zur Entfaltung der Begabungen, des Leistungswillens und der persönlichen Initiative zu tun, ist der einzige in Freiheit gangbare Weg zu diesem Ziel.

Die Österreichische Volkspartei erstrebt eine Gesellschaftsstruktur, die auf der Keimzelle rechtlich und materiell gesicherter Familien aufbaut, die Selbständigen in ihrer Selbständigkeit erhält und den Unselbständigen neue Wege zu Eigentum und persönlicher Unabhängigkeit öffnet.

Um den Familien, der Jugend in Schule und Beruf und der älteren Generation nach ihrem arbeitsreichen Leben sowie allen

Erwerbstätigen ihre Arbeitsplätze und einen steigenden Lebensstandard zu sichern, muß unser Handeln auf ein wachsendes Sozialprodukt gerichtet sein.

Die Methoden der Wirtschaftspolitik müssen verbessert werden; der unternehmerischen Initiative ist mehr Raum zu geben; die wirtschaftspolitischen Entscheidungen müssen auf Grund vorausschauender sachlicher Unterlagen und einer verbesserten amtlichen Statistik getroffen werden.

Ein wirtschaftspolitischer Ausschuß, der im Rahmen der Paritätischen Kommission einzurichten wäre, soll ein Forum der sachlichen Aussprache der Interessenvertretungen in allen sie betreffenden wirtschaftspolitischen Fragen sein; dem Ausschuß sollen keine Regierungsmitglieder angehören.

Aus der schwierigen Situation des Staatshaushaltes müssen die Konsequenzen gezogen werden. Über allen Ausgabenwünschen steht die Notwendigkeit, die WÄhrung und die Erspranisse in ihrem Wert zu sichern.

Verstärkte agrarpolitische Maßnahmen müssen den selbsterhaltungsfähigen bäuerlichen Familienbetrieb als Kerneiner gesunden Agrarstruktur noch mehr als bisher zum Leitbild haben.

Eine wirksame Sozialpolitik setzt eine gesunde, vollbeschäftigte Wirtschaft voraus. Auch in Zukunft wird eine gesicherte finanzielle Grundlage der Pensionsversicherung in erster Linie durch die Beitragsleistung der Versicherten und ihrer Arbeitgeber zu schaffen sein. Nur so ist garantiert, daß die Kaufkraft der Renten erhalten bleibt und den Pensions- und Rentenempfängern ein gerechter Anteil am steigenden Wohlstand des Volks zukommt.

Die vordringliche Bedeutung von Investitionen für Kultur, Kunst, Schule, Wissenschaft und Forschung muß durch ein langfristiges kulturpolitisches Investitionsprogramm anerkannt werden.

Die Wohnungsnot ist eine Ausnahme in der Regel unserer sonst bedarfsdeckenden Wirtschaft. Sie zu beseitigen ist eine soziale Pflicht, die durch intensive Verhandlungen erfüllt werden muß, wobei die Österreichische Volkspartei darauf dringen wird, daß der nach den letzten Nationalratswahlen vereinbarte Termin eingehalten wird.

Österreich hat durch den Staatsvertrag seine Freiheit erlangt. Sie zu erhalten, ist in entscheidendem Maß Aufgabe der Außenpolitik. Die ÖVP bekennt sich zu dem außenpolitischen Kurs, den Julius Raab begründet, den sie seither unbeirrt verfochten und der Österreich einen angesehenen Platz in der Welt gesichert hat. (Beifall.)

Österreich bekennt sich zu der 1955 beschlossenen und eindeutig definierten Neutralität.

Freiheit und Neutralität unseres Landes sind untrennbar verbunden mit einer wirksamen Landesverteidigung für die wir auch Opfer zu bringen bereit sind. Der Zivilschutz muß ausgebaut werden.

Freiheit und Neutralität setzen ein gesundes wirtschaftliches Fundament voraus. Dazu muß Österreich seine angestammten Märkte sichern, neue erschließen und ehebaldigst ein Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft treffen.

Die Rechte der Südtiroler Volksgruppe sind für uns unveräußerlich. (Lebhafter Beifall.) Wir werden für sie auch weiterhin mit Entschlossenheit eintreten, um die endliche Gewährung der im Pariser Abkommen zugesagten Autonomie im europäischen Geist zu erreichen.

Österreicherinnen und Österreicher! Aus der Unsicherheit, der Not und der Unfreiheit der Besetzung hat sich unsere Republik unter Führung der Österreichischen Volkspartei Recht, Wohlstand und Freiheit erkämpft. Diese Werte auch in kommenden Zeiten zu bewahren und zu mehren, ist unsere gemeinsame Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

21. Beschlußfassung über die Parteitage-
resolution und
Ansprache des neugewählten Bundesparteiobmannes

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. Josef Klaus :

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben die Parteitage-
resolution gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht
der Fall. Ich bringe die Parteitage-
resolution zur Abstimmung.
Stimmt jemand gegen die Annahme der Resolution? - Das ist nicht
der Fall. Die Parteitage-
resolution ist somit einstimmig angenommen.

Hoher Bundesparteitag! In dieser Stunde möchte ich zunächst
ein Wort des Dankes sprechen. Mein erster Dank gilt Dir, hoch-
verehrter Bundeskanzler als dem scheidenden Bundesparteiobmann.
(Lebhafter Beifall.) Ich danke Dir nicht nur für die unsägliche
Arbeit, die Du in den letzten drei Jahren im Dienste und an der
Spitze der Partei auf Dich genommen hast, sondern ich danke Dir
auch, dass Du Deinem Nachfolger die Verantwortung für die Öster-
reichische Volkspartei in einem Augenblick übergibst, in dem sie
mit einer festgefügtten Organisation und mit mehr als 2 Millionen
Wählern alle Voraussetzungen dafür aufweist, dass wir in harter
Arbeit und bei gutem Willen die uns gesteckten Ziele erreichen
werden.

Mein zweiter Dank gilt Minister Dr. Drimmel. (lebhafter Bei-
fall) dafür, dass er sich für die Kandidatur zur Verfügung gestellt
hat und damit den Delegierten dieses Parteitages die Möglichkeit
einer demokratischen Entscheidung geboten hat. Wir alle haben ein
Dankesgefühl in uns, dass bei den einzelnen Wahlvorschlägen nicht
der eine oder der andere am Schlusse eines so erhebenden Partei-
tages eine negative Entscheidung treffen musste. Dadurch, dass sich

zwei Kandidaten Ihrer Wahl gestellt haben, konnte jeder von uns eine positive Entscheidung treffen. Ich habe mit Dr. Drimmel, bevor er sich entschloss, die Kandidatur anzunehmen, eine persönliche Aussprache gehabt, bei der wir übereinstimmend festgestellt haben, dass eine solche demokratische Wahl innerhalb unserer Gesinnungsgemeinschaft nur nützlich und in letzter Konsequenz der Einheit der Partei nur dienlich sein kann. (Beifall.)

Es ist mir eine selbstverständliche Pflicht, an dieser Stelle allen jenen Delegierten zu danken, die mir ihre Stimme und damit ihr Vertrauen gegeben haben. Jene aber, die mir ihre Stimme versagt haben, bitte ich nun, nachdem die demokratische Entscheidung gefallen ist, um ihr Vertrauen und ihre Unterstützung bei unserer gemeinsamen Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Mein Gruss gilt in dieser Stunde dem wiedergewählten Generalsekretär Dr. Withalm (Beifall.) Ich weiss mich mit ihm in Auffassungen und Zielen eins. Gemeinsam mit dem neugewählten Finanzreferenten, Minister a.D. Graf, (Beifall) und den bewährten Mitarbeitern im Generalsekretariat wollen wir, der Parteiobmann und der Generalsekretär, der gesamten Partei ein Beispiel an vertrauensvoller, sachlicher Zusammenarbeit geben.

Ich weiss, dass gerade jetzt die Stellung eines Bundesparteiobmannes der ÖVP unendlich schwieriger ist als jede meiner bisherigen Aufgaben im öffentlichen Leben und dass sie nur zu bewältigen ist, wenn die Bünde, Mandatare und Funktionäre mich rückhaltlos unterstützen, Sonderinteressen der Gesamtpartei untergeordnet werden und der Geist der Einigkeit, Kameradschaft und Disziplin vorherrscht!

Niemand von uns könnte Wunder wirken und nichts schadet dem Start einer neuen Führung mehr als ein Übermass von Erwartungen, die vollständig ja nie erfüllt werden können! Ich selbst aber werde all meinen Fleiss und all mein Können, Erfahrung und Liebe zur Sache, zur Partei und zum Vaterland aufwenden, um der grossen Aufgabe gerecht zu werden, die Einigkeit zu fördern und Spannungen, die nicht ausbleiben werden, zu mildern. (Lebhafter Beifall.)

Ich werde mich dabei auf die Entscheidungen dieses Bundesparteitages stützen und ich werde auch nicht zögern, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, um die neuerliche Einberufung des Bundesparteitages zu ersuchen, damit dieses höchste Forum der Partei die notwendigen Entscheidungen und Klarstellungen treffen kann. Ich glaube, so wie wir heute beisamensitzen, wird das nicht notwendig sein, wohl aber müssen wir an die Arbeit gehen - je früher, umso besser, denn durch Arbeit werden wir ebenfalls im besonderen zu einer Einigung gelangen. (Beifall.)

Ich bitte Sie noch um eines, wcrum ich schon bei manchen Äusserungen in der Öffentlichkeit in der letzten Zeit gebeten habe: Nehmen wir alle jetzt gemeinsam und endgültig Abschied von den schal gewordenen Begriffen "Reform" und "Antireform", "Härte" und "Schwäche", "Wiener" und "Nicht-Wiener" und dergleichen.

Ich bekenne mich zu dem, was der Herr Bundesobmann des Arbeiter- und Angestelltenbundes vor kurzem veröffentlicht hat. Damit Schluß! (Lebhafter Beifall.)

Selbstverständlich halten wir aber daran fest, daß ohne Gebrauch solcher Schlagworte dennoch täglich an uns selbst, an uns und unsern kleinen Gemeinschaften, aber auch an unserer Partei und um uns herum vieles zu ordnen, zu erneuern, zu einigen und zu stärken ist. Die ÖVP ist mehr als die Summe ihrer Bünde und ihrer Landesparteiorganisationen; sie braucht den Vorrang der Gesamtpartei und eine starke Spitze. Nur dann wird sie sich als Partei der Mitte nach außen besser durchsetzen und nach innen starke Bünde als demokratische Fundamente der Partei rechtfertigen können. Verfallen wir nie in den Irrtum, zu glauben, daß eine uneinige und unentschiedene Volkspartei den inneren Frieden in Österreich mehr nützt als eine starke und einigte Partei. (Beifall.)

Was jetzt not tut, ist der enge Kontakt mit den Wählern und Funktionären, um das Vertrauen zu festigen, die Stimme des Volkes zu hören und es über unsere Politik, über unsere Absichten und Ziele, unsere Erfolge und Mißerfolge offenerzig aufzuklären. Was weiter not tut, ist die Bereinigung von Mißverständnissen und Mißtrauen, die sich in unsere Reihen eingeschlichen haben. Einigkeit kommt aber auch aus der Einigung über die Ziele im Grundsätzlichen und im Praktischen unserer Politik. Einigkeit kommt mit dem Erfolg und mit konstruktiver Arbeit. Bloßes Beschwören und das

Gerede über mögliche Erfolge sind hierbei nicht förderlich. Wenn aber die starken Kräfte aller drei Bünde und aller neun Bundesländer zusammengefaßt die Partei tragen, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Deshalb sind wir über das Zustandekommen des Klagenfurter Manifestes in dem von Minister Dr. Drimmel geleiteten Programmausschuß alle froh, weil es unsere festen Grundwerte den Erfordernissen der Zeit gegenüberstellt, weil es in klaren Thesen begründet, daß und warum wir eine christliche, eine demokratische und eine österreichische Partei sind; daß und warum wir gesellschaftspolitisch neue Wege hin zur sozialen Leistungsgemeinschaft und zur Ordnung der Gesellschaft auf der Grundlage der christlichen Soziallehre beschreiten; daß und warum wir uns so sehr zur Freiheit, zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zum persönlichen Eigentum, zur Bildungsgesellschaft und nicht zuletzt zur ÖVP als einer Gesinnungsgemeinschaft auf dem festen Fundament der christlichen Demokratie, der freiheitlichen Gesellschaftsordnung, der sozialen Verpflichtung und der europäischen Verbundenheit bekennen.

Dieses Klagenfurter Manifest ist kein Aushängeschild für Parteitage, es ist vielmehr eine Orientierungstafel geworden, auf die wir nunmehr zuerst sehen, bevor wir an die innenpolitische Willensbildung und an konkrete Entscheidungen herangehen. Es wird ferner das geistige Anfangskapital sein, das uns dieser Parteitag eingebracht hat, zu einer nun sofort einsetzenden Schulungs-, Aufklärungs- und Diskussionswelle, mit dem Zweck, die Parteimitglieder und Funktionäre mit unse-

ren Programm und mit unserer künftigen Politik vertraut zu machen.

Wir sollen alle froh darüber sein, daß diesem Parteitag das ausgezeichnete Buch von Generalsekretär Dr. Withalm und Chefredakteur Pisa vorlag und darüber hinaus eine Dokumentation über die bisherige Programmatik unserer Partei. Lassen wir, liebe Parteifreunde, auch weiterhin den Geist sprechen, beweisen wir, daß wir nicht nur auf die Tagesfragen der Politik eine Antwort wissen, sondern daß wir auch größeren und höheren Anforderungen gewachsen sind, den Grundanliegen, von denen Minister Dr. Drimmel heute so eindrucksvoll gesprochen hat.

Aber auch für die praktische Politik hat dieser Parteitag durch die Vorarbeit des von Minister Dr. Schleisner geleiteten Politischen Ausschusses und durch seine heutigen staatsmännischen - ich betone: staatsmännischen - Ausführungen uns neue Impulse gegeben. (Beifall.) Wenn wir aus dem innenpolitischen Unbehagen und der koalitionspolitischen Stagnation herauswollen, dann lautet das beste Rezept - ich sage es noch einmal - sachliche Arbeit zur Lösung der aufgeschobenen Probleme und gute Politik im Sinne des Gemeinwohls und im Sinne Österreichs.

Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Die innenpolitischen Auseinandersetzungen dieses Jahres hatten auch ihr Gutes. Erstens haben wir die Grundprobleme des Staates und der Gesellschaft wie nie zuvor in ihrer Breite und Tiefe durchdacht und diskutiert. Das Rechts- und Staatsdenken wurde auf einmal in Österreich populär. Breite Kreise der Bevölkerung

erkennt, daß Rechtsstaat, Gewaltentrennung, Republik und Demokratie Werte sind, die es zu bedenken und zu bewahren gibt. Zweitens sind mit der Koalitionskrise und der Diskussion über diese Krise neue Wege für eine echte Demokratie in Österreich frei geworden. Das innenpolitische Leben kam in Bewegung.

Ich stimme daher mit Präsident Wallner überein, der schon vor Wochen zum Ausdruck gebracht hat, daß nunmehr eine vernünftige Weiterentwicklung des politischen Lebens in Österreich folgen soll. Sie muß von den gegebenen Realitäten ausgehen, insbesondere aber von der Tatsache, daß die beiden großen Parteien in Österreich ungefähr gleich stark sind und daher - was namhafte Politiker und Publizisten aus beiden Lagern festgestellt haben - auch keine für sich allein regieren kann. Eine Realität ist ferner, daß eine kleine Koalition keine reelle Chance besitzt, daß aber schließlich doch die Freiheitliche Partei auf die Dauer doch mehr sein sollte als ein Werkzeug für die Sozialisten, um die ÖVP gefügiger zu machen. (Beifall.)

Wenn wir daher auf Zusammenarbeit angewiesen bleiben und auch die Freiheitlichen als eine parlamentarische Kraft werten wollen, dann schaffen wir doch in ruhiger Überlegung und Diskussion eine neue Grundlage, durch die ^{wir} weder die Staatsführung noch das Parlament gefährden, sondern im Gegenteil das Parlament aufwerten - denn darin liegt ja der eigentliche Sinn und Realisierungsfaktor des koalitionsfreien Raumes, den die ÖVP postuliert und die SPÖ mit einer behenden Geschwindigkeit

praktiziert hat -, die Regierung aber stabiler und aktionsfähiger machen.

Regierung und Parlament stehen ja vor schweren Aufgaben. Ich nenne nur die wichtigsten Stichwörter: Rechtsstaat, Integration, Südtirol, Lohn und Preis, verstaatlichte Industrie, Strukturänderungen, Wirtschaftswachstum, Budgetausgleich, Verwaltungsvereinfach. Angesichts dessen erweist sich eine Konzentration aller staatserhaltenen Kräfte derzeit als notwendig.

Die Freiheitliche Partei hat aber auch, solange sie Oppositionspartei ist, ein Recht auf Information und Zusammenarbeit. Nach einem allzulangen Versäumnis ist seitens der ÖVP ein faires und effektives Angebot auch in dieser Richtung fällig. (Beifall.)

Eines ist sicher: Österreich kann es sich in der gegenwärtigen, von schweren Problemen überschatteten Situation nicht leisten, jetzt in einen verzweifelten Kampf der Parteien einzutreten.

Unsere Partei kann und darf es auch in Zukunft nicht gleichgültig hinnehmen, daß ihr Regierungspartner jedes Entgegenstemmen gegen die Aufblähung der Staatslasten als reaktionär oder als arbeiterfeindlich brandmarkt, zugleich aber den Mangel an Mitteln für wichtige Ausgaben - der ja durch die Ausräumung des Staatsäckels verursacht wurde - als Verwaltungs- oder Regierungsunfähigkeit hinstellt!

Auch die andere Seite muß an jener großen Erziehungsaufgabe mitwirken, die allen Schichten der Bevölkerung klar macht, daß eine wesentliche Ursache des allgemeinen Preisauftriebes in der Aufblähung der Staatsausgaben zu suchen ist. Man braucht kein Nationalökonom und nicht zwei Jahre Finanzminister gewesen zu sein, um das ohne weiteres zu verstehen. Immer dann, wenn einem begrenzten Warenangebot gegenüber ein überhöhter Bedarf organisiert wird, erfolgt die Wiederherstellung des Gleichgewichtes durch ein Ausweichen auf die Preise, was aber nicht heißt, daß nicht auch auf dem Preissektor Disziplin gehalten werden muß.

Es müßte gerade im Interesse der Arbeitnehmer und Konsumenten auch von der anderen Seite mitgeholfen werden, die Ansicht zu verbreiten, daß es in der Lohnbewegung eine Grenze gibt, von der ab der erhöhte Lohn auf Kosten der Sicherheit des Arbeitsplatzes geht. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat das wiederholt festgestellt. Der Exportkunde vergleicht ja nicht unsere sozialen Einrichtungen mit denen Frankreichs, sondern lediglich den Preis der

Waren loco ihres Verbrauchsortes. Damit ergibt sich von selbst, daß unbegrenzte Kostenerhöhungen die Ware aus dem Markt herausdrängen müssen, was auf die Dauer auch die Existenz des Arbeiters, der diese Ware erzeugt, gefährden muß.

So, wie wir lernen müssen, im Lohn des Arbeiters einen existenzbestimmenden Preisfaktor zu sehen, so müssen wir auch lernen, in den Erzeugerpreisen der Landwirtschaft einen für den bäuerlichen Familienbetrieb existenzbestimmenden Lohnfaktor zu sehen. (Beifall.) Der Bauernstand trägt, was die Ernte und den Lohn seiner harten Arbeit betrifft, ein ungleich höheres Risiko, als andere heute auf sich zu nehmen bereit sind. Ich habe daher für die Existenzsorgen unserer Bauern absolutes Verständnis. Die Existenzfähigkeit des bäuerlichen Familienbetriebes wird aber nicht zuletzt davon abhängen, ob wir die Stabilität der Währung und bei steigendem Lebensstandard den Absatz hochwertiger Nahrungsmittel aus einer leistungsfähigen heimischen Landwirtschaft in In- und Ausland sichern können. Hier hat auch der Staat eine Verpflichtung, die über rein wirtschaftliche Überlegungen hinausgeht, weil ein gesunder Bauernstand der Wurzelboden unserer Gesellschaft ist und unserem Volk auch in Not- und Krisenzeiten das tägliche Brot aus eigener Scholle garantiert. (Beifall.)

Während dem Nahrungsmittelverbrauch von Natur aus Grenzen gesetzt sind, bestehen auf dem Gebiet der Investitions- und Konsumgütererzeugung und der Dienstleistungen nahezu unbegrenzte Expansionsmöglichkeiten. Österreich muß an dieser europäischen und weltweiten Entwicklung teilhaben können und soll dabei nicht in der Richtung der Entwicklungsländer zurückbleiben, sondern womöglich

in der Richtung der höchstentwickelten Länder aufrücken. Das wird aber nur möglich sein, wenn die private Initiative der Motor unserer Wirtschaft bleibt.

In zehntausenden Klein- und Mittelbetrieben der gewerblichen Wirtschaft, aber auch in den Großbetrieben der Industrie ist diese Privatinitiative der Garant dafür, daß unsere Wirtschaft mit der technischen Entwicklung Schritt hält, die Produktivität gesteigert wird, die Produktion sich an den Verbraucherwünschen orientiert und unsere Absatzmärkte gesichert und ausgeweitet werden. Das Wachstum unserer Wirtschaft erfordert eine ausreichende Kapitalbildung in den Betrieben, um durch Investitionen die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Arbeitsplätze zu sichern. Einer kräftig wachsenden Wirtschaft aber wird es auch möglich sein, allen, die in ihr mitarbeiten, ein höheres Realeinkommen zu bieten.

Ich bekenne mich zu einer sachlichen Politik, und in diesem Zusammenhang drängt sich auch noch eine andere Form der fruchtbaren Zusammenarbeit auf. Perfektes Fachwissen auf allen Gebieten kann heute von keinem Politiker mehr verlangt werden. Dieses kann aber durch Wissenschaftler und Experten der Praxis beigebracht werden. Eine echte Zusammenarbeit zwischen Politikern und Sozialpartnern auf der einen, Forschern und Praktikern auf der anderen Seite ist für die Lösung vieler Probleme geradezu Vorbedingung geworden.

Auch als Finanzminister war ich ein überzeugter Anhänger des Teamworks und verdanke dieser Methode manche Erfolge.

Wir werden aber auch außerhalb der politischen Parteien und der Sozialpartner Wege der Zusammenarbeit suchen. Mit der Katholischen Kirche stehen wir in einer geistigen Front und Schicksalsgemeinschaft bei der Verteidigung von Religion und Sitte, Naturrecht und Völkerfrieden. Mit der Evangelischen Kirche verbindet uns die Sehnsucht nach der Union aller Christen und ihren gemeinsamen Widerstand gegen die sich ausbreitende Welt des Materialismus und der Gottlosigkeit. Das gegenwärtige Konzil weist uns da verheißungsvolle, wenn auch viel Liebe und Geduld fordernde Wege. Wir wissen uns aber in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen gottlosem Materialismus und einer Weltordnung nach Gottes Gesetz und Geboten auch einig mit dem Judentum, für das ein aller Menschlichkeit, Religion und Vernunft entarteter Rassenwahn eine schauerliche "Endlösung" vorbereitet hatte. Unsere christliche, demokratische und österreichische Gesinnung verpflichtet uns, jedem offenen und versteckten Antisemitismus entgegenzutreten und in der Verteidigung gemeinsamer Werte mit allen Religionsgemeinschaften zusammenzuarbeiten. (Beifall.)

Zur Integration hat der Abgeordnete Dr. Weißmann gestern als Diskussionsredner Richtiges gesagt, was hier nicht wiederholt, aber aufgenommen werden soll. Das gleiche gilt für unseren Standpunkt zur Südtirol-Frage, wie ihn Staatssekretär Dr. Steiner hier umrissen hat.

Aber lassen Sie mich, meine lieben Parteifreunde, doch die manchen vielleicht bedrängende Frage beantworten, welche Politik die neue Führung der Volkspartei gegenüber dem Osten verfolgen wird. Die einzig mögliche und richtige Antwort ist: die Politik Figls, Gorbachs und vor allem die Julius Raabs! (Lebhafter Beifall.)

Wir bekennen uns zur absoluten Treue und Korrektheit in der Einhaltung unserer vertraglichen und moralischen Verpflichtungen. Das 1955 frei und neutral gewordene Österreich hat eine große Dankeschuld gegenüber den Großmächten, selbstverständlich auch gegenüber der Sowjetunion, deren Vertreter sich damals großzügig und großmütig gegenüber Österreich verhalten haben und uns auch seither mindestens so viele Beweise der Freundschaft und Hilfsbereitschaft erbracht haben wie der unbegründeten Besorgnis über unsere Vertragstreue. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Am Schluß stellen wir noch einmal die Frage, worum es uns letztlich geht. Die Antwort ist kurz und klar: um den materiellen, geistigen und sittlichen Wohlstand aller Österreicher und um Österreichs Freiheit und Ansehen in der Welt! (Beifall.)

Bei all unseren Überlegungen und Handlungen aber sollten wir mehr an den Staat denken. Wir sind die größte Partei, wir stellen den Bundeskanzler. Wir sollten daran denken, daß die Rechtsordnung des Staates, sein Prestige, sein Kredit, der Wert des Arbeitsfleißes und der Sparsinn seiner Bürger, der Wert seiner unzerstört gebliebenen Landschaft, Traditionen

und Naturkräfte mit davon bestimmt werden, welche Politik diese unseren Staat tragende Partei vollführt. Bedenken wir: Wenn der Staat nicht funktioniert, ist unsere persönliche Existenz gefährdet. Denken wir auch viel mehr an das Gesellschaftsganze, an das Gemeinwohl als das bestimmende Prinzip. Dann wird der Staat und manche wertvolle kleinere und schwächere Gruppe nicht zur Beute anderer mächtiger Interessentengruppen. Zum Gesellschaftsganzen gehören die Arbeiter, die Bauern, der Mittelstand, aber auch die Jugend, die Familien, die Alten und die Kranken.

Im "Klagenfurter Manifest" finden wir eine faszinierende Vision einer neuen, ich möchte fast sagen, automatisch aufbauenden Gesellschaftsordnung, der Gesellschaftsordnung der sozialen Leistungsgemeinschaft, in der Klassenkampf und politisch organisierter Neid keinen Platz mehr haben. Wir streben eine Gesellschaft an, die den Arbeiter zum Mitarbeiter und Eigentümer emporsteigen und den schon Selbständigen ihre Selbständigkeit läßt. Der Umweg über den Staat als Eigentümer aller Produktionsmittel hat sich als kostspieliger und sinnloser Umweg erwiesen. (Beifall.) Das haben einsichtige Sozialisten - allerdings noch nicht in Österreich - erkannt. Professor Carlo Schmied aber sagte bei der Hundertjahrfeier der Sozialistischen Partei Deutschlands:

"Wir glauben nicht mehr, daß das Heil des Volkes in der Verstaatlichung der Industrie zu suchen ist. Wichtiger ist eine Arbeitsverfassung, die den Arbeitnehmer auf dem

Weg der wirtschaftlichen Mitbestimmung vom Untertan im Betrieb zum Betriebsbürger macht. Voraussetzung dafür ist das Bekenntnis zum Privateigentum. Deshalb soll das Privateigentum so breit als möglich gestreut werden." Wohlgemerkt, das sprach ein prominenter Sozialist aus einem prominenten Anlaß.

Da kann man nur sagen: Das "Zeitalter Willi Brandts" beginnt mit einer Einsicht, die im Zeitalter Konrad Adenauers bei den christlichen Demokraten längst vorhanden war. (Beifall.)

Halten wir daher mehr und mehr an unserem Leitbild der sozialen Leistungsgemeinschaft fest. Dorthin zielt unsere Hoffnung. Schaffen wir uns in gemeinsamer Arbeit drei feste Fundamente, die allein unser Gemeinwesen stark machen können: Stabilität des Rechtes, der Regierung und des Geldwertes!

Und bauen wir darauf drei aufragende Säulen, die unser Gemeinwesen emporheben: Wirtschaftswachstum, Spartätigkeit und Wohlstand aller!

Lassen Sie mich schließen mit einem Wort des Dankes, einem Bekenntnis und einem Versprechen. Mein Dank gilt hier besonders der ÖVP meiner Kärntner Heimat, ihrem Landesparteiobmann, Minister Schleinzer ~~(Beifall)~~ (lebhafter Beifall), der die schwierige Aufgabe der Vorbereitung dieses Parteitages vor allem im Politischen Ausschuß, aber auch in seinem Lande zu erfüllen hatte. Wir danken seinem LandesparteiSekretär, Dr. Paulitsch, dem die Hauptlast der organisatorischen Vorarbeiten zufiel. (Beifall.) Wir danken auch allen jenen,

die sonst noch in Ausschüssen und bei der Vorbereitung dieses Parteitages mitgewirkt haben.

Mein Bekenntnis gilt der gesamten Partei, allen ihren Bünden und Landesorganisationen, ihrer Frauen- und ihrer Jugendbewegung. Unsere Gemeinschaft wird immer so stark sein wie unser Bekenntnis zu den großen, gemeinsamen Zielen. So wie eine gesunde Familie kennt auch unsere Partei im Klein- kram des Alltags Auseinandersetzungen. Wo aber unsere Existenz auf dem Spiele steht, muß einer für den anderen einstehen.

Mein Versprechen gilt deshalb der Einheit der Partei. Wenn mich heute Ihr Vertrauen in den Mittelpunkt der Partei stellt, so bedeutet das für mich, daß ich wie der Mittelpunkt eines Kreises allen Wählern, Mitgliedern und Funktionären dieser Partei gleich nahe stehe. Es geht nun nicht mehr darum, wer für oder gegen eine Person ist, es geht einzig und allein darum, wer für die Einheit, die Schlagkraft und damit für den Erfolg dieser Partei ist.

Sie haben mir heute Ihr Vertrauen geschenkt. Meine Aufgabe wird es nun sein, mir dieses Vertrauen zu verdienen. Ich will Ihnen heute nur eines versprechen: daß ich meine ganze Kraft in den Dienst der Partei stellen werde, in den Dienst dieser Österreichischen Volkspartei, von der ich zu- tiefst überzeugt bin, daß sie als christliche, demokratische und österreichische Partei an diesem exponierten Platz Europas und in dieser bewegten Zeit ein Wahrzeichen ist, auf das mehr Menschen als nur 2 Millionen Wähler blicken, wenn ihnen die letzte Frage nach der Freiheit Österreichs und dem Frieden in diesem Lande gestellt wird.

Nun gehen wir in Gottes Namen an die Arbeit!

Wir erheben uns und singen die österreichische Bundes-
hymne. (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen
und singen die österreichische Bundeshymne.)

Der 9. Bundesparteitag der Österreichischen Volks-
partei ist geschlossen! (Lebhafter Beifall.)

Schluß des Bundesparteitages: 16 Uhr.

III. Statutarische Personalfragen

1. Bundesparteiobmann;
2. Generalsekretär;
3. Generalsekretär-Stellvertreter;
4. Finanzreferent;
5. Drei Finanzprüfer;
6. Bundesschiedsgericht: ein Vorsitzender, drei Stellvertreter, 6 ständige Beisitzer, 6 Ersatzmänner;
7. Parteihrengericht: ein Vorsitzender, ein stellvertretender Vorsitzender, zehn Beiräte (vier Beiräte auf Vorschlag der Bundesparteileitung, je zwei Beiräte auf Vorschlag der Bunde).